

Neue Urkunden über die wahren Führer der Separatisten (26 Photographien)

Walter Bacmeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenbg. 9

Hochverrat des Zentrums am Rhein

Neue Urkunden über die wahren Führer der Separatisten

(26 Photographien)

Von

F. Walther Ilges und

Dr. Hermann Schmid

Walter Bacmeisters Nationalverlag

Berlin-Charlottenburg 9

Inhaltsverzeichnis

Die vier Hauptteile sind in Abschnitte untergeteilt und mit eigenem Inhaltsverzeichnis versehen.

Einführungswort des Verlags

Als im September 1933 das erste Separatistenbuch von F. Walther Ilges „Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei — Die geplante Aufteilung Deutschlands" von uns der Oeffentlichkeit übergeben wurde, haben weiteste Kreise im deutschen Sprachgebiet sofort klar erkannt, daß es sich in diesem Buch nicht nur um Geschichte handele, sondern zugleich um einen tiefernsten Zusammenhang zwischen erschütternden Vorgängen deutscher Vergangenheit und reichsfeindlichen Treibereien der Gegenwart. „Das reicht hinein in unsere Zeit. Das zeigt nach Wien". So oder ähnlich schrieben zahlreiche deutsche Zeitungen.

Aber da waren doch auch gar Viele, die fragten: Wozu diese Geschichten aus alten Geheimakten? Wir haben das Dritte, nie mehr zu zerreißende einige Deutsche Reich.

Wer wird heute noch so fragen wollen? Heute, nachdem Alfred Rosenberg, auf hohem Beobachtungsposten stehend, am 7. April 1934 im „Völkischen Beobachter" seine ernste Warnung „Neue Zentrumsversuche" veröffentlicht, nachdem die Essener „Nationalzeitung" vom 5. April 1934 von Störenfrieden geschrieben hat, „die wir schon überwunden glaubten" und die sich ans Werk gemacht hätten, „um aufs neue einen Keil in die Volksgemeinschaft zu treiben". Und der Vatikan? Warum läßt er am 6. April 1934 durch seinen „Osservatore Romano" so demonstrativ verkünden, die Behauptung sei irrig, der Heilige Stuhl habe sich mit der Auflösung der Deutschen Zentrumspartei einverstanden erklärt?

Den Führern im Dritten Reich braucht Niemand zuzurufen: Augen auf! Sie halten ihre Hand am Puls der Zeit und wissen, was vorgeht. Aber den Massen des deutschen Volkes muß gezeigt werden, wo die ewigen Feinde deutscher Einheit sitzen, mit welchen Mitteln sie ihr verräterisches Spiel treiben.

Auf den Blättern dieses Buches sehen wir sie an der Arbeit. Wohl niemals vorher sind die unterirdischen reichsfeindlichen Machenschaften des Zentrums so klar durchleuchtet worden, wie hier. Und wieder wird der Leser, erschüttert durch tiefe Einblicke in beispiellose Verrätereien, das Buch aus der Hand legen mit dem Gefühl: Das reicht hinein in unsere Zeit. Und das zeigt über die Grenzen.

Eine scharfe Waffe im Kampf für die Einheit des deutschen Volkes soll dieses Buch sein. „Den Reichsfeinden mitten ins Herz!" So ist es gedacht.

Berlin-Charlottenburg,
im April 1934.

Walter Bacmeisters Nationalverlag.

Vorwort

Unsere Arbeit unterscheidet sich von den mehr als zweitausend Veröffentlichungen über die Abfallbewegung an Rhein und Mosel dadurch, daß wir bisher ganz unbekanntes Material verwenden durften. Wir entnahmen es zum Teil Akten, die früher nicht zugängig waren, z. B. den Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung", den nicht veröffentlichten Denkschriften des Studienrats Dr. Kuckhoff in Köln, des Kammerdirektors a. D. Dr. Karl Müller und des Separatisten Moenikes in Aachen. Zum anderen Teil erhielten wir unser Material von solchen Separatisten im In- und Ausland, die die Loslösung offen betrieben hatten. Wir haben uns mit Vorbedacht an sie gewandt und jeden einzelnen teils gemeinsam, teils allein besucht, um von ihnen Aufklärung zu erhalten über die Dinge, die viele Jahre der Drangsal hindurch unseren Rhein, Preußen und Deutschland bedrohten. Wir haben uns gerade an sie gewandt, weil sie und nur sie die Wahrheit sagen; denn sie haben nichts mehr zu verlieren. Die Wahrheit ihrer Angaben haben wir festgestellt. Eine merkwürdige Justiz freilich glaubte nicht ihnen, sondern den „anderen". Sorglich behütet durch international geregelte Amnestien durften die „anderen" alle Schuld auf jene laden, (die nichts als ihre offenen Mittäter — jeder nach seiner Art und an seiner Stelle — gewesen waren), sich selbst aber als Patrioten hinstellen und überdies noch die Geschicke des deutschen Volkes von hervorragender Stelle aus lenken.

Das Kennzeichen der Jahre vom 9. November 1918 bis zur Aufrichtung einer autoritären Staatsgewalt in Deutschland ist nicht so sehr die Korruption — denn sie gehört fast begriffsnotwendig zur demokratischen Republik — das Kennzeichen ist vielmehr in Deutschland und in den Nachbarländern der beispiellose Dilettantismus, mit dem z. B. Deutschland regiert wurde und sich regieren ließ.

Die Abfallbewegung am Rhein erklärt zu einem wesentlichen Teil der Dilettantismus ihrer Führer. Ihr Dilettantismus erklärt zugleich ihr ruhmloses Ende: rasche Anläufe, schnelle Fortschritte, dann plötzliches Versagen, Furcht vor eigner Courage, endlich Zusammenbruch, Flucht über die Grenzen, und, wer hier blieb, dem Elend und der Verachtung überantwortet. Dilettanten waren sie alle, nicht berufen zu großer Politik, fremd auf dem Gebiet der Staatskunst, die sich — mit geringen Ausnahmen — doch nur um der Posten willen, die ihnen im Rheinstaat winkten, in die Rolle von Staatengründern hineinsuggerierten. Dilettanten waren sie, die da in tönenden Worten riefen: „Los von Berlin, Los von Preußen, Los vom Reich", nur hervorgehoben durch die Macht einer Partei, der Partei der „antinationalen Arroganz", des Zentrums. Dilettant war in der großen Politik der Oberbürgermeister der „Stadt mit dem ewigen Dom", Dilettant der Schulrat, der Studienrat, Dilettant der vom Parteisekretär zum Generalsekretär und Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer emporgekommene Syndikus, Dilettant der Kunsthistoriker, Dilettant der Redakteur. Nur einer war kein Dilettant: Der Lehrer des Staatsrechts am Priesterseminar in Trier, der Führer des deutschen Zentrums, der in seltsamer Umgebung merkwürdige Geldanlagen suchende Prälat Dr. Kaas.

Unsere Arbeit haben wir im September 1932 begonnen, nachdem jeder von uns zuvor allein seinen Kampf gegen den Reichsfeind aufgenommen hatte. Ihr Ergebnis ist, soweit nötig unter genauer Angabe unserer Quellen, in den nachfolgenden Seiten niedergelegt.

Wir untersuchen nur die Jahre 1918/19, in Ausnahmefällen auch die folgenden bis 1924. Wir bringen unbekannte Tatsachen und behandeln die bekannten nur, soweit nötig. Wir schreiben keine Geschichte des Separatismus; denn die Staatsarchive hierzu durchzuarbeiten, bedürfte eines Zeitraums von Jahren. Da wir nur Neues bringen wollen, bitten wir uns nicht vorzuhalten, wir hätten irgend etwas übersehen.

„Wohin sollen wir denn“, rief Kaas am Freitag, 24. 2. 1933, in der Tonhalle zu Düsseldorf aus, „in Deutschland kommen, wenn nicht endlich einer anfängt mit dem Vergessen“. Wir wollen nicht vergessen, sondern überhaupt erstmalig aufdecken, wer die Schuldigen waren: wir wollen zeigen, wer die wahren Führer der Separatisten gewesen sind; wir wollen unseren Lesern, wollen dem deutschen Volk, dem wir dienen, zeigen, in welchen Händen während der Jahre des Schreckens sein Geschick gelegen hat.

Die Bestrebungen, das Rheinland abzutrennen, sind noch nicht tot. Noch jüngst wurde die Errichtung einer Rheinlandrepublik als Handelsobjekt gegen die Saar im Ausland propagiert. „L'Eclaireur“ schrieb in Nr. 253 vom 10. 9. 1933 unter der Ueberschrift „La Bataille pour la Sarre“ („Der Kampf um die Saar“):

> „Pour notre part, nous préférions que la Société des Nations abandonnât ses droits d'administration au profit soit d'une république rhénane, soit d'un Etat constitué en grandduché — comme tel est le cas du Luxembourg — et, dans les deux cas, union douanière avec la France, comme le Luxembourg se trouve à la Belgique. .... Nos amis — ou, pour mieux dire, les adversaires du retour au Reich — sont les catholiques du centre.“

> („Für unseren Teil würden wir es vorziehen, daß der Völkerbund seine Verwaltungsrechte abtritt zu Gunsten sei es einer Rheinischen Republik, sei es eines nach dem Muster des Großherzogtums Luxemburg konstituierten Staates — in beiden Fällen unter Zollunion mit Frankreich, wie sie Luxemburg mit Belgien hat. .... Unsere Freunde — oder, besser gesagt, die Gegner einer Rückkehr zum Reich — sind die Katholiken des Zentrums“).

Das sind die Früchte des Tuns derjenigen, die wir hier schildern werden. Der wahren Führer der Separatisten.

April 1934.

F. Walther Ilges, Köln-Bayenthal.

Dr. Hermann Schmid, Opladen.

Einige im Text von uns verwandte Abkürzungen: „K. V.“ = „Kölnische Volkszeitung“, — „R. W. Z.“ = „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Wb. Zt.“ = „Wiesbadener Zeitung“, K. A. = Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung.“

I. Teil

Der Fall Adenauer und Genossen

Von F. Walther Ilges.

Seite

Als die Republik ausbrach

Die von dem ehemaligen Staatsanwalt **Dorten** im Juli 1919 herausgegebene Denkschrift „Die Rheinische Republik" beginnt mit den Worten: „Die Geburtsstunde des Gedankens der rheinischen Freiheit fällt in die Tage der deutschen Revolution."

In fast wörtlicher Uebereinstimmung dazu schreibt auch der Zentrumsabgeordnete **Kuckhoff:** „Der Tag der deutschen Revolution ist auch der Geburtstag der Bestrebungen auf Errichtung eines westdeutschen Gliedstaates."

Es scheint zu stimmen. Sogar auf die Stunde genau.

Am 9. November 1918, Punkt 2 Uhr nachmittags, hat **Scheidemann** von der Freitreppe des Reichstags die Republik ausgerufen. Ebenfalls an diesem schwarzen Samstag, schon etwas früher, so um die Mittagszeit, waren im Kölner Rathaus einige Herren in feierlichen Bratenröcken zusammengekommen. Geistliche und weltliche. Oberpfarrer **Kastert,** Dr. **Karl Müller,** die Stadtverordneten **Rings, Maus** und **Bollig** sowie die Schriftleiter Dr. **Hoeber** und Pater Dr. **Froberger** von der „Kölnischen Volkszeitung". **Alle vom Zentrum.** Einschließlich des Oberbürgermeisters **Adenauer,** in dessen Zimmer sie sich trafen. Sie hatten besorgte Mienen. Waren es Leidtragende am Grabe des Kaiserreichs? Nein, sie meldeten ihre Ansprüche an die Konkursmasse an. Der Plan der Gründung einer eigenen Rheinischen Republik wurde besprochen.

Einer der Teilnehmer, Dr. Karl Müller, hat drei Monate später, in der Hauptversammlung der Kölner Kommunalpolitischen Vereinigung am 11. 2. 1919, berichtigt, die Zusammenkunft mit Adenauer vom 9. November habe nicht am Mittag, sondern erst abends stattgefunden. Wichtiger sind einige ergänzende Mitteilungen, die Dr. Müller bei der Gelegenheit laut Protokoll (Kölner Akten II, 70 ff.) gemacht hat:

> Als die Republik hier am 8. November ausbrach (!), hat die Kölner Zentrumspartei für den 10. November eine Versammlung angesetzt. Wir haben uns zu vier Herren am 9. November abends zusammengefunden im Hause des Herrn Oberpfarrer Kastert, und jeder von uns war mit dem Gedanken dorthin gekommen: so kann das nicht weitergehen . . . . Wir haben uns gesagt, wir müßten im Westen neu aufbauen. Dr. Froberger und Dr. Hoeber von der „K. V." kamen nachher hinzu und brachten die außenpolitischen Momente in die Debatte hinein. Darauf sind wir sofort noch abends zum Oberbürgermeister der Stadt Köln hingegangen und haben ihm diesen Gedanken vorgetragen. Er war im ersten Augenblick perplex. . . . Zum Schluß erklärte er: „Der Gedanke ist mir noch nicht so klar und spruchreif, daß ich mit den anderen Parteien verhandeln könnte. Ich werde ihn aber weiter im Auge behalten."

Daraus ergibt sich: dem Besuch im Kölner Rathaus ist eine andere Besprechung des Grüppchens vorausgegangen. Im Pfarrhaus St. Columba zu Köln. Wir kennen dies Nest schon aus der Schrift „Die geplante Aufteilung Deutschlands."

Bildlich gesprochen: In der Geburtsstunde am 9. November 1918 hat Oberpfarrer Kastert das Kind auch gleich getauft.

Auch als Vater wird ein geistlicher Herr genannt: Dr. Froberger, Elsässer von Geburt, bis 1911 Oberer der Pères Blancs, der

Weißen Väter in Afrika; dann Auslandsschriftleiter der „Kölnischen Volkszeitung".

Er selber hat in der „Versammlung in Sachen der Rheinisch-Westfälischen Republik", die in der Handelskammer zu Elberfeld am Freitag, den 13. Dezember 1918, stattfand, berichtet, wie er zu dem Einfall gekommen war: Aus Gesprächen mit maßgebenden Franzosen in der Schweiz hatte er die Ueberzeugung gewonnen, daß Frankreich alles tun würde, um die Rheinlande zu annektieren. „Diesen Versuchen mußte von unserer Seite entgegengetreten werden, und daher hat unsere Propaganda für die Republik Rheinland-Westfalen ihren Ursprung genommen. Diesen Gedanken, der von mir ausgegangen ist, habe ich ganz offen ausgesprochen."

Oberpfarrer Kastert hat es in seiner Rede in der Preußischen Landesversammlung am 22. März 1919 in gleicher Weise begründet: Man habe die Bildung einer Westdeutschen Republik betrieben „zu einer Zeit, wo die Friedensverhandlungen selbst noch nicht in irgend einer Weise eingeleitet waren, um die Alliierten auf diesem Wege vor ein fait accompli zu stellen und so unsere Rettung vor der Annektion zu sichern."

(Kastert hat dabei noch mitgeteilt, die Annektion der Rheinlande habe man hier (in Köln) — für den Fall eines unglücklichen Kriegsausganges — schon seit der ersten Marneschlacht „als beschlossene Sache" angesehen. Also schon seit Anfang September 1914!)

Hieraus ergibt sich: Solche „Gedanken", am Rhein vielleicht einmal ein eigenes Staatsgebilde zu gründen, müssen in diesen Kreisen bereits vor der Anregung vom Pater Froberger erörtert worden sein. Wie es Brüggemann beispielsweise vom katholischen Lehrerkollegium des Köln-Ehrenfelder Gymnasiums schon für Oktober 1918 berichtet und wie in dieser Schrift in Bezug auf die Trierer Zentrumsklique weiter unten nachgewiesen wird. Auch Dr. Hoeber hatte vorher schon einen Versuchsballon am Stammtisch der Kölner Bürgergesellschaft steigen lassen und jubelnden Beifall gefunden. Und die Verleger der „K. V." hatten längst ihr Blatt der Bewegung zur Verfügung gestellt. Merkwürdige Ausführungen über den „bundesstaatlichen Aufbau des Reiches" finden sich schon in der Nummer vom **30. September 1918.** Gerade in der Morgenausgabe des 9. November aber hatte das Kölner Zentrumsblatt weitere, deutlichere Anspielungen gemacht: Aufhebung der bisherigen bundesstaatlichen Gliederung Deutschlands ... Ersatz durch andere Formen von Selbstbestimmung ... Abneigung gegen das preußische System. Ein Aufsatz von Hoeber schloß: „In Bereitschaft sein ist alles!"

Und am Abend desselben 9. November soll Adenauer über ähnliche Eröffnungen seiner Parteifreunde „perplex" gewesen sein? Hatte der Oberbürgermeister von Köln in diesen Tagen überhaupt keine Zeitungen gelesen? Wußte er nicht, was seit Monaten in Köln umging?

Sicher. Aber Grund, perplex zu sein, war für ihn trotzdem vorhanden. Wir müssen die Angaben von Dr. Müller berichtigen:

Nicht, um allgemeine theoretische Gedanken zur Rheinlandfrage vorzutragen, waren die Zentrumsherren bei Adenauer erschienen. Sondern

mit einer bestimmten Forderung: **Die Gründung einer Rheinischen Republik durch Staatsstreich zu verwirklichen.**

Dies war der Einfall von Pater Froberger gewesen.

*

Dr. Fritz Brüggemann hat in seiner Schrift „Die Rheinische Republik" darauf hingewiesen: „daß man in den Kreisen, die nun besonders durch die Männer der „Köln. Volkszeitung" für Frobergers Plan gewonnen wurden, zunächst gar nicht an einen neuen Gliedstaat im Verbande des Deutschen Reiches gedacht hat." Auch nicht bei dem ursprünglichen Plan, den die Herren am 9. November Oberbürgermeister Adenauer vorgetragen hatten.

Wir können es beweisen.

Zunächst hat es Adenauer persönlich kurz darauf in seiner Rede auf der „Versammlung in Sachen der Rheinisch-Westfälischen Republik" in der Handelskammer zu Elberfeld am 13. 12. 1918 ausdrücklich bestätigt. Er erklärte:

> An ihn sei der Gedanke zuerst am 9. November durch einige Herren aus Zentrumskreisen herangebracht worden. Diese Herren erklärten ihm, es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß Frankreich das linke Rheinufer annektieren wolle. Das einzige Mittel dagegen sei eine **unabhängige Republik** Rheinland.

Adenauer behauptet allerdings, die Herren hätten ihn nur gebeten, er „möchte über diese Frage mit den Liberalen und den Sozialdemokraten verhandeln". Das stimmt nicht. In der Sitzung der Preußischen Landesversammlung vom 21. 3. 1919 stellte der Abg. Schloßmann fest, „daß gleich nach der Revolution am 9. November 1918 Herren zu Herrn Adenauer gekommen sind, die die Ausrufung der Rheinisch-Westf. Republik verlangten." Die Abgeordneten der Zentrumspartei haben es zugegeben. Der Sitzungsbericht vermerkt an dieser Stelle: „Sehr richtig! im Zentrum."!

Tatsächlich hat Adenauer die Ausrufung der Republik am 9. November abgelehnt. Wie er in Elberfeld am 13. 12. 1918 ausführte, hat er jedoch den Herren Falk von den Liberalen sowie Sollmann und Meerfeld von den Sozialdemokraten Mitteilung über die Unterredung gemacht: „Unter uns vier hat dann eine Besprechung stattgefunden."

Diese zweite Besprechung erfolgte am 13. November 1918. Auch die Denkschrift Kuckhoffs bestätigt es. Kuckhoff gibt allerdings eine etwas andere Zusammensetzung der Teilnehmerschaft an: außer zwei Vertretern der Zentrumspartei sei je einer der Demokraten und der Sozialdemokraten zugezogen worden. Kuckhoff berichtet dann: „Ueber das erste Stadium der Besprechung kam die Sache damals nicht hinaus."

*

„Wenn se kütt, dann kütt se ..."

Ob zu dieser Zeit auch Trimborn schon um die Pläne wußte? Offiziell sicher nicht. Der Geheimrat galt als vorsichtig. Außerdem war er aus der kaiserlichen Zeit etwas vorbelastet. Er war immerhin Kaiserlicher Staatssekretär gewesen.

Genau drei Jahre früher, 1915, zum Jubiläum der 100jährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zu Preußen war „auf Anregung

Trimborns von Freunden und Gesinnungsgenossen der K. V." eine große Festschrift herausgegeben worden.

Neben der amtlichen Festschrift der Stadt Köln. (Die Treue ist doch kein leerer Wahn!)

Es ist verständlich, daß man dem alten Herrn eine Anstandsfrist für die innere Wandlung zubilligte. Erst drei Wochen später, am 4. Dezember 1918, holt man ihn aus der Versenkung.

Der Geheimrat fand sich mit Humor in die Lage. Er soll es gewesen sein, der damals das Witzwort prägte: „Wenn se kütt, dann kütt se. Un wenn se kütt, dann ham' mir et nit gedonn". Wenn sie kommt, dann kommt sie. Die Rheinische Republik nämlich. Und wenn sie kommt, dann haben wir es nicht getan. Wir vom Zentrum nämlich.

Trimborn war Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei.

*

Hinter den Kulissen

Die Versuche, den tatsächlichen Zentrumscharakter der Bewegung neutral zu tarnen, setzten schon bei Beginn, im November 1918, ein. Wie wir sahen, hatte Adenauer bereits am 13. 11. 1918 Vertreter der sozialdemokratischen und demokratischen — damals noch „liberalen" — Parteien zur Besprechung der rheinischen Frage zugezogen. (Mit gleichem Mißerfolg, wie bei seinen später vorgenommenen Gründungen eines wirtschaftspolitischen und eines interparlamentarischen Ausschusses zu gleichem Zweck.)

Geschickter verfuhr Dr. Hoeber. Gleichzeitig auch großzügiger. Hoeber hatte sich einen neuen Plan ausgedacht: die Schaffung eines überparteilichen, die ganze Bevölkerung umfassenden „Bundes zum Schutze der rheinischen Freiheit." Kurz nach dessen Gründung wurde er umgetauft in „Freiheitsbund für die deutschen Rheinlande." Das zog besser, und das Wesen des Bundes wurde dadurch nicht berührt.

Kuckhoff berichtet anschaulich über die Aufstellung dieses ersten vom Zentrum zur Durchführung seiner Rheinbundpläne bestimmten neutralen Hilfskorps:

> In die gleiche Zeit fällt auch die Gründung des Freiheitsbundes der deutschen Rheinlande in Köln.
>
> Er verdankt denselben Erwägungen seine Entstehung, wie auch die Aktion zur Loslösung der Rheinlande von Preußen. Sein Ziel sollte die Erhaltung des Deutschtums in rheinischen Landen sein während der Zeit der Besetzung.
>
> Die Sache verlief wie folgt:
>
> Am 15. November 1918 kam in den Abendstunden in den Gesellschaftsräumen der Kölner Bürgergesellschaft ganz spontan eine Versammlung zustande, weil Herr Dr. Hoeber, der Schriftleiter der „K. V.", den Wunsch aussprach, Nachrichten über die Annektionsabsichten der Feinde mitzuteilen. Seine Mitteilungen machten damals tiefen Eindruck. Man erkannte klar die dringende Gefahr und beschloß sofort einen Rheinischen Freiheitsbund zu gründen, dem am gleichen Abend noch über 200 Herren beizutreten erklärten.

Ueber 200 Mitglieder hatte der Freiheitsbund also schon vor seiner Gründung. Diese sofort in der Zentrumsfestung der Bürgergesell-

schaft vorzunehmen, hatte man nämlich doch Bedenken gehabt: „Alsbald", erzählt Kuckhoff, „traten wir mit Herren aus anderen Parteien in Verbindung, um den Vorwurf zu vermeiden, daß es sich um eine Zentrumssache handle."

Aus diesem Grunde erfolgt die Fühlungnahme mit den Vertretern der anderen Parteien deshalb auch nicht durch einen der Führer der Bewegung. Ein Unteroffizier genügt. Einer der Zentrums-Stadtverordneten von Köln wird mit der Durchführung der Aufgabe betraut.

In den Rheinland-Akten der Stadt Köln (R. A. I. 6) findet sich ein vom 19. November 1918 datiertes Schreiben an Oberbürgermeister Adenauer:

> Rechtsanwalt Custodis bittet um Ueberlassung eines Sitzungszimmers im Rathaus für Freitag, den 22. d. M. abends, um dort, als in einem „neutralen Raume" mit Vertretern des Zentrums, der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten (ca. 20 Personen) die Gründung eines „Bundes für Rheinische Freiheit" zu besprechen.

Adenauer weist für die Besprechung das Zimmer 29 des Rathauses an. Alles weitere verläuft programmgemäß. Für ein gutes Aushängeschild war gesorgt: Gegen die französische Annektion der Rheinlande!

Im übrigen war die Geschichte etwa so aufgezogen, wie später das Reichsbanner durch die Sozialdemokraten. Nur in diesem Falle nicht rot, sondern schwarz. Zwei Konzessionsschulzen hatten die Zentrumsherren an den Vorstandstisch genommen: den Demokraten Falk und den Sozialdemokraten Meerfeld. So wird der neue Bund gleichzeitig schon ein Sinnbild der kommenden Weimarer Koalition.

*

Am 27. November 1918 findet im größeren Kreise die konstituierende Versammlung des Freiheitsbundes statt. Man wendet sich mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit. Einem Aufruf voll Begeisterung, die vaterländisch klingt, ohne daß ein bestimmtes Vaterland bezeichnet wird. Jeder darf sich etwas anderes darunter vorstellen.

Der Bund ruft die Rheinländer zum Kampf auf „gegen alle Entfremdungsgelüste, von welcher Seite sie auch kommen mögen." Er bezeichnet als seine Aufgabe: „die kulturelle, politische und religiöse Freiheit des rheinischen Volkes zu wahren und zu verteidigen und gleichzeitig deutsches Denken und deutsches Fühlen im rheinischen Volke zu erhalten und zu stärken."

Nicht mit einem Wort aber wird gesagt, daß man neben dieser Freiheit jeglicher Art und neben dem deutschen Denken und Fühlen auch die Staatseinheit der Nation wahren und verteidigen will.

Das Deutsche Reich wird in dem Aufruf überhaupt nicht genannt.

Bedarf es noch eines Beweises, daß auch diese Zentrumsgründung des Rheinischen Freiheitsbundes zur Unterstützung des Separatismus bestimmt war? Sogar der Parteivorsitzende Trimborn hat es in der Elberfelder Konferenz vom 13. 12. 1918 (R. A. I, 31) etwas unüberlegt zugestanden, als er seine eigene Beteiligung an der Abfallbewegung bestritt: „Ich persönlich stand diesen Bestrebungen so kühl gegenüber, daß ich nicht einmal dem Freiheitsbund beigetreten bin!"

*

Die Tarnung wird weiter durchgeführt. Zu der großen Werbeversammlung in der Kölner Lesegesellschaft vom 5. Dezember 1918 schickt man wieder den linken Flügel der Kompagnie vor. Diesmal aber, neben Meer-

feld, dem Sozialdemokraten, einen anderen Demokraten, Professor Eckert. Beides waschechte Rheinländer.

Es gehört auch zu den Legenden, die später um die rheinische Abfallbewegung gesponnen wurden, die Sozialdemokratie sei, wie es Sollmann noch am 28. 5. 1932 in einer Einsendung an die Presse stolz behauptet hatte: „stets gegen den Separatismus jeder Art, sogar gegen die Loslösung von Preußen eingetreten."

Nein, die Pläne zur Aufteilung Preußens wurden anfangs offen von den Roten unterstützt. Am 6. Dezember 1918 hatte der Berliner „Vorwärts" geschrieben: „Wir haben nichts dagegen, wenn sich das alte Preußen in seine Bestandteile auflöst." Der Vorschlag einer Neugliederung Deutschlands in vier Republiken (darunter als größte die Rheinische Republik!) wird in der sozialdemokratischen Presse wohlwollend besprochen.

So hat denn auch in der Versammlung des Freiheitsbundes vom 5. Dezember Meerfeld sich nur gegen etwaige reaktionäre Bestrebungen des Zentrums verwahrt und im übrigen offen bekannt: „Das Rheinland den Rheinländern, dem rheinischen Wesen seine Rechte, aber Wahrung der Reichseinheit!"

Der Hauptredner in dieser Veranstaltung des Freiheitsbundes war aber Professor Eckert. Eine Leuchte der Kölner Handelshochschule. Er lieferte denn auch das wissenschaftliche Rüstzeug für den rheinischen Kampf gegen Preußen: „Bisher lag die Leitung der Geschicke östlich, und westlich wurden die Lasten getragen. Wir wollen aber nicht länger Aschenbrödel sein, sondern mitarbeiten!"

Die Rede war ein voller Erfolg. Mit der Wahl von Eckert hatten die rheinischen Freiheitsfreunde keinen Fehlgriff getan. Auf ihn konnten sie sich verlassen.

Auch in der Folgezeit. Wir werden Eckert während der nächsten Monate als Teilnehmer an den wichtigsten Besprechungen der Separatisten in Köln und sogar in Wiesbaden finden. Auch den Vertrauten Dortens ist er bestens bekannt: Dr. Liebing, Dortens „Finanzminister", hat am 21. 1. 28 als Zeuge in einem Kölner Prozeß ausgesagt:

> In Köln war eine starke Bewegung. Prof. Eckert hat mir verschiedene Tatsachen erzählt von der Bewegung, und ich dachte mir: dann wird die Sache ja schon gut sein, wenn sie sich in solchen Händen befindet!

Dr. Klingelschmitt in Mainz gegenüber hat Eckert sich im Mai 1919 sogar stolz als „den geistigen Vater" der Rheinlandbewegung bezeichnet. Aus der Bemerkung ersehen wir auf jeden Fall seine damalige Einstellung zur rheinischen Frage. (Später wollte er nämlich nichts mehr davon wissen!) Im übrigen stimmt allerdings die Behauptung nicht ganz: Der Anspruch Eckerts auf diese Vaterschaft wurde von ihm zu unrecht erhoben. Er ist vielleicht entschuldbar. Eckerts Gedächtnisschwäche in Bezug auf geistiges Eigentum hatte ihm schon vor dem Kriege einmal ein kleines Mißgeschick eingetragen:

> Die „Kölnische Zeitung" hat ihm damals ein übles Plagiat nachgewiesen.

Außer Eckert, dem Wissenschaftler, hatte in der Versammlung des Freiheitsbundes am 5. 12. 18 selbstverständlich auch Dr. Hoeber von der

„K. V." gesprochen. Gleichfalls unter jubelndem Beifall. Und unter jubelndem Beifall war, wie üblich, auch die vorbereitete Entschließung eben zu Gunsten dieser zu schützenden rheinischen Freiheit angenommen worden.

Diese papierne Resolution bildete freilich das ganze Ergebnis des Abends. Aber vielleicht hatten die Veranstalter selber nicht mehr erwartet. Vielleicht sogar nicht mehr gewollt? Vielleicht hielten sie es nicht mehr für nötig, die Bewegung neutral zu tarnen??

Die Lage hatte sich nämlich inzwischen verändert. „In Bereitschaft sein, ist alles!" hatte Hoeber am 9. November geschrieben. Schon zwei Tage vor der Versammlung des Freiheitsbundes war das Zentrum aus der Bereitschaftsstellung vormarschiert.

Geschlossen als Partei.

*

Zentrum an die Front!

Am 4. Dezember 1918 findet im Gürzenich zu Köln eine große Zentrumsversammlung statt. Wegen Ueberfüllung muß eine Parallelversammlung in der Bürgergesellschaft veranstaltet werden. Die ersten Führer der Partei sprechen. Trimborn und Marx. Dann trägt Hoeber den Plan vor: Errichtung einer Rheinisch-Westfälischen Republik im Deutschen Reich. Beantragt eine Entschließung: „baldigst die Proklamierung in die Wege zu leiten. Es lebe das freie Rheinland im freien Deutschland!" Einstimmig, wie stets in Zentrumsversammlungen, wird die Entschließung angenommen. „Stürmischer, sich stärker und stärker wiederholender Beifall, Hut- und Tücherschwenken! Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen", berichtet die „K. V." „Ein weltgeschichtlicher Augenblick, der für immer im Gedächtnis haften wird"!

Auch Kuckhoff bestätigt, daß die Kundgebung außerordentlich eindrucksvoll war:

> Die Verlesung der Resolution löste einen unendlichen Jubel aus. Aehnliches haben die Räume der Bürgergesellschaft noch nie gesehen, und kein Teilnehmer konnte sich dem Gefühle verschließen, daß hier der Volkswille wie selten in elementarer Form zum Durchbruch gelangt war.

Kuckhoff verrät gleichzeitig, weshalb der Andrang zu den Versammlungen so groß gewesen ist:

> Es war unter der Bevölkerung Kölns nicht unbekannt geblieben, daß man an dem Abend die Frage der Rheinischen Republik behandeln werde. Deshalb waren die Säle der Bürgergesellschaft überfüllt, wie sie es wohl kaum jemals gewesen sind.

Von Brüggemann wissen wir, daß die Zentrumsleute sogar von Düsseldorf zu der Veranstaltung vom 4. Dezember nach Köln herübergekommen waren. Ein elementarer Ausbruch des Volkswillens hatte sie allerdings nicht in Herden herangetrieben, sondern eine gute Regie. Sie erwarteten etwas anderes als nur die Vorlage einer Entschließung. Wir können noch mehr verraten: Die ursprüngliche Absicht der Einberufer war weiter gegangen. Hoeber selbst hatte es im Gürzenich angedeutet: „Die Würfel sind gefallen! In der letzten Stunde, in der uns die Freiheit des Willens und politischen Handelns noch offensteht, wollen wir zur Tat schreiten!"

Zur Tat? Das Wort paßt nicht ganz zu dem mageren Ergebnis des Abends. Hoeber hatte in der Eile vergessen, sein erstes Konzept zu korrigieren. Ebenso wie der Berichterstatter der „K. V.": Ein „weltgeschichtlicher Augenblick" war die Annahme einer Entschließung trotz des Hut- und Tücherschwenkens ja eigentlich nicht gewesen.

Einer der Eingeweihten, Oberpfarrer Kastert, hat später, am 29. Mai 1920, in einer Separatistenversammlung zu Köln etwas aus dem Nähkästchen geplaudert:

„Die Proklamation für die Ausrufung des rheinisch-westfälischen Gliedstaates einschließlich Hessen und Pfalz war fertig.

Die Präsidentschafts- und Ministerkandidaten-Liste aus allen Parteien war in dreifacher Anzahl vorgesehen."

Oberpfarrer Kastert mußte es wissen. Er war der Vorsitzende der Zentrumsversammlung vom 4. Dezember 1918 gewesen.

*

Die reine Wahrheit hat Kastert allerdings auch nicht gesagt. Er behauptet, die Ausrufung eines rheinisch-westfälischen Gliedstaates, also eines Bundesstaates des Deutschen Reiches, sei für den Abend des 4. Dezember geplant gewesen. Es stimmt nicht.

Brüggemann schreibt:

Am Morgen des 4. Dezember erschien zunächst in der „K. V." ein Aufsatz unter der Ueberschrift „Rheinisches Recht für rheinisches Land", der unter Hinweis auf die Unfähigkeit der sozialistischen Regierung in Berlin und die Erlasse Adolf Hoffmanns in die stürmische Forderung mündete, von dem anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker Gebrauch zu machen und die baldige Proklamierung einer Rheinischen Republik zu verlangen.

Von einem Verbleiben dieses Staates im Verbande des Deutschen Reiches war mit keinem Wort die Rede.

Aehnlich schrieb auch die „Trierische Landeszeitung" am gleichen Tage. Sie machte darauf aufmerksam, daß die Franzosen ihre Absichten auf das Rheinland erreichen könnten, entweder durch Annektion oder dadurch, daß es der Selbstbestimmung der Bewohner überlassen bleibe, ob sie nach Frankreich übertreten wollen oder bei Preußen bleiben. Das beste Gegenmittel gegen diese Gefahr sei die Errichtung der Rheinischen Republik.

Verwiesen sei auch auf die Drahtung, die am 6. Dezember, zwei Tage nach der Versammlung, von den Trierer Aktivisten und Prälat Kaas in Köln einging, und worin (in gleicher Weise wie auch bei den späteren Drahtungen von Kaas und Genossen!) nur von einem „freien Rheinstaat" die Rede ist, ohne irgend einen Hinweis auf einen Verbleib dieses Rheinstaates im Verbande des Deutschen Reiches. (Hierüber siehe die Mitteilungen im Kapitel Kaas und Genossen).

Wir können uns sogar berufen auf die Erklärungen, die Geheimrat Trimborn, der Vorsitzende der Rhein. Zentrumspartei, bei der Besprechung dieser Vorgänge auf der Konferenz von Elberfeld am 13. 12. 1918 in Gegenwart von Regierungsvertretern abgegeben hat:

Die Sache selbst ist von den führenden Männern der „K. V." und ihrem Anhang ausgegangen. Die waren der Meinung, daß die Gründung

einer selbständigen Republik der letzte Weg sei, eine Annektion durch Frankreich zu verhindern.

Wenn im Anschluß daran Trimborn die Bemerkung dahin einschränkt, „jene Männer“ seien der Meinung, daß, wenn das Rheinland zwar bei Deutschland, aber nicht bei Preußen verbleibe, die Einverleibung in Frankreich verhindert würde, so darf man dies wohl als nachträgliche Abschwächung des ersten unüberlegten Zugeständnisses auffassen; denn ein Geheimer Justizrat, der es bis zum Kaiserlichen Staatssekretär gebracht hatte, war sich zweifellos klar darüber, daß man die Schaffung eines neuen deutschen Bundesstaates staatsrechtlich nicht als „Gründung einer selbständigen Republik“ bezeichnen kann!

Tatsächlich ist nun ja in der Versammlung vom 4. 12. 18. weder eine selbständige Republik noch ein neuer Bundesstaat ausgerufen worden. Der Grund dafür hat gleichfalls Oberpfarrer Kastert am 29. 5. 20 angegeben: „Die Absicht der Ausrufung wurde durch den Beirat der Rheinischen Zentrumspartei vereitelt, der am Nachmittag des 4. Dezember eine Sitzung abhielt. Man hatte zuviel Bedenken.“

*

Die Kölner Versammlung war keine durch besondere Umstände veranlaßte örtliche Kundgebung und erst recht kein Ausbruch elementaren Volkswillens gewesen.

Eine Generaloffensive des Zentrums hatte eingesetzt.

Die Bewegung hatte sich inzwischen schon am ganzen Rhein ausgebreitet. Ueberall wird in geheimen Konventiken beraten. Dann entstehen Aktionsausschüsse. Ueberall aber bildet, wie in Köln, ein führendes Zentrumsblatt den Kristallisationspunkt: In Trier die **„Trierische Landeszeitung“** mit Prälat Kaas und seinem Kreis. In Aachen das **„Echo der Gegenwart“** mit Moenikes, Dahlen und Dr. Vogel. In Wiesbaden die **„Rheinische Volkszeitung“** mit Dr. Geucke. In Coblenz die **„Coblenzer Volkszeitung“**. In Speyer das **„Rheinische Volksblatt“**. Und nicht zu vergessen in Bayern Dr. Heim und ders. **„Bayerische Kurier“**, in welchem Heim schon Ende November 1918 die völlige Aufteilung Deutschlands offen verlangt hat! (Siehe: Ilges „Die geplante Aufteilung Deutschlands“, Berlin-Charlottenburg 1933.)

Die Bewegung greift aber auch über die Grenzen von West- und Süddeutschland hinaus. Schon am 26. November 1918 hatte die „K. V.“ mit offensichtlicher Genugtuung gemeldet, ein Aufruf der Welfenpartei sei in hunderttausenden von Abdrucken in ganz Hannover angeschlagen, verlange die Freiheit des Landes und berufe sich dabei auf „das in der ganzen Welt anerkannte Recht auf Selbständigkeit der Völker“:

„Los von Berlin! Los von Preußen!“

Gleichzeitig war, auch noch November 1918, unter dem gleichen Schlachtruf Los von Berlin! als Titel die Flugschrift von Raimund Faust erschienen (die tatsächlich den Prälaten Kaas zum Verfasser hatte!). Unter dem gleichen Schlachtruf setzt auch in Schlesien die Zentrumsbewegung für den Abfall von Preußen, ja vom Reich ein!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Bewegung **einheitlich eingeleitet, einheitlich organisiert und durchgeführt worden ist. Und zwar durch die Zentrumspartei.**

Im Rheinland läßt sich dabei, da hier eine Fülle von Material über die Entwicklung des Separatismus zur Verfügung steht, im einzelnen nachweisen, wie sich neben der Zentrumspresse auch die Parteiorganisationen des Zentrums (und außerdem der katholische Klerus!) in den Dienst der Bewegung gestellt haben. Ueberall wird in offiziellen Zentrumsversammlungen für die Abfallpläne geworben. Unterschriften werden gesammelt. Die Organisation zentralisiert sich in Kreisausschüssen, in Landesausschüssen. Sie verästelt sich bis in die Dörfer. Fäden laufen hinüber und herüber. Schon im Dezember überzieht ein Spinnennetz das ganze rheinische Land.

*

Die geplante Ausrufung der Rheinischen Republik war in Köln in gleicher Weise, wie am 9. November, auch am 4. Dezember 1918 mißglückt. Die Verantwortung für den Versuch wurde deshalb von den Führern im Namen der Partei höflich aber bestimmt abgelehnt. Und auch für die eigene Person.

Um ganz sicher zu gehen, hatte übrigens der Leiter der Versammlung, Oberpfarrer Kastert (Abgeordneter des Zentrums) schon in seinem Schlußwort erklärt:

> Dieser Beschluß ist nicht als parteipolitischer Entschluß des Zentrums zu betrachten. . . . Wir müssen es uns verbitten, wenn man morgen vielleicht die Sache als Zentrumsarbeit anspricht.

Dann freilich war ihm in der Begeisterung die Zunge durchgegangen:

> Los von Berlin! Aus Trier und Coblenz, aus dem Badischen, aus der Pfalz, vom Niederrhein, aus Westfalen, überallher wird uns zugerufen: Kölner, warum wartet ihr noch? . . . Was notwendig sein wird, das ist die stille, die konsequente, systematische Agitation von Haus zu Haus **für unser Zentrum** und für das, was wir heute Abend uns als ein köstliches Weihnachtsgeschenk selbst in den Schoß gelegt haben.
>
> Nun an die Arbeit für unsere Partei, die auch eine Trägerin dieses Gedankens ist, und die in Zukunft so Gewaltiges zu leisten hat!

Geheimrat Trimborn auf der Elberfelder Konferenz und ebenso Kuckhoff in seiner Denkschrift haben wenigstens offen zugestanden, daß die Kölner Versammlung eine offizielle Veranstaltung der Zentrumspartei war. Später wird versucht, auch diese unbequeme Tatsache zu verschleiern. A. Köhler (darüber mehr unter SS. 106, 122 u. ff.) in seiner Verteidigungsschrift „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein" (Trier 1932) schlägt sogar fromm und gottesfürchtig eine kleine Volte:

> Eine Versammlung wird für den Abend des 4. Dezember in die Säle der Bürgergesellschaft in Köln einberufen, und die weiten Räume sind überfüllt von Angehörigen aller Parteien.

Köhler spricht denn auch nur ganz allgemein von „Rednern" und „Zuhörern" bei dieser Zusammenkunft namenloser Zeitgenossen, von der er im übrigen mit mild verzeihender Nachsicht nur zu sagen weiß, es sei „nicht zu verwundern, daß in dieser Versammlung nicht jedes Wort gegenüber Preußen und Berlin auf die Goldwaage gelegt wurde."

Einige Worte gegen Preußen waren in der Versammlung allerdings gesprochen worden. Unter dem tosenden Beifall der 5000 Kölner Zentrumsbürger hatte Trimborn die offizielle Erklärung abgegeben:

> Mit der Dynastie der Hohenzollern, der wir durch Eid verpflichtet waren, ist für uns jede rechtliche Verpflichtung, an Preußen festzuhalten,

verschwunden. Eine Treueverpflichtung gegenüber dem alten Preußen besteht für uns nicht mehr.

Es war gleichsam der Startschuß für die rheinische Bewegung. Der Parteivorsitzende in Person gab damit die Bahn frei.

Auch Kuckhoff bestätigt die ungeheuere Wirkung dieser Erklärung:

> Eine Treueverpflichtung gegenüber dem alten Preußen besteht für uns nicht mehr! Diese Worte, die Geheimrat Trimborn, der Führer der Zentrumspartei, am 4. 11. 18 sprach, waren deutlich und wurden sehr gut von den Rheinländern verstanden.

Um so sonderbarer ist es, daß Trimborn mit der auf der gleichen Versammlung angenommenen Entschließung nicht einverstanden gewesen zu sein scheint: Auf der Elberfelder Sitzung am 13. 12. 1918 hat er sogar behauptet, sie sei für ihn und seine Freunde eine Ueberraschung gewesen, was dann auch Marx bestätigte.

Die würdigen Geheimräte haben beide ein wenig geflunkert. Kuckhoff ist hier (wie stets) eine zuverlässigere Quelle. Und er berichtet, daß bei der zur Vorbereitung der Versammlung vom 4. Dezember einberufenen Sitzung des Beirats der Rheinischen Zentrumspartei am Nachmittag des gleichen Tages die Herren Geheimrat Trimborn und Geheimrat Marx persönlich anwesend waren: „Sie lehnten es ab, zu der geplanten Resolution Stellung zu nehmen."

Trimborn und Marx kannten also schon am Nachmittag die Entschließung, die Hoeber am Abend zur Annahme vorschlug. Vom Beirat war der Wortlaut ausdrücklich gebilligt, und auch die beiden Zentrumsführer hatten sich keineswegs dagegen erklärt. Sie hatten sich nur der Stimme enthalten.

Abgelehnt vom Beirat wurde nur, wie Kastert berichtet hat, der Vorschlag, in der Versammlung am Abend die Rheinische Republik tatsächlich auszurufen.

*

Der ahnungslose Oberbürgermeister

Am merkwürdigsten ist das Verhalten von Oberbürgermeister **Adenauer.** In der Zentrumsversammlung vom 4. Dezember war er überhaupt nicht erschienen. Den Grund dafür gibt er in seiner Denkschrift vom März 1919 (K. A. II, 143 ff.) an:

> Durch die Zentrumsversammlung am 4. Dezember 1918 in der Bürgergesellschaft zu Köln, in der der Gedanke zum ersten Male meines Wissens in der großen Oeffentlichkeit proklamiert wurde, bin ich vollständig überrascht worden.
>
> Ich las erst davon am folgenden Morgen in der Zeitung.

Diese Aufklärung ist allerdings verblüffend. Ganz Köln strömt zu den beiden Riesenversammlungen. Denn allgemein ist, wie Kuckhoff bestätigt, sogar bekannt, daß an dem Abend die rheinische Frage behandelt werden soll. Sogar von Düsseldorf kommen die Leute herüber. Alle wußten Bescheid. Nur einer nicht: Der Oberbürgermeister der Stadt. Er liest es am nächsten Morgen in der Zeitung!

In Wahrheit hat Adenauer unmittelbar nach dem Vorgang eine etwas anders lautende Erklärung abgegeben. Auf der Elberfelder Tagung vom 13. 12. 1918:

> Ich war ganz starr, als ich am nächsten Morgen las, daß die bekannte *Entschließung* angenommen worden sei. Ich hatte den Eindruck, wir seien von einer kleinen Clique überrascht worden. Die Proklamierung war die *größte Dummheit*, die überhaupt gemacht werden konnte.

Und er, der treue Zentrumsmann und Katholik, hat sogar hinzugefügt:

> Ich selbst würde einem Staatsgebilde, in welchem der Pastor und der Küster herrschen, die sozialistische Republik vorziehen.

Im Gegensatz zu der Darstellung seiner Denkschrift behauptet Adenauer in Elberfeld nur, durch die *Entschließung* überrascht worden zu sein. (Also genau wie Trimborn und Marx). Da er aber bei der Elberfelder Tagung gleichzeitig mitgeteilt hatte, daß er selber am Nachmittage eben jenes 4. Dezember die Zumutung eines „Heißsporns", sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und am Abend die Republik auszurufen, *zurückgewiesen* hätte, war er doch sogar von den *ursprünglichen*, weitergehenden Plänen der Einberufer dieser Zentrumsversammlung unterrichtet. Wir können sogar die seltsame Feststellung machen, daß Adenauer (ohne zu empfinden, wie er damit seiner eigenen oben angeführten Darstellung von diesen Vorgängen widerspricht) später *sich selber* das Verdienst zugeschrieben hat, die Ausrufung der Rheinischen Republik in der Versammlung vom 4. Dezember 1918 *verhindert* zu haben.

Eine Denkschrift, die der Kölner Oberbürgermeister 1933 nach seinem Abgang zu seiner Entlastung verfaßt hat, beginnt bezeichnender Weise mit den Worten:

> *Dreimal war es mir vergönnt, in gefährlichen Situationen entscheidend mitwirken zu können, um das Rheinland davor zu bewahren, von Deutschland abgetrennt zu werden.*

Schläft Adenauer-Brutus?

Der *erste* dieser drei Fälle aber bezieht sich augenscheinlich auf die Vorgänge vom 4. Dezember 1918. In seiner Denkschrift vom März 1919 schildert er nämlich ausführlich die Schritte, die er getan hätte, um das von ihm als „äußerst unklug und gefährlich" bezeichnete Vorgehen der „Heißsporne" zu paralysieren. Gleichzeitig allerdings sucht Adenauer in der Denkschrift nachzuweisen, daß, soweit *er selbst* sich in der rheinischen Bewegung betätigt hatte, er sich dabei nicht nur *im Einverständnis mit der Reichsregierung* befunden, sondern von dieser sogar — wenigstens mittelbar — den *Auftrag* dazu erhalten habe. Wir heben die betreffende Stelle heraus:

> Eines Tages erschien bei mir der *Professor Briefs aus Berlin*, der *zu diesem Zwecke eigens nach Köln gekommen* war. Er erklärte, er komme *im Auftrage des Staatssekretärs Preuß*; dieser lasse mir mitteilen, *daß Preußen aufgeteilt* werde, und daß die *Reichsregierung* durchaus mit der Aufteilung Preußens und der Bildung einer Westdeutschen Republik *einverstanden* sei. Ich habe Herrn Prof. Briefs gebeten, mir eine schriftliche Erklärung des Staatssekretärs Preuß darüber zu bringen. Er fuhr nach Berlin zurück, telefonierte mir dann von Berlin, daß der Staatssekretär eine amtliche schriftliche Erklärung nicht geben könne, *daß aber im übrigen das, was er mir von Preuß mündlich überbracht habe, richtig sei.*

Auf den Staatssekretär Preuß hat sich Adenauer damals auch bei anderen Gelegenheiten berufen; so nannte er ihn, wie Brüggemann berichtet, Dezember 1918 in einer Sitzung des neugegründeten Zwischenparteilichen Ausschusses als seine Quelle für „untrügliche Mitteilungen", wonach Frankreichs Absichten im Einverständnis mit der übrigen Entente auf die Einverleibung des ganzen linken Rheinufers hinzielten. Brüggemann behauptet dabei, Preuß selber habe dies ihm gegenüber bestritten und ihm mitgeteilt, daß er im Gegenteil Adenauer habe sagen lassen, jede Möglichkeit einer Absplitterung müsse mit allen Mitteln verhindert werden.

Aehnlich liegt der Fall auch bei der angeblich von Professor Briefs dem Kölner Oberbürgermeister übermittelten Stellungnahme der Reichsregierung. Ein bei den Kölner Akten befindliches Schreiben (K. A. V, 221 f.), das Professor Briefs am 6. 12. 1932 an Adenauer gerichtet hat, gibt eine ausführliche Darstellung jener Kölner Vorgänge von Anfang Dezember 1918. In dem Schreiben heißt es wörtlich:

> Sie (Adenauer) erklärten mir, am 4. Dezember Nachmittags vor dem Einmarsch der Engländer solle im Gürzenich eine Versammlung stattfinden, in der die bundesstaatliche Selbstständigkeit der Rheinlande zu proklamieren beabsichtigt sei. . . . Sie würden gerne wissen, wie die Regierung in Berlin sich dazu stelle. Darum baten Sie mich, ich möchte sofort nach Berlin zurückreisen und Ihnen dann am anderen Mittag, also am 4. Dezember durch Staatstelefon Nachricht geben.

Hierdurch wird zunächst bezeugt, daß Adenauer nicht etwa erst am Nachmittag des 4. Dezember von einem „Heißsporn" von dem Plan der Ausrufung der Republik in der Abendversammlung vom gleichen Tage erfahren (viel weniger erst am nächsten Morgen von der Versammlung selbst in der Zeitung gelesen) hat, sondern daß er hierüber schon am Vortage genau unterrichtet war und den Plan einer Proklamierung der „bundesstaatlichen Selbständigkeit der Rheinlande" auch nicht etwa abgelehnt, sondern im Gegenteil als durchführbar betrachtet hat. Denn er wünschte nur zu wissen, wie sich die Reichsregierung in Berlin dazu stelle.

Diese Erkundigung in Berlin hat Professor Briefs eingezogen. In seinem Schreiben berichtet er über seine Unterhandlungen mit Staatssekretär Lewald und im Anschluß daran mit Preuß. Preuß teilte ihm mit, er persönlich sei für die Aufteilung Preußens in eine Reihe selbständiger Bundesstaaten; die Regierung stimme diesem Vorschlag aber **nicht** zu. Oberbürgermeister Adenauer sei davon telefonisch zu verständigen: „er möge dafür Sorge tragen, daß in der Versammlung vom 4. Dezember nicht proklamiert werde, was der Entscheidung der Reichsregierung vorgriffe." Diese fernmündliche Uebermittlung durch Briefs an Adenauer ist dann am 4. Dezember nachmittags zwischen 1 und 3 Uhr erfolgt. Adenauer gab am Telefon die Antwort: „dann werde also die Erklärung der Trennung der Rheinlande von Preußen und ihre Ueberführung in einen Bundesstaat nicht statthaben."

Die Darstellung, die Adenauer in seiner Denkschrift über den Vorgang gibt, ist also unwahr. Noch eigentümlicher aber ist seine eigene Handlungsweise: Am Nachmittag vom 4. Dezember, schon vor 3 Uhr wußte er, daß die Reichsregierung gegen die Ausrufung einer Rheinischen Republik sei. Er hatte sogar selber dem Verbindungsmann, Professor Briefs, zugesichert, daß unter diesen Umständen die Ausrufung des

neuen Staatsgebildes am Abend nicht erfolgen werde. Und was hat er getan, um dieses Versprechen zu erfüllen? **Nichts.**

Von dem Inhalt der amtlichen Nachricht aus Berlin hat er niemand in Kenntnis gesetzt (hat sogar, wie wir gesehen haben, viel später noch diesen Inhalt in sein Gegenteil umgefälscht). Adenauer war weder auf der Nachmittagssitzung des Beirates seiner Partei, wo der endgültige Beschluß für das Vorgehen am Abend gefaßt werden sollte, noch hat er den Beirat von der Stellungnahme der Reichsregierung benachrichtigt, noch ist er überhaupt in die Versammlung gegangen. Er hat sich taub und blind gestellt und abgewartet, was geschehen würde. Er konnte dann nachher die Verantwortung für den Beschluß der Versammlung ablehnen — falls die Sache schief ging.

Das Geheimprotokoll vom 10. Dezember 1918

Seine eigene Betätigung in der rheinischen Bewegung hatte Adenauer nach außen hin zunächst so geschickt zu verbergen gewußt, daß sogar Brüggemann ihm das Zeugnis ausstellt: „In der Tat scheint Oberbürgermeister Adenauer während dieser ganzen Zeit der Bewegung noch wenig aktiv an ihr beteiligt gewesen zu sein."

Andererseits aber ist es Brüggemann gewesen, der auf die damals schon nachweisbare verhängnisvolle Wühlarbeit Adenauers und seines Kollegen Klostermann von Koblenz hingewiesen hat. Sie vor allem waren es, die auf Grund geheimnisvoller — aber von ihnen nie genannter — „vollkommen sicherer Quellen" Gerüchte über unmittelbar drohende Annektionsabsichten der Franzosen und ihre Unterstützung durch England und Amerika verbreiteten, um die Vernebelung der Geister und zugleich die Panikstimmung zu erzeugen, die allein dem Angriff auf die noch unerschütterte Stellung des Deutschen Reiches in seiner Einheit Erfolg bringen konnte.

Für diese **Zusammenarbeit der beiden Zentrums-Oberbürgermeister Adenauer und Klostermann** besitzen wir einen aktenmäßigen Beleg: das gedruckte Protokoll einer vertraulichen Besprechung, die am 10. Dezember 1918 (also noch keine Woche nach der Versammlung in der Bürgergesellschaft) im Hotel „Exzelsior" zu Köln im engsten Kreise von nur 11 Personen stattfand.

Hannibal ante portas

Auch hierbei klappte die Regie vorzüglich. Der Vorgang in seiner spannenden Dramatik mutet an wie herausgeschnitten aus einem Sensationsfilm: Von Koblenz erscheint in einem Sonderzug ein Zeitungsverleger, Herr Adolf Duckwitz, mit der von General Groener aus Berlin durch Kurier nach Koblenz übermittelten Nachricht, daß Frankreich jetzt das gesamte Rheinland, auch das rechts-

rheinische, annektieren werde. Deshalb sei der Reichstag sofort einzuberufen. Und zwar in das besetzte Gebiet![1])

„Herr Duckwitz", heißt es in dem Protokoll, „ist schon vor dieser Besprechung bei Oberbürgermeister Adenauer gewesen, um seine Meinungsäußerung zu erfahren. Adenauer sei so bestürzt gewesen über das Gehörte, daß er einen Entschluß nicht gleich habe fassen können und seine Entscheidung Herrn Duckwitz nach einer Stunde mitteilen wolle."

Die versammelten Politiker — darunter auch der Sozialdemokrat Meerfeld — sind womöglich noch mehr verdattert. Trimborn ist es, der sich zuerst wieder gefaßt hat. Mit der Anregung von Groener-Duckwitz ist er einverstanden. Anerkennung der Regierung Ebert durch den sofort einzuberufenden Reichstag, aber unter Vorbehalt: Deutschland darf kein Einheitsstaat werden wie Frankreich. „Sollte dann aber auch diese Regierung versagen, so würde man Ebert sagen: Du hast uns im Stich gelassen, also müssen wir uns selber helfen, wir Rheinländer."

Einwendungen werden nicht gemacht:

> Es herrscht nach eingehender Aussprache Einstimmigkeit über die Notwendigkeit der Einberufung des Reichstages und dann der Nationalversammlung. Die Reichstagssitzung soll vorschlagsgemäß in Koblenz oder Ems stattfinden.

Dieser Beschluß wäre eigentlich überflüssig gewesen. Die beiden Oberbürgermeister Adenauer und Klostermann hatten nämlich inzwischen schon gehandelt. Beide hatten, jeder für sich und im eigenen Namen, an diesem 10. Dezember nach Berlin gedrahtet und den Reichstag eingeladen, am Rhein zu tagen. Unter dem Schutz der feindlichen Bajonette. Damit die Freiheit der Beratung gewährleistet sei.

Der Rat der Elf im Exzelsior hätte jetzt eigentlich nach Hause gehen können. Aber er tat noch ein Uebriges. Er beschloß, das Rheinland zu retten. Das Protokoll berichtet darüber:

> Die Herren, besonders aber Trimborn und Meerfeld werden nichts unversucht lassen, was auch nur entfernt erfolgversprechend wäre für die Durchkreuzung der Pläne Frankreichs. Herr Robert Bachem wird es übernehmen, den Verein Rheinischer Zeitungsverleger mobil zu machen, damit die gesamte Presse Rheinlands sich gegen diese Pläne wehrt. Herr Meerfeld wird sich an Ebert wenden, Herr Meerfeld und Herr Justizrat Falk an Herrn Oberbürgermeister Adenauer. Herr Trimborn an Herrn Fehrenbach.

Diese Entschließung, mit der dann Herr Duckwitz in seinem Sonderzug beruhigt nach Koblenz zurückfuhr, gemahnt in ihrer lakonischen Kürze an den Beschluß des römischen Senates, als Hannibal vor den Toren stand.

Darauf beschränkt sich freilich die Aehnlichkeit.

Erwähnen könnte man vielleicht noch, daß das Protokoll des Elfer-Rates geführt und unterschrieben wurde von dem famosen Arthur Jung, weiland Schriftleiter des „Stadt-Anzeigers" und dann des „Kölner Tageblatts." Er hat auch die Drucklegung der Niederschrift besorgt.

Arthur Jung wurde später aus dem Kölner Presseverein ausgeschlossen. Er hatte so glänzende Artikel für den Separatismus geschrieben, daß sie

---

[1]) General Groener hat dem Verleger dieser Schrift bestätigt, daß er in der Tat einen Kurier mit der Anregung, den alten Reichstag einzuberufen, nach Koblenz geschickt habe. Doch sei von einer Annektion des rechtsrheinischen Rheinlands nicht die Rede gewesen.

ohne weitere Bearbeitung sogar vom französischen Propagandadienst abgedruckt und zur Werbung benutzt werden konnten.

*

Separatist muß man sein

Nach der schon erwähnten Elberfelder Konferenz vom 13. 12. 18 sind aus dem Dezember keine bemerkenswerten Ereignisse in der Rheinlandfrage zu melden; es sei denn die Auswahl der Zentrumskandidaten für die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung und zum Preußischen Landtag. Kuckhoff berichtet:

> Im Kölner-, Aachener- und Koblenz-Trierer-Bezirk nahm man von jedem Kandidaten der Zentrumspartei als selbstverständlich an, daß er ein Anhänger des Gedankens sei. Man hat auch, wie z. B. im Trierer Bezirk die Stellungnahme in der Frage der Rheinischen Republik teilweise entscheidend sein lassen bei der Aufstellung. Sicher ist, daß kein Kandidat der Zentrumspartei im linksrheinischen Gebiet in der Wahlbewegung jemals als Gegner der Frage aufgetreten ist. Jeder von ihnen wußte, daß man von ihm erwartet, er werde mit allen anderen Zentrumsabgeordneten der Rheinlande eine möglichst schnelle Entscheidung herbeiführen helfen.
>
> Das ist manchmal recht hart ausgesprochen worden, wie z. B. in der „Köln. Volkszeitung" vom 18. 12. 18: „Abgeordnete, die sich in wichtigen Fragen, wie der schwebenden (betr. Rheinische Republik) um die Willenskundgebung ihrer Wähler nicht kümmern, streichen damit ihre Namen von der zukünftigen Kandidatenliste aus."

So wurde denn auch, wie Stöck in seinen Erinnerungen (Trier 1930) berichtet, der bisherige Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei wegen seiner ablehnenden Haltung in der Rheinlandfrage nicht wieder im Wahlkreis Koblenz-Trier aufgestellt und durch einen zuverlässigen Freund der Bewegung ersetzt.

Durch den Prälaten Kaas.

*

Die Ereignisse der nächsten Zeit sind bekannt. Nach Vorbesprechungen, die im Januar in kleinerem Kreise stattgefunden hatten, beruft Adenauer zum 1. 2. 19 eine Versammlung rheinischer Abgeordneter und Oberbürgermeister in den Hansasaal des Kölner Rathauses. Wieder begnügt man sich mit der Annahme einer papierenen Entschließung. Gleichzeitig wird aber (zu den schon bestehenden) ein weiterer zwischenparteilicher Ausschuß aus Vertretern der späteren Weimarer Koalition eingesetzt, um „die Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches weiter zu bearbeiten."

Es folgt die berüchtigte Kölner Kasinokonferenz vom 10. März, bei der Dorten und sein Kreis zum ersten Mal in größerer Oeffentlichkeit hervortreten. Bekannt ist, daß die der Kasinokonferenz vorgelegte und von ihr angenommene Entschließung am 6. März im Sitzungssaal der „K. V." verfaßt und schon am 7. März den Generalen der feindlichen Besetzungsmächte eingereicht worden war. Drei Tage vor ihrer Annahme!

Bekannt ist ferner, daß, in gleicher Weise wie bei der Zentrumsversammlung vom 4. Dezember, Adenauer auch an der Kasinokonferenz nicht teilgenommen oder richtiger gesagt: nicht bis zum Schluß teilgenommen

und sich auch später mit Verlauf und Ergebnis der Konferenz nicht einverstanden erklärt hat.

Bekannt ist, wie dann am 17. Mai die Pilgerfahrt nach Mainz zu General Mangin stattfand, an der sich außer einigen Herren aus Aachen (und dem dortigen französischen Zensuroffizier, Capitaine Rostand) die Kölner Aktivisten Froberger, Kastert und Kuckhoff beteiligten. Bekannt ist der Sturm der Empörung in den Ländern am Rhein, der ausbricht, als die Tatsache dieser ersten unmittelbaren Verhandlung von Zentrumsführern mit einer französischen Besatzungsbehörde veröffentlicht wird.

Bekannt sind die Vorgänge, die sich inzwischen in Hessen und in der Pfalz abgespielt haben; die vergeblichen Versuche Dortens, in Koblenz, dann, am Himmelfahrtstage, Ende Mai 1919 in Aachen, die Rheinische Republik zu proklamieren, deren am 1. Juni in Wiesbaden und Mainz tatsächlich erfolgte Ausrufung sowie die am gleichen Tage in Speyer erfolgte Ausrufung der Freien Pfalz.

Bekannt sind endlich die verschiedenen Kundgebungen zur Rheinlandfrage, die von der Regierung und den Parteien erlassen wurden. Bekannt die Verhandlungen im Plenum und den Ausschüssen der Nationalversammlung und des Preußischen Landtags und die schon März 1919 beginnende allmähliche Abschwenkung der Zentrumspartei als solcher aus dem separatistischen Lager. Eine Abschwenkung, die mit der offiziellen Entschließung auf dem Kölner Parteitage vom September 1919 ihren sichtbaren Ausdruck fand.

Bekannt sind diese äußeren Vorgänge, so wie sie auf dem politischen Theater damals dem Zuschauer erschienen und als angeblicher Tatsachenbericht uns überkommen sind. Das Filmband dieser Handlung, von der wir jede einzelne Szene kennen, von neuem abrollen zu lassen, würde unser Wissen nicht vermehren. **Wohl dagegen ein Blick in den Schnürboden der Bühne, um zu sehen, wie die Kulissen verschoben, den Mitspielern die Stichworte gegeben und die Donnermaschine in Tätigkeit gesetzt wurden.**

*

Die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 hatten eine bürgerliche Mehrheit ergeben. Das Zentrum trat in die marxistische Regierung ein. „Zum Schutz der kulturellen Güter." Genau 14 Tage vorher war von allen Kanzeln der Aufruf des rheinischen Episkopats verlesen worden: „Wer die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar unterstützt, versündigt sich an Christus und an seiner Kirche."

Der Kuhhandel war zwischen Erzberger und Scheidemann abgeschlossen worden. In Preußen hatte er schon während der Wahlschlacht begonnen. Das erste Geschäft wurde getätigt. Am 4. Januar bewilligte das sozialistische Staatsministerium die Errichtung einer Volluniversität in Köln. Der sozialdemokratische Abgeordnete Meerfeld hatte zwischen Adenauer und Ministerpräsident Hirsch vermittelt. Das Fundament zum Grenzwall gegen Osten war gelegt. Ein Bollwerk gegen die verpreußte Bonner Hochschule.

„Man muß auch dieses Ereignis der Schöpfung einer Kölner Volluniversität", schrieb das separatistische „Kölner Tageblatt", „im Rahmen der Bestrebungen würdigen, die auf einen Rheinisch-Westfälischen Freistaat hinauslaufen".

Die separatistische Forderung nach „echt rheinischen Universitäten" wurde nicht nur für Köln erhoben. Auch Trier verlangte eine eigene, halb-französische Hochschule, wie am 15. 2. 19 das „Kölner Tageblatt" zu berichten wußte.

Es ist eine einheitliche Linie, die hier im Rheinland in Zusammenarbeit von Separatisten und Franzosen verfolgt wird. („Frankreich steht heute vor der Aufgabe, die germanische Kultur am Rhein innerlich zu überwinden." „Le Temps", Paris, 5. 5. 19.)

Schon am 11. Februar 1919 wurden die pfälzischen Zeitungen gezwungen, eine Auflagenachricht über den französischen Sprachunterricht in der Pfalz zu bringen: „General Gérard beweist dadurch, daß es ihm am Herzen liegt, den Pfälzern nicht nur die französische Sprache, sondern auch den französischen Geist zugänglich zu machen. Die französische Sprache wegen des wirtschaftlichen Nutzens, und den französischen Geist, weil Frankreich vor Zeiten ihr Vaterland war."

In einem weiteren Zwangsaufsatz wird die Absperrung der Pfalz vom unbesetzten Gebiet begründet: „Um Ansteckung vom rechtsrheinischen Ufer her zu verhindern."

In Durchführung dieser Politik verlangt General Gérard auch die Gründung einer eigenen pfälzischen Universität in Kaiserslautern. Diese Forderung vertritt auch der Zentrumsabgeordnete **Hofmann** bei dem Regierungspräsidenten v. Winterstein „für den Fall einer Abtretung der Pfalz". (Die Unterredung fand am 11. 3. 19 statt. Für die Abtretung der Pfalz aber hatte sich schon am 22. Februar 1919 die Notablenversammlung im Hotel Schwan zu Landau unter Führung eben dieses Zentrumsabgeordneten Hofmann erklärt!)

Wie planmäßig man vorging, zeigt sich daraus, daß auch in Mainz eine eigene Hochschule errichtet werden sollte. Hier kommt es sogar zu einer Grundsteinlegung. Der französische Oberkommissar eröffnet die erste Fakultät der neuen Mainzer Universität: Die französische Ecole de Droit.

*

Separatisten mit weißer Weste

Spätere Reden des Prälaten Kaas und anderer Leute zeigen, mit welcher Schärfe die „Separatisten mit weißer Weste" sich gegen einen Vergleich mit den „wirklichen Hochverrätern", etwa Dorten und Genossen in Wiesbaden, verwahren, als solche Verwahrung zweckmäßig wurde.

Auch Adenauer nimmt Dorten gegenüber die gleiche schroff ablehnende Haltung ein. Auch für ihn gibt es in dieser vaterländischen Frage kein Zugeständnis. Nicht einmal mildernde Umstände. Mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit hat Adenauer dies sogar noch einige Jahre später zum Ausdruck gebracht.

Er hat Dorten glatt als Schwindler bezeichnet.

Tatsächlich war ja auch früher schon ein Bericht veröffentlicht worden, wonach Dorten im Januar 1919 überführt worden ist, sich schwindelhafter Weise zur Förderung seiner hochverräterischen Pläne **persönlicher**

Beziehungen zu dem Kölner Oberbürgermeister gerühmt zu haben, während solche überhaupt nicht bestanden hätten.

Nach diesem, auf Oberbürgermeister Gläßing von Wiesbaden zurückgehenden Bericht (Rhenanus, „Die Drahtzieher", S. 53 f.) hat die Entlarvung Dortens Ende Januar 1919 in der Amtsstube Gläßings durch den glücklicherweise zufällig anwesenden Prof. Eckert aus Köln stattgefunden:

Das Wort in dieser denkwürdigen Verhandlung führte Eckert in der Art des Untersuchungsrichters.

Eckert: Ich bitte dringend, mir Ihre Legitimation zu zeigen, auf Grund derer Sie sich in Köln, bei mir und dem Oberbürgermeister Adenauer als Vertreter von Wiesbaden und Nassau ausgegeben haben.

Dorten antwortete zunächst konfuses Zeug, bedeckte die Augen mit der Hand, redete unaufhörlich in großer Erregung und sprach schließlich von Bürgermeistermandaten und dem Bischof von Limburg.

Eckert zieht einen Brief des Bischofs aus der Tasche, aus dem hervorgeht, daß dieser gar nicht daran denkt, sich hinter Dorten zu stellen und vorsichtig sich erkundigt, was für eine Art von Mann denn dieser Dorten sei.

Eckert sagte: Das ist Ihr Mandat, Herr Dorten. Wo sind die anderen Mandate?

Dorten in größter Erregung: Ich lasse mich nicht mehr aus der Sache herausdrängen.

Eckert sagte eisig und mit größter Ironie: Ich danke Ihnen, daß Sie sich endlich demaskiert haben. Sie wollen wohl Volksbeauftragter werden?

Adenauer fühlte sich denn auch aufs tiefste in seiner Ehre verletzt, als ein Oberstudiendirektor Reimann in Berlin ihn 1926 in einem zum Gebrauch in höheren Schulen bestimmten Geschichtsbuch im Zusammenhang mit der Bewegung Dortens erwähnt hatte. Am 11. 6. 26 (K. A. VI, 28 ff.) schrieb er empört an Reimann:

Ganz unverständlich ist es mir, wie Sie das Buch eines Mannes wie Dorten als Quelle für eine mich in schwerster Weise beleidigende Bemerkung glauben aufführen zu können. Unbekannt scheint Ihnen zu sein, daß Dorten ein notorischer Schwindler und Phantast ist. Es scheint Ihnen unbekannt zu sein, daß ich Dorten in Gegenwart eines Zeugen, als er mit seinem Ansinnen an mich herantrat, aus dem Zimmer gewiesen habe. . . .

Diese Feststellung in ihrer knappen, eindeutigen Fassung kann nur so ausgelegt werden, daß der Kölner Oberbürgermeister den Schwindler Dorten gleich beim ersten und einzigen Mal, als dieser mit seinen hochverräterischen Vorschlägen an ihn herangetreten sei, durchschaut und hinausgeworfen habe.

Reimann hat es denn auch so verstanden und Adenauer in aller Form eine Ehrenerklärung abgegeben.

*

Dorten jedoch . . .

Dorten selber stellt seine Beziehungen zu Adenauer allerdings wesentlich anders dar. Die Kapitel 4 bis 7 seiner Memoiren handeln darüber. Ihr Inhalt ist nicht bekannt, da die französische Regierung bisher Dorten die Veröffentlichung seiner Erinnerungen untersagt hat. Mündlich hat er jedoch folgendes mitgeteilt:

Dorten behauptet, zu dem damaligen Bischof von Limburg, Dr. Damian, tatsächlich persönliche Beziehungen gehabt zu haben. Dr. Damian habe seine

Bewegung gebilligt, und er sei es auch gewesen, der ihm durch seinen Generalvikar Dr. Höhler die Vollmachten der Nassauischen Gemeinden und Zentrumsorganisationen Anfang 1919 besorgt habe.

Weiter erzählte Dorten, er sei schon am 12. Dezember 1918 nach Köln zu Dr. Hoeber, dem Schriftleiter der „K. V." gefahren. Dieser habe ihm gesagt: „Sie kommen aber wie gerufen. Einen Mann wie Sie brauchen wir!" Dr. Hoeber hatte ein fertiges Programm und wollte Dorten mit Adenauer zusammenbringen. Er eröffnete ihm, im Kölner Bezirk seien die Vorbereitungen für die Republik ziemlich abgeschlossen; Exzellenz Wallraff sei bereit, die Präsidentenschaft zu übernehmen, und es sei nur zu beachten, daß nicht etwa Adenauer sich in die Sache einschalte.

Dr. Hoeber wollte am selben Tage mit Dorten noch zu Adenauer gehen. Die Zusammenkunft ließ sich aber nicht ermöglichen. Hoeber riet ihm, wieder abzufahren und seine Nachricht zu erwarten.

Als Dorten nach Wiesbaden zurückgekehrt war, bekam er schon nach drei Tagen, also Mitte Dezember 1918, einen Brief von Hoeber, der ihn aufforderte, wieder nach Köln zu kommen, wo ihn Adenauer empfangen wolle. Dorten fuhr sofort nach Köln und traf zunächst Hoeber. Hoeber empfing ihn sehr bekümmert: „Da haben wir die Schweinerei! Adenauer hat sich eingedrängt. Wir haben nichts mehr zu sagen." Adenauer habe erklärt, er sei der einzige, der die Sache machen könne und das Vertrauen des Rheinlandes besäße.

Dorten und Hoeber gingen dann zu Adenauer. Dorten wurde erklärt, die Rheinische Republik im Norden, soweit das Rheinland von den Engländern besetzt sei, sei so gut wie fertig. Während der Besprechung ließ Adenauer den Prof. Eckert hinzuziehen. Eckert war ersichtlich indigniert, als er mit Dorten bekannt gemacht wurde, zeigte dann aber auf einer Karte die beabsichtigten Grenzen der Rheinischen Republik. Im Osten schlug Eckert den Kamm des Rothaargebirges als Grenze vor mit der Begründung, es sei eine natürliche und auch eine gute ethnische Grenze.

Dorten erklärte, der Plan eines auf den Norden beschränkten Rheinstaates sei Unsinn; der Süden einschließlich der Rheinpfalz müsse hinzugezogen werden.

Adenauer fragt: „Was sollen wir tun?" Schließlich meint er, wenn man den Süden hinzuziehen wolle, so möge Dorten sich Zustimmungserklärungen der Gemeinden besorgen und sich Vollmachten geben lassen.

Dorten ist einverstanden, reist ab und besorgt die Zustimmungserklärungen und Vollmachten zahlreicher Zentrumsorganisationen, Gemeinden und Pfarreien.

Adenauer hatte versprochen, etwa Mitte Januar die Republik auszurufen. Dorten wartet vergeblich. Ende Januar fährt er auf eigene Faust nach Köln. Während er unterwegs war, hatte ihm Adenauer nach Wiesbaden gedrahtet, er möchte kommen.

Als Dorten ankommt, ist Adenauer gedrückt. Durch einen Bekannten erfährt Dorten, daß man in der vorhergehenden Nacht im Garten von Adenauer ein Grab ausgehoben und mit der Tafel versehen habe:

Hier liegt Konrad Adenauer
der erste Präsident der Rheinischen Republik.

Adenauer eröffnete ihm, er habe Schwierigkeiten mit den Demokraten, welche einen klerikalen Staat befürchteten. Trotzdem sagte Adenauer schließlich zu, er werde auf jeden Fall proklamieren; die Schwierigkeiten werde er überwinden. Dorten möge inzwischen in Adenauers Arbeitszimmer warten. Wenn er gerufen werde, solle er auf Adenauer zugehen und ihm den Entschluß des Südens unter Berufung auf die Vollmachten, die er Adenauer bereits übergeben habe, bekannt geben. Diese Entschließung solle wie eine Bombe wirken, und Adenauer werde unter Ausnutzung dieser Wirkung die Proklamation erwirken.

Adenauer ging dann zur Versammlung und Dorten blieb allein. Nach einiger Zeit erschien der Bürodirektor Adenauers und unterrichtete Dorten, daß sich wohl kaum etwas ereignen werde. Dorten wartete bis 11 Uhr, dann kam Adenauer und sagte, es seien Unterausschüsse gebildet worden; Dorten möge nachmittags wieder kommen. Er hoffe mit den Unterausschüssen bis dahin fertig zu sein.

Bis zum Nachmittag war aber nichts erfolgt. Um 5 Uhr empfahl sich Dorten und reiste ab.

In einer weiteren Unterredung mit Adenauer am 6. Februar im Kölner Rathaus wird der Zusammenstoß Dortens, den er in Wiesbaden bei Gläßing mit Prof. Eckert hatte, besprochen. Im übrigen bestand in der Rheinlandfrage zu dieser Zeit zwischen ihnen noch volles Einvernehmen.

Eine letzte Aussprache zwischen Adenauer und Dorten fand hierauf noch am 3. März 1919 statt. Nach Angabe Dortens war er in Begleitung des Fabrikbesitzers Marées aus Caub bei dem Kölner Oberbürgermeister erschienen. Marées war dabei Wortführer und nicht Dorten. Als Zeuge war bei der Unterredung Kröger zugegen, den Adenauer vorstellte mit dem Bemerken, er sei eigens vom Großen Generalstab aus Berlin gekommen, um mit den Parteiführern zu verhandeln, sich zu orientieren und Ihnen Auskunft zu geben.

Bei dieser letzten Besprechung war Adenauer allerdings zurückhaltender in Bezug auf die Rheinlandfrage. Die Aussprache und auch die Verabschiedung verliefen jedoch in durchaus korrekten gesellschaftlichen Formen, was sich schon daraus ergibt, daß die Herren Marées und Dorten zusammen fortgingen und zusammen noch ein Weinhaus aufsuchten, um noch etwas zu plaudern. Bei dieser Nachsitzung hätte Major Kröger seinem Befremden Ausdruck gegeben über die Art, wie Adenauer ihn als offizielle Persönlichkeit vorgestellt habe.

So weit der Bericht von Dorten. Ist er glaubwürdig? Bei Angaben dieses Kronzeugen ist gewissenhafte Nachprüfung geboten.

*

Zeugenaussagen

Zunächst ergibt sich schon in einer Nebenfrage die Richtigkeit der Mitteilungen Dortens; nämlich über die von ihm behaupteten **Beziehungen zum damaligen Bischof von Limburg, Dr. Damian, und seinem Generalvikar Dr. Höhler.** Es liegt tatsächlich eine Reihe von Zustimmungserklärungen und Vollmachten Nassauischer Gemeinden für Dorten vor, die durch Generalvikar Dr. Höhler unter Beidruck des bischöflichen Kirchensiegels beglaubigt worden sind.

Aber auch die **näheren Beziehungen zwischen Adenauer und Dorten** lassen sich nachweisen. Sogar ihre Zusammenarbeit.

Adenauer hat dies auch selber zugestanden. In seiner bei den Kölner Akten befindlichen Denkschrift (K. A. II, 143) erzählt er, Mitte Januar 1919 sei „ein Staatsanwalt Dr. Dorten aus Wiesbaden" bei ihm gewesen und habe ihm erklärt, „daß er für die Sache der Rheinisch-Westfälischen Republik tätig sein wolle." Adenauer fährt dann fort:

> Ich kannte Herrn Dorten nicht. (Er hatte Dorten schon Mitte Dezember empfangen. Der Verf.). Er machte keinen schlechten, wohl aber einen sehr unüberlegten Eindruck. Ich habe ihm deswegen erklärt, man müsse die Entwicklung der Dinge abwarten.
>
> Er kam nach einiger Zeit wieder und behauptete, er habe den größten Teil der Bevölkerung Wiesbadens, Nassaus und Hessens hinter sich. Er spielte sich in einer solchen Weise auf, daß ich Zweifel über die Persönlichkeit bekam, namentlich da er mir erklärte, er sei in der Zwischenzeit in Mainz mit der Entente über den Plan einer Westdeutschen Republik in Verbindung getreten. Ich habe daher den Geheimrat Prof. Dr. Eckert gebeten, nach Mainz und Wiesbaden zu fahren und dort über diesen Herrn und über die ganzen Verhältnisse Erkundigungen einzuziehen. Herr Eckert kam dann später zurück und erklärte, daß Herr Staatsanwalt Dorten dort wenig bekannt sei und dort sich auf seine angeblich schon lange Jahre währende Bekanntschaft mit mir überall beziehe. Das veranlaßte mich, gegen Dorten noch vorsichtiger zu sein.

Adenauer gibt dann in der Denkschrift noch Kenntnis von zwei Schreiben, die er Anfang März von Dorten und einem Wiesbadener „Arbeitsausschuß“ erhalten habe mit der Aufforderung, die Westdeutsche Republik zu proklamieren. Er berichtet auch kurz von der Besprechung vom 4. März 1919 mit Dorten und Marées:

> Anwesend war bei mir gerade ein Major Kröger aus dem Großen Generalstab. Ich bat den Major Kröger, die Unterredung mit Dorten auch anzuhören, damit er ein Bild von diesen Bestrebungen bekomme und damit ich einen Zeugen für diese Unterredung hatte.
>
> Dorten verlangte von mir in schroffen Worten eine Erklärung dafür, ob ich jetzt zur Tat schreiten wolle. Ich habe ihm erwidert, auf eine derartige. in solchem Tone gestellte Anfrage gäbe ich ihm überhaupt keine Antwort. Er lenkte darauf ein. Ich sagte ihm, daß ich an meinem abwartenden Standpunkte festhielte; daß er im übrigen tun und lassen könne, was er wolle.

Nicht mit einem Wort ist hier von dem Hinauswurf Dortens die Rede, von dem Adenauer in seinem Brief an den Oberstudiendirektor Reimann geschrieben hatte! Daß Adenauer, um Reimann gegenüber als großer Patriot zu erscheinen, einfach geschwindelt hat, ergibt sich aber auch noch aus dem schriftlich vorliegenden Bericht (K. A. VI, 135) des Zeugen jener Unterredung, des Majors Kröger. In diesem Bericht, der in einem Schreiben von Kröger an Adenauer vom 11. 4. 1925 vorliegt, heißt es:

> Dr. Dorten machte Ihnen heftige Vorwürfe, daß Sie in der Frage eines selbständigen Rheinlandes nicht so gearbeitet hätten, wie er — Dorten und seine Freunde — es von Ihnen erwartet hätten. Ich erinnere mich noch ziemlich genau der Worte, die stark theatralisch vorgetragen wurden: „Wir haben auf Ihre Fahne geschworen. Sie sollten unser Führer sein. Sie aber haben die Fahne und uns im Stich gelassen!“
>
> Dorten begründete seine Pläne einer gewaltsamen Trennung des Rheinlandes mit der ihm aus sicheren Quellen bekannt gewordenen Tatsache, daß Frankreich seinen Plänen sympathisch gegenüber stände. Hier griffen Sie ein, wiesen Dorten darauf hin, daß Sie selbst niemals an eine gewaltsame Trennung des Rheinlandes, sei es in einem kleinen oder größerem Umfange gedacht hätten; daß Sie vielmehr einen jeden solchen Schritt nur mit Landesverrat bezeichnen könnten. Dazu käme, daß Ihnen aus mannigfachen Besprechungen mit englischen führenden Persönlichkeiten, und zwar nicht nur den Vertretern der Kölner Militärbehörden bekannt sei, daß das offizielle England allen derartigen Tendenzen in schärfster Form ablehnend gegenüberstände. Etwas anderes sei es, wenn man erwöge, einem erweitertem Rheinlande innerhalb Deutschlands eine Sonderstellung in dieser oder jener Form einzuräumen, aber auch hierfür seien im Augenblick die Verhältnisse viel zu ungeklärte, um bestimmte Pläne zu fassen.
>
> In seiner Erwiderung beschränkte Dorten sich darauf, erneut zu betonen, daß Sie ihn im Stich gelassen hätten, und daß er nunmehr gezwungen sei, selbst zu handeln. Dabei sei er nicht der Führer, sondern der Exponent einer in den beiden Hessen immer mehr anwachsenden Volksstimmung.

Also auch der Zeuge, Major Kröger weiß nichts davon, daß diese letzte Aussprache zwischen Adenauer und Dorten in schroffer Weise abgebrochen worden sei.

Schon aus dem Zeugenbericht über diese letzte Unterredung zwischen Adenauer und Dorten geht hervor, daß andere, sachliche Aussprachen vorausgegangen sein müssen. (Adenauer hat dies ja auch in seiner Denkschrift zugestanden.) Tatsächlich läßt sich aus dem **Briefwechsel zwischen Adenauer und Dorten** nachweisen, daß sie sich nicht nur gekannt, sondern

zusammengearbeitet haben. *Mit gleichem Ziele: der Errichtung einer Westdeutschen Republik.*

Der erste uns bekannt gewordene Brief Dortens an den Kölner Oberbürgermeister (K. A. I 41) ist vom 18. Januar 1919 (Abb. 1).

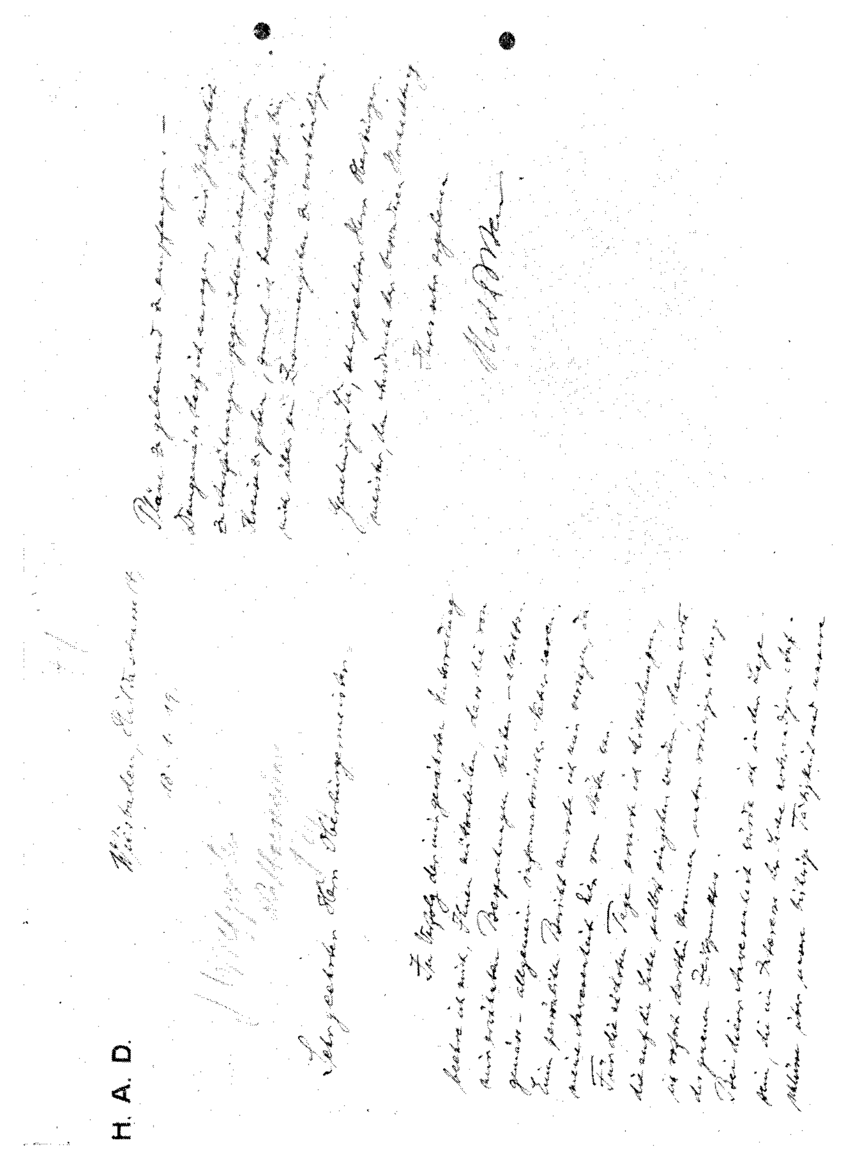
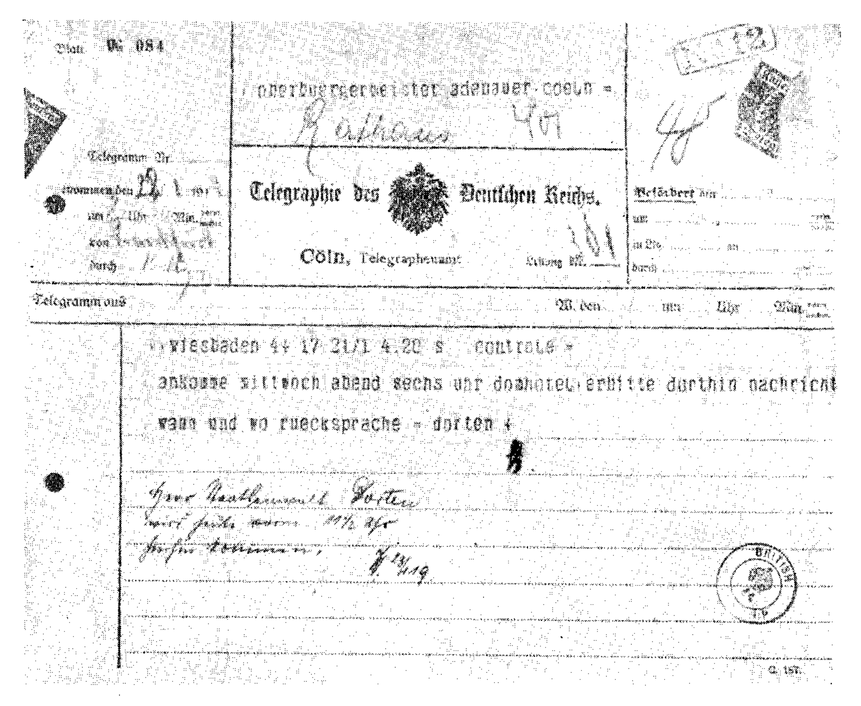


Abb. 1. Brief Dortens an Adenauer vom 18. 1. 19.

Dorten bezieht sich darin auf die ihm „gewährte Unterredung". (Es liegt demnach kein Grund vor, an der Richtigkeit der mündlichen Angaben Dortens über seine erste Besprechung mit Adenauer vom Dezember 1918

zu zweifeln). Dorten bittet in dem Schreiben um Gelegenheit zu einer neuen Aussprache; nach Möglichkeit, um Ausführungen vor einem „größeren Kreise“ zu machen. Dorten erklärt, in der Lage zu sein: „Aufschlüsse über unsere Tätigkeit und unsere Pläne zu geben und zu empfangen.“

Es folgt eine Drahtung Dortens an Adenauer vom 21. Januar 1919 (K. A. I, 48), worin er seinen Besuch in Köln ankündigt. Aus einer Aktennotiz des Bürodirektors auf dem unteren Rand des Formulars (Abb. 2)



oberbuergermeister adenauer coeln =

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Cöln, Telegraphenamt

Telegramm aus

wiesbaden 44 17 21/1 4.20 s controle =

ankomme mittwoch abend sechs uhr domhotel erbitte dorthin nachricht

wann und wo ruecksprache = dorten +

Abb. 2. Drahtung Dortens an Adenauer vom 21. 1. 19.

geht hervor, daß Dorten am 23. 1. 1919, vormittags 11,30 Uhr im Kölner Rathaus erwartet wurde.

An diesem Tage muß also seine zweite Unterredung mit Adenauer gewesen sein.

Es folgt ein **dringendes Telegramm Adenauers an Dorten** vom 30. 1. 1919 (Abb. 3) mit der Mitteilung: „Versammlung findet Samstag hier statt.“

Dieses Telegramm kreuzt sich mit einer gleichfalls dringenden Drahtung Dortens vom 31. 1. 1919 (K. A. I, 76), er erbäte dringend Unterredung für Samstag möglichst früh; die Vollmachten für ihn seien unterwegs. Benachrichtigung erbäte er an eine von ihm angegebene Kölner Wohnung. (Abb. 4.)

Die in der Drahtung Adenauers erwähnte Versammlung war aber die von ihm auf Samstag, den 1. Februar 1919, in das Kölner Rathaus einberufene Zusammenkunft der rheinischen Parlamentarier und Oberbürgermeister.

Die Angabe Dortens, an diesem Samstag persönlich in Köln gewesen zu sein und mit Adenauer gesprochen zu haben, wird nicht nur durch diesen Telegrammwechsel bestätigt. Der Bürodirektor Adenauers hat bekundet, daß Dorten während der Versammlung tatsächlich im Vorzimmer Adenauers

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Genaue Adresse. Deutliche Handschrift.

D.

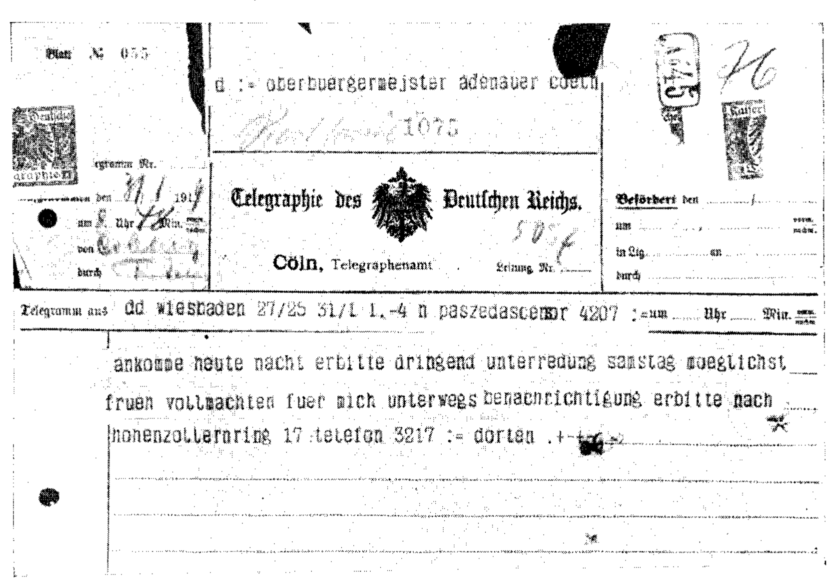
STAATSANWALT DORTEN.

WIESBADEN.

Versammlung findet Samstag hier statt.

Oberbürgermeister Adenauer.

Abb. 3. Dringendes Telegramm Adenauers an Dorten vom 30. 1. 19.



d := oberbuergermeister adenauer coeln

1075

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Cöln, Telegraphenamt

Telegramm aus dd wiesbaden 27/25 31/1 1.-4 n paszedascenor 4207

ankomme heute nacht erbitte dringend unterredung samstag moeglichst fruen vollmachten fuer mich unterwegs benachrichtigung erbitte nach hohenzollernring 17 telefon 3217 := dorten

Abb. 4. Dringendes Telegramm Dortens an Adenauer vom 31. 1. 19.

gewartet hat. Es ergibt sich aber mit zwingender Logik noch ein weiterer Schluß:

In seinem Schreiben vom 18. 1. 1919 hatte Dorten dem Oberbürgermeister gegenüber von „unseren Plänen" berichtet und gleichzeitig an=

geregt, ihm Gelegenheit zu Ausführungen hierüber vor „einem größeren Kreise“ zu geben. Die nächste Aussprache hat dann, wie wir gesehen haben, am 23. 1. 1919 stattgefunden. Und am 30. 1. 1919 benachrichtigt Adenauer den Staatsanwalt Dorten durch dringendes Telegramm, daß die „Versammlung“ am 1. Februar stattfinden würde. Aus der knappen Fassung dieser Drahtung geht hervor, daß Dorten schon wissen mußte, um was für eine „Versammlung“ es sich handelte. Wir sind also wohl berechtigt zu dem Schluß, **daß diese Zusammenkunft im Kölner Rathaus vom 1. Februar 1919 von Adenauer auf Grund einer Anregung Dortens veranlaßt worden ist.**

*

Adenauer auf Schleichwegen

Nach der eigenen Darstellung Adenauers in seiner Denkschrift hatte Dorten ihm in der Unterredung vom 23. 1. 1919 die Mitteilung gemacht, **er sei in der Zwischenzeit „in Mainz mit der Entente über den Plan einer Westdeutschen Republik in Verbindung getreten.“**

Es hat Adenauer, wie wir gesehen haben, nicht verhindert, noch weiter mit Dorten in enger Fühlung zu bleiben. Dorten hatte nämlich diese Verbindung mit den Franzosen **im Auftrage Adenauers,** zumindest aber mit seinem **Einverständnis** einleiten sollen. In dem schon angeführten Schreiben Dortens vom 18. 1. 1919 berichtet er: „daß die von mir erwähnten Besprechungen bisher — absichtsgemäß — allgemein informatorischer Art waren... Für die nächsten Tage erwarte ich Mitteilungen, die auf die Sache selbst eingehen werden.“ Sinngemäß kann sich dies nur auf die Verbindung Dortens mit den Franzosen beziehen, worüber er denn ja auch Adenauer in seiner nächsten (zweiten) Unterredung am 23. 1. 1919 tatsächlich berichtet hat.

Adenauer hat sich aber sogar persönlich bemüht, seinerseits die Unterstützung der Entente für seine Pläne zu gewinnen. Allerdings nicht offen, sondern auf eine Art, die kennzeichnend ist für die Schleichwege seiner und seiner Parteifreunde Politik:

Die Niederschrift der Rede, die der Kölner Oberbürgermeister in der Rathausversammlung vom 1. 2. 1919 gehalten hat, ist, wie der Vermerk auf der in den Kölner Akten befindlichen Ausfertigung (K. A. I, 170) zeigt, von ihm selber als „vertraulich“ bezeichnet worden.

Am 20. 5. 1919 hat nun Adenauer vor dem (an eben jenem 1. 2. 1919 gebildeten) Politischen Ausschuß berichtet, er habe kürzlich mit General Clive und Oberst Ryan von der Kölner englischen Besatzung eine Aussprache gehabt, bei der General Clive ihm mitgeteilt hätte:

> Die Ausführungen Adenauers in der Rathausversammlung vom 1. 2. 19 „die seiner Zeit stenographisch aufgenommen wurden und von denen eine Reihe von Herren einen Abdruck bekommen haben, seien in ihre Hände gekommen. Sie seien von ihnen übersetzt und mit Kommentaren versehen 4 Wochen später nach London gegangen.“
>
> (Adenauer berichtet dann, was der englische General ihm über die Stellungnahme seiner Regierung zu den Rheinlandplänen mitgeteilt hätte).

Die Mitteilungen Adenauers lassen nur den Schluß zu, daß einer aus der „Reihe von Herren“, die einen Abdruck des vertraulichen Schrift-

stückes erhalten hatten, so pflichtvergessen war, ihn den Feinden in die Hände zu spielen.

Wir sind in der Lage, den Schuldigen festzustellen. Es war Adenauer persönlich.

Aus der Verteilungsliste der erwähnten Rede (K. A. I, 180) geht hervor, daß auf Anordnung Adenauers nicht nur General Clive (der sogar zwei Exemplare erhielt!) damit bedacht wurde, sondern auch der englische Oberst Ryan.

Weiter aber können wir feststellen, daß Adenauer einen solchen Abdruck auch dem französischen Oberst Ménial, der bei Kommerzienrat Max Charlier in Köln, Kaiser-Friedrich-Ufer 27, wohnte, hat zusenden lassen!

Diese Handlungsweise Adenauers, einen Abdruck seiner im engsten Kreise deutscher Parlamentarier gehaltenen Rede, worin er eindeutig die Errichtung einer Westdeutschen Republik verlangt und dies als notwendig für die Sicherheit Frankreichs begründet, nicht nur zur Kenntnis der englischen Besatzungsbehörde, sondern auch zur Kenntnis der Franzosen zu bringen, ist als hochverräterische Konspiration und als Landesverrat anzusehen. Es ist dabei noch besonders zu beachten, wer der französische Oberst war, dem Adenauer diesen Abdruck seiner Rede Anfang Februar 1919 zustellen ließ. Brüggemann erwähnt ihn (allerdings in unrichtiger Schreibweise) in seiner Schrift (S. 32):

> Planmäßig wurde durch allerhand Gerüchte Unruhe in die Kölner Bevölkerung getragen. So hieß es unter anderem, die Entente würde ausgerechnet am 18. Januar (1919), dem Tage der Proklamation des Deutschen Reiches im Jahre 1871 zu Versailles, selber die Republik Rheinland in Köln ausrufen.
>
> Diese Kunde wurde auf eine Aeußerung des französischen Obersten Mayal (richtig Ménial) im Hause des Herrn Max Charlier zurückgeführt. Mayal's, des Chefs der Rheinschiffahrtskommission, zuverlässige Orientierung sollte darauf beruhen, daß er dem Generalstab Foch's angehörte. Er hat sich in der Tat verschiedenen Herren gegenüber dahin geäußert, daß Frankreich ein Preußen von der bisherigen Größe nicht dulden werde, und daß das Rheinland, wenn es nicht annektiert werden wolle, ein Pufferstaat werden müsse, dem man aber Aussichten auf Handelsbeziehungen nach dem Westen eröffnen werde, während der Verkehr nach dem Reich unnachsichtig gesperrt werde. Daß bei diesen Aeußerungen lediglich französische Wünsche der Vater des Gedankens waren, übersah man aus Ungeschick oder auch geflissentlich. Letzteres muß leider von gewissen Kölner Handelskreisen frei heraus gesagt werden.

*

Rheinisches Heer von Gnaden der Entente

Gelegentlich der Rathausversammlung vom 1. Februar war sowohl von Adenauer in seiner Rede wie in der von der Zentrumspartei vorgeschlagenen Entschließung nur die Gründung einer Westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches gefordert worden. Also wäre das Gebilde ein neuer deutscher Bundesstaat geworden? Einzelheiten über die staatsrechtlichen Verhältnisse zu den anderen Bundesstaaten und zum

Reich waren nicht verraten worden. Niemand fragte danach. Niemand sprach darüber. Oeffentlich nämlich.

Man wußte, was man tat. Das Mißtrauen gegen die rheinische Bewegung sollte eingeschläfert werden, indem als ihr Ziel nur die „legale" Umgruppierung von Provinzen zu Gliedstaaten des Reichs verkündet wurde. Um so wichtiger ist die Nachprüfung, was tatsächlich hierunter verstanden wurde.

Wie wir gesehen haben, war von den Kölner Aktivisten November-Dezember 1918 die Ausrufung eines vollkommen selbständigen rheinischen Pufferstaates versucht worden. Auch in der Zentrumspresse und sogar in dem Aufruf des zum Schutz der Rheinlande gegen die Forderungen der französischen Sieger gegründeten „Freiheitsbundes" war von einem Verbleib des Westens beim Reich nicht die Rede gewesen. Gewahrt werden sollte nur das deutsche „Fühlen" und deutsche „Denken"! Erst nach dem Mißerfolg dieser Ueberrumpelungsversuche wurde der „legale" Weg eingeschlagen. Oder richtiger gesagt: der legale Umweg.

Ein Ausländer scheint die Anregung gegeben zu haben.

In seiner Denkschrift berichtet Adenauer von dem Besuch eines Professors Searolay, der Januar 1919 bei ihm durch Pater Froberger eingeführt worden sei und zwar als „eine besonders wichtige Persönlichkeit, die das Vertrauen des englischen Ministers des Aeußeren Balfour genieße." Mit diesem Professor Searolay verhandelt Adenauer nach seinem Bericht zunächst im Rathaus in Gegenwart des Herrn Froberger, und dann in seiner Wohnung, wobei außer Froberger auch Frau Professor Schmittmann zugezogen wurde.

Professor Searolay habe Adenauer erklärt: „daß Frankreich Sicherungen gegen Deutschland haben müsse"; die Gründung einer Westdeutschen Republik **mit eigener selbständiger auswärtiger Vertretung** und eigenem Heere, „im übrigen aber kulturell und wirtschaftlich dem Deutschen Reiche angehörend" werde Frankreich die nötigen Sicherungen gegen einen Revanchekrieg Deutschlands gewähren." Auf die Frage Adenauers: „ob er im Auftrage Balfours komme, gab er keine Antwort. Er erklärte aber, daß er von mir zu Balfour hingehe und diesem alles wiedergeben würde, was ich ihm gesagt habe."

Adenauer behauptet in seiner Denkschrift, den Vorschlag von Searolay als „indiskutabel" abgelehnt zu haben. Searolay sei dann „sehr unzufrieden" von ihm fortgegangen.

Es ist zu vermuten, daß, wenn Searolay der Rathausversammlung vom 1. Februar beigewohnt hätte, er nicht wieder unzufrieden fortgegangen wäre, denn zum mindesten eine Anregung des Professors scheint ihren Eindruck auf den Kölner Oberbürgermeister nicht verfehlt zu haben: wie wir schon feststellen konnten, hatte Adenauer im Rathaus seine eigenen Vorschläge der Errichtung einer Westdeutschen Republik ausdrücklich mit dem Hinweis auf die berechtigten Sicherheitsansprüche Frankreichs begründet. Drei Wochen vorher aber war bei einer vertraulichen Besprechung in kleinem Kreise, an der Adenauer teilgenommen hatte, auch schon eine Begriffsbestimmung dieses neu zu schaffenden Gliedstaates des Deutschen Reiches gegeben worden, aus der deutlich hervorgeht, was man in diesem Gremium der Eingeweihten darunter verstanden hat.

Es war die schon erwähnte Zusammenkunft im Hause des Kölner Bankherrn Heinrich von Stein vom 7. Januar 1919. In dem bei den Kölner Akten (K. A. I, 37) befindlichem Protokoll dieser vertraulichen „Besprechung über die Zukunft der Rheinlande" heißt es:

> **Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Rheinisch-Westfälische Republik kommen müsse; daß aber, um sie ins Leben zu rufen eine militärische Macht notwendig sei, und daß diese nur im Einverständnis mit der Entente aufgestellt werden könne.**

Mit anderen Worten: was hier im engsten Kreise der eigentlichen Drahtzieher einstimmig zum Beschluß erhoben wurde, war nichts anderes als der Plan, den Prof. Searolay dem Kölner Oberbürgermeister vorgetragen hatte!

Es ist das Verdienst von Brüggemann, daß er in seiner Schrift über die geheimnisvolle Persönlichkeit des angeblichen englischen Professors und Vertrauensmannes Balfours eine verblüffende Aufklärung gegeben hat: tatsächlich handelte es sich überhaupt nicht um einen englischen Vertrauensmann, ja nicht einmal um einen geborenen Engländer, sondern um einen Belgier namens Charles Sarolea, der Sekretär des früheren belgischen Ministers Frère Orban gewesen war! Wir dürfen ihn als einen Agenten im Dienste der französisch-belgischen Rheinpolitik betrachten und sind hierzu um so mehr berechtigt, als er für die feindlichen Pläne in gleicher Weise (und mit gleichem Erfolge!) Stimmung zu machen versteht, wie wir dies in anderen rheinischen Städten von französischen Offizieren der Besatzung feststellen können.

*

Im Kurhaus zu Aachen

Im Ballsaal des alten Kurhauses zu Aachen hatte am 10. Januar 1919, also fast zur gleichen Zeit, wie die Geheimsitzung bei Herrn von Stein in Köln, die erste öffentliche Versammlung der dortigen Separatisten stattgefunden, bei der die Gründung eines Vereins „Rheinisch-Westfälische Republik" beschlossen wurde. Kurz darauf veranstaltete dieser Verein eine Werbeversammlung, bei der ein Dr. Vogel sowie der Regierungssekretär Moenikes sprachen. In der uns vorliegenden, bisher unbekannten Denkschrift von Moenikes über die Entwicklung der separatistischen Bewegung im Aachener Bezirk wird hierüber berichtet:

> Dr. Vogel entwickelte Grundsätze, wahrscheinlich auf Grund seiner Besprechung mit dem Kommandanten Audibert, die der Mehrzahl der Ansicht der Vereinsmitglieder und wohl auch der breiten Oeffentlichkeit nicht entsprachen. So verlangte er wirtschaftliche Selbständigkeit, das Recht des Abschlusses eigener Handelsverträge und eigener politischer Vertretung. Es war klar, daß die Erfüllung dieser Forderungen eine Loslösung vom Deutschen Reiche zur Folge haben würde.

Moenikes berichtet, aus diesem Grunde sei Dr. Vogel Ende Februar 1919 von der Leitung des Vereins zurückgetreten. Die weitere Führung der Bewegung sei dann in die Hände von ihm, Moenikes, und eines Herrn Dr. Eller gekommen. Daß jedoch damit die Verbindung zu den fran-

zösischen Offizieren nicht abgebrochen wurde, zeigen seine weiteren Mitteilungen:

Gleichzeitig fanden wir in der Person des Herrn Ober-Postkassen-Buchhalters Dahlen einen eifrigen Anhänger der rheinischen Bewegung, der beste Beziehungen zur politischen Abteilung des französischen Generalstabes hatte und uns alsbald mit den betreffenden Herren dieser Abteilung in Verbindung brachte.

Nach Angabe von Moenikes sei diese Zusammenarbeit mit den Franzosen aber durchaus unbedenklich gewesen:

Verschiedene Zusammenkünfte mit den Herren dieser Abteilung (der politischen Abteilung des französischen Generalstabs) Leutnant Lebrun, Capitaine Barbe, Capitaine Rostand und besonders Kommandant Maire zeigten die beiderseitigen Wünsche und ließen französischerseits keinen Zweifel offen, daß wir nur ein freies Rheinland als deutschen Bundesstaat erstrebten und jede Zumutung auf Loslösung oder Bildung auch nur einen Pufferstaates von uns als überhaupt undiskutabel entschieden zurückgewiesen werde. Diese Entschiedenheit in der Verfolgung unserer Ziele und die Betonung des treudeutschen Charakters in der Bewegung hat uns die größte Achtung der erwähnten französischen Herren gebracht.

Wir können den aktenmäßigen Nachweis erbringen, daß die Angaben von Moenikes bewußt unwahr sind. Es liegen uns in Maschinenschrift mit Korrekturen von der Hand eben des von M. genannten Dahlen mehrere Blätter vor, aus denen einwandfrei zu ersehen ist, daß in Aachen die Gründung einer vollkommenen selbständigen Rheinischen Republik angestrebt wurde. Dies Gebilde war nicht einmal (wie man es in Köln versuchte) als Bundesstaat des Deutschen Reiches getarnt, sondern wies offen alle Merkmale eines Pufferstaates auf.

Es ist der Entwurf eines Aufrufs zur Errichtung der Rheinischen Republik:

An die Bewohner der Länder am Rhein!

In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Wandlungen im Deutschen Reiche, unter dem Druck der neuen Verhältnisse, welche die Länder am Rhein besonders schwer treffen und mit Rücksicht auf die lange Jahre dauernde Besetzung macht sich die Notwendigkeit geltend, in dieser entscheidungsschweren Stunde die Völker am Rhein zu festem Zusammenschlusse aufzurufen und Vorkehrungen zu treffen, die uns das Leben im besetzten Gebiet erträglich machen.

Vereinigt durch eine alte zweitausendjährige Kultur und die schwer ins Gewicht fallende gleiche wirtschaftliche Grundlage der besetzten Gebiete, mit regem geistigem hochentwickeltem Leben, mit leistungsfähiger Landwirtschaft, mit blühender Industrie, sind die okkupierten Länder am Rhein berechtigt, unter den Volksstämmen deutscher Zungen sich zu einer besonderen lebensfähigen Gemeinschaft mit eigenem staatlichen Wirken zusammen zu schließen, damit auch ihre Interessen gerechte Berücksichtigung finden.

Aus diesen zwingenden Gründen heraus haben sich führende Vertreter aller in Frage kommenden rheinischen Volkskreise entschlossen, mit dem heutigen Tage die Errichtung einer

Rheinischen Republik

zu erklären.

Die neue Republik soll links und rechts des Rheins alle Länder und Landesteile umfassen, welche von Verbandstruppen besetzt sind.

Es lebe die Rheinische
Republik!

Köln, den . . . . .

. . . .
(Unterschrift).

Der erste Beauftragten-Ausschuß der Rheinischen Republik.
Wohlfahrtsausschuß der Stadt Köln:
Oberbürgermeister Adenauer.
Kölner Zentrumspartei:
Justizrat Mönnig, Oberpfarrer Kastert.
Sozialistenpartei:
Stadtv. Sollmann, Reichstags-Abg. Meerfeld.
Kölner Liberale Partei:
Justizrat Falk, ...

Bemerkenswert ist, daß in dem Entwurf die ursprünglich vorgesehene Eingliederung von Teilen Westfalens und anderer rechtsrheinischer Gebiete gestrichen wurde. Der neue Staat sollte nur aus denjenigen Ländern bestehen, „welche von Verbandstruppen besetzt sind." Damit wäre also dieser Pufferstaat, ohne daß es besonders ausgesprochen zu werden brauchte, nicht nur dem Protektorat, sondern der Souveränität der Entente unterstellt gewesen. Und zwar vom Tage seiner Gründung an!

Das Dokument ist echt. Daß diese Niederschrift noch Ende 1918 entstanden sein muß, ergibt sich daraus, daß die früheren Parteibezeichnungen eingesetzt sind, und daß der Sozialdemokrat Sollmann nur als Stadtverordneter und Meerfeld noch als Reichstagsabgeordneter bezeichnet werden.

Wann aber ist das Schriftstück entstanden? Und bei welchem Anlaß? Auf dem ersten Blatt findet sich handschriftlich eingetragen am oberen Rand das Datum: 13. 11. 1918. Am 13. November 1918 war aber die früher erwähnte zweite, zwischenparteiliche Besprechung im Kölner Rathaus unter Vorsitz von Adenauer.

Ist auch sein Parteifreund Dahlen aus Aachen dabeigewesen? Weder Adenauer noch Kuckhoff erwähnen ihn als Teilnehmer an der Sitzung. Oder hat am gleichen Tage auch in Aachen eine Beratung über die Rheinlandfrage stattgefunden? Aber der Entwurf des Aufrufs von der Hand Dahlens ist augenscheinlich bestimmt für die Proklamierung der Rheinischen Republik in Köln. Der Ort ist am Schlusse des Aufrufs genannt, und nur der Platz für die Einsetzung des Datums ist offengelassen. Außerdem wird ausdrücklich vorgesehen, daß ein Kölner Ausschuß die vorläufige Leitung des neuen Staates übernehmen soll. Sogar die Namen der Kölner Mitglieder dieses „Ersten Beauftragten-Ausschusses der Rheinischen Republik" sind aufgeführt!

Wir sind um so mehr berechtigt, auch dieses Dokument als Beweisstück für die Bestrebungen der Zentrumspartei, das Rheinland vom Deutschen Reich als selbständiges Staatsgebilde abzulösen, zu werten, als, wie wir sehen werden, weitere uns urschriftlich vorliegende Dokumente von der Hand von Dahlen den Beweis erbringen, daß diese Bestrebungen auch während der folgenden Monate fortgesetzt worden sind.

Im übrigen ist es durchaus nicht merkwürdig, hier auch außerhalb von Köln einen Brennpunkt des Separatismus aufzudecken. Köln war nur ein Feuerherd des Brandes, der gleichzeitig rings in den Ländern am Rhein, ja über ihre Grenzen hinaus, zu schwelen begonnen hatte. Außer

in der Pfalz aber saßen die gefährlichsten Schürer von Anfang an in Trier und in Aachen.

Köln übernahm damals nur, wie es Dorten in seiner Denkschrift „Rheinische Republik" poetisch ausgedrückt hat: „als die Heilige Stadt am Rhein die Führung in dieser Herzenssache des rheinischen Volkes"!

*

Adenauer, der Anwalt Frankreichs

Eine Unterbrechung des Berichts ist nötig. Eine Erklärung:

Bei unserer Untersuchung folgen wir, Schritt für Schritt, den Spuren einzelner Persönlichkeiten. Aber nicht, um einzelne Schuldige der Tat zu überführen. Wen kümmert es heute, nach 15 Jahren, noch, ob es Konrad Adenauer war, der eine gewisse Rede gehalten, einen gewissen Brief geschrieben, eine gewisse Besprechung gehabt hat? Konrad Adenauer oder irgend ein Schulz oder ein Müller — — Name und Person sind gleichgültig. Auch die des damaligen Kölner Oberbürgermeisters. Es handelt sich um Wichtigeres: **Um den Nachweis des Ursprunges der rheinischen Abfallbewegung.**

So wenig diese Abfallbewegung ein elementarer Ausbruch des Volkswillens unter zufälligen Führern war, so wenig ist sie die Erfindung irgend welcher einzelner ehrgeiziger Privatleute gewesen. Die Persönlichkeiten, die wir zu Beginn der Aktion als deren Leiter offen oder im Geheimen wirken sehen, waren nichts anderes als **Exponenten der einen Partei, des Zentrums.** Vorgeschickt und betraut mit der Durchführung bestimmter, nach einheitlichem Plane vorgezeichneter Aufgaben.

Auch der Kölner Oberbürgermeister gehört dazu. Wir dürfen sogar sagen, daß von November 1918 bis gegen März 1919 ihm die Hauptrolle in dem Spiel übertragen worden war. Zweimal, am 9. 11. 1918 und 4. 12. 1918, hatten die Zentrumsführer von seinem Entschluß „die Tat" erwartet, für die die Partei als solche die Verantwortung nicht zu übernehmen wagte: Die Ausrufung der Rheinischen Republik. (Beide Male hatte Adenauer enttäuscht; denn auch er war kein Mann des Entschlusses.)

Und das dritte Mal, am 1. Februar 1919? War auch jetzt wieder ursprünglich mehr geplant gewesen, als das Kompromiß einer farblosen Entschließung? Wir haben die Frage schon gestellt und werden noch darauf zurückkommen. Auf jeden Fall: Für das Zusammenspiel Adenauers mit dem Zentrum läßt sich kein besseres Beispiel aufzeigen als der Verlauf dieser Sitzung im Kölner Rathause.

Zu der Besprechung am 1. Februar 1919 waren von 84 eingeladenen Abgeordneten 65 erschienen. Außerdem nahmen die rheinischen Oberbürgermeister daran teil. Adenauer, der auch den Vorsitz führte, hält die Eröffnungsrede. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Bewegung in den vergangenen Monaten schildert er die derzeitige Lage. Die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Errichtung einer Westdeutschen Republik („im Verbande des Deutschen Reiches") begründet er wieder mit dem Hinweis auf die unmittelbar drohende Annektionsgefahr durch Frankreich. Es sind auch diesmal ähnliche Ausführungen, wie er

sie bei früheren Gelegenheiten, so beispielsweise auf der Elberfelder Konferenz am 13. 12. 1918 gemacht hatte, nur daß Adenauer diesmal noch deutlicher wird und ausdrücklich auf das berechtigte Sicherheitsbedürfnis von Frankreich hinweist. Er hat dies mündlich sogar noch schärfer zum Ausdruck gebracht, als es in der Niederschrift der Rede erkennbar wird. Es liegt uns das nach dem Stenogramm verfaßte Originalprotokoll (K. A. I, 216 ff.) vor mit den eigenhändigen Korrekturen Adenauers für die später angefertigte Reinschrift. Hier nun findet sich u. a. der später gestrichene Satz: **„Ich glaube, daß das Verlangen Frankreichs auf Garantien gegen Deutschland in der Sache gerechtfertigt ist."** Der Zusatz des Redners: „wenn man sich in die Lage Frankreichs versetzt" ist kaum als Einschränkung, viel weniger als Entschuldigung zu werten. Denn: wie gut sich Adenauer in die Mentalität der Franzosen hineingedacht und ihre Gründe für die Zerschlagung Preußens übernommen hat, zeigen sogar die Ausführungen, die er in der für die Vervielfältigung bestimmten Fassung hat stehen lassen. So erklärt er hier — immer „in der Auffassung unserer Gegner" — **daß Preußen „der böse Geist Europas, der Hort des kulturfeindlichen angriffslustigen Militarismus" sei.** Er führt aus, daß Deutschland sich von seiner Ohnmacht wieder erholen könne und dann an Frankreich Revanche nehmen werde:

„Aus diesen Erwägungen heraus kommt für Frankreich die absolute Notwendigkeit, zum Schutze seiner nationalen Existenz Garantien zu verlangen und zu schaffen, die nach menschlichem Ermessen es Deutschland unmöglich machen, in absehbarer Zeit diese Revanche an ihm zu nehmen."

Knapper und nicht nur für den Deutschenfeind, sondern auch für den Neutralen überzeugender hätte auch kein Franzose die Sicherheitsforderungen Frankreichs begründen können. Hier aber ist es **ein Deutscher,** der die Berechtigung der französischen Ansprüche auf Schutz gegenüber seinem eigenen Lande bestätigt!

Wir haben schon auf die ungeheuerliche Tatsache hingewiesen, daß auf persönliche Anordnung Adenauers durch Vermittlung von Offizieren der Besatzungstruppen Niederschriften dieser seiner Begründung der Sicherheitsforderungen Frankreichs sowohl der englischen wie der französischen Regierung zugeleitet worden sind. Und zwar zu einem Zeitpunkt, als Frankreich Schwurzeugen für die Berechtigung seiner Ansprüche brauchte: gerade war Clémenceau, der Tiger, bemüht, gegen den Widerstand der eigenen Verbündeten eben diese Sicherheitsforderungen Frankreichs in Zwangsmaßnahmen gegen das besiegte Deutschland — Entwaffnung, Schaffung der neutralen 50 Kilometer-Zone, 15 jährige Besetzung der Rheinlande — umzusetzen und in den Friedensvertrag einzubauen.

Die Handlungsweise des Kölner Oberbürgermeisters ist aber um so ungeheuerlicher, als er in dieser Rede, die er im Wortlaut den Feinden zur Verfügung stellte, vor 65 rheinischen Abgeordneten und sämtlichen rheinischen Oberbürgermeistern als einzig mögliche Lösung der Sicherheitsfrage nicht nur ganz im Sinne der französischen Rheinpolitik die Schaffung einer Westdeutschen Republik empfohlen hatte (da sie „auch die außenpolitische Haltung Deutschlands in ihrem friedensfreundlichen Geiste beeinflussen könne"!), sondern sogar die sofortige Volksabstim-

mung, zunächst in der preußischen Rheinprovinz, zwecks Errichtung dieses neuen Staatsgebildes vorschlägt. Und zwar ausdrücklich als Akt des Selbstbestimmungsrechtes des rheinischen Volkes, wobei weder die Reichsregierung noch auch die inzwischen rechtmäßig erwählte Nationalversammlung als Vertreterin der deutschen Nation hereinzureden hätten. Im Gegenteil! Adenauer hatte ausgeführt:

> Nach meiner Auffassung müßte die Initiative zur Errichtung einer Westdeutschen Republik im Deutschen Reiche vom Westen aus, vom Volke selbst ergriffen werden. Die Initiative darf nicht etwa von der Deutschen oder Preußischen Nationalversammlung oder der Regierung ausgehen, sondern sie muß vom Westen ausgehen aus folgenden Gründen:
>
> Wenn diese Initiative von der Deutschen oder Preußischen Regierung oder von der Deutschen oder Preußischen Nationalversammlung erfolgen würde, dann fehlt die Berufung des rheinischen Volkes selbst auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dann würde bei der Entente der Eindruck leicht erweckt werden, hier handele es sich nicht etwa um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern um einen Akt, der von der Regierung ausgeht.

Allerdings macht Adenauer dann am Schluß seiner Rede die Einschränkung:

> Wie soll diese Initiative ergriffen werden? Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Westdeutsche Republik unbedingt auf dem gesetzmäßigen Wege, auf dem Wege, den die Reichsverfassung vorschreibt, geschaffen werden muß — wenn wir nicht durch außenpolitische, bis jetzt nicht zu übersehende Verhältnisse anders gezwungen werden.[2])

Ein solcher Zwang durch „außenpolitische" Verhältnisse konnte allerdings leicht eintreten. Beispielsweise schon dadurch, daß die Besetzungsmächte von diesen aus dem Rheinland selbst kommenden Anregungen Kenntnis erhielten und den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden: sie brauchten ja nur entsprechend diesen Wünschen des „rheinischen Volkes" die sofortige Vornahme von Abstimmungen in den Ländern am Rhein anzuordnen.

War es zu diesem Zweck gewesen, daß Adenauer den feindlichen Regierungen den Wortlaut seiner Rede und damit die Begründung seiner Anregung übermittelt hatte??

Seiner Anregung? Es war keine Privatmeinung des Kölner Oberbürgermeisters.

Adenauer hat in seiner Rede nichts anderes getan, als einen Zentrumsantrag zu begründen, den in einer schon zur Versammlung mitgebrachten Fassung seine Parteifreunde unter Führung von Geheimrat Trimborn, dem Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, durchzusetzen hofften.

*

Zentrumspolitik

Die Tagung vom 1. 2. 1919 im Kölner Rathause hatte, wie wir schon erwähnt haben, nur ein mageres Ergebnis; die Annahme einer Entschließung:

---

[2]) Es handelt sich bei dieser Einschränkung um eine recht merkwürdige Sache. Hat Adenauer wirklich am 1. Febr. 1919 schon von der Reichsverfassung gesprochen, die erst am 11. August 1919 veröffentlicht wurde? Oder hat er das Protokoll seiner Rede nachträglich frisiert?

Da die Aufteilung Preußens ernstlich erwogen wird, so wird ein Ausschuß eingesetzt, der den Plan zur Errichtung einer Westdeutschen Republik in die Wege leitet, im Rahmen der von der Nationalversammlung zu erlassenden Reichsverfassung.

Adenauer und die Zentrumsabgeordneten hatten freilich nicht nur mehr erwartet, sondern für ihre weitergehenden Forderungen so zäh gekämpft, daß die Sitzung, die morgens um 10 Uhr begonnen hatte, noch am Spätnachmittag fast gesprengt worden wäre.

Wieder ist es Kuckhoff, dem wir einem zuverlässigen Bericht über die Verhandlungen verdanken, und zwar auch über die vertraulichen Beratungen, die nebenher im Kreise der anwesenden Abgeordneten der Zentrumspartei geführt wurden.

Kuckhoff erzählt, daß bereits am Tage vor dieser Zusammenkunft „in einer Aussprache zwischen verschiedenen Herren aus Köln" der Entwurf einer zahmen Entschließung formuliert und in der Sitzung zur Annahme vorgelegt worden sei. Hierin wurde verlangt:

Für den Fall, daß die Reichsverfassung einer Aufteilung Preußens die gesetzliche Grundlage schafft, ist unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen die Vereinigung der Länder am Rhein zu einem Freistaat im Verbande des Deutschen Reiches herbeizuführen.

Kuckhoff fährt dann fort:

Diese Resolution deckte sich in ihrem Inhalt keineswegs mit der Tendenz der Adenauer'schen Darlegungen. Die Zentrumsabgeordneten, die sich unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrats Trimborn zur Beratung vereinigt hatten, lehnten sie, weil sie in keiner Beziehung genügte, rundweg ab. Herr Trimborn trat besonders warm für den Gedanken einer Volksabstimmung in den besetzten Gebieten ein. Nach ihren Kundgebungen und Grundsätzen könne die Regierung in Berlin diese auch garnicht verweigern. Besonders wurde auch der Gedanke bekämpft, daß man sich dahin binden soll, es müsse zunächst das Votum der Nationalversammlung abgewartet werden. Vielmehr müsse die Schaffung des Rheinstaates unabhängig und vor der neuen Reichsverfassung erfolgen. Dieser Gedanke wurde besonders kräftig vor allem auch von dem Abgeordneten Joos, dem bekannten Arbeiterführer, vertreten. . . .

So kam man denn zu dem Ergebnis, den übrigen Parteien einstimmig folgende Aenderung des zweiten Teiles der vorgelegten Entschließung vorzuschlagen:

„Wir verlangen die sofortige Herbeiführung einer Volksabstimmung zunächst in der preußischen Rheinprovinz zur Entscheidung der Frage, ob ein Freistaat aus Ländern am Rhein im Verbande des Deutschen Reiches gebildet werden solle."

Der Zentrumsantrag stützt sich also auf die Ausführungen Adenauers und übernimmt seine Forderung: zu beschließen, die Abstimmung für die Errichtung der Westdeutschen Republik sofort vorzunehmen.

Die Einschränkung, daß dies „auf dem gesetzmäßigem Wege, den die Reichsverfassung vorschreibt", erfolgen müsse, wird aber gestrichen.

Hatte das Zentrum gehofft, auch die anderen anwesenden Parlamentarier, Demokraten und Sozialdemokraten, würden dieser Entschließung zustimmen? Einer Entschließung, die, zum mindesten auf das Ausland, insbesondere Frankreich, von gleichem Eindruck und gleicher Wirkung, wie die Proklamierung des rheinischen Freistaates gewesen wäre? Auf jeden Fall haben die schwarzen Herren mit allen Künsten der Ueber-

redung gearbeitet: Nach dem Bericht von Kuckhoff wurden, zusammen mit Trimborn, die Abgeordneten Dr. Heß und Dr. Schmittmann („die auch den Gedanken einer Volksabstimmung besonders warm vertreten hatten") beauftragt, mit den anderen, an der Sitzung teilnehmenden Parteien zu verhandeln.

Die Versammlung lehnt die sofortige Volksabstimmung ab. Doch das Zentrum gibt das Spiel noch nicht verloren. Kuckhoff berichtet:

Nach erneuten Beratungen der Zentrumsabgeordneten wurde dann als zweiter Teil der Resolution Folgendes den anderen Parteien vorgeschlagen:

‚Wir verlangen jedoch, daß die Nationalversammlung unverzüglich für eine Aufteilung Preußens die gesetzliche Grundlage schafft, um die Vereinigung des deutschen Westens zu einer Republik im Verbande des Deutschen Reiches herbeizuführen. Sollte die Nationalversammlung nicht in kürzester Frist die gewünschte Grundlage schaffen, so soll die Lösung auf dem im Entwurf der Reichsverfassnug vorgesehenen Wege der allgemeinen Volksabstimmung in den beteiligten Gebieten erfolgen.' Auf dieser neuen Grundlage sollten die obengenannten Herren nunmehr verhandeln. Es ist notwendig, sich diese Haltung der Zentrumsabgeordneten, die stets eine einstimmige war, vor Augen zu halten, um den Umschwung in den Anschauungen nach der Regierungsbildung in Weimar und Berlin richtig beurteilen zu können. Man kann daraus auch ersehen, wie in dem Augenblick, wo die einzelnen Abgeordneten noch frisch unter dem Einflusse des Wahlkampfes standen, die Stimmung der Wählerkreise aufgefaßt wurde.

Auch dem zweiten Vorschlage der Zentrumsabgeordneten gegenüber verhielten sich die anderen Parteien ablehnend. Eine Einigung schien unmöglich. Um aber den notwendig entstehenden üblen Eindruck nicht aufkommen zu lassen, daß die Besprechung ergebnislos verlaufen sei, haben sich die Zentrumsabgeordneten schließlich, nachdem auch Oberbürgermeister Adenauer selbst noch für das Kompromiß eingetreten war, bereit finden lassen, diesem ihre Zustimmung zu geben. Das ist damals allgemein nur widerwillig geschehen.

So kam denn nichts anderes heraus als die angeführte Entschließung und Wahl eines weiteren überflüssigen Ausschusses. Für das Zentrum war es eine große Enttäuschung. Auch Kuckhoff gesteht offen zu:

„Damit hatten", schreibt er, „die Abgeordneten der besetzten Gebiete der Idee der Errichtung einer Rheinischen Republik vor dem Friedensschluß eigentlich schon einen Grabstein gesetzt."

Dies nämlich war das Wesentliche: **Die noch in Paris tagende Friedenskonferenz vor die vollendete Tatsache der vom Volk selbst erzwungenen Gründung eines rheinischen Freistaates zu stellen. Dann war eine Rückbildung nicht mehr möglich. Vor allem nicht, wenn das neue Staatsgebilde noch sicherheitshalber unter den Schutz des Völkerbundes gestellt und in die Völkerbundsakte eingetragen worden wäre.**

*

Und wenn, wie das Zentrum hoffte, der Antrag, sofort eine Volksabstimmung in den Ländern am Rhein durchzuführen, von der Rathausversammlung angenommen worden wäre? Wir dürfen vermuten, daß es dann am 1. Februar 1919 nicht bei diesem Beschluß geblieben wäre. **Die Ausrufung der Rheinischen Republik durch Adenauer war für den Tag vorgesehen gewesen.**

Wir erinnern uns, was Dorten über die von ihm mit Adenauer getroffene Vereinbarung erzählt hat: Während der Versammlung im Hansasaale sollte er im Vorzimmer warten. Wenn er dann, nach erfolgter Abstimmung gerufen werde, sollte er auf Adenauer zugehen und ihm den

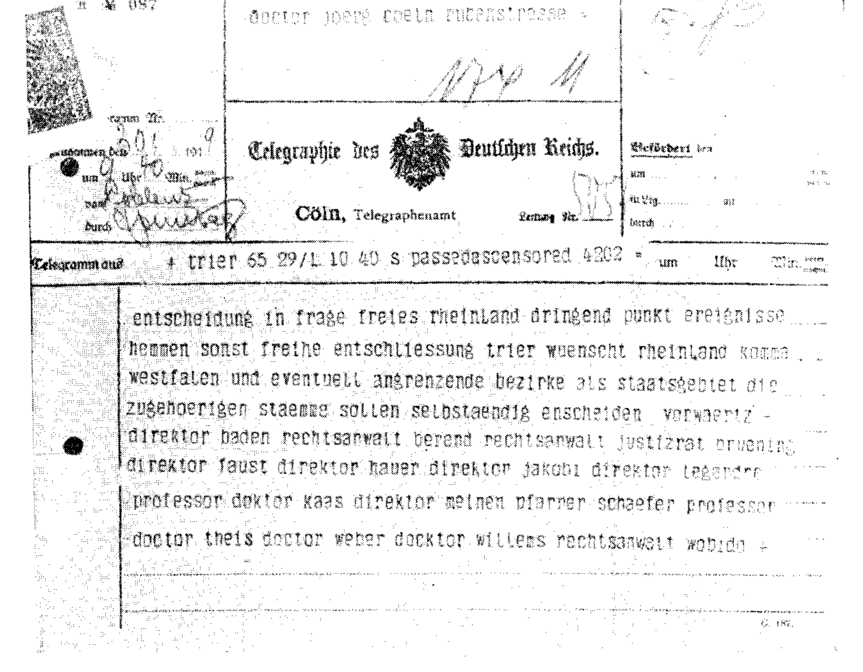
Entschluß des Südens unter Berufung auf die ihm, Dorten, erteilten Vollmachten bekannt geben: Diese Entschließung sollte wie eine Bombe wirken und Adenauer werde unter Ausnutzung dieser Wirkung die Proklamation erzwingen.

Ist es unwahrscheinlich, daß tatsächlich zur Ueberrumpelung der Versammlung im Kölner Rathause die Einschaltung einer solchen dramatischen Schlußszene zwischen Adenauer und Dorten verabredet worden ist? Sicher ist auf jeden Fall, daß Dorten bestimmt mit der Ausrufung der Rheinischen Republik durch den Kölner Oberbürgermeister als Abschluß der Tagung vom 1. Februar 1919 gerechnet hat. In einem Frankfurter Prozeß, Oktober 1932, hat der frühere Wiesbadener Oberbürgermeister Gläßing als Zeuge unter Eid bekundet, daß Dorten schon Januar 1919 in einer Versammlung offen angekündigt habe, Adenauer werde die Rheinische Republik vom Balkon des Kölner Rathauses ausrufen.

Aber nicht nur Dorten rechnete damit. So berichtet Kuckhoff:

> Noch am Vorabend der Wahl des 26. Januar fanden im Gürzenich in Köln große Versammlungen statt, in denen die Frage der Rheinischen Republik der wesentlichste Gegenstand der Rede war. Mit Jubel wurde damals die Mitteilung aufgenommen, die allerdings auf falschen Voraussetzungen beruhte, daß die Ausrufung mit Einwilligung der Regierung bald erfolgen könne.

So trifft denn auch unmittelbar vor der Rathausversammlung, am 29. 1. 1919 bei dem Generalsekretär der Zentrums-



Telegraphie des Deutschen Reichs.

Cöln, Telegraphenamt

doctor joerg coeln rubensstrasse +

Telegramm aus + trier 65 29/1 10 40 s passedascensored 4202 =

entscheidung in frage freies rheinland dringend punkt ereignisse hemmen sonst freihe entschliessung trier wuenscht rheinland komma westfalen und eventuell angrenzende bezirke als staatsgebiet die zugehoerigen staemme sollen selbstaendig enscheiden vorwaertz – direktor baden rechtsanwalt berend rechtsanwalt justizrat gruening direktor faust direktor hauer direktor jakobi direktor legendre professor doktor kaas direktor meinen pfarrer schaefer professor doctor theis doctor weber docktor willems rechtsanwalt wobido +

Abb. 5. Drahtung von Kaas und Genossen vom 29. 1. 19 an Dr. Joerg, den Generalsekretär der Zentrumspartei in Köln.

partei, Dr. Jörg in Köln, eine Drahtung von Prälat Kaas und seinen Freunden in Trier ein (Abb. 5).

Einen Sinn hat diese Drahtung der Trierer Aktivisten nur, wenn man annimmt, daß sie von der Rathausversammlung vom 1. Februar eine solche Entscheidung auch bestimmt erwarteten.

Wie bestimmt aber auch die Eingeweihten der Kölner Gruppe mit der Proklamierung rechneten, geht aus einer Mitteilung hervor, die wir in einer von dem Aachener Separatisten Moenikes verfaßten und uns abschriftlich vorliegenden Denkschrift („Entwicklung der Bewegung zur Gründung einer rheinischen Republik im Aachener Bezirk") finden:

„Am 24. Januar 1919 hatte Oberpfarrer Kastert bereits auf Betreiben der rheinisch-westfälischen Bewegung im Kurhaussaale in Aachen seine bekannte Wahlrede zur Preußischen Landesversammlung gehalten (Zentrumsversammlung), in der er unter tosendem Beifall von tausenden von Zuhörern erklären konnte: die Rheinische Republik komme. Kein Henkersknecht mehr könne das Kind erdrosseln!"

*

Kölner Bank- und Handelsherren

Zur Vorbereitung der Tagung vom 1. Februar hatte Adenauer am 23. 1. 1919 die Mitglieder der Politischen Kommission zusammen mit dem Wirtschaftsausschuß zu einer Sitzung in das Rathaus auf den 29. 1. 1919 eingeladen.

Gleichfalls zu diesen Vorbereitungen dürfen wir wohl auch die öffentliche Versammlung des Freiheitsbundes rechnen, die am selben Tage in Köln stattfindet, und zu welcher man — Geheimrat Trimborn als Hauptredner verpflichtet hatte! Denselben Trimborn, der sich in Elberfeld seiner Distanz gegenüber dem Freiheitsbund gerühmt hatte. Im übrigen war es das letzte Lebenszeichen des Bundes. Man hat nichts mehr von ihm gehört. — —

Die Schilderung der Kölner Vorgänge zu Anfang des Jahres 1919 wäre aber lückenhaft, wollten wir nicht wenigstens kurz auf eine Unterstützung hinweisen, die den Zentrumsplänen aus einem anderen Lager inzwischen zu Teil geworden war. Diese Unterstützung fand ihren sichtbaren Ausdruck in dem schon erwähnten Wirtschaftsausschuß.

Er war — selbstverständlich wie alle diese Ausschüsse unter dem Vorsitz von Adenauer — gewählt worden in der schon erwähnten vertraulichen Sitzung im Hause des Kölner Bankiers Heinrich von Stein und hatte gleichfalls den Zweck, sich für die Errichtung eines rheinischen Freistaates zu betätigen. Dieser Wirtschaftsausschuß war jedoch keine Zentrumsgründung, sondern sollte einer Gruppe „Kölner Handelsherren", die wirtschaftlich an der geplanten Republik interessiert waren, einen maßgebenden Einfluß bei der Durchführung dieser Pläne sichern. Zu diesem Kreise gehörten nach Brüggemann vor allem die Kölner Bankhäuser; so das Haus Oppenheim, vertreten durch dessen Mitinhaber, Herrn Ferdinand Rinkel; das Haus Stein, vertreten durch den schon genannten Herrn Heinrich von Stein. Ferner

die Verleger der „K. V.", die Herren Bachem; Herr Dr. Silverberg, der Vorsitzende des Braunkohlensyndikats; Kommerzienrat Dr. Albert Ahn, der Verleger des Kölner Tageblatts; ferner Herr Max Charlier, Mitinhaber der Firma van der Zypen & Charlier; Herr Konsul Adolf Oehme, Vorsitzender des Verbandes Kölner Großfirmen; ferner die Professoren Stier-Somlo und Eckert von der Kölner Handelshochschule.

Der Vorsitzende der Kölner Handelskammer, Geheimrat Louis Hagen, der zuerst Gegner der Bewegung gewesen war, ist gleichfalls Anfang Januar umgefallen und macht mit. Durch Louis Hagen (geborenen Levi, der aber guter Katholik und Mitglied der Zentrumsfraktion der Kölner Stadtverordneten geworden war) wurde dann die Verbindung dieser Handelskreise zum Zentrum hergestellt und die Verfolgung ihrer Wirtschaftsziele mit den Zielen der Zentrumspolitik gleichgeschaltet.[3])

Louis Hagen war es dann, der es schon zu Beginn des Jahres 1919 verstanden hatte, auch die Handelskammer von Köln in den Dienst der rheinischen Bewegung zu stellen. Am 11. 1. 1919 führt er einen Beschluß dieser Kammer herbei, sämtliche Handelskammern des besetzten Gebietes zur Besprechung der Frage der Rheinischen Republik zu einer Zusammenkunft auf den 28. Januar einzuladen. (Wie wir sehen, gehörte auch dies zu den Vorbereitungen für die Rathausversammlung vom 1. Februar. Es sollte für Stimmung gesorgt werden!) Am Vortage wird die Angelegenheit noch einmal in einer internen Sitzung der Kölner Kammer behandelt. Adenauer beruft sich wieder auf Quellen, die er nicht nennen könne, und Louis Hagen auf ein Gespräch, das er im Hause des Herrn Max Charlier mit dem französischen Oberst Ménial (den wir schon als Hauptquelle für Alarmnachrichten erwähnten) gehabt habe.

Entgegen den Hoffnungen von Louis Hagen und Adenauer führt jedoch die gemeinsame Kölner Sitzung der linksrheinischen Handelskammern vom 28. 1. 1919 zunächst zu keiner Entscheidung. Man wollte erst das Ergebnis der Rathausversammlung abwarten.

*

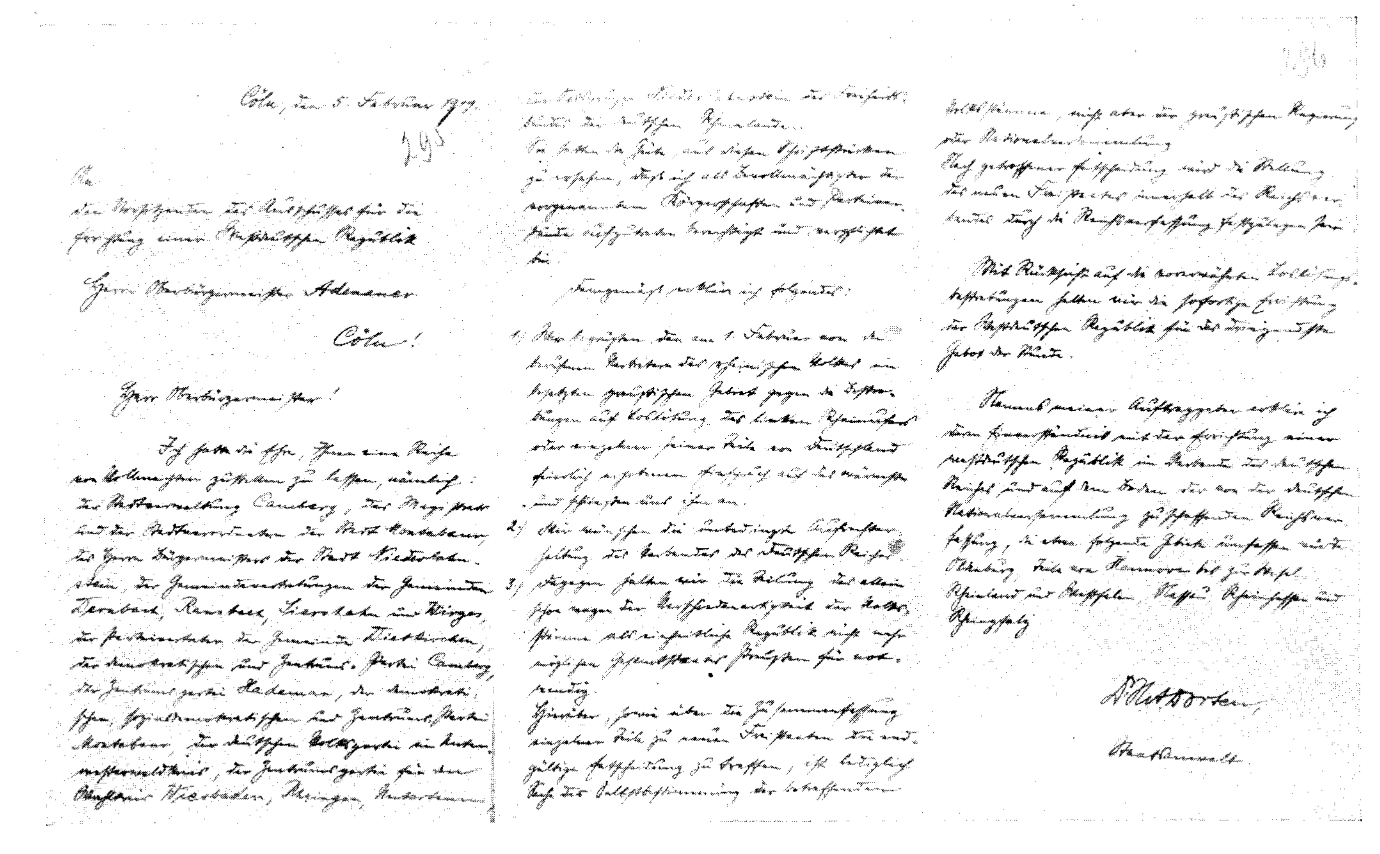
Gedächtnisschwäche einer Magnifizenz

In den ersten Februartagen muß der Zusammenstoß zwischen Dorten und Professor Eckert im Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters Gläßing in Wiesbaden erfolgt sein. Den Bericht hierüber, so wie ihn Rhenanus wiedergibt, kennen wir schon. Wir kennen auch die Darstellung, die Adenauer in seiner Denkschrift von dem Vorfalle bringt. Nach der Aufklärung aber, die wir jetzt über die wirklichen Beziehungen von Adenauer zu Dorten erhalten haben, dürfen wir vermuten, daß auch in diesem Falle der Bericht des Kölner Oberbürgermeisters einer Korrektur bedarf.

Zunächst ergibt sich aus weiteren Urkunden der Kölner Akten (K. A. I, 294 ff.), daß Dorten wiederum am 5. Februar 1919 in Köln gewesen ist. An diesem Tage hat er Adenauer mit einem offiziellen Anschreiben (Abb. 6), das er in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter einer größeren Zahl von Stadtverwaltungen und Zentrumsorganisationen ihm übersandte, auch einen Privatbrief (Abb. 7) an ihn gerichtet, worin er mitteilt, er werde sich am folgenden Tage wieder nach Wiesbaden zurückbegeben.

---

[3]) Hagen spielte auch 1923 wieder eine sehr bedenkliche Rolle.



Cöln, den 5. Februar 1919.

295

An
den Vorsitzenden des Ausschusses für die Errichtung einer Westdeutschen Republik
Herrn Oberbürgermeister Adenauer
Cöln!

Herr Oberbürgermeister!

Ich habe die Ehre, Ihnen eine Reihe von Vollmachten zustellen zu lassen, nämlich: der Stadtverwaltung Camberg, des Magistrats und der Stadtverordneten der Stadt Montabaur, des Herrn Bürgermeisters der Stadt Niederlahnstein, der Gemeindevertretungen der Gemeinden Dernbach, Ransbach, Leerlahn und Wirges, der Parteivertreter der Gemeinde Dietkirchen, der demokratischen und Zentrums-Partei Camberg, der Zentrumspartei Hadamar, der demokratischen, sozialdemokratischen und Zentrums-Partei Montabaur, der deutschen Volkspartei im Unterwesterwaldkreis, der Zentrumspartei für den Oberlahnkreis, Wiesbaden, Rheingau, Unterlahn

[illegible] der deutschen Rheinlande.

Sie sollen die [illegible], auf diesen Schriftstücken zu ersehen, daß ich als Bevollmächtigter der vorgenannten Körperschaften und Parteien heute aufzutreten berechtigt und verpflichtet bin.

Demgemäß erkläre ich folgendes:

1.) Wir begrüßen den am 1. Februar von den berufenen Vertretern des rheinischen Volkes einstimmig gefaßten Beschluß gegen die Bestrebungen auf Loslösung des linken Rheinufers oder einzelner seiner Teile von Deutschland feierlich erhobenen Einspruch und schließen uns ihm an.

2.) Wir wünschen die unbedingte Aufrechterhaltung des Verbandes des Deutschen Reiches.

3.) Dagegen halten wir die Bildung des alten Preußen wegen der Verschiedenartigkeit der Volksstämme als einheitliche Republik nicht mehr möglich, seine Aufteilung in Freistaaten für notwendig.

Hierüber, sowie über die Zusammenfassung einzelner Teile zu neuen Freistaaten eine endgültige Entscheidung zu treffen, ist lediglich Sache der Selbstbestimmung der betreffenden Volksstämme, nicht aber der preußischen Regierung oder Nationalversammlung.

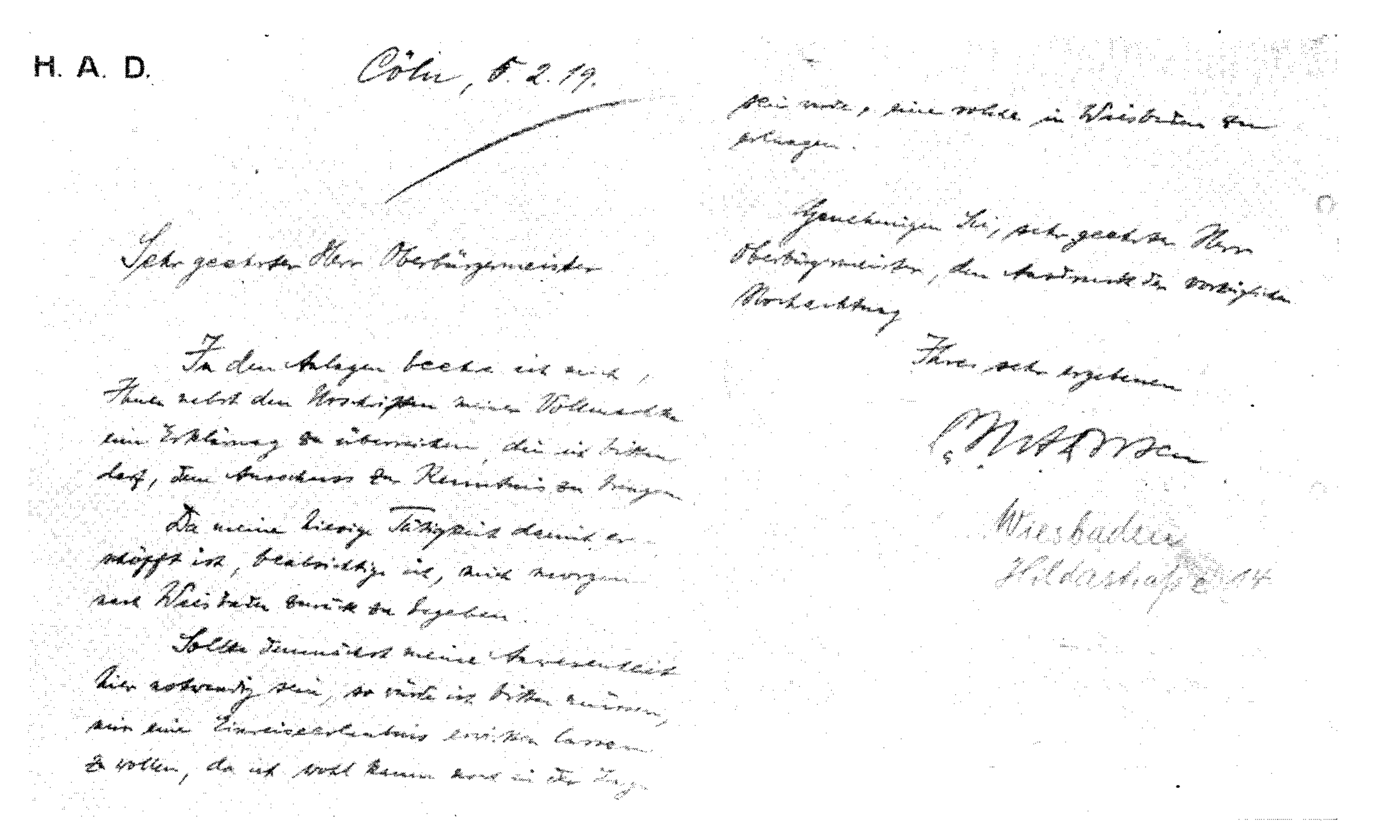
Nach getroffener Entscheidung wird die Bildung der neuen Freistaaten innerhalb des Reichsverbandes durch die Reichsverfassung festzulegen sein.

Mit Rücksicht auf die vorerwähnten Loslösungsbestrebungen halten wir die sofortige Errichtung der Westdeutschen Republik für das dringendste Gebot der Stunde.

Namens meiner Auftraggeber erkläre ich deren Einverständnis mit der Errichtung einer westdeutschen Republik im Verbande des deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung, die etwa folgende Gebiete umfassen würde: Oldenburg, Teile von Hannover bis zur Weser, Rheinland und Westfalen, Nassau, Rheinhessen und Rheinpfalz.

Dr. Dorten,
Staatsanwalt

Abb. 6. Brief von Dorten an Adenauer vom 5. 2. 19.


H. A. D.

Cöln, 5. 2. 19.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

In der Anlage beehre ich mich, Ihnen nebst den Abschriften meiner Vollmachten eine Erklärung zu überreichen, die ich bitten darf, dem Ausschuss zur Kenntnis zu bringen.

Da meine hiesige Tätigkeit damit erschöpft ist, beabsichtige ich, mich morgen nach Wiesbaden zurück zu begeben.

Sollte demnächst meine Anwesenheit hier notwendig sein, so würde ich bitten, mir eine [illegible] zukommen lassen zu wollen, da ich wohl kaum vor in den Tag[illegible] bei mir, eine solche in Wiesbaden zu erlangen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Dorten

Wiesbaden
Hildastraße 14

Abb. 7. Brief von Dorten an Adenauer vom 5. 2. 19,

An diesem 5. Februar 1919 hat eine nochmalige — mindestens die vierte! — persönliche Unterredung Dortens mit Adenauer stattgefunden, bei der auch der Wiesbadener Zwischenfall mit Prof. Eckert zur Sprache gekommen ist. Und zwar in Gegenwart des Letzteren.

> Dorten beschwerte sich bei Adenauer über das Verhalten von Eckert und verlangte eine Ehrenerklärung, widrigenfalls er Eckert fordern werde. Adenauer war hierüber entsetzt und ließ Eckert sofort kommen. Dieser behauptete zunächst, er habe von Adenauer Auftrag gehabt, allein zu Gläßing zu gehen. Dann mußte er aber nach einigem Hin und Her stotternd zugeben, er habe Auftrag gehabt, zunächst mit Dorten in Wiesbaden Fühlung zu nehmen und dann erst mit diesem zusammen den Oberbürgermeister Gläßing aufzusuchen.
>
> In Gegenwart von Adenauer gab dann Prof. Eckert Dorten die verlangte Ehrenerklärung ab.

Auch hier wieder wird die Richtigkeit dieser Darstellung Dortens durch die Akten voll bestätigt. Die Ehrenerklärung ist tatsächlich abgegeben worden. Sie liegt sogar in der von Adenauer persönlich unterzeichneten Urfassung vor; in einem Schreiben Adenauers an seinen Wiesbadener Kollegen Gläßing (Abb. 8), aus dem hervorgeht, daß bei dem Zwischenfall Dorten durchaus im Rechte war.

Gläßing muß den Brief nicht erhalten haben, denn auf seinen Angaben beruht der 5 Jahre später von Gorrenz (Rhenanus) in den „Drahtziehern" Ostern 1924 veröffentlichte Bericht.

Daß Adenauer nach dieser Veröffentlichung die unzutreffende Darstellung nicht berichtigt hat, ist vielleicht noch verständlich, denn ihn ging der Fall ja unmittelbar nichts an.

Merkwürdig aber ist das Schweigen von Professor Eckert. Hatte ihn wieder einmal sein Gedächtnis im Stich gelassen?

Für den Rektor Magnificus der Kölner Universität war es allerdings ein erhebendes Bewußtsein, in die Geschichte der rheinischen Abfallbewegung einzugehen als derjenige, der als erster „eisig und mit größter Ironie" Dorten, den Hochverräter, entlarvt hatte.

Ein erhebenderes Bewußtsein auf jeden Fall als die Feststellung, daß Seine Magnifizenz es war, der als erster den Atlas herbeigeschleppt hatte, um eben diesem Hochverräter auf der Karte Deutschlands die Grenzen des neuen Weststaates einzuzeichnen.

*

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, Adenauer hätte nach dem Mißerfolge der Rathausversammlung auf die weitere Durchführung seiner Pläne verzichtet. Schon zwei Tage später, Montag, 3. Februar, weist der Kölner Oberbürgermeister dem neugewählten Zwischenparteilichen Ausschuß einen Betriebsfonds von 5000 Mark an. (K. A. I, 286.)

Die Einstellung Adenauers zeigt aber auch noch ein anderer Vorgang:

Mit seinem offiziellen Schreiben vom 5. Februar hatte Dorten als „Bevollmächtigter" dem Kölner Oberbürgermeister gegenüber die Erklärung abgegeben, seine Mandanten begrüßten den Rathausbeschluß vom 1. Februar; sie hielten die Teilung Preußens für notwendig, und hierüber „sowie über die Zusammenfassung einzelner Teile zu neuen Freistaaten die endgültige Entscheidung zu treffen" sei „lediglich Sache der Selbstbestimmung der betreffenden Volksstämme, nicht aber der Preußischen Regierung oder

Westdeutscher
politischer Ausschuss

6. Februar 1919.

115

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zwischen Herrn Staatsanwalt Dr. Dorten von dort und Herrn Geheimrat Professor Dr. Eckert von hier scheint in Ihrer Gegenwart eine für Herrn Dorten peinliche Verhandlung stattgefunden zu haben. Die beiden Herren haben sich in meiner Gegenwart ausgesprochen und es ist eine Reihe von offenbaren Mißverständnissen, die zwischen den Herren bestanden haben, dadurch erledigt worden. Auf Wunsch von Herrn Dr. Dorten gestatte ich mir, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben.

Falls amtliche Briefe von hier an Sie ungeöffnet in Ihre Hände kommen, bitte ich um gefällige Mitteilung, da ich Ihnen in diesem Falle ein Stenogramm meines in der Versammlung am 1. ds. hier gehaltenen Referats übersenden will.

Mit kollegialem Grusse

Ihr sehr ergebener

2. Wvl. am 2.. 2. 19.

Westdeutscher
politischer Ausschuss

6.3.19.

1. Antwort ist nicht eingegangen.

2. Z. d. Akt.

Herrn

Oberbürgermeister Glässing

Hochwohlgeboren

W i e s b a d e n.

Abb. 8. Brief Adenauers an Oberbürgermeister Glässing in Wiesbaden über den Zwischenfall Dorten-Eckert.

Nationalversammlung." Dorten nimmt damit im Namen seiner Auftraggeber also den von der Rathausversammlung abgelehnten Antrag der Zentrumspartei wieder auf. Ja, er geht sogar darüber hinaus, denn in dem Schreiben Dortens heißt es weiter:

> Mit Rücksicht auf die vorerwähnten Loslösungsbestrebungen halten wir die sofortige Errichtung der Westdeutschen Republik für das dringendste Gebot der Stunde.

Mit anderen Worten: Dorten fordert Adenauer zum Staatsstreich auf! Und Adenauer? Er hat nicht etwa es für seine Pflicht gehalten, die Forderungen Dortens unter Hinweis auf den einstimmigen Beschluß der Rathausversammlung zurückzuweisen. Im Gegenteil! Am 6. Februar hat der Kölner Oberbürgermeister einer Reihe von Auftraggebern Dortens einzeln mit besonderem Anschreiben den Empfang „der mir von Herrn Staatsanwalt Dr. Dorten, Wiesbaden überreichten Vollmacht in Sachen der Westdeutschen Republik . . . ergebenst bestätigt" und die Entschließung der Versammlung vom 1. Februar im Wortlaut abschriftlich beigefügt mit dem Zusatz: „Weitere Mitteilung werde ich Ihnen sobald wie möglich zugehen lassen." Gleichzeitig ersuchte er, den „mitunterzeichneten Vertretern der dortigen politischen Parteien hiervon gefl. Kenntnis geben zu wollen." (Abb. 9).

Das beweist, daß Adenauer zu dieser Zeit noch in Zusammenarbeit mit Dorten die Pläne zur Errichtung des Westdeutschen Freistaates weiter verfolgt hat.

Er hat es sogar selber zugestanden. Wir besitzen von dem Aachener Separatisten Moenikes den schriftlichen Bericht über eine Unterredung, die er am 16. Februar 1919 mit Oberbürgermeister Adenauer in Köln hatte. Hierbei hat Adenauer ihm erklärt:

> Die Bestrebungen des Kölner Ausschusses zielten auf Schaffung einer Republik, deren Kern Rheinland—Westfalen sei, und der sich die Rheinpfalz und etwa Nassau angliedern solle. In diesen Gebieten sei man sich völlig einig über die Bildung dieser Republik. Die Gegenströmung komme aber von Berlin und dem alten Preußen, wo man unsere Bestrebungen vollständig verkenne. Es sei aber bestimmt zu erwarten, daß in spätestens 2 Monaten die Schwierigkeiten überwunden seien. Der Ausschuß würde unentwegt weiterarbeiten und aufklärend auf die altpreußische Bevölkerung wirken.

*

Duisberg contra Levi Hagen

Aber auch Levi Hagen arbeitet weiter. Am 3. Februar beruft er die linksrheinischen Handelskammern erneut nach Köln. Mit dem von Hagen gestellten Antrage, die Handelskammern sollten sich für die Bewegung zur Errichtung einer Rheinischen Republik einsetzen, blieb die Kölner Kammer aber, wie Brüggemann mitteilt, dank dem Einspruch von Geheimrat Duisberg, isoliert. Ebensowenig hatte Hagen Glück mit seiner Absicht, auf der Tagung von 51 preußischen Handelskammern in Berlin am 12. 2. 1919 eine Unterstützung der rheinischen Pläne zu finden. Gegenüber der einmütigen Ablehnung wagte er sogar nicht einmal, seinen eigenen Antrag aufrecht zu erhalten: Für die vier rheinischen Kammern von Köln, Aachen, Bonn und Eupen, die er selber vertrat, enthielt er sich der Stimme.

Westdeutscher
politischer Ausschuss

6. Febr. 1919.

1. Schreiben an

a) den Herrn Bürgermeister der Gemeinde Wirges
b) " " " " Dernbach
c) " " " " Siershahn
d) " " " " Ransbach
e) " " " " Niederlahnstein
f) " " " Stadt Camberg
g) " " " " Montabaur
h) die Zentrumspartei in Hadamar, z. H. des Herrn Geistl. Rats Franz
i) " " des Wahlkreises Wiesbaden- Rheingau- Untertaunus, z. H. des Herrn Chefredakteurs Dr. Fr. Geucke, Wiesbaden, Schöne Aussicht 18.
k) die Vertreter der politischen Parteien in Dietkirchen an der Lahn, z. H. des Herrn Pfarrers Wittmger.

Hierdurch bestätige ich ergebenst den Empfang der mir von Herrn Staatsanwalt Dr. Dorten , Wiesbaden, überreichten Vollmacht in Sachen der Westdeutschen Republik. In der Versammlung, die unter Teilnahme einer größeren Anzahl von Abgeordneten zur Deutschen und Preußischen Nationalversammlung und von Oberbürgermeistern aus dem besetzten Teile der Rheinprovinz am 1. ds. Mts in Cöln stattgefunden hat, ist die abschriftlich beifolgende Entschließung einstimmig angenommen worden. Weitere Mitteilung werde ich Ihnen so bald wie möglich zugehen lassen.

Zusatz zu f und g:

Ich bitte, den mitunterzeichneten Vertretern der dortigen politischen Parteien hiervon gefl. Kenntnis geben zu wollen.

2. Mit den Vollmachten zu den Akten.

Abb. 9. Rundschreiben Adenauers an die Gemeinden usw., die Dorten Vollmachten ausgestellt hatten. Köln 6. 2. 19

Inzwischen hatte sich auch im übrigen die Stimmung zu Ungunsten der Abfallbewegung verschlechtert. Eine deutliche Absage an die rheinischen Separatisten hatte so schon am 7. 2. 1919 die nach Essen einberufene größere Vertreterversammlung des Industriegebietes ausgesprochen.

Aus dem Februar 1919 ist nicht viel mehr zu berichten. Der einzige bemerkenswerte Vorgang war vielleicht die Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei, die in Köln am 11. 2. 1919 stattfand, und worüber wir einen ausführlichen Verhandlungsbericht (K. A. II, 70 ff.) besitzen. Der Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei, Dr. Jörg verwahrte sich ausdrücklich: Die Rheinische Zentrumspartei habe „bis zur Stunde die Frage der Westdeutschen Republik noch niemals zur Parteisache gemacht." Sie habe sich „offiziell nicht damit befaßt."

Inoffiziell befaßten sich dann freilich in der Versammlung die anwesenden Zentrumsführer (und nur solche waren anwesend!) sehr gründlich mit dieser Frage, denn es war der einzige Verhandlungsgegenstand der Sitzung. Am Schluß wird dann auch eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

> . . . Die Versammlung empfiehlt den Anwesenden, mit den übrigen Vertretern aller Parteien ihrer Gemeinde in Verbindung zu treten, sie über die in der Versammlung zur Kenntnis gebrachten schwerwiegenden Gründe für die Gründung eines Westdeutschen Freistaates zu unterrichten, Kundgebungen in dieser Angelegenheit herbeizuführen und die betreffenden Beschlüsse dem Ausschuß in Köln (z. H. des Vorsitzenden Oberbürgermeister Adenauer) zur Kenntnis zu bringen.

Die Annahme der Entschließung war gleichfalls inoffiziell; denn der Vorsitzende der Versammlung Justizrat Mönnig hatte erklärt: „Diese Resolution soll nicht öffentlich sein."

Im übrigen hatte er dann noch hinzugefügt:

„Der Oberbürgermeister erwartet, daß von sämtlichen Gemeinden diese Entschließung angenommen wird."

*

Dorten Inspirator — Adenauer Cunctator

Nach dem Versagen von Köln hatte Wiesbaden die Führung übernommen — Dorten. Am 28. Februar übersendet er dem Kölner Oberbürgermeister eine kurze aber energische Aufforderung des „Arbeitsausschusses" von Wiesbaden und Mainz (Abb. 10):

> „Ein weiteres Hinausschieben der Errichtung der Westdeutschen Republik läuft den Interessen Nassaus und Rheinhessens zuwider usw."

Warum die Eile? Warum gerade bis zum 4. März? In seiner Denkschrift hat Dorten den Grund angegeben. Er hatte Kenntnis erhalten von den voraussichtlichen Friedensbedingungen bezüglich der Rheinlande: Am 6. März sollten die Verhandlungen hierüber in Versailles beginnen.

Diesmal galt es, wenigstens den letzten Termin nicht zu versäumen, um die Entente vor die vollendete Tatsache zu stellen. Einen Akt des geheiligten Selbstbestimmungsrecht werden sogar die eifersüchtigen Verbündeten Frankreichs registrieren müssen. Und zwar im Friedensvertrag. Das war noch sicherer als ein Artikel der Verfassung.

An den Vorsitzenden des Rheinischen Ausschusses

für die Errichtung einer Westdeutschen Republik,

Herrn Oberbürgermeister A d e n a u e r

K ö l n .

Herr Oberbürgermeister !

Ein weiteres Hinausschieben der Errichtung der Westdeutschen Republik läuft den Interessen Nassaus und Rheinhessens zuwider.

Wir werden zum Handeln gedrängt.

Daher erwarten wir bis zum 4. März 1919 eine unzweideutige Erklärung des rheinischen Ausschusses.

Andernfalls werden wir zur Tat schreiten.

Wiesbaden
Mainz , den 27. Februar 1919.

Der Arbeitsausschuss:

Stadtverordneter Prof. Dr. Bauer, Volksschullehrer Broglie, Dr. med. Berberich, Staatsanwalt Dr. Dorten, Rechtsanwalt Justizrat Eckermann, Rechtsanwalt Justizrat Dr. Fuld, Chefredakteur Dr. Geuke, Hotelier Henrich, Kunsthistoriker Dr. Klingelschmitt, Gymnasial-Oberlehrer Kraemer, Geh. Bergrat Prof. Dr. Leppla, Bergwerksbesitzer v. Marees, Gymnasialdirektor Dr. Preising, Direktor Radermacher, Studienassessor Dr. Reichwein, Landgerichtsrat Schmitz, Dr. med. Schlipp.

Abb. 10. Schreiben des Arbeitsausschusses an Adenauer vom 27. 2. 19.

Wiesbaden, den 28. Februar 1919

An den Vorsitzenden des Rheinischen Ausschusses für die Errichtung einer West-Deutschen Republik
Herrn Oberbürgermeister Adenauer

Coeln.

Herr Oberbürgermeister!

Wir haben die Ehre Ihnen in der Anlage eine Erklärung zu überreichen, die auf einem einstimmig gefassten Beschluss beruht. Wir haben berechtigten Grund anzunehmen, dass die Erklärung die Ansicht des weitaus grössten Teiles der Bevölkerung Nassaus und Rheinhessens zum Ausdruck bringt. Sollten Sie es für wünschenswert erachten, uns persönlich Erklärungen abzugeben, so werden wir zu einer Unterredung am Montag den 4.n.M. Nachmittags in Coeln zur Verfügung stehen.

Ihre Nachrichten werden wir Montag Vormittag auf Ihrem Büro abholen.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

G. v. Marées

Abb. 11. Brief Dortens an Adenauer vom 28. 2. 19.

Dorten befand sich persönlich schon in Köln. In seinem Begleitscheiben (Abb. 11), mit welchem er Adenauer die „Erklärung" übersandte, hatte er zusammen mit seinem Begleiter G. von Marées seinen Besuch im Rathaus für Montag, den 4. März, angezeigt. Ueber diese letzte Aussprache mit dem Kölner Oberbürgermeister haben wir schon berichtet: Adenauer lehnt ab.

Aber hiermit begnügten sich die Herren aus Wiesbaden nicht. Eine neue größere Kundgebung war schon für die nächsten Tage vorgesehen. Für den 10. März war jene schon erwähnte Versammlung geladener Herren in das Kölner Kasino einberufen worden. Sie war, wie Moenikes berichtet: „von ca. 100 Personen, teils Abgeordneten, teils Angehörigen der Hochfinanz und sonst der ersten Gesellschaftskreise besucht. Herr Konsul von Stein leitet die Versammlung."

Diese eigenartige Zusammensetzung der Teilnehmer an der Kasinokonferenz und die Berufung eines Bankherrn zum Vorsitzenden hatte freilich

ihren besonderen Grund: Es war ein anderes Grüppchen, das diesmal hinter den Einberufern stand. Wir haben es schon einmal erwähnt: den im Januar bei der vertraulichen Besprechung im Hause des Bankherrn Heinrich von Stein in Köln gegründeten Wirtschaftsausschuß, durch den der Kölner Großhandel und vor allem die Kölner Bankwelt sich einen maßgebenden Einfluß bei der Durchführung der Abtrennungspläne sichern wollten. [4])

Dies Grüppchen hatte inzwischen aber auch schon Anschluß an die Zentrumskreise gefunden, die in Köln, Aachen und Wiesbaden die Bewegung leiteten. Man vereinigt sich jetzt zur Erreichung des gleichen Zieles. Es kommt auch schon bei der Einladung zur Kasino-Konferenz zum Ausdruck: unterzeichnet war sie von Dr. Ahn, Verleger des „Kölner Tageblatts"; Franz Xaver Bachem, Verleger der „Kölnischen Volkszeitung"; Oberpfarrer Kastert; Heinrich von Stein und Prof. Dr. Stier-Somlo.

Ob die Absicht bestanden hat, den mehrfach mißlungenen Versuch der Ausrufung einer Rheinischen Republik auf der Kasino-Konferenz zu wiederholen? Prälat Kaas und Genossen in Trier müssen dies jedenfalls vermutet haben, denn in gleicher Weise wie zu den Kölner Versammlungen vom 4. Dezember und 1. Februar trifft auch zur Kasino-Konferenz von ihnen wieder eine Drahtung ein. Diesmal war sie bezeichnender Weise sogar an den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, Geheimrat Trimborn, in Person gerichtet:

„Der Rheinischen Republik senden vom Moselstrande begeisterte Grüße Trierer Bürger aller Stände."

Wie der Wortlaut zeigt, nahmen die Unterzeichner der Drahtung, unter denen sich neben Kaas ein Offizier der amerikanischen Besatzung, George Davis befand, die Proklamierung der Rheinischen Republik (also ohne Volksabstimmung!) als schon geschehen an.

---

[4]) Brüggemann hat die Untergründe dieser Machenschaften aufgedeckt: Herr von Stein, der „zuvor niemals ein Interesse an öffentlichen und nun gar politischen Dingen an den Tag gelegt hatte", war Vorsitzender des Aufsichtsrates der Internationalen Bank in Luxemburg, die durch den Ausgang des Krieges gezwungen war, ihr Arbeitsfeld nach Frankreich und Belgien zu verlegen. „Hatten", schreibt Brüggemann, „die deutschen Mitglieder des Aufsichtsrates ein Interesse, ihre Stellung bei der Bank und den damit verbundenen Einfluß nicht zu verlieren, dann hatten sie möglicherweise auch ein Interesse an einer Milderung ihrer Nationalität... Vier von diesen Aufsichtsratsmitgliedern saßen in Köln. Andere Kölner Herren, die in der Bewegung für die Rheinische Republik hervorgetreten sind, waren mit dem einen oder anderen der Aufsichtsratsmitglieder verschwägert oder associiert. Kurz, da spielten allerhand Imponderabilien mit, die sich nicht abwägen ließen. Wer in diese Fäden hineingriff, der faßte in ein Spinngewebe, das ihm in der Hand zerriß. Solange man aber nicht hineingriff, spannen diese Fäden aber doch hin und her."

Alle Anstrengungen haben den Herren aber nichts genützt. Die Hauptversammlung der Bank hat am 28. April beschlossen, die Aemter der deutschen Verwaltungsratmitglieder zurückzuziehen. Damit hat die Rheinische Republik in den erwähnten Kreisen ganz wesentlich an Interesse verloren. Die Person des Herrn von Stein verschwand auf jeden Fall mit dieser Entscheidung ebenso auffallend wie gänzlich von der Bildfläche!

Merkwürdig ist es auch, daß Prof. Stier-Somlo zu der Konferenz sogar schon die ausgearbeitete Verfassung für das neue Staatsgebilde mitgebracht hatte. Er kam freilich nicht dazu, sie aus der Tasche zu nehmen. Auch diese Versammlung begnügte sich mit einer Entschließung, worin „von den zuständigen Stellen“ die „unverzügliche Zulassung einer Volksabstimmung in den beteiligten Gebieten erwartet“ wurde.

Diese Entschließung hatte Dorten, der an der Sitzung teilnahm, nicht mitgebracht. Es war Kölner Fabrikat. Sie wurde geschrieben in Köln, am 6. März abends, auf Kölner Papier, nach Kölner Diktat. Nämlich im Sitzungssaal der „Kölnischen Volkszeitung“. Hier hatte die vertrauliche Vorbesprechung zwischen den Vertretern des Kölner Grüppchens, Vertretern der Zentrumspartei und Dorten stattgefunden.

Die Annahme der hier festgelegten Entschließung durch die Kasino-Konferenz vom 10. März erfolgte plangemäß. Eine Aenderung des Wortlautes wäre übrigens auch nicht möglich gewesen:

Die Entschließung war nämlich schon drei Tage vorher, am 7. März, durch Dorten den „zuständigen Stellen“ übergeben worden: den Kommandierenden Generalen der Entente in Köln, Koblenz und Mainz.

Eine Eigenmächtigkeit Dortens? Nein. Das Begleitschreiben, datiert vom 6. März 1919, war von ihm unterschrieben worden als Erstem Bevollmächtigten der Vereinigten Ausschüsse zur Errichtung einer Westdeutschen Republik.

Nicht einmal diese neue Bezeichnung hatte Dorten eingeführt. Es waren Erfindungen gewesen von Franz Xaver Bachem, dem Verleger der „K. V.“. In seiner eigenen Handschrift liegen sie uns auf einem der 3 abgerissenen Notizzettel (Abb. 12) vor, die Dorten sich von dieser Besprechung aufgehoben hat.

(Das zweite Blättchen enthält, diesmal von der Hand Dortens, den Entwurf des Anschreibens, mit welchem die Entschließung den Genеrälen der Besatzungsmächte übermittelt worden ist. Auch diese Niederschrift stammt aus der Sitzung vom 6. März im Saale der „K. V.“; ebenso wie der dritte Fetzen Papier, auf welchem Kommerzenrat Ahn für Dorten Namen und Wohnung von sich und zwei anderen Teilnehmern an der Besprechung, Prof. Stier-Somlo und Bankier H. v. Stein, notiert hatte.)

Wie wir sehen, ist in dieser vertraulichen Sitzung vom 6. März Dorten auch schon zum Ersten Bevollmächtigten der Ausschüsse gewählt worden.

Diese Vollmacht ist von den Kölner Herren nie widerrufen worden. Auch nicht nach dem Staatsstreich Dortens vom 1. Juni 1919.

*

Und Adenauer? Er spielte im März eine merkwürdige Rolle. (Schon bei seiner letzten Unterredung mit Dorten vom 4. März.) Fühlte er sich zurückgesetzt? War er vergrämt? Oder hatte er schon die Morgenluft vom Osten gewittert? An der Vorbesprechung zur Kasinoversammlung vom 6. März hatte er nur zu Anfang teilgenommen, dagegen an einer Vorbesprechung am 9. März (über die wir einen schriftlichen Bericht von Moenikes besitzen). Auch zur Versammlung im Kasino war er er-

Arbeitsausschuss zur Errichtung der Westdeutschen Republik

Der Erste Bevollmächtigte.

Wiesbaden (den 6. Juni 1919
Hildastr. 14

Herr General

Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrage des Arbeitsausschusses zur Errichtung der Westdeutschen Republik für die Rheinprovinz, Nassau u. Rheinhessen [illegible] die folgende Erklärung zu überreichen mit der Bitte um Übermittlung an Ihre Regierung.

Genehmigen Sie, Herr General, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Erste Bevollmächtigte.

Kommerzienrat Ahn (Marienburg) A 25 Leyboldtstr. 42/44

Prof Stier-Somlo A 3154 Marienburgerstr. 87

Konsul Heinr. v. Stein A 4098 Deutscher Ring 53

Abb. 12. Drei Notizen von Xaver Bachem, Verleger der „Köln. Volkszeitung", Dorten und Kommerzienrat Ahn.

schienen, hatte sich dann aber französisch ohne Abschied gedrückt. In der Aussprache machte jedoch Oberpfarrer Kastert die überraschende Mitteilung: Adenauer betrachte die Arbeit der neuen Gruppe „als eine höchst erwünschte Vorarbeit für die Versammlung der Parlamentarier".

Gegen diese Behauptung erließ Adenauer dann in der „Kölnischen Zeitung" eine Erklärung: es stimme nicht; die Gründung der neuen Gruppe

habe er nicht gebilligt. Er sei im übrigen über die Gründungsabsicht in Unkenntnis gehalten worden. Auf empörten Widerspruch der Beteiligten schrieb Adenauer dann abschließend in der „Kölnischen Volkszeitung" wörtlich:

Der Satz meines Schreibens „Ich bin über die Gründung dieses Ausschusses in Unkenntnis gehalten worden" bezieht sich nicht auf die Veranstalter der Kasino-Versammlung.

Auf welche Versammlung denn?

Nach der Kasino-Versammlung hat sich Adenauer von den Kölner Aktivisten überhaupt zurückgezogen. War aus einem Saulus ein Paulus geworden? Hatte die Regierung ihn überzeugt? Oder bestochen??

Er wurde Präsident des Preußischen Staatsrates. Wie Dorten und Matthes behaupten, zur Belohnung für seinen Umfall.

Nein. Adenauer hat die rheinische Freiheit nicht verraten. Weder vor den Iden des März 1919, noch nachher. (Nicht einmal Herbst 1923 während Ruhrkampf und Revolver-Republik!)

Sein eigenartiges Verhalten hat einen anderen Grund: Adenauer war nervös geworden.

In Berlin und Weimar wurde nämlich gerade zu dieser Zeit gleichfalls über die rheinische Frage verhandelt. Oder richtiger: gekuhhandelt. Nur über das Ergebnis war in Köln noch nichts bekannt. So wußte Adenauer nicht mehr: War die Taktik noch richtig?

Seine widerspruchsvolle Stellungnahme erklärt sich daraus, daß er sich nicht festlegen wollte, ohne von der Parteileitung neue Instruktionen erhalten zu haben.

Adenauer ist auch diesmal nicht als Privatperson zu beurteilen, sondern als **Exponent und Träger der Zentrumspolitik.**

*

Zick-Zack-Kurs

Die politische Gesamtlage in Deutschland hatte sich inzwischen grundlegend geändert. Schon am 13. März war in der National-Versammlung eine Erklärung verlesen worden:

„Die Reichsregierung sieht in jedem Versuch der Loslösung links- und rechtsrheinischer Länder einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätenprinzip."

Und dieser Erklärung hatten alle Parteien zugestimmt. Einschließlich des Zentrums, das allerdings seine Zustimmung zu folgendem Satz verweigert (!) hatte: „Nach dem heutigen Stand der Dinge sind wir der Ansicht, daß jede absichtliche Umgestaltung vor Friedensschluß geeignet ist, die nationale Einheit unseres Vaterlandes zu bedrohen."

Allerdings nicht ohne Sicherheiten für eine schließliche Erfüllung seiner rheinischen Wünsche verlangt und erhalten zu haben hatte das Zentrum Ja gesagt; denn in der Regierungserklärung wurde am Schluß über die Frage ausdrücklich zugestanden: „Die Reichsregierung und die National-Versammlung widmen ihr die ernsteste Beachtung." Nur mit der Einschränkung: „Eine endgültige Lösung kann erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen." Dieser Weg wurde trotzdem schon wenige Tage später eingeschlagen:

Am 19. März hatten in Weimar die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der National-Verasmmlung über den Länderparagraphen begonnen. Trimborn „verteidigt in fast einstündiger Rede seine bekannten Anschauungen über die Bildung einer Rheinisch-Westfälischen Republik". Der sozialdemokratische preußische Minister Heine erwidert scharf. Dann aber winkt er mit dem Zaunpfahl: „Das Zentrum werde auch in Preußen Gelegenheit haben, an der Regierung teilzunehmen, wenn es nur wolle." Eine Komödie wurde aufgeführt. Die Gegner hatten sich unter dem Tisch schon die Hand gereicht...

Am 23. März tritt das Zentrum auch in die preußische sozialistische Regierung ein. Der Kaufpreis war pränumerando im Verfassungsausschuß von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Meerfeld eingebracht worden. Die Annahme erfolgte durch die vereinigte Weimarer Koalition gegen die Rechte.

Das Zentrum hatte in der Rheinlandfrage als Gesamtpartei tatsächlich offiziell abgeblasen. Auch Kuckhoff bestätigt es:

In Kölner Kreisen war seit Ende März, d. h. also nach den Verhandlungen in der Preußischen Landesversammlung nichts mehr in der Frage unternommen worden. ... Auch die rheinische Zentrumspresse hatte sich große Zurückhaltung auferlegt. Man hielt die Frage vorläufig für erledigt. Gegen den Willen der Preußischen und Deutschen Parlamente war keine Aktion möglich. An eine Sinnesänderung war nicht zu denken. ... So unterblieben von Ende März an alle Verhandlungen und Besprechungen in den Kreisen, die bisher in der Rheinlandfrage führend gewesen waren.

Was in geheimen Konventikeln geschah, das entzieht sich der öffentlichen und auch meiner Kenntnis.

Der Hinweis Kuckhoffs auf eine — sagen wir einmal: inoffizielle — Weiterbetätigung von geheimen Konventikeln in der Rheinlandfrage war berechtigt. Und die geheimen Konventikel waren — natürlich Zentrums-Konventikel. Die Weiterbetätigung hatte inzwischen sogar schon eingesetzt:

Am 24. März hatte der Fraktionsvorsitzende Heß in der Preußischen Landesversammlung in seiner elegischen Grabrede Abschied von der „Idee" genommen. Dies war an einem Montag gewesen. Am Vortage aber, Sonntag, den 23. März, war in Köln eine Konferenz eben zur Beratung dieser „Idee" zusammengetreten. Und zwar nicht einmal in einem ganz geheimen Konventikel. Moenikes berichtet darüber:

Am 23. 3. 1919 war alsdann die große Presseversammlung im Sitzungssaale der Kölnischen Volkszeitung, an der ich als Vertreter des „Echo der Gegenwart" teilnahm, und auf der unter Führung des Chefredakteurs Hoeber die Richtlinien aufgestellt wurden, wie die rheinische Zentrumspresse die rheinische Bewegung fördern solle.

Dieser Sitzung wohnte auch der Abgeordnete **Professor Kaas** bei.

Ueber die Verhandlungen bei dieser Pressetagung, über die bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, sind wir heute gleichfalls unterrichtet. In einem besonderen Protokoll hat Moenikes den Verlauf der Sitzung erzählt. Es heißt darin u. a.:

Es wird von der Presse lebhaft bedauert, daß bisher eine einheitliche Führung in der ganzen Bewegung fehlt. Ich habe jedoch den Eindruck gewonnen, daß sich diese Presse sehr wohl ihrer bewußt ist, und daß sie weiß, welchen gewaltigen Einfluß sie bei zielbewußter Führung auf ihre Leser aus-

üben kann. . . . Es freute mich, feststellen zu können, daß die Herren Pressevertreter der Ansicht waren, daß eine Aktion im jetzigen Augenblick zwar spät, aber keineswegs zu spät sei, um auf die Entschlüsse der Entente einwirken zu können. Das beweist wiederum, daß wir mit unserer Arbeit auf dem besten Wege sind und unentwegt unser Ziel verfolgen müssen. Hierbei ist ganz besonders zu beachten, daß die Entente die bisherige Arbeit der Presse im Sinne einer Westdeutschen Republik achtungsvoll aufgenommen hat. . . . Wertvollen Aufschluß über die parlamentarischen Arbeiten gab der Abg. Prof. Dr. Kaas. . . . Das Ergebnis der vierstündigen Besprechung war, daß die von Herrn Weyers vorgeschlagene Resolution, die sich im Wesentlichen mit der von uns gefaßten Entschließung deckt, von den anwesenden Pressevertretern als Leitmotiv angenommen wurde, mit dem sie einheitlich mit dem Gedanken einer Westdeutschen Republik werbend an ihre Leser herantreten werden.

Trotz der Erklärungen in der Preußischen und in der Deutschen Nationalversammlung wird also die Werbung für die „Idee" nicht nur fortgesetzt, sondern eine sofort einzusetzende Aktion vorbereitet! Vorsorglich hatte das Zentrum das zweite Eisen noch im Feuer liegen lassen. Für den Fall, daß das andere, das jetzt in Weimar geschmiedet werden sollte, nicht warm würde.

*

Der Inhalt der Entschließung der Kasinokonferenz war im übrigen nicht besonders sensationell gewesen: man wollte „unter allen Umständen untrennbar im Verbande des Deutschen Reiches verbleiben". Also sollte die Westdeutsche Republik ein Bundesstaat werden wie die anderen Bundesstaaten auch?

Nicht jeder scheint es so verstanden zu haben.

Am gleichen Tage, als dieser Beschluß in Köln angenommen wird, verlangt Karl Hauptmann in seiner „Rheinischen Volksstimme" in Bonn als Wortführer von „drei Vierteln der Bevölkerung des Rheinlandes" die Absendung einer Abordnung an den Verband: er möge das rheinische Land sofort unter seine Protektion nehmen. „Los vom bolschewikischen Deutschland! ist das kleinere Uebel... Los vom Bolschewismus! das heißt aber auch zugleich: Los von Deutschland! Los von Deutschland, ehe es zu spät ist!"

Und noch in derselben Woche, am 15. März, kommt ein zweites Echo. Diesmal aus der Pfalz. Das „Rheinische Volksblatt", das Zentrumsorgan von Speyer, erklärt unmißverständlich:

> Es ist ein Unsinn zu betonen, die kommende Rheinische Republik müsse unter allen Umständen im Reichsverbande bleiben.
>
> An dem rheinischen Freistaat ist der Verband, vor allem Frankreich, in gleicher Weise interessiert, wie das Deutsche Reich.

War es die Entgleisung eines Tintenkulis? Nein. Schon drei Wochen vorher, am 22. Februar, hatte die berüchtigte Notablen-Versammlung im Gasthof Schwan zu Landau eine von dem Zentrumsabgeordneten Hofmann verfaßte und begründete Entschließung angenommen, worin offen die Errichtung einer selbständigen Republik Pfalz verlangt wird. An den Oberkommandierenden der französischen Besatzung in der Pfalz, General Gérard, wird die Bitte ge-

richtet: „diesen Wunsch an die Friedenskonferenz weiterleiten zu wollen."

Der französische Marschall Foch hat den Unterzeichnern antworten lassen: „In kurzem könnten die Pfälzer frei und offen sprechen, und Garantien würden ihnen gegeben, damit sie handeln könnten, ohne die Wiederkehr der deutschen Behörden fürchten zu müssen."

*

Gipfel der Heuchelei

Am 7. März war die Entschließung, die die Kasino-Konferenz drei Tage später annehmen sollte, den Oberkommandierenden der feindlichen Besatzungsheere durch Dorten als den Ersten Bevollmächtigten des am Vortage im Sitzungszimmer der „K. V." gegründeten neuen Ausschusses übergeben worden.

Am 20. März aber schreibt die „K. V.":

> Die allerschlimmste Behauptung der Gegner gipfelt darin, daß die Freunde der Bewegung bereits in Unterhandlung mit dem Verbande stehen sollen. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Zu keiner Zeit haben die Vertreter des Gedankens eines Westdeutschen Freistaates sich hierfür mit Vorschlägen an den Verband gewandt.

Am gleichen Tage verhandelt ein Vertrauter Dortens in Mainz mit Gaston Milliot, dem französischen Pressezensor des Generals Mangin. Zugegen ist (wie Dr. Klingelschmitt in seiner Denkschrift erzählt) „zufällig" der Religionslehrer des Alten Mainzer Gymnasiums, Prof. Dr. Sartorius. Nebenberuflich der Vorsitzende des Windthorstbundes in Mainz.

Und wieder zwei Tage später, am 22. März, ruft der Zentrumsabgeordnete Oberpfarrer Kastert im Preußischen Landtag pathetisch aus:

> Es ist das ekelhafte, daß unsere Ansichten und Motive immer ins Gegenteil verkehrt worden sind. Das muß ich mir dringend verbitten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Und wer es mir gegenüber noch einmal wagen sollte, von Sympathien für Frankreich zu sprechen, den nenne ich einfach einen Lügner!

Moenikes aber meldet aus Aachen:

> In Köln hatte inzwischen alles versagt. Hemmungen traten den Beschlüssen der Kasino-Versammlung entgegen, die Herrn Franz Bachem veranlaßten mich am 31. 3. 1919 zu bitten, die Werbearbeit für den Kölner Bezirk mitzuübernehmen. Dies wurde von dem Aachener Ausschuß am 4. 4. 1919 zugesagt, und hatten wir in Verfolg dessen verschiedene Rückfragen mit Oberpfarrer Kastert, Studienrat Kuckhoff und Redakteur Hoeber bezw. Froberger. Außerdem hatten wir mit dem Vorsteher der politischen Abteilung des französischen Generalstabes, Capitaine Rostand eine eingehende Aussprache mit Chefredakteur Hoeber und Redakteur Froberger im Sitzungszimmer der „K. V." herbeigeführt, in der besonders Froberger sich überzeugte, daß unsere Arbeiten von edelstem patriotischen Eifer beseelt waren, und wurde uns vollste Hilfe zugesichert.

Daß sich dann auch Kastert persönlich an den Verhandlungen mit den Franzosen beteiligt hat, werden wir nachweisen.

*

Die „Hemmungen" in Köln, von denen Moenikes spricht, gingen auf Adenauer zurück. Er suchte wieder einmal Rückendeckung bei

seiner Partei. Und er hatte Grund dazu. Wenn noch irgend ein Zweifel darüber bestehen könnte, daß die Zentrumspolitik im Rheinland durch den Kölner Oberbürgermeister planmäßig nach Weisungen der Zentralleitung durchgeführt wurde, so würde das Verhalten Adenauers nach der Kasino-Versammlung den Beweis hierfür erbringen.

Am 19. März 1919, zwei Tage, nachdem er von den Veranstaltern der Kasino-Versammlung gezwungen worden war, der Presse die Berichtigung seiner ersten Erklärung zu übergeben, sandte Adenauer ein dringendes Telegramm (K. A. II, 4) an den Vorsitzenden der Partei, Geheimrat Trimborn, nach Weimar:

> Erbitte dringend umgehend möglichst eingehende Mitteilung über Ergebnis der Verhandlungen betreffend Westdeutsche Republik in Weimar, damit ich mein Verhalten dementsprechend einrichten kann.

Schon am nächsten Tage drahtete Trimborn zurück (K. A. II, 7): „Bericht heute abgegangen."

Leider fehlt gerade dieser Bericht Trimborns in den Akten der Stadt Köln. Hat Adenauer ihn als vertraulich zurückbehalten, weil er Angaben über die tatsächliche Einstellung der Partei zur Rheinlandfrage und Richtlinien für die Weiterbehandlung der Frage in Köln enthielt? Wir kennen nur die Antwort des Kölner Oberbürgermeisters an Trimborn vom 21. März und ersehen daraus, daß der Bericht gemeinsam von Trimborn und dem Prälaten Kaas verfaßt worden sein dürfte. Diese Antwort Adenauers (K. A. II, 164) ist aber auch deshalb bemerkenswert, weil sie beweist, daß er in Uebereinstimmung mit Trimborn und Kaas zu dieser Zeit noch mit der Verwirklichung der Pläne zur Errichtung einer Westdeutschen Republik rechnete:

> Den Brief des Herrn Professor Kaas bezw. Ihren Brief habe ich erhalten. Inzwischen habe ich auch durch den Abgeordneten Meerfeld und aus den Zeitungen die weitere Entwicklung der westdeutschen Angelegenheit in Weimar erfahren. Ich freue mich sehr, daß die Mehrheit des Ausschusses sich den Gründen, die uns von Anfang an zu unserer Stellungnahme bewogen haben, nun nicht mehr länger verschließt. Ich befürchte jedoch, daß jetzt alles zu spät ist. Immerhin ist es für Sie und mich eine nachträgliche Genugtuung. Wenn es noch nicht zu spät sein sollte, hoffe ich zuversichtlich, daß die Rheinlande von der ihnen gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen werden. . .

*

Theater

Die Herbeiführung einer Volksabstimmung über die Frage der Gründung einer Rheinischen Republik war, wenn man von Aufsätzen in der Presse absieht, zum ersten Mal durch die von der Zentrumspartei in der Kölner Rathausversammlung vom 1. 2. 1919 eingebrachte Entschließung gefordert worden. Die Versammlung hatte den Antrag abgelehnt. Darauf versuchten die Einpeitscher, eine solche Abstimmung wenigstens inoffiziell durchzuführen: in Form von Unterschriftensammlung auf Listen. Die Organisation hatten die vom Zentrum geleiteten Ausschüsse übernommen.

Nach dem Mißerfolge der Rathausversammlung hatte die „K. V." schon 4 Tage später, am 5. 2. 1919, die Forderung einer Volksabstimmung wiederholt. Und am 12. 3. 1919 meldete sie, in Nassau habe eine

solche Volksabstimmung schon stattgefunden: „Sie ergab auf Grund urkundlicher Belege eine Mehrheit von 80 Prozent der Bevölkerung für die Westdeutsche Republik."

Als dann die „R. W. Z." etwas lieblos die Nachricht als „glatten unverfrorenen Schwindel" bezeichnete, erklärte am 23. 3. 1919 die „K. V.", der „Nassauisch-Rheinhessische Ausschuß für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik" in Wiesbaden-Mainz hätte gedrahtet: der angegebene Prozentsatz sei gewonnen aus privater Listenschätzung und offiziellen Vollmachts-Erklärungen: „Eine Anzahl jener nassauischen Abstimmungslisten mit zahlreichen Unterschriften sowie unterzeichneter Protokolle über die Abstimmung ganzer Gemeinden haben uns bereits Anfang März vorgelegen."

Die Nachricht von einer tatsächlich schon erfolgten Volksabstimmung war also doch geschwindelt gewesen. Und wenn zu dieser Zeit auch wirklich im Nassauischen Unterschriften für die Rheinische Republik auf Listen gesammelt wurden, so beruhte, wie man auch in der Mitteilung der „K. V." zwischen den Zeilen lesen kann, die Zählung der Stimmen nur zum Teil auf Zustimmungserklärungen von Einzelpersonen. Das Ergebnis wäre sonst etwas mager ausgefallen. So hatte man sich ein geniales Verfahren ausgedacht, um Sammelbestellungen auf den Freistaat zu erhalten: man ließ sich Vollmachten für ganze Bezirke ausstellen! Dr. Klingelschmitt berichtet: Dorten hatte ganz Nassau bereist „und von Handwerks- und Handelskammern, von Bürgermeistern und Gemeinderäten schriftliche und besiegelte Zustimmungskundgebungen eingesammelt."

Praktisch wurde das Verfahren so gehandhabt, daß gemeindeweise durch die Vertrauensleute des Zentrums — gewöhnlich die katholischen Ortspfarrer — Bescheinigungen ausgestellt wurden, die ansässige Bevölkerung stehe treu zur Bewegung. Wie es ja bei dieser „Herzenssache des rheinischen Volkes" nicht anders zu erwarten war.

Als Beispiel bringen wir an anderer Stelle (Abb. 22, Seite 138) einen vom Verlagsdirektor des Trierer Zentrumsorgans an Dorten gerichteten Brief mit der Angabe, die gesamte Leserschaft des Blattes sei für die Rheinische Republik. Aus der handschriftlichen Notiz von Dorten auf dem unteren rechten Rande des Briefes ersehen wir, daß bei der Stimmzählung dieser eine Brief als Zustimmungserklärung für 120 000 Zentrumsanhänger an der Mosel eingesetzt worden ist!

Diese Sammlung war natürlich als wirksames Werbemittel gedacht. Sie hatte aber noch einen besonderen Zweck. Dr. Klingelschmitt hat ihn mitgeteilt: sie erfolgte auf Wunsch des französischen Generals Mangin in Mainz. Und die einlaufenden Listen wurden ihm in Urschrift eingereicht.

Selbstverständlich war die Sammlung nicht auf Nassau beschränkt. So berichtet Moenikes in seiner Denkschrift:

> Inzwischen nahmen wir in Aachen die probeweise Volksabstimmung vor, die in kürzester Zeit bei 65 000 ausgegebenen Karten zirka 50 000 schriftliche Zustimmungen für die Errichtung einer Westdeutschen Republik erbrachte.

Auf diese Stimmensammlung bezieht sich auch der Briefwechsel zwischen Moenikes und Franz Xaver Bachem, dem Verleger der „K. V.", von

März/April 1919. In einem undatierten Schreiben des Verlegers Bachem heißt es:

> Mit lebhafter Anteilnahme entnahm ich Ihren Zeilen vom 28. März 1919, daß Sie durch Ihre Werbearbeit bereits 30 000 Zustimmungen erhalten haben....
>
> Hier sind etwa 1 000 Zeitschriften, Briefe und Postkarten etwa 5 000 Zustimmungen enthaltend eingegangen; lediglich als Folge der Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung" und dem „Kölner Tageblatt" ohne jede weitere Werbetätigkeit. Wollen Sie alle diese Einsender in Bearbeitung nehmen, dann stelle ich Ihnen die sämtlichen Zuschriften zur Verfügung.

Eigentümlich ist auch hier die Einstellung von Adenauer. Wie bei allen öffentlichen Kundgebungen hält er sich für seine Person zurück. Und unterstützt gleichzeitig die Bewegung insgeheim dadurch, daß er mit der Durchführung der Listensammlung einen zuverlässigen Parteifreund beauftragt.

Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß die eigentliche Anregung, im Rheinland diese Art von Abstimmung für die Rheinische Republik durchzuführen, auf Adenauer zurückgeht. Er war, wenn die Angaben in seiner Denkschrift zutreffen, schon vor Beginn des Listenumlaufs in Nassau und Aachen auf dieses neue Werbemittel hingewiesen worden. Und zwar unmittelbar durch den Vorsitzenden der Rheinischen Zentrumspartei, Geheimrat Trimborn.

In seiner Denkschrift erzählt Adenauer, in der Besprechung, die in seinem Amtszimmer am 9. März 1919 zwischen ihm und den Herren Kastert, Franz Bachem, Dr. Hoeber und Justizrat Mönnig stattgefunden hätte, sei ihm der Vorschlag einer Listensammlung nach Hannover'schem Beispiel gemacht und hierfür der Vorsitz angeboten worden. „Ich lehnte das absolut ab", schreibt Adenauer weiter, „und erklärte, wenngleich ich an sich eine derartige Listensammlung für ein geeignetes Mittel hielte, um die Volksstimmung einmal kennenzulernen, daß ich als Vorsitzender des Ausschusses vom 1. Februar, da eine solche Aktion jedenfalls bei einem Teile der Parteien auf Widerstand stoßen würde, damit unter keinen Umständen etwas zu tun haben wolle."

Dabei hat Adenauer in der gleichen Denkschrift, nur 6 Seiten vorher, offen erzählt:

> Mitte Februar gab mir Herr Staatssekretär a. D. Geheimrat Trimborn einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge in Weimar. Er schrieb weiter, daß in Hannover Petitionen für ein selbständiges Hannover schon 400 000 Unterschriften gefunden hätte. Er schickte mir ein Formular, wie es in Hannover benutzt wurde, und meinte, in der Rheinprovinz würde wohl zweckmäßig etwas ähnliches gemacht. Ich, als Vorsitzender des Ausschusses, könne aber mit etwas derartigem nichts zu tun haben. Das letztere entsprach meiner Auffassung, und ich habe das von Herrn Trimborn übersandte Formular sofort an Herrn Prof. Schmittmann abgegeben.

Auch dies ein kennzeichnendes Beispiel echter Zentrumspolitik!

*

La recherche de la paternité

Was bleibt noch übrig von der Legende, die sich um die Geschehnisse jener ersten Tage des rheinischen Separatismus im Heiligen Köln gebildet

hatte? Wir haben den Schleier fortgezogen; haben die Untergründe durchleuchtet.

Als treibende Kräfte fanden wir andere Persönlichkeiten, als die, deren Unterschriften auf den Kundgebungen gestanden haben. Persönlichkeiten, die im Verborgenen wirkten wie die geheimen Oberen eines Illuminaten-Ordens.

Die Führer des rheinischen Zentrums.

Wir haben sogar ihre Zusammenarbeit mit den vorgeschickten Leitern der Bewegung im Einzelnen verfolgen können. Eine Zusammenarbeit mit gleichem Ziel und gleichen Mitteln.

Was bleibt übrig von der Legende? Höchstens als Anstifter jener elsässische **Pater Froberger,** in dessen Kopf zuerst dieser Einfall der Gründung einer Rheinischen Republik entstanden war, und der es dann auch gewesen ist, der mit geradezu fanatischem Eifer den Gedanken in die Tat umzusetzen bemüht war.

Oder war er es nicht, der die Aussprache mit Adenauer veranlaßt, der das Märchen von der drohenden französischen Annektion der Länder am Rhein erzählt, in Aufsätzen der „K. V." die Panikstimmung der Bevölkerung vorbereitet, die Gründung von Ausschüssen angeregt und schon November 1918 Verbindung zu französischen Amtsstellen gesucht und gefunden hat?

War er es nicht, der letzten Endes auch verantwortlich ist, wenn Adenauer persönlich nach anfänglichem Schwanken sich zur Förderung der Bewegung entschlossen und ihr die Wege geebnet hat? Hatte nicht Adenauer selber in seiner Rede auf der Elberfelder Tagung vom 13. 12. 1918 noch unter dem frischen Eindruck der ersten Begegnung mit Froberger sogar geäußert, er habe gegen ihn „zeitweise den Verdacht gehegt, ob er nicht im Dienste der Entente stehe"; er habe daher Erkundigungen über ihn eingezogen, doch hätten die erhaltenen Auskünfte jeden Zweifel an seiner Zuverlässigkeit beseitigt. Ist diese instinktive Abneigung nicht vielleicht doch ein Zeichen dafür, daß der Kölner Oberbürgermeister sich gegen seine bessere Ueberzeugung durch die Dialektik des Paters zu Schritten hat verleiten lassen, die er später bereut hat?...

Von diesem Mißtrauen Adenauers gegen Froberger weiß auch Dorten zu berichten.

> Als er Dezember 1918 zum ersten Mal bei Adenauer war, warnte dieser ihn vor Froberger; er sagte ihm, wenn er jetzt hinausgehe, werde er im Vorzimmer einen Herrn sitzen sehen, der ihn unfehlbar ansprechen werde. Der Mann sei gefährlich. Es sei Froberger.
>
> Als Dorten das Arbeitszimmer Adenauers verließ, erhob sich denn auch in der Tat im Vorzimmer ein Subjekt, welches sofort Dorten ansprach. Die Person stellte sich als Froberger vor und meinte, Dorten solle ja wohl mit den Franzosen verhandeln, während er selber mit den Engländern verhandeln solle; da wäre es doch gut, wenn man gegenseitig seine Erfahrungen austausche. Bei der Gelegenheit griff Froberger in die äußere Brusttasche seines Rockes und zeigte ihm seinen Ausweis als Elsässer. Er meinte: er könne es machen, wie er wolle; er könne nach Wahl sich als Deutschen oder als Elsässer ausgeben.

Da hatte Dorten genug und ging.

Das erste Gespräch zwischen dem Kölner Oberbürgermeister und Dorten, an welches sich diese Szene anschloß, muß ungefähr am 15. Dezember stattgefunden haben.

Sonderbar ist nur, daß Adenauer am 13. Dezember auf der Elberfelder Tagung zwar in ähnlicher Weise von seinem Mißtrauen gegen Froberger gesprochen, dieses dann aber ausdrücklich als unbegründet bezeichnet hatte. Und Dorten gegenüber wiederholt er zwei Tage später die Warnung — — ?

Die Aufklärung von Widersprüchen ist, wenn es sich um Worte oder Taten von Adenauer handelt, gewöhnlich verblüffend.

In den Kölner Akten (K. A. I, 228) findet sich ein merkwürdiges Schreiben, das Pater Froberger am 10. April 1919 an Adenauer gerichtet hat. Wir heben aus ihm eine Stelle heraus (Abb. 13):

Nachdem ich von Anfang November 1918 bis Februar 1919 unter Aufwendung vieler Arbeit und großem Zeitverlust auf Ihren Wunsch und nach Ihren Weisungen mich in dieser Sache in Ihrem Dienste ganz unpersönlich benutzt hatte, berührt mich die in Ihrem letzten Schreiben erfahrene Behandlung sehr unangenehm. Aber ich muss es Ihnen überlassen, sich Ihr Urteil in einer Sache, die mir schon genügend Unannehmlichkeiten zugetragen hat, selbst zu bilden. In allen diesen Dingen war ich eine ganz unpersönliche Arbeitskraft u. werde es auch bleiben.

In größter Hochschätzung
Ihr ergebener

P. Jo. Froberger

Abb. 13. Aus einem Brief von Dr. Froberger an Adenauer vom 10. 4. 19.

Froberger, der angebliche Vater des Gedankens der rheinischen Freiheit, bekundet also, daß er von Anfang November 1918 an sich in der rheinischen Bewegung ausschließlich als unpersönliche Arbeitskraft auf Wunsch und nach Weisungen von Adenauer betätigt hat.

Wir aber fragen verstört:

Was bleibt noch übrig von der Legende um die Geschehnisse jener ersten Tage des rheinischen Separatismus im Heiligen Köln?

II. Teil

Das französisch-klerikale Zusammenspiel am Rhein und die vatikanische Politik

Von F. Walther Ilges

Das Aachen-Kölner Komplott

Vom Monat April 1919 ist wieder nur wenig zu melden. Immerhin muß es dem Zentrum, das ja jetzt wie im Reich so auch in Preußen in der Regierung saß, gelungen sein, weitere Zugeständnisse auch in der rheinischen Frage zu erhalten: Am 4. April wird bekannt, von der Regierung sei bei der deutschen Friedenskommission ein eigener Unterkommissar für das linksrheinische Gebiet eingesetzt worden. Unter Vorsitz von Adenauer! Aus dem Plan dieser unmittelbaren Einflußnahme eines Vertreters der „Idee" auf die Friedensverhandlungen wurde freilich nichts. Die Entente erkannte die Ernennung nicht an.

Im Mai erfolgt dann ein neuer Vorstoß der Separatisten am Rhein. Wieder ist der Schauplatz das Stabsquartier der Bewegung, der Sitzungssaal der „Kölnischen Volkszeitung". Hier waren zu einer neuen Besprechung am 14. Mai die Führer von Aachen, Köln und Wiesbaden eingetroffen. Und dazu ein fremder Gast, der mit ihnen am Tische saß, um das Schicksal der Rheinlande zu beraten. Dieser Gast war mit den Herren aus Aachen gekommen. Es war der dortige Zensuroffizier, der französische Capitaine Rostand.

Es war im übrigen eine wichtige Besprechung. Vier Tage vorher waren die Friedensbedingungen veröffentlicht worden. Und darin stand kein Wort von einer Annektion des linken Rheinufers. Damit zerflatterte der rheinische „Freiheitstraum". War doch die Errichtung der Rheinischen Republik als einzig mögliche Abwehrmaßnahme gerade gegen die drohende Annektion bezeichnet worden! Aber man wußte sich zu helfen. Das Aushängeschild wurde einfach neu übermalt: Für die Abtrennung der Rheinlande von Preußen wird der Feind eine Milderung der Friedensbedingungen zugestehen.

Zusammen mit den Gästen fahren die Kölner Zentrumsherren Froberger, Kastert und Kuckhoff am 16. Mai nach Wiesbaden zu Dorten. Und den französischen Hauptmann Rostand nehmen sie mit. Denn zu dem Zweck war er ja von Aachen herübergekommen.

Noch am 16. Mai findet in Wiesbaden in Dortens Speisezimmer eine mehrstündige Besprechung unter Teilnahme von Rostand statt. Klingelschmitt, der gleichfalls anwesend war, schreibt darüber:

> Das Aachener Programm, das fast auf einen Pufferstaat hinauslief, wurde verworfen, unser Bundesstaatsprogramm allgemein angenommen. . . . Eine Rheinische Republik sollte als Bundesstaat errichtet werden, die aber durch ihre wirtschaftliche Stärke und politisch-kulturelle Macht im Verein mit den anderen süd- und westdeutschen Staaten eventuelle Revanchepläne im Keime vereiteln könne. Das Gesandtschaftsrecht sollte auch von der Rheinischen Republik ausgeübt werden. Diese Dinge wurden dann Rostand mitgeteilt, der sie als vernünftig anerkannte.
>
> Man entschied sich für die Bildung einer vorläufigen Regierung, die von Weimar und Versailles anerkannt werden, die Volksabstimmung vornehmen und Wahlen zu einem rheinischen Parlament ausschreiben solle. Außerdem solle sie an der Versailler Konferenz teilnehmen. Eine vorläufige Regierung hatte angeblich auch Adenauer im Februar geplant. Deren Ministerliste wurde besprochen. Louis Hagen-Köln sollte die Finanzen übernehmen. . . .
>
> Am folgenden Tag um 3 Uhr fand der Empfang bei Mangin statt.

Nach langem Hin und Her ließ Mangin sich überzeugen. Er wollte sich in Versailles für die Rheinische Republik einsetzen. Die Unterredung hatte von 3 bis 7 Uhr gedauert.

Pater Froberger hat (in einer in der Kölner Stadtbibliothek befindlichen undatierten) Niederschrift der Behauptung widersprochen, daß von den deutschen Teilnehmern dem französischen General die Bildung eines Rheinstaates mit eigenem Gesandtschaftsrecht angeboten worden sei. Er behauptet, nur den Vorschlag gemacht zu haben: „daß die militärische Neutralität der Rheinzone vom Völkerbunde unter Zustimmung Deutschlands garantiert werde." Bei den Kölner Akten befinden sich jedoch die ganz ausführlichen Berichte, die der Deutsche Generalstabsoffizier im Brückenkopf Köln, Hauptmann Schwink, in den Tagen vom 15. bis 27. Mai der Regierung über diese Vorgänge erstattet hat. (K. A. II, 240 ff.) Und unter diesen Berichten ist der Wortlaut der „Vorbedingungen zur Errichtung einer Rheinischen Republik", die gemäß der vorgesetzten Notiz von den deutschen Teilnehmern dem General Mangin am 17. 5. 19 übergeben worden seien. Froberger hat später behauptet, diese Niederschrift von Hauptmann Schwink der ihm von Froberger mündlich gemachten Mitteilungen enthalte Unrichtigkeiten. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß in diesem Protokoll von Hauptmann Schwink sich soviel Einzelangaben über die „Vorbedingungen" befinden, daß unmöglich angenommen werden kann, der Herr habe sich verhört; zumal auch der Inhalt vollkommen übereinstimmt mit dem oben angeführten Bericht von Dr. Klingelschmitt, der doch der Besprechung mit General Mangin beigewohnt hat.

*

Unter dem Protektorat des Völkerbundes

In der Niederschrift von Schwink heißt es:

3. In Fragen der auswärtigen Politik, namentlich in Angelegenheiten von Krieg und Frieden muß diese neue Republik besondere Rechte erhalten, Gesandtschaften einrichten können und befugt sein, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen selbständig zu vertreten, weil durch die Friedensbestimmungen das Territorium dieser Republik Ausnahmebestimmungen unterworfen ist und im Kriegsfalle zu einem Schauplatze des Krieges mit all seinen Folgen werden müßte.

7. Der Völkerbund verbürgt die Erhaltung der Reservatrechte der Rheinischen Friedensrepublik in auswärtigen Fragen; damit besteht kein Hindernis mehr für den Eintritt Deutschlands in den Friedensbund.

Damit wäre — falls der Bericht von Hauptmann Schwink richtig ist — von der Zentrumsabordnung dem französischen General Mangin in Mainz eine Rheinische Republik angeboten worden, die, unter der Bezeichnung eines deutschen Bundesstaates, tatsächlich ein selbständiges, autonomes Gebilde unter dem Protektorat des Völkerbundes geworden wäre.

Der Bericht von Hauptmann Schwink stimmt. Stimmt Wort für Wort. Sogar einschließlich der Ueberschrift. Pater Froberger hat wahrheitswidrig die Richtigkeit bestritten. Wir sind heute in der Lage, den Originalentwurf dieser „Vorbedingungen zur Errichtung einer rheinischen Republik" von der Hand Frobergers und mit

den eigenen Strichen und Abänderungen Dortens vorzulegen. (Die erste Seite davon zeigt Abb. 14.)

Abb. 14. Originalentwurf der „Vorbedingungen zur Errichtung einer rheinischen Republik“ (erste Seite)

Die Reinschrift davon, von Dorten persönlich angefertigt, wurde General Mangin am 17. Mai 1919 in Mainz übergeben.

So wie es Hauptmann Schwink in seinem Bericht vom 27. 5. 19 der Regierung gemeldet hat.

*

Das Zentrum auf der Flucht

Als die Presse die Mitteilungen von diesen Unterhandlungen Dortens und der Vertreter der Ausschüsse von Köln, Aachen und Wiesbaden, dar=

unter den zwei Zentrumsabgeordneten Kastert und Kuckhoff, mit dem französischen Oberkommando in Mainz bringt, geht ein Sturm der Entrüstung durch Deutschland. Das Zentrum rückt von den Teilnehmern an der Mainzer Besprechung ab. Kastert und Kuckhoff werden ausgebootet. Am 30. Mai veröffentlicht der Erweiterte Hauptausschuß der Kölner Zentrumspartei eine Entschließung gegen die beiden: „Die Kölner Parteileitung habe erst aus der Presse von den Vorgängen erfahren." Es war etwas merkwürdig; denn die Leitung in Köln hatte — Herr Kastert!

In der Sitzung vom 28. Mai erklärt der Abgeordnete Herold im Landtag: „Ich möchte feststellen, daß die Zentrumsfraktion für das, was die „Kölnische Volkszeitung" schreibt, nicht verantwortlich ist", worauf am 30. Mai die angegriffene Zeitung etwas spöttisch erwidert: Wenn ihre Politik vielleicht auch nicht mit der Politik der Zentrumsfraktion in Uebereinstimmung gewesen sei, so befände sie sich doch „in Einklang mit der Zentrumspolitik."

Die Fraktion der Nationalversammlung wird noch energischer. Am 3. Juni, nachdem inzwischen Dorten den Staatsstreich in Wiesbaden durchgeführt hat, faßt sie eine einstimmig angenommene Entschließung:

Gegen das sittenlose Treiben einiger Persönlichkeiten, welche mit Unterstützung der feindlichen Besatzungsbehörden auf Loslösung von Gebietteilen des Deutschen Reiches hinarbeiten. Diese Machenschaften sind verwerflich und eine nationale Gefahr. Er gibt zur Zeit kein größeres Verbrechen am deutschen Volke, als durch Unterstützung und durch Mitwirkung des Feindes die Trennung von Landesteilen vom Ganzen zu bewirken. Die Zentrumspartei weist alle diese Bestrebungen mit größter Entschiedenheit zurück. Sie hat keine Gemeinschaft mit Persönlichkeiten, die sich an diesem Treiben beteiligen.

Aehnliche Erklärungen erlassen Trimborn für den Rheinischen Provinzialausschuß der Partei und ebenso das Aachener Zentrum. Desgleichen für seine Person Herr Adenauer.

Aber vielleicht war damit der Bogen doch etwas überspannt worden.

In der „Kölnischen Volkszeitung" beschwert sich Kuckhoff bitter:

In der Sache hat man in einzelnen Kreisen der Zentrumsfraktion dennoch allzu schnell umgelernt. Vor den Wahlen sah es in den Köpfen mancher Herren, die jetzt so energisch von Kastert und Kuckhoff abrücken, nach ihren Reden zu urteilen, ganz anders aus. Auffallend ist die Gesinnungsänderung auch in anderen Kreisen: Herr Dr. Heß, der sich jetzt ganz und gar von dem Gedanken einer Rheinischen Republik losgesagt hat, hat am 23. Februar in der „K. V." geschrieben, daß die Errichtung eines Westdeutschen Freistaates durchaus eine Frage außenpolitischer Natur sei, da nur auf diese Weise die Annektion des linken Rheinufers durch die Franzosen verhindert werden könne:

„Was uns am Rhein augenblicklich in nationalem Interesse nottut, das hat das Zentrum sozusagen in den Fingerspitzen."

Hat die Zentrumsfraktion befürchtet, Kuckhoff würde noch mehr ausplaudern? Schon am 16. Juni erfolgt durch Abgeordneten Bergmann eine Ehrenerklärung:

„Daß die Zentrumsfraktion keineswegs gegen die sachliche Ansicht vieler Parteifreunde im Rheinland, die einen Rheinischen Freistaat als erstrebenswertes politisches Ziel betrachten, Stellung genommen hat oder gar eine solche Anschauung als einen Makel betrachtet. Der Fraktionsbeschluß in Sachen Kastert und Kuckhoff richtet sich einzig und allein gegen deren formales Vorgehen."

Das Zentrum hat später versucht, auch Dorten von den Rockschößen abzuschütteln. Es ist richtig, daß Dorten kein Mitglied der Partei gewesen ist. Aber er betrieb reine und unverfälschte Zentrumspolitik.

Dr. Klingelschmitt hat in seinem Bericht etwas sonderbare Andeutungen gemacht über das von den Aachener Abgesandten zur Besprechung bei Dorten am 16. Mai mitgebrachte Programm, „das fast auf einen Pufferstaat hinauslief."

Nach späteren Angaben von Graf Bothmer (der 1920 die Verbindung von Dorten mit Dr. Heim und der Bayerischen Volkspartei zustande gebracht hatte,[5]) in seinen von ihm 1926 in der „Wirklichkeit" veröffentlichten Erinnerungen soll die Festlegung dieses Aachener Programms am 5. Mai 1919 durch den dortigen Ausschuß erfolgt sein.

Die Mitteilung stimmt. Sie ist aber zu ergänzen: Tatsächlich gehören diese Beratungen und Beschlüsse von Aachen aus den Maitagen 1919 zu den wichtigsten Vorgängen der rheinischen Abfallbewegung des Jahres. Wir sind in der Lage, hierüber auf Grund von Originalurkunden zum ersten Mal einen eingehenden Bericht vorzulegen.

Zunächst erzählt Moenikes in seiner Denkschrift:

> Im weiteren Verfolg unserer gemeinsamen Arbeiten mit den verschiedenen Kölner Interessenten und dem französischen Generalstab konnten wir Oberpfarrer Kastert und Studienrat Kuckhoff Ende April 1919 — etwa am 30. April oder 1. Mai 1919 — in Aachen empfangen und mit ihnen die Punktationen besprechen, die wir dem französischen Generalstab bis zum 5. Mai 1919 unterbreiten wollten. Es waren dies die bekannten Abmachungen, die eine Besserung der Friedensbedingungen bezweckten für den Fall, daß das Rheinland selbständiger Gliedstaat im Deutschen Reiche werde.
> In diesen Punktationen war auch erstmalig die Rede von der Errichtung eines Aachener Bistums. Das Exposé hierüber wurde gleichzeitig bis zum 5. 5. 1919 dem Vertreter des französischen Generalstabs zur Weitergabe übergeben. Größtenteils entsprachen diese Punktationen der Initiative des Oberpfarrers Kastert.

Der Originalentwurf dieser Aachener „Punktationen" liegt uns vor. Nur im Einführungssatz wird die Einheit des Deutschen Reiches kurz erwähnt; ebenso die Gründung einer Westdeutschen Republik. Beides aber nur als schöner Zukunftstraum:

> Der Ausschuß hält nach wie vor am Gedanken der Westdeutschen Republik in der Einheit des Deutschen Reiches fest, wobei gedacht ist, diese Republik außer auf Rheinland und Westfalen, die Pfalz, das Saargebiet auch auf Hannover, Oldenburg und Hessen-Nassau auszudehnen.

Das wirkliche Ziel wird demgegenüber — und das ist der besondere Wert dieser Urkunde — zum ersten Mal offen angegeben:

Die Errichtung eines selbständigen linksrheinischen Pufferstaates wird verlangt „unter der Annahme, daß die politische, militärische, Zoll- und Wirtschaftsgrenze an den Rhein gelegt wird"!

---

[5]) Siehe Ilges: „Die geplante Aufteilung Deutschlands".

Die Offenheit in der Zielsetzung ist verständlich, da diese „Punktationen" ja nicht für die Oeffentlichkeit, sondern nur für die Franzosen bestimmt waren.

Daß die Franzosen aber für ein so opferbereites und dazu freiwilliges Angebot ihrer rheinischen Hilfstruppen Verständnis zeigten, ist erkärlich: Schon zwei Tage nach der entscheidenden Sitzung kommt der französische Höchstkommandierende persönlich zur Rücksprache mit dem Zentrumsausschuß nach Aachen. Moenikes erzählt:

> Am 7. 5. 1919 wurde alsdann eine Delegation des Aachener Ausschusses, bestehend aus den Herren Zander, Dahlen und mir, im Quellenhof in Aachen von General Mangin empfangen, der eigens zu diesem Zwecke hierher gekommen war, um sich zu überzeugen, ob die Bewegung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik auch hier festen Fuß gefaßt habe. An der Hand einwandfreien Materials wurde ihm nachgewiesen, daß sich die hiesige Bevölkerung nach der Schaffung eines selbständigen Rheinlandes sehne, wobei wir aber ausdrücklich betonten, daß die Bevölkerung deutsch bleiben und nur im Verbande des Deutschen Reiches selbständig werden wollte. Der General achtete diese Bestrebungen und erklärte, daß sie den Mainz-Wiesbadener Bestrebungen gleichkämen. Diese Aussprache zeigte uns jetzt aber, daß es die höchste Zeit sei zu energischen Entschlüssen.

Die Behauptung von Moenikes, man wolle „nur im Verbande des Deutschen Reiches selbständig werden", ist, wie der Inhalt der von ihm und seinen beiden Zentrumskollegen dem General Mangin am 7. 5. 19 überreichten Verfassungsentwurfs der zu gründenden Rheinischen Republik zeigt, eine Lüge. Im übrigen aber ist seine Darstellung richtig. Tatsächlich sind es denn auch die Aachener gewesen, die die Mainzer Aussprache mit dem französischen Oberkommandierenden am 17. Mai herbeigeführt haben:

> Zunächst brachten wir Oberpfarrer Kastert, Studienrat Kuckhoff und Froberger mit General Mangin in Verbindung. . . . Von dem Aachener Ausschuß nahmen Herr Dahlen (und) gleichzeitig der Verbindungsoffizier der politischen Abteilung des französischen Generalstabes in Aachen teil.
> Diese Verhandlung fand unter Zugrundelegung der am 5. Mai 1919 überreichten Punktationen statt.

Die Feststellung ist wichtig. Zeigt sie doch, woher Pater Froberger für seinen eigenen Entwurf, der am 17. 5. 19 General Mangin übergeben wurde, die Anregungen für die Ausstattung des rheinischen „Bundesstaates" mit den Reservatrechten eines Pufferstaates erhalten hat.

Die Aachener Punktationen gingen darin nämlich noch weiter.

Wir lassen das Dokument nunmehr im Wortlaut folgen, zumal es reizvoll zu sehen ist, wie in diesem Verfassungsentwurf auch schon die Verteilung der Aemter unter die bewährtesten Kämpen der Bewegung und außerdem neben der staatsrechtlichen auch eine kirchliche Neuordnung in dem zu errichtenden Staatsgebilde vorgesehen war.

Der Text der Urkunde lautet:

> Unter der Annahme, daß die politische, militärische Zoll- und Wirtschaftsgrenze an den Rhein gelegt wird, möchte der Arbeitsausschuß nachstehende Gesichtspunkte vertreten:
>
> 1. Der linksrheinische Staat, rheinische Republik oder rheinischer Volksstaat umfaßt auch die Pfalz und das Saargebiet sowie Rheinhessen mit Mainz.

2. Er wird regiert durch ein Parlament, auf welches die Januarwahlen 1919 zur Preußischen Nationalversammlung mit 100 Abgeordneten übertragen werden. (Hierbei wird sich schätzungsweise eine positive Mehrheit von etwa 65 Abgeordneten ergeben!)

3. Das Parlament wird einberufen durch den vorläufigen Präsidenten und entscheidet darüber, ob er in seinem Amte bestätigt wird.

   Das Parlament wählt einen Zehnerausschuß (Ministerium) aus Parlamentariern oder anderen Personen zusammengesetzt, der dem Präsidenten als Beirat zur Seite steht. Den Herren soll auch die Leitung der verschiedenen Verwaltungszweige übertragen werden. Ferner sollen in die Ministerien besonders befähigte Verwaltungsbeamte berufen werden:

   Kuckhoff, Abgeordneter, Cöln/ Aachen,
   Kastert, Abgeordneter, Cöln,
   Louis Hagen, Präsident der Handelskammer, Cöln,
   Talbot, Präsident der Handelskammer, Aachen,
   Dr. Brauns, M.-Gladbach,
   Dr. Hoeber,
   Oberstaatsanwalt Rust,
   Postrat Bachus, Aachen,
   Justizrat Dr. Clemens Schreiber,
   Dr. Krusmann (jetzt Münster-Westfalen),
   Chefredakteur Salm, Aachen,
   Freiherr von Loe, Präsident des Rheinischen Bauernvereins,
   Johannes Bergmann, Arbeitersekretär,
   Schifferings, Trier,
   Oekonomierat Bollig, Cöln,
   Oberpostsekretär Dahlen, Aachen,
   Dr. Froberger, Redakteur der Köln. Volkszeitung, Cöln,
   Regierungssekretär Moenikes, Aachen,
   Ober-Postassistent Bremer, Aachen,
   Hochschulprofessor Dr. Benedikt Schmittmann, Abg. für Preußen,
   Graf Berghe von Trips auf Burg Hemmersbach bei Horem,
   Landrat Eberhard, Mülheim (Rhein).

4. Zum Präsidenten ist in Aussicht zu nehmen:
   Exzellenz Wallraff, Oberbürgermeister a. D. von Cöln.

5. Finanzen:
   Als Staatsbank wird der Schaaffhausen'sche Bankverein in Aussicht genommen.
   Finanzfachleute:
   Consul von Stein, Cöln,
   Dr. Albert Ahn,
   Louis Hagen,
   Josef Rosemeyer, Cöln-Lindenthal (im Entwurf gestrichen!).
   Die Staatsbank wird gestützt durch das Staats- und Kommunaleigentum.

(Wir sehen, wie von vorneherein auch bei diesem ersten Aachener Verfassungsentwurf schon der Gruppe Kölner Bankherren der zugesicherte gebührende Einfluß in der zukünftigen Regierung des neuen Staates eingeräumt wird. Die Kontrolle der gesamten Staatsfinanzen wird ihnen übertragen!)

6. Kirchenpolitik.
   Die Erzdiözese Köln wird geteilt.
   Aachen wird Bischofssitz.
   Als Sprengel wird in Aussicht genommen Regierungsbezirk Aachen und die Kreise M.-Gladbach, Viersen, Dülken und andere.
   Referent: Das Generalvikariat Cöln durch Vermittlung des Oberpfarrers Kastert.
   Das Bistum Trier bleibt bestehen.

— — — — —

8. Verschiedenes:
   a) Die Filiale des Aachener Ausschusses für Köln übernehmen die Herren Dr. Hoeber und Dr. Froberger, beide Redakteure der Kölnischen Volkszeitung und der Verleger Franz Xaver Bachem.
   b) Oberpfarrer Kastert ist Leiter der Ausschüsse in Aachen, Cöln, Trier, Coblenz, Bonn, Neuß, M.-Gladbach, Crefeld und Cleve. Er erläßt zusammen mit diesen Ausschüssen den Aufruf zur Proklamierung der Rheinischen Republik und zur Berufung des vorläufigen Präsidenten. Der vorläufige Präsident beruft dann das unter 2.) erwähnte Parlament, welches die Leitung der Staatsgeschäfte übernimmt.

So beschlossen in den Sitzungen vom 1. Mai 1919 und vom 5. Mai 1919 im Berliner Hof zu Aachen.

*

In dem Aachener Originalentwurf fand sich noch ein 7. Abschnitt:

7. Französische Kontrolle (Zivilkontrolle), die sich darauf erstreckt, daß im neuen deutschen Gliedstaate nichts geschieht, was den berechtigten Interessen der Entente zuwiderläuft.
   Vorgeschlagen wird ein Résident am Sitze des Präsidenten mit seinem Stabe und in den Hauptstädten der Regierungsbezirke je ein Kommissar, dem auch deutsche Beamte zuzuweisen wären.

Dieser Artikel ist jedoch in der vorliegenden Niederschrift gestrichen. Hatten sich die deutschen Männer, die ihre Pläne Frankreich zur Durchführung übergeben wollten, doch noch im letzten Augenblick geschämt, selber den Vorschlag zu machen, den neuen vom Deutschen Reich abzutrennenden Rheinstaat gleich einer afrikanischen Kolonie einem französischen Residenten zu unterstellen?

Nein. Von sentimentalen Hemmungen fühlte man sich im Aachener Zentrum wirklich frei.

Die Streichung hat Dorten vorgenommen. Und von seiner Hand findet sich hier die Randbemerkung:

„Hängt nicht von uns ab!"

*

Außer diesen vier Seiten des Verfassungsentwurfs in Maschinenschrift liegt uns als Erinnerung an die Aachener Besprechungen vom 1. und 5. Mai 1919 noch ein anderes Dokument vor: einige Notizzettel von der Hand Dahlens; drei Blätter mit flüchtig hingeworfenen Bemerkungen. Sie enthalten weitere Ausführungsbestimmungen zum Gründungsplan der Rheinischen Republik. Dabei als erste Forderung:

„Es darf im Rheinland keine Vereidigung der Beamten auf die neue Verfassung stattfinden; haute commission muß Einspruch erheben."

Die vom Feind eingesetzte Friedenskommission soll also angerufen werden, um die Vereidigung der rheinischen Beamtenschaft auf die Verfassung des Deutschen Reiches zu verhindern!

Es folgen staatsrechtliche Vorschläge:

„Zur Hauptstadt wird Koblenz, die bisherige Hauptstadt der Rheinprovinz bestimmt."

Dann Vorschläge für die Volksabstimmung und die — unabhängig davon — vorzunehmenden Wahlen für das Parlament der neuen Rheinischen Republik: stimmberechtigt sind nur geborene und ansässige Rheinländer; von anderen Bewohnern nur diejenigen, die 20 Jahre im Rheinland ansässig waren!

Einteilung des Landes in: „Wahlbezirke nach Stadt- und Landkreisen". Jeder Kreis bekommt für je 75 000 Stimmen einen Abgeordnetensitz usw.

Diese Notizzettel Dahlens bilden für uns eine wertvolle Ergänzung zu dem in Aachen beschlossenen und am 7. Mai dem General Mangin überreichten Verfassungsentwurf. Beweist doch auch diese Niederschrift, daß bei den Aachener Beratungen der Zentrumsführer von einem *Verbleib* der geplanten Rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches *überhaupt nicht mehr die Rede* war. Auch nach *Dahlen* hatte das Gebilde eine andere, *wichtigere* Aufgabe zu erfüllen:

„Der neue deutsche Staat soll das Bindeglied zwischen Osten und Westen sein." Also ein *Puffer* zwischen *Deutschland* und *Frankreich*.

Und die Herrschaften waren stolz auf ihr patriotisches Werk. Auch *Dahlen*. Unmittelbar hinter dem Satz über diese künftige Aufgabe des neuen Staates, hat er in den Text, zwischen die Zeilen eingeschaltet, für sich und seine Mitarbeiter den Satz niedergeschrieben:

„*Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben!*"

Es hätte sonst vielleicht doch jemand daran zweifeln können.

*

Herr General, ich habe die Ehre

Der Versuch Dortens, am 24. Mai in Koblenz die Rheinische Republik auszurufen, war an dem Einspruch der Amerikaner gescheitert. Aber Dorten ließ sich nicht abschrecken. Er hatte jetzt einen genialen Einfall. Die Proklamierung des Rheinstaates mußte in feierlicher, einprägsamer Weise erfolgen. Dorten wählte den passenden Rahmen dazu. Den *Kaisersaal zu Aachen*. Was wäre wohl reicher an stolzen Erinnerungen des alten tausendjährigen Römischen Reiches Deutscher Nation gewesen?

Auf den Himmelfahrtstag, den 29. Mai, wurde die Inthronisation des Präsidenten der neuen Republik gelegt. Dorten in Begleitung seines schon ernannten Staatsministeriums fährt nach Aachen. Aus der Krönung aber wird nichts. Diesmal tun die Belgier nicht mit.

Die Ereignisse überstürzen sich jetzt. Auch der neue Mißerfolg hatte Dorten auf seinem Wege nicht aufhalten können. Auch nicht die am 28. Mai von der Reichsregierung erlassene und auch von den Zentrumsministern Dr. Bell, Giesberts und Erzberger unterzeichnete Warnung: Auch der Abfall von *Preußen* ist Hochverrat, wird mit Zuchthaus bestraft! Auch nicht der Generalstreik, den am gleichen Tage die Kölner Bevölkerung auf das Gerücht hin veranstaltet, die Rheinische Republik sei in Koblenz ausgerufen worden.

Das Gerücht bewahrheitet sich nicht. Aber Dorten ist in Mainz eingetroffen. An diesem 31. Mai, abends 6 Uhr, sitzt er im Napoleonzimmer des Schlosses General Mangin gegenüber. Mangin hat ein Schriftstück, das Dorten ihm gegeben hatte, durchgelesen: Es ist die Proklamation an die Bevölkerung. Der General nickt zustimmend. Da steht Dorten auf, ergriffen von der Größe des weltgeschichtlichen Augenblickes: „Herr General, ich habe die Ehre, Ihnen die Gründung der Rheinischen Republik offiziell mitzuteilen."

Am nächsten Morgen kleben in Wiesbaden, noch naß, die Aufrufe des neuen Freistaates an den Mauern. Auf dem Landeshaus geht die grün-weißrote Fahne hoch. Dorten ist Präsident.

Und während am Portal das französische Generalstabsauto vorfährt, mit dem der neue Landesherr die Rundreise über Mainz nach der Pfalz antreten soll, um sich seinem Volke zu zeigen, erscheinen, unterzeichnet von seinen Ministern, die ersten Erlasse der Westdeutschen Friedensrepublik in ihrem Staatsanzeiger. Nämlich in dem Parteiblatt des Zentrums, der „Rheinischen Volkszeitung".

Und die übrige Zentrumspresse? Die „Trierische Landeszeitung" druckt die Aufrufe ab, bringt Stimmungsbilder aus Wiesbaden. Die „Kölnische Volkszeitung" aber ist so erstaunt, daß ihr fast der Atem fortbleibt. „Ein Putsch?" fragt sie am 2. Juni verblüfft. Sie hat keine Ahnung von der ganzen Geschichte, was um so merkwürdiger ist, als sie sich vorher über die Putschabsichten in Aachen sehr gut unterrichtet gezeigt hatte.

Am 1. Juni hatte Dorten in Wiesbaden die Rheinische Republik proklamiert. Schon drei Tage drauf war sie pleite.

*

Die weltgeschichtlichen Hintergründe im Mai 1919

Die Bedeutung der Vorgänge am Rhein im Mai 1919 ergibt sich, wenn man sie im Zusammenhang betrachtet. Der neue Vorstoß des Zentrums in der Abfallbewegung war eine planmäßige Ausnutzung der verzweifelten außenpolitischen Lage Deutschlands.

Erinnern wir uns einiger Daten:

Am 7. Mai Uebergabe der Friedensbedingungen an Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles.

Am gleichen Tage nimmt General Mangin in Aachen die Punktationen über die Gründung eines rheinischen Pufferstaates aus den Händen der Zentrumsdelegierten Dahlen und Moenikes entgegen.

Am 12. Mai außerordentliche Sitzung der National-Versammlung über den Schandvertrag.

Am folgenden Tage werden die Zentrumsabgeordneten Kastert und Kuckhoff nach Köln gerufen. Im Sitzungssaal der „K. V." findet am 14. Mai die Besprechung statt. Im engen Zentrumskreise, aber in Gegenwart des französischen Generalstabsoffiziers Rostand. Mit ihm fährt man am 16. Mai zu Dorten nach Wiesbaden, am 17. Mai zu General Mangin nach Mainz.

Ebenfalls am 17. Mai legt (nach dem Bericht des französischen Unterstaatssekretärs Jeanneney an Clemenceau) Dorten einen ersten Entwurf über die Errichtung einer Rheinischen Republik General Mangin vor, den dieser als unannehmbar bezeichnet.

Am gleichen 17. Mai sitzt Dr. Heim, der Führer der Bayerischen Volkspartei, in Wiesbaden auf der Kurterrasse in Gesellschaft französischer Offiziere beim Essen. Nach Behauptung von R. St. Baker, dem Privatsekretär Wilsons, war Heim in Wiesbaden auch „mit den rheinischen Verschwörern zusammen, um eine Unterredung mit verschiedenen französischen

Vertretern wegen einer neuen separatistischen Bewegung dortselbst herbeizuführen." (Dorten hat später bestritten, damals schon mit Heim Verbindung gehabt zu haben.)

Am 19. Mai erklärt General Mangin sein Einverständnis zu einem neuen Entwurf Dortens für die Errichtung einer Rheinischen Republik.

Gleichfalls am 19. Mai wird in der Pfalz der Versuch gemacht, die Republik auszurufen.

Am gleichen Tage erscheinen zwei Herren des Aachener Ausschusses bei Rechtsanwalt Loenartz in Koblenz, um ihm über das Ergebnis der Besprechung mit General Mangin vom 17. Mai zu berichten. Warum wird Loenartz in Kenntnis gesetzt? Er ist der Vorsitzende der Koblenzer Zentrumspartei. Als solcher erklärt er den Herren, eine Mitwirkung des Zentrums käme nur in Frage, wenn die Reichsregierung einverstanden sei. (Wenigstens hat Loenartz dies am 28. Mai in der „K. V." behauptet.)

Am gleichen 19. Mai trifft Dr. Heim in Luxemburg ein, um Marschall Foch die Aufteilung Deutschlands vorzuschlagen. R. St. Baker berichtet: „Heim sprach zuversichtlich von der Loslösung sämtlicher anderen bedeutenden deutschen Staaten von Preußen und über die Bildung einer neuen Konföderation mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs unter einem Protektorat der Entente."

Am 21. Mai trifft auch Prälat Kaas bei Rechtsanwalt Loenartz in Koblenz zu einer Besprechung ein.

Am 22. Mai heftiger Zusammenprall zwischen Wilson und Lloyd George mit Clemenceau im Rate der Vier wegen des von General Mangin unterstützten Planes, die Rheinische Republik in Koblenz auszurufen.

Für den 24. Mai war diese Proklamierung in Koblenz von Dorten geplant. General Mangin hatte dazu zwei Tage vorher Quartiermacher vorausgeschickt und seinen Kollegen, den amerikanischen Oberkommandierenden in Kobenz, um Unterstützung gebeten.

Am 27. Mai überreicht Deutschland der Friedenskonferenz eine Denkschrift mit Gegenvorschlägen zum Friedensvertrag.

Am gleichen Tage sitzen die Zentrumsabgeordneten Prälat Kaas und Herr Allekotte bei Dorten in Wiesbaden im Wintergarten seiner Villa; versprechen, zur Proklamierung der Rheinischen Republik am Himmelfahrtstag nach Aachen zu kommen, und Kaas schreibt Dorten auf einem Notizzettel die Namen weiterer 9 Herren auf, die gleichfalls nach Aachen einzuladen seien.

Am 27. Mai Generalstreik in Köln als Einspruch gegen die Ausrufung einer Rheinischen Republik. Am gleichen Tage gibt der Zentrumsabgeordnete Herold im Preußischen Landtag seine Erklärung ab: „Das Zentrum weist alle Absplitterungsversuche zurück." Also auch die von Preußen! Am gleichen Tage erläßt die Reichsregierung ihre Warnung, unterzeichnet auch von den Zentrumsministern.

Am gleichen Tage Verhandlungen Dortens im Quellenhof zu Aachen mit dem Aachener Ausschuß und den Belgiern. Die für den 29. Mai geplante Proklamierung der Rheinischen Republik in Aachen wird durch die Belgier vereitelt.

Am 30. Mai löst Adenauer in Köln den am 1. Februar gegründeten Zwischenparteilichen Ausschuß auf. In seiner Ansprache tadelt

er das Verhalten der Abgeordneten Kastert und Kuckhoff und erklärt, Verhandlungen zu führen, sei Sache der Reichsregierung.

Der Zeitpunkt war allerdings geschickt gewählt: Genau fünf Tage nachdem Deutschland seine Verhandlungen zur Milderung der Friedensbedingungen mit dem Feinde aufgenommen hatte.

Am 1. Juni Ausrufung der Rheinischen Republik in Wiesbaden. Mainz und Speyer, um, wie Moenikes in seiner Denkschrift erklärt: „noch im letzten Augenblick die Tat zu setzen, die dem Deutschen Reiche eine Verhandlungsmöglichkeit und uns eine Selbständigkeit geben sollte."

*

Das Ganze Halt?

Die Zentrumspartei hat Dorten nach dem mißglückten Staatsstreich vom 1. Juni fallen lassen. Einige der offiziellen Erklärungen haben wir schon angeführt. Am 13. Juni, nachdem die Pleite in Wiesbaden offensichtlich geworden war, veröffentlicht auch Prälat Kaas in der „Trier. Landeszeitung" seinen Aufsatz „Rheinisch-Deutsch". Er gibt darin die neue Parole aus: „Das Ganze Halt!". Am 28. Juni folgt eine scharfe Erklärung von Partei wegen. Wehmütig stellt Kuckhoff in seiner Denkschrift fest:

> Vom 1. Februar 1919, wo Abgeordneter Trimborn mit aller Wärme für die sofortige Volksabstimmung plädierte, bis zur Resolution des Beirates der rheinischen Zentrumspartei vom 28. Juni 1919 ist zeitlich ein kurzer, sachlich aber ein sehr weiter Weg.
>
> An diesem Tage nämlich wurden die rheinischen Parteifreunde aufgefordert, jede Werbung für die rheinische Republik vorab zu unterlassen.

A. Köhler in seiner Rechtfertigungsschrift „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein", in der er die Schuldlosigkeit seiner Partei am rheinischen Separatismus zu beweisen bemüht ist, erklärt:

> Der Parole von Kaas „Das Ganze Halt!" folgten die rheinischen Zentrumsangehörigen in völliger Geschlossenheit.
>
> Für die Haltung einzelner unverantwortlicher Parteianhänger und auch für einige Zeitungsartikel, die auf Aktivität drängten, kann die Partei nicht verantwortlich gemacht werden.

Wir müssen Köhler widersprechen. Es ist nicht wahr, daß die rheinischen Zentrumsangehörigen der neuen Parole gefolgt sind. Das Ganze Halt? Niemand nahm den Ruf des Herrn Prälaten vom 13. Juni tragisch. Nicht einmal Dorten. Seine Rheinische Korrespondenz bezeichnet Kaas noch am 24. Juni als „Anhänger einer Rheinischen Republik".

Und der offizielle Beschluß des Beirates der rheinischen Zentrumspartei, die Anhänger hätten jede Werbung für den Freistaat zu unterlassen? Wir können heute feststellen:

Die Warnung war überhaupt nicht ausgegeben worden, um befolgt zu werden.

Man wollte nur das Gesicht wahren.

Der Beschluß erfolgte am 28. Juni. Am gleichen Tage geht bei Oberbürgermeister Adenauer ein Schreiben der „Kölnischen Volkszeitung"

(K. A. III, 5/6) ein. Eine offizielle Gegenerklärung und als solche schon dadurch gekennzeichnet, daß sie gemeinsam von Dr. Hoeber für Schriftleitung und von Franz Xaver Bachem für den Verlag unterzeichnet war:

Redaktion und Verlag der „K. V." sind entschlossen, mit ihren politischen Gesinnungsgenossen die sogenannte Rheinlandfrage in der Presse, in Versammlungen usw. selbständig nach eigener Ueberzeugung weiter zu behandeln.

*

Grollen diesseits der Berge

Am gleichen Tage, am 28. Juni, findet auf Einladung des Weingutsbesitzers Wilhelm Haenlein, des Vorsitzenden der Nassauischen Zentrumspartei, eine Versammlung führender Persönlichkeiten in Hochheim a. M. statt. Auch Dorten ist anwesend. Bis zum Lokal war er von einem französischen Offizier begleitet worden. Er sprach dann über seine Pläne und auch über seine Beziehungen zur Entente.

Unter den Anwesenden aber befand sich neben den Vertretern des Nassauischen Zentrums auch **ein prominenter Parteiführer.** Einer der bekanntesten Parlamentarier. Der Führer der Zentrumsfraktion in der preußischen Nationalversammlung, **der rheinische Zentrumsabgeordnete Dr. Heß** (obgleich er nach Feststellung von Kuckhoff „sich jetzt ganz und gar von dem Gedanken einer Rheinischen Republik losgesagt" hatte). Doch an diesem Tage ist Heß zugänglich; läßt sich sogar mit Dorten, dem Herrn Präsidenten, in eine Privatunterhaltung über die rheinische Frage ein. Am 28. Juni 1919, 4 Wochen nach dem Dorten-Putsch!

Dorten erzählt, er sei von Haenlein überhaupt nur eingeladen worden, um Heß kennenzulernen. Sie tranken mehrere Flaschen Wein zusammen:

Heß sagte: „Die Sache krankt daran, daß Sie sie zu persönlich aufziehen. Wenn wir die Sache in ruhigere Bahnen lenken werden, wird eine Volksabstimmung kommen. Ihnen hängt man das Mäntelchen des Verrats um. Es ist besser, wenn das Zentrum die Sache macht. Ich glaube sogar, daß wir die Unterstützung von Bell haben." Dorten erwiderte: mit Bell, der den Versailler Vertrag zur Stunde unterzeichnet habe, wolle er nichts zu tun haben.

In der Hochheimer Versammlung wird eine Entschließung zu Gunsten der Rheinischen Republik angenommen. (In gleicher Weise, wie dies schon drei Tage vorher in einer Zentrumsversammlung in Niederlahnstein geschehen war.) Eine weitere Entschließung, diesmal offiziell vom Vorstand der Nassauischen Zentrumspartei, folgt. Sie ist datiert vom 2. Juli (wieder aus Niederlahnstein) und wird Dorten durch Haenlein am 8. Juli „zur geeigneten Verwendung" überreicht:

Der Vorstand der Nassauischen Zentrumspartei steht unverbrüchlich auf dem Boden der rheinischen Republik und hält eine Volksabstimmung für dringend geboten. Der Vorstand hält deshalb ein Zusammenarbeiten der Rheinischen und Nassauischen Zentrumspartei in der Frage der Rheinischen Republik für unerläßlich und bevollmächtigt seinen Vor-

sitzenden, Justizrat Dr. Dahlem in Niederlahnstein zu gemeinsamem Vorgehen.

Darunter befindet sich der Zusatz:

> Vorstehenden Beschluß überreiche ich Ihnen, Herr Dr. Dorten, zu geeigneter Verwendung. Durch: Wilhelm Haenlein in Hochheim (Main).

Aber nicht nur in Nassau stellt sich das Zentrum geschlossen hinter die Rheinische Republik. Am 5. Juli veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" ein Interview mit dem Vorsitzenden der Koblenzer Zentrumspartei, Rechtsanwalt Loenartz. Dieser erklärt:

> Mit Drohungen läßt sich eine derartige Bewegung nicht aus der Welt schaffen, sondern nur durch williges Eingehen auf die berechtigten Wünsche der Bevölkerung. Sonst könnte sich die unerwünschte Wirkung ergeben, daß die Rheinländer nach langjähriger Okkupation unter französischem Einfluß vor die Wahl gestellt, wieder Mußpreußen zu sein oder unter Anlehnung an den Westen neutral zu werden, sich für die zweite Möglichkeit entscheiden.

Es war keine Entgleisung eines untergeordneten örtlichen Parteiführers. Noch im gleichen Monat wiederholt ein Prominenter die Drohung von einer Tribüne aus, die ihr ein weithallendes Echo sichert; Dienstag, den 22. Juli, in der Deutschen National-Versammlung, bei Beratung des neuen Artikels 18 der Verfassung, der eine „legale" Möglichkeit der Abtrennung der Rheinlande von Preußen schaffen sollte, erklärt Prälat Kaas als offizieller Redner seiner Partei:

> Die Bewegung zur größeren Verselbständigung der Rheinlande ist nun einmal da. Mit einer schroffen Absage schafft man sie nicht aus der Welt. Ein herrisches Nein könnte drüben ein verhängnisvolles Echo finden. Es gibt heut nur eine Wahl: Entweder bieten Sie die Hand zu einer legalen Verwirklichung der rheinischen Wünsche, oder Sie schaffen, die unmittelbare Gefahr explosiver Entladungen des Volkswillens, die im gegenwärtigen Augenblick zu unübersehbaren Folgen führen könnten.

Und bezüglich der im Kompromiß zwischen den Parteien der Weimarer Koalition vorgesehenen zweijährigen „Sperrfrist" für Inkrafttreten der Bestimmungen dieses Artikels 18 fügte der Herr Prälat hinzu:

> Die zweijährige Sperrfrist bedeutet — darüber kann kein Zweifel bestehen — für die Anhänger der Selbständigkeitsbestrebungen ein Opfer, dessen Annahme in der beteiligten Bevölkerung nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen wird.

Der Herr Prälat hatte diesmal richtig prophezeit. Die von ihm für den Fall der Annahme der Sperrfrist befürchteten „Schwierigkeiten" bei der Bevölkerung des Rheinlandes stellten prompt sich ein. Sogar genau auf den Tag. Und zeigten tatsächlich strichweise den Charakter „explosiver Entladungen des Volkswillens."

Die dritte Lesung der Reichsverfassung hatte am 29., 30. und 31. Juli stattgefunden. Schon am 30. Juli war Art. 18 mit der zweijährigen Sperrfrist des Art. 167 in seiner jetzigen Form angenommen worden. Das Zentrum hatte geschlossen dafür gestimmt. Und doch kam dieser stürmische Protest aus dem Land? Denn mit der zweiten Julihälfte 1919 setzt am Rhein plötzlich und überall gleichzeitig eine neue Welle der Abfallbewegung ein. Diesmal aber sind es keine namenlosen Aktionsausschüsse, die hie und da in einem Sälchen Entschließungen fassen. Die Bewegung wird jetzt überall getragen von **Zentrumsorganisationen, die sich offen an die Spitze stellen.** Und auch die

Zentrumspresse macht mit. Ueberall unter der Parole: Gegen die Sperrfrist!

Keine maßgebende Parteistelle hat die protestierenden Organisationen draußen zurückgepfiffen. Wozu auch? Sie verrichteten bestellte Arbeit.

Es war die alte Zentrumspolitik, die hier getrieben wurde. Trotz parteiamtlicher Beschlüsse. Trotz parlamentarischer Kompromisse. Ein feines diplomatisches Spiel war es. Aber ein Spiel mit verteilten Rollen.

Prälat Kaas hatte persönlich das neue Stichwort ausgegeben.

Gewissensbedenken?

Der Zweck heiligt die Mittel. Daß diese Maxime stets zu den Grundsätzen des Zentrums gehört hat, wird der Historiker, der einst die Geschichte der Partei von ihrer Gründung bis zur erzwungenen Auflösung wahrheitsgemäß zu schreiben hat, beweisen können.

Nur daß beim Zentrum auch die Zwecke nicht immer heilig waren.

*

Siegreich wollen wir Preußen schlagen

Bei der neuen Werbearbeit steht, so wie Schriftleitung und Verlag es in der an Adenauer gerichteten Erklärung schon am 28. 6. 1919 angekündigt hatten, die „K. V." wieder in vorderster Reihe. Am 17. Juli schreibt sie:

> In dieser grundlegenden Forderung (durch Abstimmung, Bildung von Körperschaften und Spitzen, die auch von den besetzenden Mächten als berufene öffentliche Organe der rheinischen Bevölkerung anerkannt werden) stehen Köln und Wiesbaden in geschlossener einheitlicher Front gegenüber Berlin ....
>
> Unsere Stellungnahme gegenüber der von Dorten geleiteten Bewegung mag durch die Richtlinie gekennzeichnet sein: Getrennt marschieren aber vereint schlagen!

Vereint schlagen? Wer sollte geschlagen werden?

Das verhaßte Preußen. Und damit der damals allein noch im preußischen Staatsgedanken verkörperte Einigungswille der Nation.

In diesem Kampfe war dem Zentrum seit 60 Jahren jeder Bundesgenosse recht gewesen: Polen und Welfen und Sozialdemokraten. Und jetzt Frankreich. Gemeinsamer Haß hatte sie zusammengeführt.

Offen wird jetzt als nächstes Ziel die Beseitigung der Sperrfrist (für welche die Partei in der National-Versammlung stimmt!) gefordert und die sofortige Zulassung einer Volksabstimmung in den Ländern am Rhein. Am 21. Juli bei Besprechung einer separatistischen Werbeschrift „Rheinländer wachet auf!" schreibt die „K. V.":

> Wir wünschen der Schrift weiteste Verbreitung. Der immer stärker sich erhebende Ruf: Der rheinischen Freiheit eine Gasse! wird dann endlich die harthörigen Berliner Stellen zwingen, dem rheinischen Volke das Recht der Abstimmung, und zwar ohne jahrelange „Sperrfrist" einzuräumen.

Aber mit Worten begnügt man sich nicht. Schon am 4. August, nur fünf Tage nach Annahme des Gesetzes, findet in Köln eine große Einspruchsversammlung statt. Leiter ist der spätere Zentrums-Stadtverordnete **Dr. Karl Müller.**

Die „K. V." berichtet über die Kundgebung:

Aufs Entschiedenste erhob Dr. Müller Einspruch gegen die in der Verfassung vorgesehene Sperrfrist, die den Landen am Rhein gegen ihren Willen und ohne sie zu fragen, aufgezwungen sei. . . . Der Rheinländer lasse sich keinen Maulkorb anlegen. Jetzt beginne auch schon die Reichsverdrossenheit ihr Haupt zu erheben; dagegen gibt es als Heilmittel nur die Selbstbestimmung der Lande am Rhein. . . . In der nun folgenden Aussprache kamen Vertreter aus den verschiedensten Teilen der besetzten Gebiete zu Wort; so aus der Pfalz, Rheinhessen, dem Rheingau, Nassau, dem Nahegebiet, Birkenfeld, Trier, Eifel, Koblenz, Köln, Aachen, Neuß und den verschiedensten Teilen des Niederrheins. . . . Eine einstimmige Entschließung wird angenommen. . . . Schärfster Einspruch gegen die in der neuen Reichsverfassung festgesetzte Sperrfrist. . . . Sofortige Abstimmung der Bevölkerung am Rhein, wenigstens im besetzten Gebiete. . . . Die Masse der rheinischen Bevölkerung wird nicht rasten und ruhen, gegen diese Bestimmung Sturm zu laufen. Die Freunde der Rheinischen Republik werden gebeten, unverzüglich an allen Orten Organisationen zu schaffen, um den Gedanken des Rheinischen Freistaates der Tat wirksam entgegenzuführen.

Das freie Rheinland den freien Rheinländern!

Nur eins hatte die „K. V." anzugeben vergessen: daß man sich für die neue Kampagne wieder die bewährte Hilfe von Dorten gesichert hatte. Auch die Einspruchsversammlung vom 4. August in der Kölner Bürgergesellschaft hatte in Wirklichkeit er organisiert. Er war dazu persönlich von Wiesbaden herübergekommen und saß auf der Tribüne in Blickverbindung mit dem Leiter der Versammlung, Dr. Müller. Und die anzunehmende Entschließung hatte er vorsorglich von Wiesbaden mitgebracht!

Am gleichen 4. August 1919 faßt die Zentrumspartei Kreuznach einen ähnlichen Beschluß:

Die Vertrauensmänner der Zentrumspartei aus dem besetzten Gebiet des Wahlkreises Höchst-Homburg-Usingen fordern als Vertreter von über 20 000 Wählern aus wirtschaftlichen, kulturellen, aus innen- und außenpolitischen Gründen die Errichtung einer Rheinischen Republik im Rahmen des Deutschen Reiches. . . .

Sie erachten die beabsichtigte Einführung einer zweijährigen Sperrfrist als Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht des rheinischen Volkes und erwarten von der Zentrumspartei der National-Versammlung, daß sie der Sperrfrist unter keinen Umständen zustimmt.

Kurz vorher, am 31. 7. 1919 hatte in Rüdesheim a. Rh. eine stark besuchte Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei im Landtagswahlkreise Rheingau-St. Goarshausen-Meisenheim eine ähnliche Entschließung angenommen. Sie trat „einmütig für die Rheinische Republik und sofortige Volksabstimmung ein".

Am gleichen 31. Juli beschließen die Vorstände der Zentrumspartei Koblenz-Stadt und -Land ebenfalls einen Einspruch gegen die Sperrfrist, die „von der rheinischen Bevölkerung als unerträglich empfunden werde." Am nächsten Tage, 1. August, drahtet die Vertretung der Zentrumspartei des 21. Wahlbezirks Koblenz-Trier-Birkenfeld an Geheimrat Trimborn in Weimar und Generalsekretär Jörg in Köln desgleichen ihren Protest.

Weitere Kundgebungen von Zentrumsorganisationen veröffentlicht die „K. V." am 7. August. Am Vortage aber hatte der Augustinusverein für die katholische Presse in einer Entschließung

ihre Mitglieder ersucht, für Schaffung eines Westdeutschen Gliedstaates tätig zu sein. Sie hatte dabei auch die weitergehende Forderung gestellt einer Selbstverwaltung auf dem gesamten kulturellen Gebiet und einer „freien Besetzung der Beamtenstellen mit Männern, die das Vertrauen des Volkes genießen"!

Am 13. August wendet sich das Wiesbadener Zentrumsblatt, die „Rheinische Volkszeitung", in einem Aufruf „An das Volk am Rhein":

In der Stunde der Entscheidung rufen wir Euch auf für die rheinische Freiheit! . . .

Rheinländer! Wir wollen frei sein im freien Deutschland. Weil uns die neue Verfassung diese Freiheit versagt, erheben wir feierlich Einspruch und verlangen die sofortige Volksabstimmung. Die maßgebenden Stellen werden es nicht wagen, dieses Recht der Abstimmung uns zu verweigern, wenn dieser Schrei rheinischer Freiheit ihnen laut und immer lauter in die Ohren gellt!

Hinter die Rheinische Republik stellt sich denn auch in einer Entschließung vom 6. August die Wiesbadener Zentrumspartei.

*

Der Syndikus Dr. Karl Müller hat die Ehre

Eine Fülle weiterer Entschließungen von Parteiorganisationen liegt vor. Wichtiger aber ist die jetzt erneut nachweisbare **Zusammenarbeit des Zentrums mit Dorten.** Und durch ihn mit den **Franzosen.** Bei ihren Berichten über die Auswirkungen der Kölner Versammlung vom 4. August hatte die „K. V." nämlich doch noch etwas verschwiegen: Die in dieser Versammlung angenommene Entschließung war schon zwei Tage später von dem Vorsitzenden des neuen Ausschusses, dem späteren Zentrums-Stadtv. Dr. **Karl Müller,** säuberlich abgeschrieben und dann von ihm **persönlich dem französischen Oberkommandierenden, General Mangin in Mainz, mit der Bitte um Weiterleitung nach Paris überreicht worden.** In Gegenwart von Dorten, der die Audienz vermittelt hatte (und später die köstliche Empfangsszene des vor Ehrfurcht verdatterten Dr. Müller sehr anschaulich zu schildern wußte).

Die dem General übergebene Niederschrift aber hatte Oberpfarrer Kastert beglaubigt. Unter Beidruck des Siegels seiner Pfarrei St. Columba in Köln!

War die Ueberreichung an den französischen Befehlshaber nur ein Akt der Höflichkeit gewesen? Nein. In der Kölner Entschließung vom 4. August war in üblicher Weise die Aufhebung der Sperrfrist und die sofortige Abstimmung verlangt worden. Nur hatte die zweite Forderung den Zusatz erhalten: „wenigstens in den besetzten Gebieten". Verstehen wir jetzt, warum Dr. Müller sich mit dem Schriftstück, das doch eigentlich eine rein innerpolitische deutsche Angelegenheit betraf, an die Franzosen gewandt hat? Weil er von ihnen für diesen rheinischen Wunsch nicht nur Verständnis, sondern Erfüllung erhoffte. Vielleicht hätte schon ein Befehl des Generals, auf alle Fälle aber eine durch die französische Regierung erwirkte Verfügung der Rheinlandkommission genügt, um die sofortige Durchführung der Volksabstimmung „wenigstens in den besetzten Gebieten" herbeizuführen! Und dabei wäre es höhere Gewalt gewesen.

Die Parlamentsbeschlüsse mitsamt der ausgeklügelten Sperrfrist wären Papierfetzen und das Zentrum der in der National-Versammlung zu Weimar übernommenen Verpflichtungen frei und ledig geworden. Welch eine Wendung durch Fügung Gottes!

Frankreich ist der Aufforderung von Dr. Müller nicht nachgekommen. Ganz ungehört scheint aber das General Mangin überreichte Gesuch nicht geblieben zu sein:

Barrés, der nationalistische Führer der Action Française, fordert in der Kammer am 30. August 1919 das „Selbstbestimmungsrecht des rheinischen Volkes" und eine Autonomiepolitik, nicht gegen Deutschland, sondern gegen Preußen. Am folgenden Tage erwidert ihm Minister Thomas zustimmend: „Elsässer und Franzosen sind einig in dem Gedanken, daß eine lateinische und sogar germanische Propaganda gegen die preußische Hegemonie einsetzen muß." Und der französische Ministerpräsident verspricht hierauf im Senat: „die Bevölkerung des linken Rheinufers vom preußischen Despotismus zu befreien!"

Hatte diese Nachricht bei den Kölner Freiheitsfreunden neue Hoffnung erweckt? Tatsache ist, daß Dr. Karl Müller kurz darauf einen neuen Schritt unternimmt, um ein Eingreifen des Auslandes in der rheinischen Frage herbeizuführen. Diesmal aber wendet er sich nicht an die französische Regierung, sondern an die höchste Instanz der Welt:

Am 19. September 1919 richtet er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kölner Ausschusses eine **Eingabe an den Völkerbund.**

Er bittet darin, die Volksabstimmung in den besetzten Gebieten sofort herbeizuführen.

Das war der Dr. Müller, der im November 1922 einen Tag lang Minister des Deutschen Reiches sein durfte.

*

Daß Dr. Heß am 28. Juli, also zur Zeit der Beratungen in der National-Versammlung über die Sperrfrist, persönlich nach Hochheim zu dem Zweck herübergekommen war, sich mit Dorten über die rheinische Frage zu besprechen, erscheint uns weniger auffallend, wenn wir sehen, wie sich jetzt auch überall in den Landen am Rhein die örtlichen Zentrumsorganisationen an Dorten anschließen. Offen oder geheim.

Seine am 10. März auf der Kölner Kasino-Konferenz erfolgte Ernennung zum Ersten Bevollmächtigten der Ausschüsse zur Errichtung einer Rheinischen Repubik war niemals widerrufen worden. Und nach dem 1. Juni, also nach Durchführung seines Staatsstreiches, stoßen die Zentrumsangehörigen nicht nur einzeln, sondern gemeindeweise wieder zu ihm. Dr. Karl Müller in seiner Denkschrift gesteht es offen zu:

> Welche Verwirrung in der Zentrumspartei angerichtet war, ist unbeschreiblich. Ganze Parteiorganisationen, vor Allem in Nassau, erklärten sich für Dr. Dorten; weite Kreise in der Rheinprovinz sympathisierten mit ihm, zumal er mehr Zivilkourage zeigte wie die Führer der Partei.

Tatsächlich enthalten denn auch die Dokumente, die Dorten auf der Stanford University in Californien hinterlegt hat, allein aus der Zeit nach

dem 1. Juni 1919 Zustimmungserklärungen der Zentrumspartei von Köln, Koblenz, Kreuznach, Trier und der Pfalz.

Und außerdem von nicht weniger als 49 einzelnen rheinischen Pfarreien.

*

Druckfehlerteufelchen

Die Verwirrung in der Zentrumspartei dauert an bis zum Kölner Parteitage September 1919. Die letzten Wellen der Erregung schlagen noch in die Verhandlungen hinein, die zeitweilig stürmisch verlaufen. Und so wenig hatte sich eine innere Wandlung sogar bei diesen erwählten Vertretern des Zentrums vollzogen, daß Dr. Karl Müller hier noch „unter tosendem Beifall den Rheinischen Bundesstaat mit dem Rheinischen Parlament" verlangen durfte. („Rh. Herold" 28. 5. 1920).

Sogar der Prälat Kaas hatte in dem von ihm für den Wahlkreis 21 zum Parteitag eingebrachten Antrag nur die Bestrebungen abgelehnt, die „auf eine Loslösung vom Reich hinzielen"; hatte im übrigen aber ausdrücklich die Feststellung verlangt, daß die Sperrfrist „keine Hemmung für die verfassungsmäßige Verwirklichung der rheinischen Selbständigkeitswünsche im Rahmen der vorliegenden Leitsätze" bedeute. Und in diesen Leitsätzen hatte er sogar die Erwartung ausgesprochen: „daß Regierung und Volksvertretung die in Art. 18 vorgesehene zweijährige Sperrfrist nicht aufrechterhalten, soweit nationale Notwendigkeiten und rheinische Lebensinteressen sofortige Beseitigung erfordern."

Der Antrag von Kaas wurde abgelehnt. Man einigte sich auf eine Kompromißentschließung.

Keinem einzigen aber von den Zentrumsangehörigen, die sich offen an den hochverräterischen Bestrebungen des Separatismus beteiligt haben, ist auch nur ein Tadel ausgesprochen worden. Auch keinem einzigen der Parteiblätter oder deren Schriftleiter. Weder September 1919 noch später. Von Amtsgerichtsrat Dr. Liebing, der sofort am 1. Juni 1919 als „Minister" in das Kabinett der Dorten'schen Rheinischen Republik eingetreten war, meldete freilich das „Mainzer Journal" Nr. 149 vom 29. 6. 1932:

> Die Behauptung, Dr. Liebing sei bis zu seinem Tode eingeschriebenes Mitglied der Zentrumspartei gewesen, ist unrichtig, denn Liebing wurde schon im Jahre 1919 aus der Partei ausgeschlossen.

Es ist eine Lüge. Wie die für ihn ausgestellte Quittung (Abb. 15) zeigt, ist Dr. Liebing bis zu seinem Tode eingeschriebenes Mitglied der Zentrumspartei gewesen.

Man vermied es allerdings, darüber zu sprechen. Am liebsten erwähnte man den Namen überhaupt nicht. Daraus ergaben sich allerdings zuweilen Verlegenheiten. So, als er in einem Kölner Prozeß als Zeuge auftreten mußte. Da seine Aussage wichtig war, konnte die „K. V." nicht umhin, ihn auch beim Namen zu nennen. Es war peinlich. Aber ein guter Genius kam ihr zu Hilfe. Diesmal in Gestalt des Druckfehlerteufels:

In der betreffenden Nummer der „K. V." las man von der Aussage des Zeugen Dr. Siebing. („K. V." Nr. 57. 21. 1. 28.)

Von der Aussage selbst ist dann freilich in dem Bericht der „K. V." die

wichtigste Stelle auch ausgelassen worden. Vermutlich durch ein Versehen. Dieser Dr. Siebing alias Dr. Liebing hatte nämlich unter Eid erklärt:

„Es ist nicht wahr, daß man nicht Zentrumsmann und Mitglied der Bewegung sein konnte."

Wofür er ja selber das lebende Beispiel war!

1927

Mainzer Zentrums-Partei.

QUITTUNG.

Den Beitrag von Drei Reichsmark erhalten zu haben, bescheinigt.

Mainz, ... 1927. Zentrums-Partei, Mainz.

Der Kassierer:

Herr Dr. Liebing

Weinau-Burgstr.

Abb. 15. Mitgliedskarte der Mainzer Zentrumspartei für Dr. Liebing für das Jahr 1927

Die klerikalen Interessen decken sich mit den Interessen Frankreichs

Das Zentrum vertrat, in Ziel und Begründung letzten Endes nichts anderes als die Forderungen, die Frankreich für seine Rheinpolitik aufgestellt hatte. Vom ersten Tage an. Und dieser erste Tag fiel zusammen mit dem Zusammenbruch Deutschlands, seiner Größe als Weltmacht und seiner Ehre.

Es war nicht nur ein Märchen, sondern eine bewußte Täuschung der Oeffentlichkeit, wenn die Führer des Separatismus die Errichtung eines Weststaates als einzig mögliche Abwehrmaßnahme gegen die von Frankreich drohende Annektion der Rheinlande empfahlen. Es war aufgelegter Schwindel. Frankreich wußte, daß die Eifersucht der Verbündeten nicht einmal die Auferstehung des seligen Rheinbundes Napoleons zulassen würde. Und Frankreich hatte sich darauf eingestellt. Es steckte sich ein näheres Ziel:

Die Zerschlagung Preußens.

Denn Frankreich wußte: Mit der Zerschlagung Preußens wurde Deutschland das Rückgrat gebrochen.[6]) Denn:

[6]) Diese Aufgabe Preußens, Deutschlands Rückgrat zu sein, war erst mit der jetzt vollzogenen Umwandlung des deutschen Bundesstaates in einen Einheitsstaat erfüllt!

Eine Wacht am Rhein gab es erst, als Preußen sie bezogen hatte. Fiel sie, so wurde Deutschlands Strom wieder Deutschlands Grenze.

In seinen Verhandlungen mit Iswolski hatte es Delcassé schon 1917 angedeutet: „die militärische und politische Kraft Preußens so viel wie möglich zu schwächen." Dieses Ziel konnte man jetzt nach der Niederwerfung Deutschlands auch ohne alliierte Unterstützung erreichen.

Es ist beachtenswert, daß in keiner einzigen Kundgebung der französischen Kammer während des Weltkrieges eine Annektion der Rheinlande gefordert worden ist. Im Gegenteil: am 2. Dezember 1918 faßt die Kommission der Auswärtigen Angelegenheiten der französischen Kammer einstimmig den Beschluß: Keine Annektion! Aber verlangt ausdrücklich: Befreiuung der Rheinlande vom preußischen Einfluß. Noch vor dem Einrücken der Besatzung. Noch vor dem Beginn der Friedenskonferenz. Und zwei Tage vor der Kölner Zentrumsversammlung, in der Trimborn offiziell im Namen der germanischen Hilfsvölker Frankreichs Preußen die Treue aufkündigt.

Wir haben aber sogar festgestellt, daß die ursprünglichen Zentrumspläne überhaupt nicht die Bildung eines rheinischen Gliedstaates im Verbande des Deutschen Reiches zum Ziele hatten, sondern die Errichtung eines — und, wenn wir die gleichlaufenden Bewegungen in Süddeutschland, Hannover und Schlesien hinzunehmen — sogar mehrerer vollkommen selbständiger Pufferstaaten.

So erkennen wir:

Die Gefahr einer Loslösung deutscher Länder vom Reich drohte nicht von Frankreich, sondern einzig und allein von den deutschen Separatisten unter Führung der Zentrumspartei.

*

Deutsche Bischöfe

Wie aber, so fragen wir, kam eine deutsche Partei dazu, hier offen die Geschäfte des Feindes zu besorgen?

Zur Erklärung, weshalb das Zentrum nicht nur in seinen Führern, sondern als Partei sich von Anfang an für den Separatismus eingesetzt hat, genügt nicht die traditionelle Skrupellosigkeit, die es vorher schon 50 Jahre lang wechselnde Bündnisse mit Regierung und reichsfeindlicher Opposition zur Erfüllung seiner politischen Machtziele ausnutzen ließ. Bei den separatistischen Plänen handelte es sich um mehr als nur um eine politische Frage. Dr. Brüggemann hat in seiner Schrift eine Andeutung gemacht:

„Die klerikalen Interessen deckten sich mit den Interessen Frankreichs. Das mag Zufall sein, aber es war Tatsache."

Tatsache war es. Ob aber auch Zufall?

Auf jeden Fall hat sich der katholische Klerus in den Ländern am Rhein, bis auf verschwindende Ausnahmen, geschlossen an der Aktion beteiligt. Von Anfang an. Und nicht nur ein Pater Froberger, Oberpfarrer Kastert, Prälat Kaas oder der pfälzische Prälat Walzer oder jener Pfarrer Kremers, der später in das Dorten'sche Ministerium eintrat,

oder jener Pfarrer Klee aus Perscheid, der zur Unterstützung Dortens sogar einen eigenen Katholischen Presseverein (unter dem Protektorate des Bayerischen Katholischen Pressevereins in München!) gründen sollte. Nein, alle machten sie mit, von den rühmlichsten Ausnahmen abgesehen.

Das gesamte Trierer Domkapitel (aber ohne Bischof Korum), stand auf Seiten der Separatisten. Ebenso berichtet der Franzose Jacquot in seiner Schrift über General Gérard, der ganze katholische Klerus von Ludwigshafen sei ‚für eine unabhängige und neutrale Republik gewonnen"; er erwähnt auch „die unzweideutige Haltung des Bischofs von Speyer [7]) (Dr. Sebastian) und seines Generalvikars"; er bezeichnete sie „als diskrete und eifrige Agenten, als die einflußreichsten Verbreiter der Idee einer pfälzischen Republik."

Eine Fülle weiterer Belege über die Betätigung des rheinischen Klerus in der Abfallbewegung kann beigebracht werden. Erinnern wir beispielsweise an die Vollmachten und Zustimmungserklärungen, die Dorten im Jahre 1919 zugegangen sind. Unter seinen Dokumenten, die in der Kriegsbücherei der Stanford University in Californien aufbewahrt werden, befinden sich, allein aus der Zeit nach dem 1. Juni 1919 solche Zustimmungserklärungen von 49 rheinischen Pfarreien! Dazu kommen die Vollmachten von Januar und Februar und die Unterschriften von März 1919. An der Spitze steht jedesmal der Ortspfarrer. Dorten besitzt nach seinen eigenen Angaben außerdem noch „eine ganze Anzahl Schriftstücke von geistlichen Würdeträgern, die sich auf den Boden der Rheinischen Republik gestellt hatten."

Sein Hauptförderer war Dr. Damian, der damalige Bischof von Limburg. Bei seiner Unterredung mit Dorten hatte er sich mit der Errichtung einer Rheinischen Republik einverstanden erklärt und hierfür seine Unterstützung versprochen. Das heißt, er hatte gesagt: „Das muß der Höhler machen." Dr. Höhler war nämlich sein Generalvikar. Tatsächlich hat dieser denn auch nach Mitteilung Dortens wohl sämtliche Vollmachten besorgt, die Dorten vor dem 1. Juni 1919 aus Nassau erhielt. Er hat sie aber nicht nur besorgt. Er hat die Urkunden auch beglaubigt unter Beidruck des bischöflichen Amtssiegels! So liegen beispielsweise die Vollmachten der Gemeinden Ransbach vom 29. 1. 1919 und der Stadt Camberg vom 30. 1. 1919 vor, die beide am 31. 1. 1919 durch Dr. Höhler beglaubigt worden sind.

*

Die Ortspfarrer an der Spitze

Auch im übrigen erfolgt planmäßig die Beglaubigung der gesammelten Zustimmungserklärungen durch die Ortspfarrer. Nun hat aber Dr. Klingelschmitt angegeben, schon

[7]) Dr. Ritter, der Herausgeber der deutschen Uebersetzung der Schrift von Jacquot, bezweifelt in einer Anmerkung die separatistische Einstellung des damaligen Bischofs von Speyer.

in einem Zeitraum von 14 Tagen seien bei Dorten „Dokumente eingegangen, die für etwa 2 500 000 Seelen die Sympathie für die Rheinische Republik bezeugten."

Es müßte sich also um eine ungeheuere Arbeit gehandelt haben, die hier von der Geistlichkeit durch Beglaubigung dieser endlosen Listen von Einzelunterschriften geleistet worden ist? Nein, ganz so schlimm war es nicht. Man hat im allgemeinen überhaupt keine Einzelunterschriften gesammelt. Man hatte sich ein etwas praktischeres, abgekürztes Verfahren für die Sammlung von Zustimmungserklärungen für die Rheinische Republik ausgedacht. Wozu mußte denn jeder einzelne Zeitgenosse um seine Meinung gefragt werden?

So begnügte man sich mit der Abgabe summarischer Erklärungen, wie wir eine solche als typisches Beispiel in dem von uns schon einmal erwähnten Brief des Dr. W. Kriege vom 25. 7. 1919 an Dorten (Abb. 22) finden. Kriege verlangt darin „als Leiter der „Trierischen Landeszeitung" im Namen der „etwa 120 000 wahlberechtigten Leser" seines Blattes die Volksabstimmung in der Rheinlandfrage. Dorten aber hat, wie seine nachträgliche Randbbemerkung zeigt, auf Grund dieser Erklärung 120 000 Zentrumsleute von der Mosel als neue Anhänger der Rheinischen Republik in seine Listen eingetragen. Zehn solcher Briefe ergaben also schon 1 200 000 Stimmen und ersetzten einen Zentner Unterschriftslisten! Vorausgesetzt, daß die zehn Briefe gerade so vertrauenswürdig waren, wie der des Herrn Kriege: Er war nämlich beglaubigt durch Pfarrer Schifferings, der seiner Unterschrift das kirchliche Siegel der Pfarrei Euren bei Trier beigedruckt hatte. In ähnlicher Weise hat dann 14 Tage später auch Oberpfarrer Kastert die in der Versammlung in der Bürgergesellschaft zu Köln am 4. August 1919 angenommene Entschließung beglaubigt und mit dem Pfarrsiegel St. Columba versehen.

Auf die unbedingte Glaubwürdigkeit der für die Rheinische Republik abgegebenen Zustimmungserklärungen mußte Dorten aber noch aus einem besonderen Grunde den größten Wert legen:

Nach Dr. Klingelschmitts unwidersprochenem Bericht waren sie zur Weitergabe an den französischen Oberkommandierenden, General Mangin in Mainz, bestimmt.

Zu diesem Zweck wurden sie nämlich gesammelt.

*

Wir legen eine kleine Sammlung solcher summarischer Zustimmungserklärungen rheinischer Ortspfarrer zur Dorten'schen Republik vor. Sämtliche aus der Zeit nach dem 1. Juni 1919, also nach dem hochverräterischen Staatsstreich Dortens, der damit gebilligt wird.

Ich bescheinige hiermit, daß die Mehrheit der Bevölkerung unserer Gemeinde für die rheinische Republik und die vorläufige Regierung im Rahmen des Deutschen Reiches ist.

(Pfarrstempel.) **Nieder-Heimbach**, 22. Juni 1919.
(gez.) Pantenburg, Pfarrer.

*

Ich bescheinige hiermit, daß eine zahlreich besuchte Versammlung der Wahlberechtigten unserer Gemeinde bereits am 12. 1. 1919 an den Volksbeauftragten Ebert eine Protesterklärung gegen die Kulturkampfmaßnahmen

abgesandt und eine rheinische Republik im Rahmen des Deutschen Reiches gewünscht hat.

(Pfarrstempel.) **Trechtingshausen**, 22. Juni 1919.
(gez.) Maas, Pfarrer.

*

Abenheim, 9. 7. 1919.

Der Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß seine Gemeinde eine rheinische Republik durchaus nicht ablehnen würde, sondern in ihr eine befriedigende Lösung erblicken würde. Eine Volksabstimmung darüber dürfte über ihre freundliche Gesinnung keinen Zweifel lassen.

(Pfarrstempel.) (gez.) Kraus, geistlicher Rat.

*

Nach meiner Ueberzeugung würde die übergroße Mehrheit der Einwohner von Aßmannshausen die Errichtung einer Rheinischen Republik begrüßen.

(Pfarrstempel.) **Aßmannshausen**, den 9. Juli 1919.
(gez.) P. Waldschmidt, Pfarrer.

*

Bechtheim bei Worms, 9. 7. 1919.

Der Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß die Mehrheit seiner Gemeinde nach seiner Ueberzeugung die Rheinische Republik wünscht und auf einer Volksabstimmung besteht.

(Pfarrstempel.) (gez.) Rachor, Pfarrer.

*

Flonheim, den 9. Juli 1919.

Der Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß die Katholiken der hiesigen Gegend der Bildung einer Rheinischen Republik nicht abgeneigt sind und daß eine Volksabstimmung wohl im Sinne der Bevölkerung ist. Von der Berliner Mißwirtschaft will man sich nicht länger tyrannieren lassen.

(Pfarrstempel.) (gez.) Palzer, Pfarrer.

*

Es wird hiermit bescheinigt, daß ein großer Teil der Angehörigen der Pfarrei Geisenheim für Errichtung der rheinischen Republik im Verbande des deutschen Reiches eintritt.

Geisenheim, den 9. Juli 1919.
(gez.) Stähler, Pfarrer.

*

Fast alle Bewohner der Gemeinde Arlhausen incl. Marienhausen (900 Einwohner) begrüßen die Errichtung einer Rheinischen Republik.

Marienhausen/Arlhausen, den 9 Juli 1919.
(gez.) Müller, Direktor, im Auftrag des Pfarrers.

*

Der Unterzeichnete bescheinigt hierdurch, daß der größte Teil der Kath. Gemeinde für die Errichtung einer selbständigen Rheinischen Republik im Verbande mit dem deutschen Reiche ist.

(Pfarrstempel.) **Hattenheim**, den 9. Juli 1919.
(gez.) Diel.

*

Haßloch, 9. Juli 1919.

Der Unterzeichnete bestätigt hiermit, daß seine Gemeinde eine Volksabstimmung über die Rheinische Republik wünscht und daß, falls diese geheim und unbeeinflußt stattfindet, sich zweifellos eine unbedingte Mehrheit für die Rheinische Republik ergeben wird.

(Pfarrstempel.) (gez.) Edelbauer, Pfarrer.

*

Ober-Flörsheim, den 9. Juli 1919.

Der Unterzeichnete benützt gerne die Gelegenheit zu bezeugen, daß seine Gemeinde durchgängig für einen selbständigen rheinischen Staat ist und daß man allgemein wünscht, daß dem Volke Gelegenheit gegeben wird, unbedingt seine Stimme für oder gegen abzugeben. Gründe des Trennungswunsches

sind erstlich der Ueberdruß an dem seitherigen dominierenden Einfluß Preußens und Darmstadts in religiöser und wirtschaftlicher Beziehung und sodann der Ekel an dem jetzigen, teilweise durch Feigheit, teilweise durch Unverstand verursachten schmählichen Zustand im westrheinischen Gebiet. Was die Presse, insbesondere das Wormser Echo, eben gegen Personen und Sache schreibt, halten wir durchaus für gefärbte Volksmeinung und die Art und Weise ihrer Bekämpfung dieser Angelegenheit für unnobel. Darum: es werde unbeeinflußt abgestimmt und die Wahrheit wird sich zeigen.

(Pfarrstempel.) (gez.) Gord, Pfarrer.

*

Der Unterzeichnete bescheinigt hierdurch, daß ein Teil meiner Pfarrangehörigen für die Errichtung einer Rheinischen Republik im Verband mit dem deutschen Reiche ist.

Ober-Walluf, den 9. Juli 1919.
(gez.) Herbst, Pfarrer.

*

Bescheinige hiermit, daß der größte Teil meiner Pfarrangehörigen für die Errichtung einer Rheinischen Republik im Verband mit dem Deutschen Reiche ist.

(Pfarrstempel.) **Oestrich,** den 9. Juli 1919.
(gez.) Niel, Pfarrer.

*

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß der größte Teil der Bevölkerung der Gemeinde Kiedrich für die Errichtung einer Rheinischen Republik im Verband mit dem Deutschen Reiche ist.

(Pfarrstempel.) **Kiedrich,** den 9. Juli 1919.
(gez.) Sebastian Hirschmann, Pfarrer zu Kiedrich.

*

Es wird hierdurch festgestellt, daß der kath. Teil der hiesigen Bevölkerung, d. h. die Angehörigen meiner Pfarrei im allgemeinen für die Errichtung einer Rheinischen Republik im Anschluß an das Deutsche Reich sind.

(Pfarrstempel.) **Schlangenbad,** den 9. Juli 1919.
(gez.) M. Müller, Pfarrer.

*

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß von der Bevölkerung von Stephanshausen der allergrößte Teil für die Errichtung einer Rheinischen Republik im Verbande mit dem Deutschen Reiche ist.

Stephanshausen, 9. Juli 1919.
(gez.) Schumacher, Pfarrer.

*

Der Unterzeichnete bescheinigt, daß von der Bevölkerung von Winkel der größere Teil für Errichtung einer Rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches ist.

Winkel im Rheingau, den 9. Juli 1919.
(gez.) Reuß, Pfarrer.

*

Andurch bescheinige ich, daß der größte Teil meiner Pfarrangehörigen für die Errichtung einer Rheinischen Republik im Verband mit dem Deutschen Reiche ist.

Rauenthal, 9. Juli 1919.
(gez.) Peter Diefenbach, Pfarrer.

*

Hiermit kann ich bescheinigen, daß im Februar dieses Jahres sich der größte Teil der hiesigen selbständigen Familien für die Bildung der Rheinischen Republik im Anschluß an Deutschland erklärt hat.

(Pfarrstempel.) **Erbach,** den 10. Juli 1919.
(gez.) Gräf, Pfarrer.

*

Auf Ersuchen bescheinige ich hiermit, daß ich überzeugt bin, daß die Mehrzahl meiner kathol. Pfarrangehörigen, soweit sie nicht von sozialistischem

Koller aufgepeitscht sind, für die Rheinische Republik im Verbande des Deutschen Reiches ihr Votum abgeben.

(Pfarrstempel.) **Hofheim,** 10. Juli.
(gez.) Buus, Dekan.

*

Obergondershausen, den 10 .Juli 1919.

Der Unterzeichnete erklärt hiermit, daß die große Mehrzahl der Einwohner der Pfarrei Obergondershausen (bestehend aus den Ortschaften Ober- und Niedergondershausen, Mehrmith und Liesenfeld für die Errichtung einer Rheinischen Republik ist (1800 Seelen). Die Gründe für die Loslösung von Preußen sind folgende:

1. Der rohe preußische Militarismus;
2. Das antikatholische System in der rheinischen Zivilverwaltung;
3. Die grausamen und frechen Eingriffe in das Eigentum während des Krieges;
4. Die steigende Anarchie im unbesetzten Deutschland;
5. Die Unfähigkeit der deutschen und preußischen Regierung, Ordnung zu schaffen;
6. Die Ueberzeugung, daß im rheinischen Freistaat nach jeder Beziehung von großem Nutzen für die Interessen der Bevölkerung ist.

(Pfarrstempel.) (gez.) Otto Veith, Pfarrer.

*

Hiermit bescheinige ich, daß im Februar dieses Jahres die Stimmung unter der Bevölkerung für eine Rheinische Republik im Verbande des deutschen Reiches zur Annahme berechtigte, daß der weitaus größte Teil meiner Pfarrgemeinde für dieselbe im gegebenen Fall eintreten würde.

(Pfarrstempel.) **Köngernheim,** 10. Juli 1919.
(gez.) Löw, Dekan.

*

Der Unterzeichnete kann nach den Erfahrungen, die er gemacht hat, und nach Ausweis der Unterschriften, die seinerzeit hier gesammelt wurden, feststellen, daß ein großer Teil der hiesigen Gemeinde für eine Rheinische Republik, allerdings im engsten Verbande mit dem Deutschen Reiche günstig gesinnt ist.

(Pfarrstempel.) **Niederreifenberg,** den 10. Juli 1919.
(gez.) Menirin, Pfarrer.

*

Ich glaube, daß die Mehrzahl der Gemeinde für die Gründung einer Rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches stimmen wird.

(Pfarrstempel) **Niederwalluf,** den 10. Juli 1919.
(gez.) Ludwig, Pfarrer.

*

Die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung ist für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik. Bevölkerungszahl ungefähr 8 000 Einwohner.

(Pfarrstempel.) **Mainz-Kastel,** den 14. Juli 1919.
(gez.) Hofmann, Pfarrer.

*

Nach meinem Urteil ist die Mehrzahl der katholischen Pfarrangehörigen von St. Emmeran für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik. Zahl der Katholiken zirka 6 000.

(Pfarrstempel) **Mainz,** den 14. Juli 1919.
(gez.) Jung, Pfarrer.
Pfarramt St. Emmeran.

*

Die Mitglieder des katholischen Männervereins Mainz sind meines Erachtens für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik. Zahl der Mitglieder 800.

(Pfarrstempel.) **Mainz,** den 14. Juli 1919.
(gez.) Jung, Pfarrer.
Präses der K. M. V. M.

*

Der Unterzeichnete erklärt hiermit, daß nach seiner Ueberzeugung die Mehrheit der hiesigen katholischen Bevölkerung für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik ist.

Zahl der Katholiken zirka 5 000 bei einer Gesamtzahl von 7 000 Einwohnern.

(Pfarrstempel.) **Weisenau**, den 14. Juli 1919.
(gez.) Zipp, Pfarrer.

*

Nach unserem Dafürhalten ist die Mehrheit der hiesigen katholischen Bevölkerung für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik. Bevölkerungszahl ungefähr 7 500 Einwohner.

(Pfarrstempel.) **Mainz-Kostheim**, den 14. Juli 1919.
(gez.) Picker, Pfarrer.

*

Der unterzeichnete Dekan des Dekanats Mainz-Land, welches zirka 45 000 Katholiken bei einer Gesamtzahl von zirka 60 000 Einwohnern umfaßt, erklärt hiermit, daß die Mehrheit des Dekanats für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik ist.

(Pfarramt.) **Weisenau**, den 14. Juli 1919.
(gez.) Zipp, Dekan.
Das Dekanat Mainz-Land.

*

Nach meiner Ansicht werden die Bewohner des Rheines, speziell der hiesigen Gemeinde, für die Rheinische Republik sein. Ich bitte, Herrn Sekretär Krämer, der für diese Sache arbeitet, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, damit die Verhältnisse baldigst zu unseren Gunsten erledigt werden.

(Pfarrstempel.) **Wellmich**, den 15. Juli 1919.
(gez.) Kotthard, Pfarrer.

*

Hiermit gebe ich die Erklärung ab, daß nach Urteil sachkundiger Männer die Bevölkerung unserer Stadt, wenn es zur entscheidenden Abstimmung kommen sollte, geschlossen gegen Hessen und die übergroße Mehrheit für eine Rheinische Republik im Verbande des deutschen Reiches stimmen würde.

(Pfarrstempel.) **Lorch**, den 17. Juli 1919.
(gez.) Dekan Dr. Ludwig, Pfarrer.

*

Die Mehrheit der hiesigen katholischen Bevölkerung wünscht eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik im Verbande des deutschen Reiches.

(Pfarrstempel.) **Budenheim**, den 18. Juli 1919.
Budenheim 3 000. (gez.) Schnatz, Pfarrer.

*

Die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung bezw. des Dekanats Nieder-Olm wünscht eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches.

(Pfarrstempel.) **Sörgenloch**, den 18. Juli 1919.
(gez.) Litzendorf, Pfarrer.

Dekanat Sörgenloch 7 700.

*

Es wird hiermit bescheinigt, daß die hiesigen kath. Vereine als kath. Männerverein, Mütterverein, sowie der Bauernverein, überhaupt die Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung für eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik sind.

Die hiesige Einwohnerzahl beträgt etwa 7 200.

(Stempel.) **Gonsenheim**, den 18. Juli 1919.
(gez.) J. Deibert,
Präsident des kath. Männervereins.

*

Die Mehrheit der hiesigen katholischen Bevölkerung wünscht eine Volksabstimmung zur Herbeiführung einer Rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches.

(Pfarrstempel.) **Nieder-Saulheim,** den 18. Juli 1919.
(gez.) Hattemer, Pfarrer.

Niedersaulheim 2 000.

*

Ich bestätige hiermit, daß die ganze Gemeinde fast ohne Ausnahme für die Bildung einer Rheinischen Republik im Rahmen des deutschen Reiches ist.

(Pfarrstempel.) **Neudorf im Rheingau,** den 18. Juli 1919.
(gez.) Kilb, Dekan.

*

Der Weg nach Rom — Ein päpstlicher Geheimkurier

Dorten hat noch einen letzten Versuch gemacht, den Vatikan umzustimmen und für eine weitere Unterstützung seiner Rheinlandpläne zu gewinnen. Er hat Spätsommer 1919 persönlich einen Brief an den Papst geschrieben.

Wir sind in der Lage, den Entwurf der in lateinischer Sprache [8]) abgefaßten Urkunde in Photographie vorzulegen (Abb. 16).

Die wörtliche Uebersetzung lautet:

Seligster Vater!

Zu den Füßen Deiner Heiligkeit hingeworfen, lege ich, Dein untertäniger Sohn, Dr. jur. Hans Adam Dorten, Folgendes dar. Du, der Du auf uns Vertrauen setzest mit der väterlichen Liebe, mit der Deine Heiligkeit gar oft zur Zeit des unglücklichen Krieges den Völkern Europas den Frieden zu bringen versucht hat — Dir übersende ich untertänigst anliegende Schriftstücke, die von der Sehnsucht der Stämme am Rhein handeln, die sich auf Frieden, Wohl des Vaterlandes und eigenes Wohlergehen, mit größtem Nachdruck auch auf Freiheit und Unversehrtheit der Katholischen Kirche in diesem Gebiete richtet.

Bestimmt kann sich niemand der Einsicht entziehen, daß die traurige und beklagenswerte Lage, in die die Gesellschaft gegenwärtig in Deutschland von Tag zu Tag mehr gerät, sich aus den zahlreichen unseligen Machenschaften herleitet, die in Gang gesetzt werden zu dem Zweck, aus öffentlichen Einrichtungen und aus den Familien täglich mehr den heiligen Glauben an Christus, seine Religion und Heilslehre zu beseitigen, und ihre heilsame Macht einzuengen und zu hemmen. Diese verderblichen Bestrebungen würden zu nichte gemacht werden, wenn unsere Sehnsucht nach Unabhängigkeit der Rheinlande erfüllt würde.

Deshalb empfehle ich dem Wohlwollen Deiner Heiligkeit untertänigst, was alle Söhne der Mutter Kirche, vor Allem ihre Priester, wünschen. Mit dieser Bitte erflehe ich untertänigst von Deiner Heiligkeit den apostolischen Segen und verbleibe

Deiner Heiligkeit

untertänigster Sohn.

---

[8]) Nach Angabe Dortens wurde die lateinische Uebersetzung des Briefes im Generalvikariat Köln angefertigt.

Beatissime Pater

Ad pedes Sanctitatis Vestrae provolutus,ego filius Tuus humilis Dr.jur.Hans Adam Dorten sequentia expono.

Tu in nos amore paterno confidens,quo Sanctitas Vestra saepissime tempore infelicissimi belli nationibus Europae pacem parare conatus est,humiliter transmitto scripta adjecta quae de desideriis gentium Rhenum flumen habitantium agunt,spectantibus pacem et bonum patriae ipsarumque salutem,augere libertatem,incolumitatem Ecclesiae Catholicae his in regionibus.

Nemo certe ignorare potest,tristissimam ac deplorandam conditionem,in qua hodierna societas in Germania magis in dies prolabitur,derivare ex tot funestissimis machinationibus,quae adhibentur,ut a publicis institutionibus ac domesticis familiis quotidie magis sanctissima Christi fides religio ejusque salutaris doctrina amoveatur et saluberrima ejus vis coangustetur ac praepediatur.Quae perniciosissimae machinationes frangerentur,si desideria nostra quoad independentiam pagorum Rhenanorum complerentur.

Quapropter benevolentiae Sanctitatis Vestrae commendo humiliter,quod omnes matris Ecclesiae filii inprimis sacerdotes optant.

Cultus cum precibus humiliter a Sanctitate Vestra Apostolicam Benedictionem exopto et permaneo

Sanctitatis Vestrae

filius humillimus

Abb. 16. Ein Schreiben Dortens an den Papst.

Die Anlagen, auf die in dieser lateinischen Huldigungsadresse Bezug genommen wird, kennen wir nicht. Es ist schade, denn zweifellos hat es sich dabei um eine Denkschrift Dortens gehandelt, worin vom katholisch-kirchlichen Standpunkte aus die Vorteile der Rheinischen Republik dargelegt worden sind. Und da anzunehmen ist, daß Dorten dabei auch genauere Angaben über seine damalige Zusammenarbeit mit dem rheinischen Klerus gemacht hat, dürfte die Denkschrift wohl das wichtigste Dokument über die vatikanische Politik in der Rheinlandfrage gewesen sein.

Diese besondere Wichtigkeit muß ja auch die Kurie den Schriftstücken beigemessen haben. Schon die Art ihrer Beförderung zeigt es. Der Post wurde die Sendung nicht anvertraut. **Sie wurde dem Papst durch einen**

von ihm selbst gestellten Sonderkurier übermittelt. Auch die Person des Boten ist bemerkenswert. Seinen Namen und Stand haben unabhängig von einander zwei Zeugen, Dr. Klingelschmitt und Matthes, gemeldet. Er gehörte dem Klerus an, aber nicht dem deutschen.

Es war Monsignore Laffitte. Der Geheimsekretär des Erzbischofs von Mailand.

*

Die besondere Unterstützung seiner Rheinlandpläne durch die katholische Kirche gesteht Dorten offen zu. In seinen (noch unveröffentlichten) Memoiren handelt sogar ein ganzer Abschnitt davon; gleich das zweite Eingangskapitel:

„Vorstoß der Geistlichkeit und des Klerus."

Wie wichtig jedoch Dorten gerade diese Feststellung erscheint, ergibt sich daraus, daß er kürzlich noch einmal darauf zurückgekommen ist. Er hat in einem politischen Vortrag „Von Luther über Bismarck zu Hitler", den er am 13. November 1933 in Paris gehalten hat, [9]) gesagt:

> **„Der rheinische katholische Klerus war 1918 und 1919 Mitkämpfer für die Rheinische Republik.**
>
> **Seit Ende 1918 verlangte der gesamte katholische Klerus mit den Bischöfen an der Spitze die sofortige Ausrufung eines Rheinstaates".**

Warum? Dorten erklärt es:

> **„Der Rheinstaat würde ein katholischer Staat gewesen sein. Der Rheinstaat würde 7 Millionen Katholiken unter 10 Millionen Einwohnern gezählt haben.**
>
> **Er konnte überhaupt nur in der Form eines katholischen Staates gedacht werden."**

Dorten hätte die Begründung noch ergänzen können: Die Abfallbewegung hatte sich ja nicht auf das Rheinland beschränkt, und was geplant wurde, war nicht nur die Gründung der einen katholischen Rheinischen Republik.

Ein geschlossener Kranz neuer katholischer Staaten sollte im Westen vom Meer bis zu den Alpen und anschließend im Süden bis nach Wien und im Osten bis nach Schlesien hinüber das, was vom aufgeteilten Deutschen Reich übrig geblieben wäre, wie einen Seuchenherd abriegeln. [10])

Für Frankreich wäre es ein Schutzwall gegen Preußen gewesen und gleichzeitig das Glacis zum Osten. In einem uns vorliegenden Aktenstück vom 3. 11. 19 schreibt Moenikes:

> „Es wurde mir von französischer Seite mitgeteilt, daß in Frankreich die katholische Macht stark im Wachsen sei, und daß man in der Katholischen Kirche ein Hauptbindeglied sehe zwischen Frankreich und Süddeutschland, und Süddeutschland wiederum als die Brücke nach Böhmen und Ungarn betrachtet."

---

[9]) Der Vortrag war kurz vorher schon im Auszug in der Pariser Zeitschrift „L'Animateur des Temps Nouveaux" vom 3. 11. 1933 erschienen. Die Art, wie hier der naturalisierte Franzose Dorten für die „lateinische Kultur" eintritt und zu ihrem Schutz und der Erhaltung des ewigen Friedens am Rhein ein französisches Kriegsbündnis mit Italien gegen Preußen verlangt, dürfte wohl selbst seinen neuen Landsleuten würdelos erscheinen.

[10]) Vergl. Ilges: „Die geplante Aufteilung Deutschlands

Für den Vatikan aber bildete Frankreich die Brücke zu dem aus dem deutschen Land herausgeschnittenen mitteleuropäischen katholischen Staatenbund der Zukunft.

Wir sehen: Brüggemann hat Recht: Die klerikalen Interessen deckten sich 1918/19 mit den Interessen Frankreichs. Wieder einmal, wie so oft im Verlauf der Jahrhunderte.

*

Nicht ohne Grund verweilt Dorten bei diesen Erinnerungen. Früher schon hatte er es behauptet und auch jetzt wieder in seinem Vortrage November 1933 öffentlich wiederholt: die Gründung der Rheinischen Republik sei 1919 an dem plötzlich einsetzenden Widerstande der römischen Kurie gescheitert. (In seinen Memoiren handelt das ganze Kapitel 13 darüber!). Im Herbst des Jahres 1919 sei vom Vatikan die Weisung an den rheinischen Klerus ergangen, sich jeder weiteren Werbung zu Gunsten des rheinischen Freistaates zu enthalten.

Dorten behauptet, von maßgebender Stelle darüber unterrichtet worden zu sein.

Der Bischof von Limburg hatte sich von Dorten mit den Worten verabschiedet: „Gott segne Sie und Ihr Werk!"

In seinem Pariser Vortrag vom 13. 11. 33 berichtet nun Dorten über den Besuch, den er einem anderen deutschen Kirchenfürsten abgestattet hat, über den Besuch bei Bischof Korum.

Der Bischof von Trier hat ihn nicht gesegnet, wie der Limburger Konfrater. Er war liebenswürdig, aber liebenswürdig ablehnend. Mit Rücksicht auf die inzwischen veränderte Politik des Vatikans.

Dorten hat darüber noch ergänzend berichtet:

> „Glauben Sie, Sie seien Herr der Ereignisse?" so frug der Bischof ihn. „Was wird das Schicksal des Rheinstaates sein, wenn er einmal abgetrennt ist? Ein katholischer Staat? Er wird sich fatal Frankreich nähern. Aber wenn der Heilige Vater davon überzeugt ist, daß die Gedanken Frankreichs weltlich geworden sind? Wenn er meint, daß alle rheinischen und französischen Katholiken sich in dieser weltlichen Ideengemeinschaft finden und dadurch der Katholizismus Gefahr laufe?"
>
> So, berichtet Dorten, habe der Bischof ihm in väterlicher Zutunlichkeit auseinandergesetzt, daß die Partie hoffnungslos geworden sei."

Das päpstliche Verbot an den Klerus, sich weiter für die Rheinische Republik einzusetzen, soll nach Angabe Dortens damit begründet gewesen sein: „daß die Katholiken in der preußischen Diaspora nicht benachteiligt würden." (Es war die gleiche Begründung, mit der auch das Zentrum Herbst 1919 zum Rückzug in der Rheinlandfrage geblasen hatte.)

Dorten beschwert sich bitter über diesen Umfall, vor allem, da, wie er feststellt, er vorher die volle Unterstützung seiner Pläne durch die Kirche gefunden hatte.

An dem Umfall des Vatikans in der Rheinlandfrage in der zweiten Jahreshälfte 1919 besteht kein Zweifel. Nicht nur Dorten hat es behauptet.

Die Annahme aber, die Veränderung der Einstellung sei aus Wohlwollen zu uns erfolgt, wäre grotesk. Die Gesinnung der Kurie gegenüber Deutschland hat sich seit den Zeiten Luthers kaum geändert. Höchstens

insofern, daß in den Jahren nach dem Weltkrieg der Vatikan es nicht einmal mehr für nötig hielt, diese Gesinnung uns gegenüber zu verhehlen.

Luther hat den Weltkrieg verloren

Es ist hier nicht der Ort, die päpstliche Politik während des Weltkrieges und in der Zeit nach dem Kriege im Einzelnen darzulegen. (Ganz abgesehen davon, daß für eine gründliche Untersuchung die Voraussetzung erst gegeben sein wird, wenn das Deutsche Reich die betreffenden Akten des Auswärtigen Amtes der Forschung zur Verfügung stellt.)

Wir können nur feststellen,[11]) daß diese römische Politik gegen Deutschland gerichtet war. Die päpstliche Staatszeitung, der „Osservatore Romano" hat es am 24. 5. 1919 sogar offen zugegeben:

> **„Die Wirksamkeit des Heiligen Stuhles während des Krieges betätigte sich beständig zu Gunsten der Entente-Mächte, insbesondere zu Gunsten Belgiens, Italiens und Frankreichs."**

Sollen wir an andere Vorgänge aus den jüngsten 15 Jahren erinnern? Die Einweihung der während des Krieges vollendeten französischen Nationalkirche auf dem Montmartre in Paris trug den Charakter einer kirchlichen Siegesfeier der Entente. Unter Mitwirkung der Kurie! Papst Benedikt XV. hatte dazu einen eigenen Legaten geschickt mit einem päpstlichen Handschreiben an den Erzbischof von Paris, worin davon gesprochen wurde: „was im Rate von Versailles menschliche Klugheit neuerdings angefangen hat!"

Gleichfalls Benedikt XV. hatte am 6. April 1919 bei der vatikanischen Feier von zwei bestätigten Wundern der französischen Nationalheiligen, der Jungfrau von Orléans, auf die chauvinistische Rede des Bischofs von Orléans in französischer Sprache erwidert:

> Daß Wir es bedauern, Franzosen nur von Herzen zu sein. Aber in diesem Wunsche und in dieser Versicherung ist der Franzose dem Herzen nach mit dem Franzosen der Geburt nach einig, Frankreich die Vermehrung seines Ruhmes und seines Glückes zu wünschen!

Im gleichen Monat April 1919 bestätigt auch die Zeitschrift der Jesuiten „Civiltà Cattolica" (Nr. 651) nochmals die Parteinahme des Vatikans gegen Deutschland im Weltkriege:

> **„Daß der Heilige Stuhl ein höchstes Interesse hatte, die Wiederherstellung Belgiens und die Erhaltung Frankreichs als Großmacht, zweier durchaus katholischer Nationen, zu betreiben... Er konnte nicht ohne Schrecken die Aussicht eines schließlichen Sieges Deutschlands ins Auge fassen; eines Sieges, der den Triumph des Luthertums mit der Niederwerfung Frankreichs und Belgiens besiegelt hätte."**

Wir können gewiß sein: auch das Rheinland war nur ein Stein, der auf dem Brett von der Hand dieser gewiegten Diplomaten geschoben wurde. Und wichtige Gründe müssen es gewesen sein, wenn die Kurie Herbst 1919 Dorten das Bündnis aufsagt.

---

[11]) Vergl. u. a. Dr. J. Stark: Zentrumsherrschaft und Jesuitenpolitik. München 1932. S. 36 ff.

Gewiß, Gründe waren angegeben worden: die Abtrennung der Rheinlande würde eine Gefahr für die Katholiken in der preußischen Diaspora bedeuten.

Und um dies zu erkennen, soll die weitsichtige Politik der Weltkirche fast ein ganzes Jahr gebraucht und bis dahin die in ihren Auswirkungen dem katholischen Christentum schädlichen Bestrebungen der Rheinbündler unterstützt haben?

Nein, sprechen wir es aus: Mit katholischem Christentum und überhaupt mit Religion hatten diese Entscheidungen der päpstlichen Kurie nichts zu tun. Weder die Entscheidungen für noch die gegen die Rheinische Republik. Der Separatistenführer Matthes hat es in seinem Brief vom 30. 8. 1929 an A. Köhler (siehe S. 129 richtiger bezeichnet:

Es war ein Geschäft, das der Vatikan Frankreich angeboten und, als dieses ablehnte, dann mit Deutschland geschlossen hat.

Wir erkennen jetzt, warum der Vatikan anfangs die Bestrebungen Dortens unterstützt hat. Er erwartete Gegenleistungen. In einem Schreiben an Vitus Heller vom 30. 8. 1929 hat Matthes auf Grund seiner Kenntnis von „Akten bei hohen Besatzungsstellen" sogar nähere Angaben über die während des ersten Zeitabschnittes zwischen der Kirche und den Rheinseparatisten schon getroffenen Vereinbarungen gemacht:

„Es kämen neue Bistümer zu Stande, um den deutschen Katholizismus im Westen (mit französischer Hilfe) zu festigen gegen die bolschewistische Welle im unbesetzten Deutschland.

Als neue Bistümer sind in den Akten Aachen, Saarbrücken usw. genannt."

Klingt es uns so unwahrscheinlich? Wir kennen jetzt die Aachener Punktatationen vom 1. und 5. Mai 1919. Enthalten sie nicht unter Art. 6 „Kirchenpolitik" Bestimmungen, die diesen Angaben von Matthes entsprechen?: Teilung der Erzdiözese Köln. Aachen wird Bischofssitz. Sogar die neue Einteilung in Sprengel ist bis ins Einzelne schon vorgesehen!

War es die Privatarbeit dilettierender Zentrumsdiplomaten gewesen? Nein. In dem Artikel 6 ist ausdrücklich vermerkt:

„Referent: Das Generalvikariat Cöln durch Vermittlung des Oberpfarrers Kastert."

Desselben Oberpfarrers Kastert, den wir vom 9. November 1918 ab in allen Separatistenkonventikeln als Mitarbeiter angetroffen haben, und dem durch die gleichen Aachener Punktatationen die außerordentliche Vollmacht erteilt wurde, zusammen mit den Ausschüssen den Aufruf zur Proklamierung der Rheinischen Republik und zur Berufung des vorläufigen Präsidenten zu erlassen.

An der Tatsache, daß während des ersten Jahres der rheinischen Abfallbewegung so, wie es Brüggemann behauptet hat, die klerikalen Interessen sich mit denen Frankreichs gedeckt haben, ist nicht mehr zu zweifeln. Und ein Zufall ist es auch nicht. **Aus politischen Gründen hat der Vatikan die rheinische Bewegung von 1918 und bis weit in das Jahr 1919 hinein unterstützt.** Und dann fallen lassen. **Und der rheinische Klerus ebenso.**

Er folgte dabei nicht den Weisungen einer parlamentarischen Partei. Er handelte in blindem Gehorsam als ausführendes Organ einer übergeordneten ausländischen Macht im Dienste ihrer Politik.

Rinn in die Kartoffeln. Raus aus den Kartoffeln.

Der Klerus tat, was befohlen war. So wie es Generationen von Klerikern vor ihm getan hatten.

*

Der jetzige Papst Pius XI. hat, als er als Kardinal Ratti päpstlicher Nuntius in Warschau war, bei der Abstimmung in Oberschlesien 1920 eine recht deutschfeindliche Rolle gespielt. Aber davon wollen wir nicht sprechen. Die persönliche Einstellung eines Gesandten ist von seinem amtlichen Auftrag zu trennen.

Wir wollen auch nicht aus Enzykliken und Ansprachen seine Einstellung zum Deutschtum herauszulesen versuchen. Aus all seinen Kundgebungen greifen wir einen einzigen Satz heraus. Nicht, weil er deutschfeindlich wäre. (Er ist es nicht.) Sondern, weil er bezeichnend ist für die traditionelle Beurteilung Deutschlands durch den Träger der Tiara, gleichgültig, wie Nam' und Art ist.

Den Satz hat der Papst am 23. Mai 1923 zu einer deutschen Pilgerschaft gesprochen. („Osserv. Rom.", 24. 5. 1923.)

Erinnern wir uns noch dieser Zeit unseres tiefsten nationalen und wirtschaftlichen Elends? Dieser Zeit brutaler Niederdrückung durch den Feindbund; dieser Zeit des Ruhrkampfes, der Inflation, des von Neuem unter dem Schutz feindlicher Bajonette drohenden Separatismus?

Und was hat der Papst dieser Abordnung eines geknechteten, eines entrechteten, verzweifelten Volkes zu sagen? Welches Trostwort gibt er ihnen auf den Weg?

Er spendet ihnen sein Lob, und zwar weil sie

„sowohl mitten im Toben des Weltkrieges wie auch unter den jetzigen verwickelten Verhältnissen ihren Eifer und ihr Organisationsgeschick dafür eingesetzt haben, den traurigen Abfall von der Römischen Kirche, der vor 400 Jahren erfolgte, wieder gutzumachen."

Jahrhunderte sind verflossen seit Luther.

Geschlechter kommen und gehen. Krieg und Frieden. Not und Elend, Glück und Unglück.

Was kümmert es Rom? **Rom hat die alte Schuld Deutschlands nicht vergessen.**

*

Der Vatikan ist frei von Schwäche.

Langmütig wie der Christengott? Nein, aber geduldig. Und mit gutem Gedächtnis.

So verschiebt sich Bild und Sinn der Weltgeschichte in diesem Spiegel:

Die Niederlage Deutschlands war die Niederlage des Protestantismus. Die Strafe Gottes für den Abfall vor 400 Jahren.

Luther ist es, der den Weltkrieg verloren hat.

Aber Rom genügt es nicht. Rom wartet.

Seine Politik rechnet in Jahrhunderten.

Daß es sich an Deutschland verrechne! Dazu helfe dieses Buch.

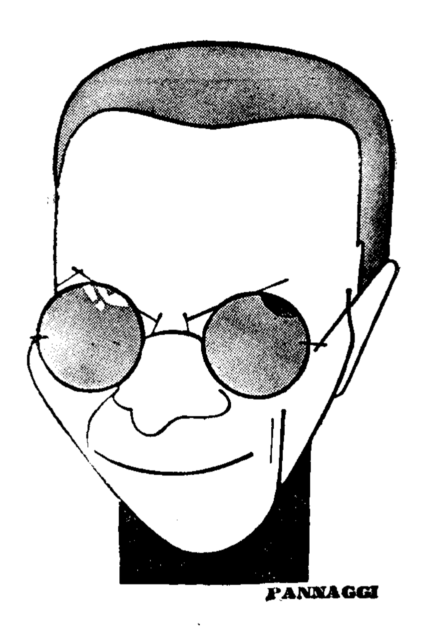
*

III. Teil

Der Fall Kaas und Genossen

Von Rechtsanwalt Dr. Hermann Schmid

Seite


PANNAGGI

Als der Verrat begann

In der Schrift „Alkohol-König und Prälat", die im Frühjahr 1932 erschien, wurde dem Prälaten Kaas Beteiligung an den Bestrebungen der rheinischen Autonomisten vorgeworfen. Die Zentrumspresse schäumte vor Wut. Sie schrieb u. a.: „Ob man die versteckten Verleumdungen mit „separatistischem" oder „autonomistischem" Vorzeichen versieht, sie bleiben deshalb nicht weniger unwahr und niedrig." Das Zentrum vermutete ganz richtig, daß die Verfasser der Schrift den Separatismus meinten. Wenn sie statt dessen das andere Fremdwort vom Autonomismus gewählt hatten, so war dies nur geschehen, weil während der Drucklegung ihres Buches eine Schrift von Köhler „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein" angekündigt worden war.[12]) Man konnte damals denken, daß diese Schrift des ehemaligen Trierer Zentrumssekretärs unbekannte Tatsachen und einigermaßen ausreichende Erklärungen für die zunächst separatistisch erscheinenden Handlungen von Kaas bringen werde. Außerdem — es gab eine „Gefesselte Justiz"! So mußte jedes Wort vor der Drucklegung sorgfältig gewogen werden. Hätten die Verfasser des „Alkohol-Königs" die Schrift Köhlers bereits gekannt, so hätten sie bestimmt vom Separatismus des Herrn Kaas geschrieben. Denn Köhler bestätigte in Wahrheit alles, was je gegen Kaas als Separatisten geschrieben worden war.

Nach Brüggemanns grundlegenden Forschungen liegt der Ausgang der Bewegung in Trier. Die dominierende Zeitung im Trierer Bezirk, die „Trierische Landeszeitung", — im Verlag der Paulinusdruckerei — stand, getreu der Zentrumspolitik, im Frieden zu Kaiser und Reich, solange sie mußte und nicht die Zentrumslehre von der „Anerkennung der facta" etwas anderes ermöglichte. In der Schriftleitung dieses Blattes sehen wir am Abend des 9. Novembers 1918 den für die Außenpolitik verantwortlichen Redakteur Matthias Binz allein bei der Arbeit. Ein Teil seiner Redaktionskollegen ist bei der Armee, ein Teil bereits vom Dienst nach Haus gegangen. Plötzlich meldet der Fernsprecher die angebliche Thronentsagung des Kaisers. Binz, wirklich überzeugter Monarchist, ist so entsetzt, daß er bestürzt sein Büro verläßt und einen Menschen sucht, mit dem er sich aussprechen kann. Er eilt zu Raimund Faust, dem Direktor des Trierer Genossenschaftsverbandes (Trierer Bauernverein), fragt verzweifelt, was werden solle. Faust hat

[12]) „Eine Untersuchung an Hand von Dokumenten und feststehenden Tatsachen" nennt Köhler, von 1919 bis 1924 Sekretär der Zentrumspartei in Trier, dann in der gleichen Funktion in Berlin, dieses in der Paulinus-Druckerei G. m. b. H. (in der Kaas 8000 RM. Geschäftsanteile vertritt und in deren Verlag die ab 1918 bis 1919 separatistische „Trierische Landeszeitung" erscheint) gedruckte Heft. Seine „Dokumente" waren längst bekannt. Die Ereignisse bringt er in willkürlichem Durcheinander. Der Separatistenführer J. F. Matthes schreibt in seiner deutlichen Art dem Verleger dieser Schrift am 6. 6. 1933: „Was Kaas, Adenauer e tutti quanti auf Schleichwegen zu erreichen suchten — Einreißen des alten Reiches und Neuaufbau auf anderer Grundlage (jeder nach seinem Gewissen und Wissen) — versuchte ich mit Gewalt. Wir unterlagen, jeder auf seine Weise. Aber keiner der Besiegten sollte zu seiner Niederlage noch feiges Leugnen, unmännliches Beschönigen und erbärmlichste Flucht vor geschichtlicher Verantwortung hinzufügen. Köhlers Broschüre versucht das."

sofort die Antwort bereit: „Wir haben es nicht nötig, uns für Preußen einzusetzen."

War das plötzliche staatsmännische Erleuchtung eines Staatengründers großen Stils? Oder war es Verrat an Preußens Größe und an Deutschlands Macht?

Es war Verrat. Denn Faust hatte schon längere Zeit im Geheimen an der Vorbereitung zum Abfall der Rheinlande gearbeitet.

Der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. 11. 1918 kündigt in seinem letzten Satz Wahlen zu einer „konstituierenden Versammlung" an. Im Trierer Wahlausschuß sitzt in übermächtiger Zahl die katholische Geistlichkeit mit ihrem blind-gehorsamen Anhang. Zwei Dritteile des im Ausschuß vertretenen Klerus präsentieren an Stelle des bisherigen Reichstagsabgeordneten Hartrath den Kirchen- und Staatsrechtler Dr. Kaas. Präsentieren ihn ausschließlich deshalb, weil er sich sofort für die Errichtung der Rheinischen Republik einsetzt, sich sogar verpflichtet, in diesem Sinn sein Abgeordnetenmandat auszuüben.[13])

Das Thema „Rheinische Republik" ist allein von der katholischen Geistlichkeit im Wahlausschuß zur Erörterung gebracht worden. Hartrath, seit dem 17. 11. 1908 an der Paulinus-Druckerei[14]) beteiligt, wehrt sich mit Entschiedenheit gegen den Plan. Er geht daher, wie Stöck in seinen „Erinnerungen an die Besatzungszeit in der Stadt Trier" (Trier 1930) schreibt, „seines Mandates in einer Art und Weise verlustig, die ich persönlich als eine Rücksichtslosigkeit gegen ihn und mich empfinden mußte und mit deren unfairer Form ich durchaus nicht einverstanden war."

Man scheute kein Mittel. Faust beruft Versammlungen in die Wirtschaft „Zur Krim"[15]) ein — von deren einer aus dem Jahr 1919 auch Stöck berichtet —, läßt die teuersten und schwersten Weine aus den Beständen des Trierer Bauernvereins auffahren, bringt das Thema des Rheinstaates zur Debatte und sucht schließlich, als männiglich schwer bezecht ist, Unterschriften für diesen neuen Staat zu sammeln. Einer der Redner

---

[13]) Derartige Bindungen wurden von den rheinischen Zentrumsabgeordneten allgemein verlangt. Kuckhoff forderte in der „K. V." vom 28. 12, 1918, man solle die Aufnahme in die Liste der Kandidaten zur Nationalversammlung wie überhaupt ihre Wahl selber abhängig machen von dem Willen der Abgeordneten, in Weimar für den Gedanken eines westdeutschen Staates einzutreten. — „K. V." vom 1. 12. 1918 schrieb: „Die Abgeordneten, die zuständige Stelle für das letzte Wort in Sachen Freirheinland, müßten sich vor Zusammentritt der Nationalversammlung auf das Programm ihrer Wähler verpflichten." — Dorten bestätigt in dem unten mitgeteilten Brief vom 1. 8. 1933 sogar eidesstattliche Bindungen dieser Art. — Und das alles, obwohl es den Grundsätzen demokratischer Verfassungen widerspricht.

[14]) Lt. Handelsregister Trier HRB. Nr. 31 am 7. 11, 1902 gegründet, Hauptgründer mit 214000 M. der berüchtigte Kaplan Friedrich Dasbach. Mitgründer Sebastian Lux, der später in Koblenz den 1920 gegründeten Dorten'schen „Rheinländer" verlegt. — Erster Geschäftsführer wurde Dasbach. Am 28. 6. 1912 wird der Geistliche Dr. Kriege, dessen Huldigungsadresse an Dr. Dorten vom 25. 7. 1919 wir kennen lernen werden, Geschäftsführer. — Am 14. 2. 1931 erscheint erstmalig Kaas als Vertreter von 8000 RM. Anteilen.

[15]) Liegt im Dasbach-Haus, dem Grundstück des Trierer Bauernvereins, und erlebt noch manche Separatistenversammlung, u. a. mit Kaas. — Ihr Weinkeller lieferte später den Wein in der bekannten Wein- und Zuckeraffäre des früheren Reichsministers Dr. Hermes (Zentrum!!).

verlangt für die Rheinische Republik einen Präsidenten, ein Parlament, eignes Geld, eignes Heer mit eignen Uniformen.

Das war echteste Vorbereitung zu Hochverrat. Hochverrat einer in Trier herrschenden Zentrumsclique. **Das Trierer Zentrum war die Urzelle des rheinischen Hochverrats.** Sein geistiger Mittelpunkt, sein vornehmster Vertrauensmann, sein wahrer Führer hieß **Ludwig Kaas.**

*

Los von Berlin!

Man scheute kein Mittel. Kaas wurde im Wahlausschuß zu Trier der beredte Verkünder der rheinischen Republik. Damit die Verkündung ins Volk dringe, beschloß man auf Anregung von Kaas, Faust, dem Direktor, und Legendre, dem Vorsitzenden des Trierer Bauernvereins, eine Druckschrift herauszugeben. Sie ist in zwei Auflagen unter dem Titel „Los von Berlin" erschienen. Auf den Stücken der ersten Auflage las man als Verlag den Namen der Paulinus-Druckerei in Trier, d. h. des Unternehmens, dessen geistiger Herr der Prälat Kaas war. Die zweite Auflage erschien zu Zwecken der Camouflage verschämt im „Selbstverlag des Verfassers". Faust gab den Namen her. Der Verfasser aber war der Prälat Dr. Kaas.[16])

Es ist nicht leicht, heut noch diese von maßlosem Haß gegen Preußen erfüllte Schrift irgendwo ausfindig zu machen. Man muß von Glück sagen, wenn man sie in einer rheinischen Bibliothek findet, wo sie dem Spürsinn ihrer Verfolger aus dem Zentrum entgangen ist. Sie wurde den geistigen und technischen Urhebern als peinliche Belastung später sehr unbequem.

Wenn man die Niedertracht dieser Hetzschrift gegen Preußen ganz ermessen will, muß man sich vergegenwärtigen, daß sie verbreitet wurde in einem deutschen Land, in das soeben feindliche Truppen eingezogen waren, um es 15 Jahre lang besetzt zu halten. Unter den Truppen befanden sich vor allem die Frankreichs, gegen dessen Drängen zum Rhein seit des Großen Kurfürsten Zeiten kein anderes Bollwerk des Deutschtums dagewesen ist, als die Macht Preußens Preußen war es, das immer wieder die Freiheit des deutschen Rheines zu verteidigen hatte, oft genug gegen französische Koalitionen, an denen deutsche weltliche und kirchliche Fürsten, vor allem der Erzbischof von Köln, beteiligt gewesen sind. Der Weltkrieg gegen Deutschland war für die Westmächte vor allem ein Krieg gegen Preußens militärische Macht gewesen. Mit allen Mitteln einer skrupellosen Propaganda hatten sie eine maßlose Hetze gegen den angeblichen preußischen Militarismus getrieben, wohl wissend, daß Deutschland zusammenbrechen mußte, sobald das deutsche Volk den Geist von Potsdam zu schmähen begann. Und noch kannte jedermann am Rhein die dritte Wilsonnote vom 23. Oktober 1918, die ungeschminkt den Untergang Preußens gefordert hatte.

Man sage nicht, das Entstehen der Hetzschrift „Los von Berlin" sei aus den damaligen deutschen Zusammenbruchserscheinungen erklärlich und ent-

---

[16]) (Von Ilges festgestellt in der Schrift „Die geplante Aufteilung Deutschlands".)

schuldbar. In der Not bewährt sich der Freund. Daß ein starkes Deutschbewußtsein zu jener Zeit ganz andere Wege suchte, als den Kaas'schen der Desertion aus dem Verband des notleidenden Vaterlandes, mag eine Kundgebung zeigen, die der Vergessenheit entrissen zu werden verdient, nicht weil es sich um eine Kundgebung von evangelischer Seite handelt, sondern weil sie ausspricht, was damals Hunderttausende, auch katholischer Rheinländer, im Gegensatz zu den Zentrumscliquen, empfanden. Am 7. August 1919, wohl unter dem Eindruck des unter Leitung von Dr. Karl Müller-Bonn, dem späteren Generalsekretär und Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer in Bonn, Aufsichtsratsmitglied im Spritkonzern Schwartz und Eintagsminister im Kabinett Cuno, am 4. August 1919 in Köln vorbereiteten Hochverrates der sog. Aktivisten, fand unter Führung des Rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes eine gewaltige Kundgebung des rheinischen Protestantismus statt.

Dem Reichsministerium, der Preußischen Staatsregierung, der Deutschen Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung wurde eine Erklärung zur Kenntnis gebracht, in der mit aller Entschiedenheit die Bestrebungen zur Bildung einer Rheinischen Republik abgelehnt werden.

„Die vorgebliche Sorge" heißt es da, „bei Nichterfüllung jener Bestrebungen leide die vaterländische Treue der Rheinländer Not und nur bei staatlicher Verselbständigung könnten sie auf die Dauer beim Deutschtum erhalten werden, ist Irreführung und versteckte Drohung, wir wissen uns mit vielen kirchlich-treuen katholischen Landsleuten eins, wenn wir diese Verdächtigung mit tiefster Empörung zurückweisen.

Wir stellen im Gegenteil fest, daß gerade diese Bestrebungen und die genugsam bekannte Art ihrer Inswerksetzung einen Keil zwischen die Volksgenossen treiben und die im Kriege so herrlich bewährte völkische Eintracht unserer Westmark stören. Und lediglich die Sorge ist berechtigt, daß das geplante Staatsgebilde von Geburt an mit dem Fluche nationaler Lähmung und konfessionellen Haders belastet sein würde.

Wir empfinden zu deutsch, als daß wir uns in einem Gliedstaate wohl befinden könnten, der, wie er sich auch gestalten mag, seine Orientierung nach Westen suchen und immer abhängig sein wird von den internationalen Einflüssen der römischen Kurie.

Und wir fühlen uns jetzt, in der Stunde der Not, mit dem preußischen Staate erst recht zusammen geschworen. Wir sagen es offen vor aller Welt: Preußens Leid ist unser Leid, und die Schmach, die man dem ehrlichen preußischen Namen antut, treibt uns die Schamröte ins Gesicht. Wir empfinden es als würdelos, jetzt über das Preußentum zu schelten und insbesondere so zu tun, als seien die Rheinländer je und je von Preußen vergewaltigt worden und als ob sie den Tag segneten, daß sie los kämen aus der „stammesfremden" preußischen Knechtschaft....

Wir bekennen, daß wir stolz darauf waren und sind, Preußen zu sein. Wir glauben, daß der altpreußische Geist gewissenhafter Pflichttreue, des redlichen Ernstes und der straffen Zucht uns Rheinländern zum Segen geworden ist. Der Verbindung von preußisch-norddeutscher und rheinischer Art ist der geistige und wirtschaftliche Aufstieg unserer Provinz zu danken; erst unter preußischer Herrschaft und Verwaltung hat sich der Begriff Rheinlands als einer wirtschaftlichen und kulturellen Einheit gebildet.

Wir vergessen nicht, daß Preußen die Rheinlande aus der zersplitterten Kleinstaaterei geistlicher Fürstentümer zusammengefaßt und die ihm seit 1815 anvertraute Wacht am Rhein für deutsche Art, für Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden in Treue gehalten hat; über 100 Jahre lang betrat seitdem kein Feindesfuß das deutsche Land. . . .

Die Evangelischen im Rheinland, die Altansässigen nicht minder wie die Zugewanderten, erheben laut ihre Stimme für den ungeschmälerten Fortbestand Preußens. Weil wir Deutsche bleiben und dem unglücklichen schwerverleumdeten Staate Friedrichs des Großen und Wilhelms I. auch in bösen Tagen die Treue halten, die er in guten Tagen um uns verdient hat. Sollte aber, was Gott verhüten möge, der Zerfall Preußens unaufhaltsam sein, so verlangen wir eine solche Neuordnung der Dinge, welche die Provinzen und Glieder straff mit der überragenden Zentralgewalt des Deutschen Reiches verbindet. Wir wollen alle Lasten unseres unglücklichen Vaterlandes mittragen, wir sind bereit, für die Einheit Deutschlands jedes Opfer zu bringen, wir wollen aber nicht **die** Opfer sein in einer Rheinischen Republik.

Der Vorstand des Rheinischen Hauptvereins
des Evangelischen Bundes.
J. A.: Pfarrer D. Kremers, 1. Vors., Pfarrer Niemöller, 2. Vors.,
Fabrikant Friedrich Wachs, Schatzmeister."

Dieser Erklärung schlossen sich so gut wie alle Organisationen des ev. Kirchenlebens im Rheinland [16a]) an. In den nicht knechtisch an das Zentrum gebundenen katholischen Kreisen der Provinz wurde sie als ein erlösendes Wort begrüßt.

Wie schmählich muten gegenüber dieser Entschließung die folgenden Sätze aus der Kaas'schen Hetzschrift „Los von Berlin" an:

„Preußen kann uns an idealen Gütern nichts mehr bieten; es hat seinen Schatz verschleudert und ist gänzlich verarmt. Aber wir können nicht helfen. Wir könnten nur mit Großpreußen zusammenstehen und zugrunde gehen. Das wäre jedoch ein schweres Vergehen gegen Liebe und Treue zum eigenen Volksstamm, und deshalb besteht für uns keine Wahl, wir müssen den durch den Zwang der Verhältnisse vorgeschriebenen Weg der Trennung von Preußen gehen, um für uns und auch für Preußen zu retten, was noch zu retten ist.... Das freie Rheinland wird ein Hort für Kultur, Kirche und christliche Schule werden."

„Wir wollen", so heißt es in dieser Schmähschrift weiter, „den preußischen Militär- und Beamtengeist, der unserer Volksseele fremd ist, aus dem Lande verbannen... Berlin muß entthront werden; es kann im Interesse der Staatsautorität und der Ordnung nicht einmal Reichshauptstadt bleiben. ... Die Rheinländer wollen sich nicht länger von Berlin beherrschen lassen, sie wollen einen eigenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zentralpunkt, um ihre idealen und realen Güter vor

---

[16a]) Die evangelisch-theologische Fakultät an der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn, — Der Rheinische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung mit 33 Zweigvereinen, — Der Rheinische Provinzial-Ausschuß für Innere Mission, — Die Rheinische Missionsgesellschaft zu Barmen mit 36 Zweigvereinen, — Der evangelisch-protestantische Missionsverein mit 27 Zweigvereinen, — Die rheinischen evangelischen Arbeitervereine, — Der Westdeutsche Jünglingsbund mit 237 Vereinen, — Der Rheinisch-westfälische Landesverband des Bundes deutscher Jugendvereine mit 36 Jungen-, 16 Mädchenvereinen, — Der Verband rheinischer Ortsgruppen des Deutsch-evangelischen Frauenbundes mit 16 Ortsgruppen und 6 angeschlossenen Vereinen, — Der evangelische Verband für die weibliche Jugend Rheinlands mit 500 Vereinen, — Der Rheinisch-westfälische Diakonieverein, — Die Frauenhilfe des evangelischen kirchlichen Hülfsvereins im Rheinlande mit 493 Vereinen. —

Ferner: 535 Presbyterien bzw. 323 größere Gemeindevertretungen, 7.3 evangelische Pfarrer, 633 evangelische Vereine in der Provinz.

dem Moloch Berlin zu retten..." Kaas läßt durch Raimund Faust in der Schrift dann die Errichtung eines Rheinisch-Westfälischen Bundesstaates, in den auch die Pfalz und andere Gebiete einbezogen werden sollen, fordern. Was will es besagen, wenn er dabei von einem „Anschluß" an das Deutsche Reich spricht? Will er doch, „daß die Bundesstaaten des neuen Deutschen Reichs neben den Kulturaufgaben **auch die Militär- und Finanzhoheit für sich in Anspruch nehmen."** Kultur-, Militär- und Finanzhoheit des „freien" Rheinlands unter fremder, überwiegend französischer Besatzung!

Aber es kommt noch viel toller. „Das Herz des Rheinländers war nie bei Preußen und schlug noch viel weniger für Berlin; das Herz gehörte ganz und ausschließlich der schönen rheinischen Heimat und dem deutschen Vaterlande... Herz und Verstand lehnen Preußen und Berlin in gleicher Weise ab; der Rheinländer will fort von Preußen, fort von Berlin, und dieser Drang ist so stark, daß er **auch für den Reichsgedanken eine Gefahr wird.** Gewiß, die Franzosen haben uns kulturell und wirtschaftlich noch weniger zu bieten als Preußen, völkisch stehen sie uns ganz fremd gegenüber: Franzose will der Rheinländer keineswegs werden, freilich auch nicht Preuße bleiben. Aus diesem Dilemma führt nur ein Weg, die Bildung eines freien Staatswesens im Anschluß an das Deutsche Reich. Wird dieser Weg versperrt, und zwar durch Preußen-Deutschland versperrt, so leidet der deutsche Gedanke große Not, die Liebe zum Vaterlande verwandelt sich in Gleichgültigkeit, vielleicht in Abneigung oder Schlimmeres. **Darum darf der Rheinländer nicht vor die Wahl zwischen Preußen und Frankreich gestellt werden, es wäre ein Unglück für den deutschen Gedanken am Rhein."**

Heißt das etwas anderes als: Die Liebe zum Vaterlande in Ehren; aber unser Haß gegen Preußen ist noch größer!?

Unerhört, wie in dieser Schrift für hochverräterische Pläne auf die Bajonette der Entente vertraut wird. „Abwarten heißt aufgeben! Heute ist das Rheinland frei (weil die Entente da ist! D. Verf.) und kann wählen, später, wenn sich die Verhältnisse konsolidiert haben, müßten die Rheinländer revoltieren, um frei (von Preußen d. Verf.) zu werden."

Was vom rechten Rheinufer kommt, sind für diese Trierer Klique nicht Söhne des gemeinsamen deutschen Vaterlandes, es sind Fremde. „Wenn die Rheinländer einmal ihre vaterländischen Feste frei von fremdem Geiste und Zwange in rheinischer Gemütlichkeit unter sich feiern können, dann werden die Wogen des Patriotismus viel höher als bisher, wo bei jeder Feier ein Fremder den Tribut der Anerkennung für das Fremde forderte . . . die Erlösung wird aber erst kommen, wenn das Rheinland frei geworden ist, und wenn rheinische Beamte die Geschicke des Volkes leiten. . . . Insofern Treue die Fortsetzung der Liebe ist, kann von Treue zwischen Rheinland und Preußen überhaupt nicht die Rede sein. Geliebt haben sich diese beiden Volksstämme (!! D. Vf.) niemals. Aber die Treue wirkt auch in der Erfüllung der Pflicht. Eine solche besteht aber nicht von Stamm zu Stamm. . . . Die Volksseele ist dem Preußentum fremd geblieben. Hundert Jahre haben hohe

und mittlere preußische Beamte die Rheinlande regiert; ihre Regierung wurde von vielen als **Fremdherrschaft** empfunden." (!)

Was kümmert es jene Clique in Trier, was aus dem seiner wichtigsten Hoheitsrechte im größten Teile Deutschlands beraubten, kriegsgeschwächten Reiche werde? Mit unglaublicher Kälte läßt Kaas durch Faust den Rheinländern vorrechnen, wie viel sie an materiellen Vorteilen haben werden, wenn sie es ablehnen, an den Lasten Preußens fernerhin teilzunehmen. Ruhig will er Preußen im Stich lassen. „Inzwischen", so höhnt er, „ist im Osten die berühmte altpreußische Sparsamkeit in etwa abhanden gekommen. Darum wollen ja die Rheinlande nicht mehr mitmachen. . . . Altpreußen ist in hundert Jahren reich geworden, und wenn seine Sparsamkeit durch die Trennung zu neuem Ruhme führt, so ist das nur vorteilhaft."

So, das sind einige Proben von dem Geist, der in den schwersten Zeiten Deutschlands das Haus der Paulinus-Druckerei und der „Trierischen Landeszeitung" beherrschte. Die Persönlichkeit aber, die in diesem Hause den politischen Ton angab, **war der Prälat Dr. Kaas, der spätere Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei.**

*

Dies giftige Pamphlet ist spätestens Anfang Dezember 1918 druckfertig geworden; denn es kennt noch eine Nationalliberale Partei und nicht deren Nachfolgerin, die Deutsche Volkspartei. Die Hetzschrift wird in der Diözese Trier den Genossenschaften des Trierischen Bauernvereins zum Vertrieb übergeben und mit den örtlichen Spar- und Darlehnskassen des Bezirks verrechnet. Der Klerus, der im Trierer Bauernverein herrscht, bedient sich dieser mächtigen Organisationen, in denen er direkt und indirekt die maßgebende Rolle spielt. Man scheut sich sogar nicht, die mit der Hetzschrift zusammenhängenden Geschäfte durch die Bücher des Bauernvereins laufen zu lassen. Aber in diesen Büchern erscheint als Lieferant der Schrift nicht etwa der Verlag der Paulinus-Druckerei, auch nicht Faust, der angebliche Verfasser der Schrift, oder gar Dr. Kaas, der wirkliche Verfasser. Oh nein, ein gänzlich Ahnungsloser muß seinen Namen für das Konto „Los von Berlin" hergeben. Es ist der Bote der Landesgenossenschaftsbank Trier, Peter Pauli. Das ist kein Scherz. Das wird auf Abb. 17 bewiesen durch Photographien zweier Seiten aus dem Revisionsbericht der deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Berlin, vom Jahre 1933.

*

Hochverrat schon während des Krieges

Die wirtschaftlichen und statistischen Ausführungen der Schandschrift „Los von Berlin!" bedurften umfangreicher Vorarbeiten. Es ist ausgeschlossen, daß dieses Material in den wenigen Tagen von der Novemberrevolte bis zum Dezemberanfang 1918 zusammengestellt worden ist. Die rheinische Abfallbewegung war also, was nicht nur hierdurch bewiesen wird, schon vor November 1918 lebendig. Ihre Geburt liegt spätestens im Oktober, wenn nicht gar, wie der Separatistenführer Marzen aus Trier — jetzt in Metz — behauptet, schon im September 1918.

... Treuhand - Aktiengesellschaft, Berlin

- 60 -

Diese Summe wurde — nicht beim Revisionsverband, sondern — bei der Rheinischen Raiffeisenbank Koblenz auf dem Konto "Raiffeisen Gemeinschaft" vereinnahmt und steht heute noch bei der Genossenschaftlichen Zentralbank auf einem gleichnamigen Konto zuzüglich der inzwischen gutgeschriebenen Zinsen. Zum 31.12.1932 beträgt der Fonds RM 100 507,-.

Konto: "Los von Berlin!"

Das bei der Landesgenossenschaftsbank, Trier, unter "Deposition" (A) geführte Konto trägt die Bezeichnung: "Pauli, Peter, Konto: Los von Berlin!, Trier". Peter Pauli war 1919 Bote der Bank und steht heute noch als Hausmeister in ihren Diensten. Auf Befragen erklärte uns Herr Pauli, daß er von dem Bestehen des Kontos bisher nichts gewußt habe, daß er seinerzeit lediglich nach Anweisung die von Direktor Faust verfaßte Broschüre zum Versand gebracht habe.

Auf dem Konto sind vom 23.1.1919 bis 3.4.1919

Erlöse verzeichnet von insgesamt			ℳ 5 256,15.
Belastet wurde das Konto für			
Retouren mit		ℳ 67,20	
Vergütungen an Direktor Faust sen.			
3.2.	ℳ 340,-		
21.3.	" 1 000,-	" 1 340,-	
Vergütungen an Direktor Legendre 21.3.		" 500,-	
Vergütungen an Hoppe für Provision (?)	ℳ 210,-		
"Reisespesen	500,-	" 710,-	
Zahlung an Paulinusdruckerei 5.11.		" 2 900,-	" 5 517,20
Der Debetsaldo von			ℳ 261,05

wurde

- 61 -

wurde am 28.9.1921 zu Lasten des Zins- und Provisionskontos ausgebucht.

Die Einnahmen stammen zum größten Teil (ℳ 4 400,-) aus der Belieferung von genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen, z.B.

Zeltingen	ℳ 150,-
Lebach	" 100,-
Püttlingen	" 75,-
Heusweiler	" 50,-
Irsch	" 42,-
Humes	" 40,-
Pachten	" 25,-.

Die Broschüre wurde teils mit einem Stückpreis von ℳ 0,35, teils von ℳ 0,50 berechnet.

Zu bemerken ist, daß zwar der weitaus größte Teil der Aufwendungen (Vergütungen, Reisespesen, Druckkosten etc.) aus einem Aktivsaldo bestritten werden konnte, daß am Ende jedoch ein Verlust von rd. ℳ 260,- verblieb, der von der Landesgenossenschaftsbank getragen wurde. Der tatsächliche Verlust, welcher der Bank durch den Vertrieb der Broschüre in Genossenschaftskreisen erwachsen ist, läßt sich ziffernmäßig nicht mehr genau bestimmen. Es kann unterstellt werden, daß er ℳ 260,- bei weitem überstiegen hat, da für den Bezug der Broschüre eine Reihe von Genossenschaften in Laufender Rechnung belastet wurde, an denen die Bank später größere Verluste erlitten hat, z.B. D.C.V. Püttlingen und Heusweiler.

Pensionsfonds

Abb. 17. Die auf das Konto „Los von Berlin!" bei der Landesgenossenschaftsbank Trier bezüglichen Ausführungen des Revisionsberichtes der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhand-A.-G., Berlin

Man scheute kein Mittel. Schon als noch das feldgraue Heer an den Fronten in blutigen Kämpfen Deutschland verteidigte, bildet sich in Trier eine klerikale Gruppe mit dem Ziel der Zertrümmerung Preußens, des Rückgrates von Deutschland, durch Loslösung der Rheinlande — und gegebenenfalls auch einiger Länder mehr —. In Trier ist, wie wir gesehen haben, Kaas sofort Kandidat für die Nationalversammlung, weil er sich zum Separatismus bekennt. **Er wird Führer der Bewegung.**

*

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff

Am 6. Dezember 1918 geht dem Abgeordneten Trimborn folgendes Telegramm zu:

„Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinstaat in trierischen Landen begrüßen begeistert die Kölner Kundgebung. Sie werden wie seit Monaten an dem erstrebten Ziel weiter arbeiten, Hand in Hand mit Köln."

Also: Seit Monaten arbeiten die Führer der Abfallbewegung in Trier. Wer die Führer waren, haben wir gesehen: Kaas, Legendre, Faust. Seit Monaten! Das sind doch wohl mindestens 2 Monate! Also spätestens seit dem 6. Oktober 1918 unterwühlt man in Trier die Grenzen. Der Vertreter der preußischen Regierung rief im Verfassungsausschuß der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am Vormittag des 19. März 1919 (10. Sitzung S. 9) aus:

„Aber das Schmerzhafteste, was wir Deutsche und wir Preußen erleben, ist, daß jetzt die Ratten anfangen, das Schiff zu verlassen. Denn darauf kommt es bei den Abreißungsbestrebungen hinaus. Man will nicht mehr zu den Kosten dieses armen Landes beisteuern, sondern will seine Rechnung für sich behalten."

Kaas wies am Nachmittag, seine soeben zitierten „metallischen" Ausführungen in seiner Hetzschrift „Los von Berlin" für sich behaltend, jene Worte

„von „„den Ratten, die das Schiff verlassen"" und dem „„metallischen Beigeschmack"" der Bewegung mit Entrüstung zurück." „Sie werden", drohte er, „zu geflügelten Worten werden und im Rheinland ein Echo finden, das dem Zwecke dieser Verhandlungen nicht entspricht!" (aaO. S. 31).

Geschickt fing der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, Dr. Heß, den ihm zugeworfenen Ball auf, rief am 24. 3. 1919 in das Plenum der pr. Landesversammlung (Sten. Ber. Sp. 563):

„Das ist eine unerhörte Beleidigung für Hunderttausende treudeutscher Menschen."

Wie? Hunderttausende treudeutscher Menschen? Gab es so viele Separatisten? Niemals. Die Hunderttausende gingen auf die Straße und demonstrierten gegen jeden Separatismus, auch gegen den so unerhört anmaßend genannten „treudeutschen".

*

Unaufhaltsam und spontan!

Kaas war Staatsrechtler. Ein solcher Mann muß, auch wenn er nur Kirchenrecht lehrt, zu mindest das Recht seines eigenen Staates kennen, muß wissen, wann er den Bestand des Staates, die Verfassung, gefährdet. Freilich, er war nach seiner Meinung „damals noch sehr jung", [17])

[17]) Seine „Jugend" führt er als Entschuldigungsgrund in seiner Zeugenaussage im Prozeß 6 B 3/31 des Amtsgerichts Bernkastel an. Er wurde am 11. 7. 1931 in Trier als Zeuge vernommen. Mit dieser Aussage werden wir uns noch später befassen, weil sie typisch für gewisse Dinge ist. Den gerade wesentlichen Teil zu protokollieren, lehnte nach Angabe eines Prozeßbeteiligten der vernehmende Richter ab. Daher ist gerade dieser — unwahre — Teil nicht vom Zeugeneid umfaßt. Er lautete: „Ich habe auch nach dem Stichtag" (über den wir noch sprechen werden) „nicht mehr mit den Franzosen verhandelt. Die ganzen Loslösungsbestrebungen waren für mich ein pflichtgemäßer Patrouillenritt, um erhebliche Milderungen des Friedensdiktates zu erreichen. Ich habe nach dem Stichtag keinerlei Loslösungsbestrebungen mehr verfolgt. Im übrigen war ich damals noch sehr jung."

war aber immerhin älter als 38 Jahre, also gerade kein Kind mehr, sollte ja auch als künftiger Abgeordneter über die Geschicke Deutschlands mit entscheiden. Er war also in jeder Beziehung für das verantwortlich, was er tat, wußte auch, was es bedeutete, wenn er wieder und wieder mit Selbsthilfe des — von ihm entdeckten — rheinischen Volkes oder „der Völker am Rhein" drohte. Zum Beispiel (nach Nr. 16 der „Koblenzer Volkszeitung" vom 15. 1. 1919 in einer Zentrumsversammlung zu Koblenz) so:

„Neben der Einheitlichkeit des Deutschen Reiches hat aber auch die bundesstaatliche Gliederung ihre Berechtigung. Wie sie erfolgen wird, darüber überlassen wir die Entscheidung der Nationalversammlung, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse uns zur Selbsthilfe zwingen."

Zwei Wochen später, am 29. 1. 1919, drahtete er aus Trier (nach Nr. 25 B der „Trierischen Landeszeitung" vom 1. Februar 1919 und Nr. 86 der „Kölnischen Volkszeitung" vom 31. Januar 1919) mit Faust und Legendre, sowie dem Zechgenossen froher Separatistenkränzchen Baden-Meunier, an Dr. Jörg, den Generalsekretär der Zentrumspartei in Köln, späteren Landrat in M.-Gladbach:

„Die Entscheidung in Frage Freies Rheinland ist dringend. Die Ereignisse hemmen sonst die freie Entschließung."

In der Nachmittagssitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung von 19. 3. 1919 rief er aus:

„Das rheinische Volk wartet mit Ungeduld darauf, daß von der Nationalversammlung aus etwas zu Gunsten der Bevölkerung geschieht. Wenn hier nicht wenigstens die legale Möglichkeit für die spätere Entwicklung der rheinischen Wünsche geschaffen wird, dann besteht die Gefahr spontaner Entladungen des Volkswillens, die zumal im gegenwärtigen Augenblick aus außenpolitischen Gründen unerwünscht sein müssen."

Seine Drohungen hören nicht auf. Als schon längst nicht mehr ein Zehngebote-Hoffmann-Kultusminister und Berliner Spartakiaden bequeme separatistische Vorwände waren, am 22. Juli 1919 sagte er in der Verfassunggebenden Nationalversammlung:

„Es gibt heute nur eine Wahl, entweder Sie bieten die Hand zu einer legalen Verwirklichung der rheinischen Wünsche, oder Sie schaffen die unmittelbare Gefahr explosiver Entladungen des Volkswillens, die im gegenwärtigen Augenblick zu unübersehbaren Folgen führen könnten."

Waren das Drohungen? Oder sollten es nur Warnungen, Kassandrarufe sein? Jene sog. rheinischen Patrioten, in unserem Sprachgebrauch Separatisten, waren ja immer nur „besorgt" um das Wohl des Landes, treudeutsch im Sinne von Heß, Kaas, Trimborn. Ob Drohungen, ob Warnungen, die Worte von Kaas erinnern verteufelt an Matthes, der erst 1923 als Separatistenführer hervortrat und als solcher nach glaubhaften Angaben ein festes Monatsgehalt von 1 200 ffrs., später 1 500 ffrs. von den Franzosen erhielt. Als Matthes die Errichtung der provisorischen Regierung der rheinischen Republik dem Präsidenten der Interalliierten Ober-Kommission für das Rheinland, Tirard, anzeigte, gebrauchte er die Worte „Unaufhaltsam und spontan ist die rheinische Bewegung an verschiedenen Stellen im besetzten Gebiet zur Tat übergegangen."

Man erkennt die große Linie von Kaas bis Matthes Es sind dieselben Gedanken, sogar die gleichen Worte.

Explosive Entladungen des Volkswillens? Das Volk ging am 27. und 28. Mai 1919 auf die Straße, trat in Köln, Koblenz, Mainz gegen die Loslösungsbestrebungen in den Ausstand, verkündete in Wiesbaden am 2. Juni 1919 den Generalstreik und verjagte Dorten, sowie seine Mitarbeiter, die nur die „Tat der Gedanken" von Kaas, Adenauer und Genossen waren, aus dem Regierungsgebäude. Das Volk hat nie, auch nicht spontan, die Rheinlandrepublik gewollt; das Volk hat sie immer abgelehnt. Geistliche, die eine Hetzbroschüre gegen Preußen vertreiben, Führer des Trierer Bauernvereins, von denen die Bauern in der Eifel nicht wußten, was sie trieben, Zentrumsversammlungen, Kleriker von Trier, das ist noch lange nicht das Volk.

*

Trierer Depeschen

Am 6. Dezember 1918 begrüßte Kaas telegraphisch „mit Begeisterung" jene Kölner Versammlung, mit der nach außenhin die separatistischen Bestrebungen am Rhein sichtbar wurden.

„Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinstaat in trierischen Landen begrüßen begeistert die Kölner Kundgebung. Sie werden wie seit Monaten an dem erstrebten Ziel weiter arbeiten, Hand in Hand mit Köln."

Am 29. Januar 1919 drahteten Kaas, Baden, die drei Rechtsanwälte Berend, Wobido und Dr. Bruening, die Direktoren Faust, Hauer, Jacobi, Legendre, Meinen, Pfarrer Dr. Schaefer, Prof. Dr. Theis, Dr. Weber, Dr. Willems dem Sekretär der Kölner Zentrumspartei Dr. Jörg:

„Die Entscheidung in Frage freies Rheinland ist dringend. Die Ereignisse hemmen sonst freie Entschließung. Trier wünscht Rheinland, Westfalen und eventuell angrenzende Bezirke als Gebiet des freien Rhein-Staates. Die zugehörigen Stämme sollen selbständig entscheiden. Vorwärts!"

Stürmischer und freudetrunken aber war die Begeisterung des Prälaten um den 10. März 1919. An diesem Tag hatte in Köln die oben erwähnte ab 6. März durch Dorten vorbereitete Kasinoversammlung stattgefunden. Kaas drahtete wiederum an Trimborn, wiederum mit Theis, Baden und mit anderen:

Der rheinischen Republik senden vom Moselstrande begeisterte Grüße Trierer Bürger aller Stände!
J. A. Franz Schmidt, Lederfabrikant, Trier
& Frau Agnes geb Dommergue / Fischel
Knabe, Prof. Dr. Kaas, Baden, Biehl
, Prof. Dr. Theis
Schmidt
George Dard — Madeleine Baden

Das Telegramm trägt die Unterschrift von Kaas. Ueber wenige Dinge ist in der deutschen Nachkriegspolitik mehr gestritten worden, als über dieses Telegramm. Das Original befand sich in einem Durchschreibheft des Lederfabrikanten Franz Schmidt in Trier, das noch **acht** ähnliche Drahtungen enthält. Die erste Veröffentlichung des März-Telegramms erfolgte am 10. September 1930 in dem nationalsozialistischen „Koblenzer Nationalblatt" unter der ausdrücklichen Mitteilung, daß es im März 1919 an Trimborn in Köln gerichtet worden sei. Bekanntlich war Trimborn nach außenhin die führende Persönlichkeit in Sachen der Rheinland-Republik.

Kaas antwortete am gleichen Tag in einer Trierer Zentrumsversammlung. Die Nationalsozialisten hätten das Telegramm aus „Müllbeständen" herausgegraben; (etwas heftig! Es stammte immerhin aus dem Besitz seines Freundes Schmidt, bei dem er gern zu Gaste gewesen war!). Dann Kaas weiter: Er wisse nicht mehr, an welchem Tag das Telegramm abgeschickt worden sei, es sei im Dezember 1918 gewesen.

Nicht ganz zutreffend, Herr Kaas! Es gab auch ein Dezember-telegramm an Trimborn. Nur lautete es wesentlich anders, wenngleich auch da Ihre begeisterten Grüße zum Ausdruck kamen. Und weshalb diese irrigen Erinnerungen? Sie durften sich des genauen Datums garnicht erinnern. Bewußt mußten Sie das Märztelegramm zurückverlegen in eine Zeit, da die amerikanische Besatzung in Trier gerade begonnen hatte [18]), da die Einberufung einer deutschen und preußischen Nationalversammlung noch nicht feststand, um den Eindruck zu erwecken, als könnten Sie sich mit einem Zustand politischer Ungewißheit rechtfertigen.

Prälat Dr. Kaas hat erst nach 1½ Jahren durch seinen Parteisekretär Köhler in dessen mehrfach erwähnter Schrift zugeben lassen, daß das inkriminierte Telegramm an Trimborn an einem Märzabend 1919 abgesandt worden sei. Kaas war am 7. März in Köln gewesen und kannte die Entschließung, die man dort am 6. März gefaßt hatte. Er wußte, daß diese Entschließung am 10. März der Reichsregierung überreicht werden sollte. In den Tagen nach dem 10. März mußte er annehmen, die rheinische Republik sei errichtet worden, zumal man in Koblenz noch am 13. März der Entschließung zustimmte. (Es spielt da die Unterbrechung des Eisenbahn- und Nachrichtenverkehrs durch die Besatzung eine große Rolle). Angesichts dieser Sachlage wird man mit unbedingter Sicherheit behaupten dürfen, daß das berüchtigte Telegramm spätestens am 14. März 1919 von Trier nach Köln gesandt wurde. **Es war der Glückwunsch des führenden Trierer Separatistenkreises zur Errichtung des neuen Staates und weiter nichts.** Der Glückwunsch war gerichtet an „die Rheinische Republik" sans phrase Er hatte in dieser Fassung nur einen Sinn, wenn die Trierer Gratulanten die Proklamierung der Rheinischen Republik als bereits erfolgt voraussetzten, das heißt also, wenn der Separatismus sein Ziel schon erreicht hatte. Der Glückwunsch war durchaus an die zuständige in Frage kommende Persönlichkeit gerichtet; denn Trimborn war bereits mehrfach neben anderen Männern als Präsidentschaftskandidat des neuen Staates genannt worden. Zudem war er der Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei, die für die Trierer als Schöpferin des neuen Staates zu betrachten war.

---

[18]) Trier ist am 1. Dezember 1918 durch die Amerikaner besetzt worden.

Das „Koblenzer Nationalblatt“ gab also mit Recht seiner damaligen Enthüllung die Überschrift „Zentrums-Kaas gratuliert der „Rheinischen Republik.“

Rätselhaft ist die Kühnheit, mit der Kaas in der Folgezeit weiterhin mit dem Datum des Telegramms Versteck spielt. Im „Alkohol-König“ ist auf Seite 43 das Trierer Telegramm versehentlich in den November 1918 verlegt worden. Kaas bemächtigte sich mit ersichtlichem Behagen dieses Irrtums. Er ließ das Amtsgericht Berlin-Mitte (siehe Akten 76 G 536/32) im gleichen Irrtum. Die separatistische Bewegung gruppiere sich, so hieß es da, um den Namen Dorten, habe erst im Jahre 1919 eingesetzt und im Jahre 1918 noch garnicht bestanden. Also sei der Vorwurf, den die Verfasser des „Alkohol-Königs“ an die Veröffentlichung des Telegramms aus dem November 1918 knüpften, unberechtigt. Mit wie kluger Berechnung Kaas bei dieser Gelegenheit in Berlin vorging, zeigt sein Verhalten in einem gleichzeitig schwebenden Kölner Verfahren (7 Q 83/32). In Köln wurde, obwohl es sich um das gleiche Buch „Alkohol-König und Prälat“ handelte, das Trierer Telegramm und die gegenüber dem Berliner Amtsgericht so stark unterstrichene Frage, ob Separatismus, ob Autonomismus darin zu erblicken sei, überhaupt nicht erwähnt, sicherlich, weil Herr Kaas wußte, daß er bei den besser unterrichteten Kölner Gerichten mit seinen Deduktionen wenig Glück haben werde.

Das Trierer Märztelegramm wird von Kaas in seiner Trierer Rede vom 10. September 1930 als besonders harmlos bezeichnet, weil es an „Karl Trimborn, der jedem von Ihnen bekannt ist als treudeutscher Mann“, gerichtet sei. Nun, darüber, ob Trimborn damals so treudeutsch war, wie dieses Wort in Nicht-Zentrumskreisen verstanden wird, kann man sehr verschiedener Meinung sein. Dieser Mann war einmal Kaiserlicher Staatssekretär im Reichsamt des Inneren. Ein so hoher Beamter hat immerhin gewisse Pflichten, z. B. Treupflicht zum Staat und Kenntnis seiner Verfassung. Ein Staatssekretär darf nicht so munter, wie es Trimborn getan hat, die Treupflicht zum Staat in eine — staatsrechtlich nicht bestehende — Treupflicht zu einem Fürstenhaus verwandeln und hierdurch schwere Verwirrung bei seinen Zuhörern hervorrufen. Wie rief doch Trimborn am 4. 12. 1918 den Kölnern zu?:

> „Mit der Dynastie der Hohenzollern, der wir durch Eid verpflichtet waren, ist für uns jede rechtliche Verpflichtung, an Preußen festzuhalten, verschwunden. Eine Treuverpflichtung gegenüber dem alten Preußen besteht für uns nicht mehr.“

Das war nicht treudeutsch. Das war nicht einmal deutsch. Das war Separatismus. Das war Verrat an Staat und Volk. Es bedarf bei unseren Lesern keiner besonders tiefgehenden staatsrechtlichen Vorbildung, um zu erkennen, mit welcher von einem Geheimen Justizrat nicht zu überbietenden Verwirrung staatsrechtlicher Begriffe der treudeutsche Herr Trimborn seinen Verrat an Preußen verschleierte.

Schließlich hat Kaas in seiner Trierer Rede vom 10. September 1930 zwei Dinge so vollendet durcheinander geworfen, wie es nur ein Zentrums-Politiker kann. Geschickt erweckte er den Eindruck bei seinen Hörern, als habe zur Zeit der Absendung jenes Telegramms schon der berüchtigte Art. 18 der Weimarer Verfassung bestanden, der eine gesetzmäßige Regelung für etwaigen Separatismus vorsieht. Die Reichsverfassung trägt

das Datum vom 11. 8. 1919 und ist am 14. 8. 1919 in Kraft getreten. Das Separatistentelegramm datiert aber spätestens vom 14. 3. 1919 und das erste sogar vom 6. 12. 1918. Aber hören wir ihn selbst:

> „Es verlohnt sich nicht, sich mit diesen Leuten (gemeint sind die Nationalsozialisten, d. Verf.), auseinanderzusetzen, denn mit konstanter Boshaftigkeit, gegen die es nun einmal kein Rezept gibt, versuchen sie eine Brücke zu schlagen zwischen Legalem und Illegalem, zwischen dem, was in der Reichsverfassung in Artikel 18 vorgesehen war, und zwischen dem, was später verbrecherische Hände aus der Rheinlandbewegung machten."

Es liegt System in solcher Geschichtsdarstellung.[19]) In dem nicht protokollierten Teil seiner Zeugenaussage vom 11. Juli 1931 heißt es:

> „Die Loslösungsbestrebung des Jahres 1919 fußt auf dem Art. 18 der Reichsverfassung und war daher nicht als separatistisch anzusehen."

Er verschwieg dabei, daß er selber, der hochwürdige Herr Kaas, noch bis zum 22. Oktober 1923 mit den Franzosen für die Errichtung einer selbständigen Republik gearbeitet hat. Wir werden das noch sehen.

*

General Mangin

Am 24. Mai 1919 überraschte die „Rheinische Zeitung" in Nr. 117 die deutsche Oeffentlichkeit mit einem Artikel „Alarm".

Was war geschehen?

Am 7. Mai hatte Clemenceau dem Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles die Friedensbedingungen überreicht und Frist zur Beantwortung auf den 21. Mai gesetzt. Keine Silbe darin von einer Annektion der Rheinlande oder der Pfalz, auch nicht von einem Pufferstaat mit Zollgrenze gegen das Reich. Die Felle der Separatisten schienen wegzuschwimmen.

Am selben Tag verhandelt der französische General Mangin in Aachen mit dem in der Kölner Kasinoversammlung am 10. März gewählten Ausschuß (Dorten-Ausschuß). Mangin wird dahin unterrichtet, die rheinische Republik sei so gut wie fertig; es sei am richtigsten, wenn die Proklamierung in Aachen stattfände. Mangin verweist den Ausschuß an Dorten als an den in der Kasinoversammlung gewählten „Ersten Bevollmächtigten".

Seit dem 10. Mai waren die Friedensbedingungen in ganz Deutschland bekannt.

Am **16. Mai** trafen die Zentrumsabgeordneten Oberpfarrer Kastert und Studienrat Dr. Kuckhoff, jene uns schon bekannten Privatpolitiker, in der Villa von Dorten, Wiesbaden, Hildastraße 14, ein.

---

[19]) System! In der Festschrift der „Trierischen Landeszeitung" zur Befreiung der Rheinlande (1918—1930 Trier und das Trierer Land in der Besatzungszeit) findet sich eine ähnliche Geschichtskorrektur im Kreis um Kaas, der der Schrift ein pathetisches Vorwort liefert! S. 110 druckt man — zur Reinwaschung des Kaas'schen Separatismus der Jahre 1918/19 — eine Bekanntmachung der Dortenregierung vom Juni 1919 unter dem falschen Datum des Oktobers 1923 ab!!!

Am **17. Mai** verhandelten sie, wie bekannt, mit Dorten, seinem späteren Minister Klingelschmitt, dem Oberpostkassenbuchhalter Dahlen und Justizrat Eckermann von 3 bis 7 Uhr nachmittags mit dem französischen General Mangin in Mainz über das Thema: Rheinstaat. Später kam noch der Chefredakteur Salm aus Aachen nach. Es waren also bei dem Franzosen versammelt die Führer des Wiesbadener Staatsstreichs vom 1. Juni 1919 und die Führer des in Köln gebildeten Dorten-Ausschusses, der seinen Sitz nach Aachen verlegt hatte. Die Umgebung von Mangin bildeten bei dieser Unterredung sein Adjutant, der Aachener französische Zensuroffizier Rostand und der Ordonnanzoffizier Mangins, Lieutenant Clarac.

Am **21. Mai** trifft Kaas auf dringende Drahtung des Rechtsanwalts Loenartz (Führers des Koblenzer Zentrums) in Koblenz ein und wird von ihm genau über den Mainzer Fall unterrichtet. Und Kaas stimmt ihm vollkommen zu, daß nur „eine Gründung der Westdeutschen Republik als Gliedstaates des Deutschen Reiches im Einverständnis mit der Reichsregierung" in Frage komme.

Am **23. Mai** erfährt die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung von der Extratour ihrer beiden Mitglieder Kastert und Kuckhoff. In schärfster Form nimmt die Fraktion gegen die Beiden Stellung, „mißbilligt das Vorgehen auf das Entschiedenste".

Am **24. Mai** klärt die „Rheinische Zeitung" in Köln mit ihrem vorerwähnten Artikel „Alarm" die Oeffentlichkeit über die Mainzer Reise auf.

Am **26. Mai** folgt in dem gleichen Blatt ein Leitauffsatz „Die neue Sonderbündelei".

Am **27. Mai** verkündigt der alte Zentrumskämpe Herold der preußischen Nationalversammlung in feierlicher Form den am 23. Mai von seiner Fraktion gefaßten Beschluß gegen Kastert und Kuckhoff.

Am Nachmittag des gleichen 27. Mai, zur gleichen Stunde, als Herold in Berlin den Bannfluch gegen Kastert und Kuckhoff, d. h. gegen Dorten-Mangin schleudert, sitzt im Wintergarten der Dortenschen Villa zu Wiesbaden der Staatsrechtler vom Trierer Priesterseminar, der Zentrumsabgeordnete Prof. Dr. Kaas, mit seinem Fraktionskollegen Allekotte, um mit Dorten über dasselbe Thema zu verhandeln, um dessentwillen die Verfemten, Kastert und Kuckhoff, ihre Reise nach Wiesbaden und Mainz unternahmen. Und erklärt sich bereit, nach Aachen zur Proklamierung der Rheinischen Republik zu kommen.

Am **28. Mai** warnt die Reichsregierung in allen Zeitungen vor Loslösungsbestrebungen und nennt das Köln-Wiesbaden-Mainzer Unternehmen unter Hinweis auf § 81 des Strafgesetzbuches Hochverrat.

Am gleichen Tage bricht in der preußischen Nationalversammlung ein Sturm beispielloser Entrüstung über die Mainzer Pilger vom 17. Mai los. Das Zentrum macht Einschränkungen, läßt aber Kastert und Kuckhoff erneut fallen. Kein Mensch im Hohen Hause (außerhalb des Zentrums) ahnt, daß 24 Stunden vorher der Abgeordnete Kaas bei Dorten zu Besuch war, 10 Tage nachdem Kastert und Kuckhoff dort waren, 4 Tage nachdem Kastert und Kuckhoff von ihrer Fraktion verfemt waren, 3 Tage, nachdem die „Rheinische Zeitung" Alarm geschlagen hatte.

Wahrscheinlich nie hat eine parlamentarische Fraktion ein so falsches Spiel getrieben. Oder, wenn nicht, sicher hat dann niemals ein Abgeordneter mit einer Fraktion seiner Partei so gespielt, wie das der Prälat Kaas am 27. Mai 1919 tat, der zum Dank dafür nicht lange danach zum Führer dieser Partei berufen wurde. Nie werden die Männer, die damals das Zentrum führten, den ungeheuerlichen Zwiespalt überbrücken können, der zwischen den patriotischen Beteuerungen in der preußischen Landesversammlung und der Verfemung von Kastert und Kuckhoff einerseits, dem gleichzeitigen Besuch von Kaas bei Dorten andererseits klafft. Sie wußten, wie das Nachfolgende ergibt, um den Besuch in Wiesbaden und haben doch den Prälaten Kaas zu ihrem Führer gemacht. Sie haben denn auch geschwiegen, als der Verleger dieser Schrift das zwiespaltige Verhalten einer teuflischen politischen Gerissenheit am 30. Juli 1932 in Nr. 353 der „Berliner Börsenzeitung" bloßgelegt hatte.

Am **30. Mai** erhält Dorten von Dr. Wülk in der Pfalz telefonisch Kaas hatte zur Proklamation zu kommen fest zugesagt. Sie unterbleibt auf Intervention der Belgier.

Am **31. Mai** nachts entwirft Dorten beim französischen General Mangin zu Mainz die Proklamation für die Errichtung des Rheinstaates.

Am **1. Juni** proklamiert Dorten.

*

Kaas und Dorten

Seit Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg, damals Vorsitzender des rheinischen Provinziallandtages, seit 10. November 1923 Reichsminister des Innern und Vizekanzler, im März 1925 Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten, in einem Kölner Prozeß am 21. 1. 1928 als Zeuge infolge fehlerhafter Fragestellung durch das Gericht darüber votiert hatte, von wann an der Separatismus „verbrecherisch" gewesen sei, ist es in Veröffentlichungen der Presse und auch in Gerichtsurteilen Mode geworden, die Loslösungsbestrebungen bis zum 31. 5. 1919 als erlaubt, ab 1. 6. 1919 als unerlaubt anzusehen. Wir werden nachweisen, daß diese Mode verwerflich ist und es niemals auch nur den geringsten Unterschied zwischen verbrecherischem und erlaubtem Separatismus gegeben hat.

Ueber den Besuch von Kaas bei Dorten ist bisher mit Ausnahme einer kurzen Notiz von Klingelschmitt in seiner auf Veranlassung des Leiters der Abwehr für das Reichsgericht verfaßten Gesamtdarstellung (abgedruckt bei Rhenanus S. 32) nur eine ausführlichere Darstellung bekannt geworden, die der Parteisekretär des Prälaten, Köhler, auf S. 26/29

seiner Schrift „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein" gibt. Sie ist falsch. Wir bringen sie zunächst im vollen Wortlaut:

Die Wiesbadener Besprechung. [20])

„Im Mai 1919 fand sich eines Tages der Studienrat **Claus Krämer** aus Wiesbaden in Trier ein und suchte seinen früheren Studiengenossen Professor Dr. Theis vom Bischöflichen Priesterseminar auf. Kurze Zeit vorher waren die unerhört harten Friedensbedingungen bekannt geworden. Krämer machte nun Dr. Theis die Mitteilung, daß bei Schaffung einer rheinischen Republik **im Rahmen des Deutschen Reiches** wesentliche Milderungen der Friedensbedingungen erreicht werden könnten; u. a. Verbleiben des Saargebietes beim Reich, weil es zu der rheinischen Republik geschlagen werden würde, ebenso Rettung von Eupen-Malmedy, das im Rahmen der rheinischen Republik ebenfalls beim Reiche bleiben werde, außerdem Verkürzung der Besatzungszeit und weitgehende Milderung der Reparationsforderungen. Zur Erörterung dieser Möglichkeiten und ihrer Ausnützung werde in Wiesbaden eine Besprechung stattfinden. An dieser Besprechung würden auch „Herren aus **Berlin**" teilnehmen. Krämer ersuchte Professor Theis um Vermittlung, daß auch Professor Dr. Kaas nach Wiesbaden kommen möge.

Professor Kaas fand sich nach längerem Zögern hierzu bereit und entschloß sich, seinen Fraktionskollegen Allekotte als Zeugen mitzunehmen. Es ging den beiden Abgeordneten darum, einmal positiv die etwa vorhandenen Möglichkeiten für eine Milderung der Friedensbedingungen festzustellen.

In Wiesbaden (am 27. Mai) angekommen, suchten die beiden Abgeordneten die Wohnung von Krämer auf. Dieser machte ihnen die Mitteilung, daß die Kollektivbesprechung nicht stattfinde, und fragte, ob sie denn nicht, da sie nun einmal in Wiesbaden seien, mitgehen wollten zu Dr. Dorten, um sich zu unterrichten. Da zu jener Zeit für unvaterländische Ziele Dortens noch keine stichhaltigen Beweise vorlagen und es auf jeden Fall wertvoll schien, sowohl zu erfahren, was Dorten zu den Möglichkeiten einer Milderung der Friedensbedingungen zu sagen hatte (denn Krämer hatte sich auf ihn berufen), als auch einmal Dortens Pläne kennen zu lernen, gingen die beiden Abgeordneten mit in Dortens Wohnung, wo sie auch Klingelschmitt anwesend fanden. Die Abgeordneten eröffneten Dorten als Erstes, daß sie lediglich zur Information kämen und einmal wissen möchten, was er für Pläne habe, sie selbst seien Vertreter des Abstimmungsgedankens.

Dorten legte allen Nachdruck darauf, daß für ihn als ehemaligen Offizier selbstverständlich das gesamtdeutsche Interesse allein maßgebend sei. Aber es müsse schnell gehandelt werden, wenn man den Abschluß der Friedensverhandlungen noch beeinflussen und die in Aussicht stehenden Milderungen erreichen wolle. Dr. Kaas fragte darauf, wie Dorten sich denn ein „schnelles Handeln" denke ohne die gewählten Vertreter des Rheinlandes. Auf diese Frage antwortete Klingelschmitt: „Nicht die gewählten, sondern die auserwählten Vertreter des Rheinlandes haben in dieser Frage zu entscheiden." Dorten aber erbat sich von Kaas die Namen solcher Zentrumsvertreter, die er ebenfalls informieren könne. Dr. Kaas schrieb die Namen folgender Herren auf: Stegemann, Koßmann, Wieber, Schauermann, Ollmert, Neyses, Astor. Von diesen Herren waren drei — Stegemann, Koßmann und Ollmert — aus dem Saargebiet. Man ersieht daraus, welches Gewicht Kaas darauf legte, daß auf dem Wege über einen rheinischen Bundesstaat **das Saargebiet dem Deutschen Reiche erhalten bleibe.** Von den übrigen vier Herren war der christliche Arbeiterführer Wieber eher ein Gegner des rheinischen Bundesstaates. Daß Dr. Kaas seinen Namen mit aufschrieb, besagt schon an sich genug.

Die Einladung Dortens, mitzukommen zu General Mangin, damit dieser sie über die Konzessionen unterrichten könne, die Frankreich bei Errichtung eines rheinischen Bundesstaates machen werde, **lehnten die beiden Abgeordneten** von vornherein und ganz entschieden ab, da es sich hier um eine deutsche Frage handele, über die Verhandlungen mit dem Auslande zu führen, allein Sache

---

[20]) Der Abdruck erfolgt hier unter Weglassung der Köhlerschen Anmerkungen. Von Köhler veranlaßte Fettdrucke sind nach dem Original wiedergegeben.



Abb. 18. Bild Dortens (Cabinett-Format) mit Widmung an den französischen Oberst Denvigne.

der Reichsregierung sei. Die beiden Abgeordneten richteten es so ein, daß bald nach dieser Einladung Dortens die Besprechung ihr Ende fand.

Aus dem kleinen Notizbuchzettel, auf dem Kaas die erwähnten Namen aufzeichnete und der keine weiteren Bemerkungen von der Hand Dr. Kaas aufweist, hat „Dortens fabelhafte Schwindelkunst“ (S. Rhenanus; der dafür eine Menge Beweise gibt) eine Liste von Leuten gemacht, von denen Kaas ihm gesagt habe, daß er sie für eine Proklamation der rheinischen Republik nach Aachen einladen solle. In Wirklichkeit lud Dorten Kaas und Allekotte für den nächsten Tag zu einer Besprechung nach Aachen ein, wo man eine „Aktion“ vorbereiten werde. Kaas überlegte zunächst, ob er mit noch anderen Abgeordneten hinfahren solle, um zu verhindern, daß Dorten eine Aktion unternehme. Er hielt es schließlich für ausreichend, wenn Abgeordneter Alle-

kotte nach Aachen fahre und gab ihm die Anweisung mit, dafür zu sorgen, daß Dortens Pläne zerschlagen würden. Wörtlich sagte er zu Allekotte nach dessen Zeugnis: „Macht die Geschichte kaputt!"

Abgeordneter Allekotte handelte entsprechend. Auf dem Wege nach Aachen suchte er in Köln die Redaktion der Kölnischen Volkszeitung auf und veranlaßte, daß diese (29. Mai, Nr. 416) vor „Wirrköpfen" und wilden Proklamationen warnte, die für den Himmelfahrtstag geplant seien. In Aachen angekommen, warnte Allekotte Dorten dringend, eine Proklamation einer rheinischen Republik zu unternehmen. Die Teilnahme an einer Besprechung, die Dorten mit seinen Freunden abhielt, lehnte Allekotte ab.

Nachts um halbzwei teilte Dorten Allekotte mit, daß er sich entschlossen habe, von der beabsichtigten Proklamation abzusehen. Zu dieser Zeit war die Nummer der Kölnischen Volkszeitung mit der Warnung bereits seit Stunden in Aachen. Selbst ein so fanatischer und parteienger Gegner der legalen rheinischen Bestrebungen, wie Brüggemann, schreibt in seiner Broschüre („Die rheinische Republik", Bonn 1919, S. 112): „Diese (Proklamation) ist dann aber doch noch **in letzter Stunde unterblieben, weil die Vorstellungen und Beweisgründe derjenigen Kreise obsiegten, die wie die „K. V." berichtete, jedes eigenmächtige Vorgehen privater Gruppen zur Herbeiführung eines rheinischen Freistaates unbedingt verurteilten und eine Lösung des ganzen Problems der Zukunft der Rheinlande nur im Zusammengehen von Regierung und gewählter Volksvertretung für möglich und durchführbar erklärten."**

Mit der Erledigung der Proklamationsabsichten hielt Allekotte mit Recht seine Mission in Aachen für erledigt. Er fuhr am 29. Mai nach Hause und am nächsten Tag nach Berlin, wo er am 31. Mai dem Reichsminister Erzberger in aller Aufrichtigkeit Bericht erstattete. Am Schluß dieses Berichtes dankte Erzberger im Namen des Reichskabinetts Allekotte dafür, daß er dem Vaterlande einen großen Dienst geleistet habe.

Der 1. Juni brachte dann doch noch überraschend die sogenannte „Proklamation" der Dortenschen „Rheinischen Republik" in Wiesbaden, Speyer und Mainz, gegen die das Zentrum alsbald Stellung nahm und als einer der ersten und entschiedensten Professor Kaas, wie noch des näheren bewiesen werden wird."

*

Die Köhlersche Darstellung ist von uns in jeder Hinsicht nachgeprüft worden, durch Anhören derjenigen Zeugen, die wir aufsuchen konnten, nämlich Dr. Klingelschmitt in Mainz und Dr. Dorten in Nizza.

Zugegen waren bei dem Besuch von Kaas außer ihnen noch Dr. Klaus Krämer, dessen Aufenthalt in Holland nicht festzustellen war, und **Allekotte,** dessen beide Aussagen aus einem Frankfurter Prozeß hier zunächst folgen. Freilich: Allekotte erzählt uns gerade das Wesentliche nicht. Seine Aussagen sind bewußt knapp. Weil er als Mittäter das Recht gehabt hätte, seine Aussage zu verweigern? Er ist auf dieses Recht nicht hingewiesen worden.

Allekotte, Vernehmung vom 9. 6. 1932 vor dem Amtsgericht Mülheim-Ruhr:

„Ich kann ohne Unterlagen über meine Tätigkeit in dem Jahr 1919 keine Angaben machen. Ich werde zu Hause meine schriftlichen Unterlagen wie Reisevermerke durchsehen und morgen früh 10 Uhr wieder zum Termin erscheinen, um meine Aussage zu machen."

Nun, was Allekotte in seinen „Reisevermerken usw." festgestellt hatte, war nicht allzuviel. Am folgenden Tag bekundet er vor demselben Gericht:

„Soweit ich mich der hier fraglichen ganzen Angelegenheit erinnern kann, sage ich folgendes aus: Als Mitglied der Nationalversammlung — Zentrum — in Weimar, gewählt im Wahlkreis Koblenz-Trier, habe ich als verantwortlich

Bewußter und deutsch gesinnter Politiker[21]) die Entwicklung im Westen, besonders im Rheinland, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, und mehrfach mit Parteifreunden besonders erörtert, auch, um aufkommende illegale Bestrebungen unterdrücken zu helfen bezw. zu bekämpfen. Aus diesem Grunde bin ich am 27. 5. 1919 (dieser Tag wird es wohl gewesen sein, soweit ich mich heute noch entsinnen kann), in Begleitung meines Parlamentskollegen Kaas nach Mainz gefahren, wo wir auf eine entsprechende Einladung hin zu Dorten gegangen sind, um uns über seine Einstellung und die der Kreise um ihn zu unterrichten. Bei dieser Zusammenkunft habe ich mit Kaas die Ueberzeugung gehabt, daß Dorten die Rheinlandrepublik auf ganz legalem Weg errichten wollte, im andern Fall hätte ich die Unterredung jedenfalls sofort abgebrochen, wie ich auch eine Einladung zu General Mangin abgelehnt habe.

In Fortsetzung dieser Besprechung mit Dorten in Wiesbaden bin ich nach Aachen gefahren, wo ich in der Nacht auf den 29. 5. (Christi Himmelfahrt) im Palast-Hotel mit Dorten längere Unterredungen mit dem Erfolg hatte, daß Dorten von der Proklamierung Abstand nahm. Auch bei dieser Gelegenheit offenbarte Dorten seine Auffassung dahin, eine rheinische Republik im Verbande des Deutschen Reiches zu wollen. Das geht aus dem mir bei dieser Aussprache im Durchdruck[22]) zugestellten Plan eines „Aufrufes an das rheinische Volk" und aus den „Vorbedingungen zur Errichtung einer rheinischen Republik", hervor, die ich jederzeit vorzeigen kann, aber nicht aus der Hand geben will.

Die Gründe für die alsbald kundgewordene Aenderung in Dortens Einstellung kann ich nur vermuten. Jedenfalls habe ich, wie meine engeren Parteifreunde, nach diesen Verhandlungen keine Unterredung und keine Verbindungen mehr mit Dorten gehabt.

Ueber die stattgefundenen Unterredungen mit Dorten in Wiesbaden und in Aachen habe ich der Reichsregierung offen und eingehend Bericht erstattet."

Also: Von dem Zettel mit den 9 Namen der Männer, die in Aachen mitmachen sollten, von denen Köhler nur 7 nennt, von der Zusage des Prälaten, am 29. 5. 1919 nach Aachen zur Proklamierung der rheinischen Republik zu kommen, sagt Allekotte nichts. Hm! Erst in seiner dritten Aussage, am 8. 10. 1932 in Frankfurt, nennt er den Namen desjenigen Reichsministers, dem er berichtet hat. Es ist der Abgeordnete Erzberger. Erzberger ist tot. Die Mitteilung über die Aussage in Wiesbaden lautet („Wiesbadener Zeitung" vom 11. 10. 1932):

„Es wurde dann das frühere Mitglied der Nationalversammlung, Allekotte-Mülheim (Ruhr) vernommen, der angab, Anhänger der Bewegung gewesen zu sein, aber nur so lange, als es darum ging, einen westdeutschen Bundesstaat im Verband des Deutschen Reiches zu gründen. Mit Prälat Kaas zusammen sei er nach Wiesbaden gekommen, um mit Dorten die Fragen zu besprechen. Als er bei Dorten war, habe er durch Dortens Vermittlung eine Einladung zu General Mangin erhalten. Diese Einladung habe er aber abgelehnt. Dorten habe sich durch die Gründung der rheinischen Republik eine günstigere Gestaltung der Friedensbedingungen erhofft. Nach der Unterredung hätten er und Prälat Kaas den Eindruck gehabt, daß Dorten doch nicht der richtige Mann sei. Allekotte erklärte, er habe Erzberger ganz offen über alles, was er wußte, berichtet."

In den uns vorliegenden Handakten jenes Prozesses folgt noch der Zusatz: „Und Erzberger hat mir gedankt."

Erzberger ist tot. —

*

[21]) Merkwürdig, daß alle in der Abfallbewegung tätig gewesenen Herren vom Zentrum diese Versicherung immer an den Anfang stellen oder wenigstens hervorheben. Für einen anständigen Deutschen ist sie entbehrlich.

[22]) Dorten hat den Entwurf erst in der Nacht zum 1. 6. 1919 vor Mangin aufgesetzt. Nur die „Vorbedingungen" lagen früher fest; man kann sie bei Rhenanus s. 29 nachlesen.

Wir lassen als weiteren Bericht den von **Matthes** folgen. Er war zwar nicht Tatzeuge, kannte aber die Akten der Besatzungsbehörden. Er schreibt am 30. 8. 1929 an Vitus Heller in Würzburg:

„Im Mai 1919 wurde der Abgeordnete Kaas von Dr. Dorten in Gegenwart des Herrn Dr. F. Th. Klingelschmitt empfangen. Herr Dr. Dorten hat bei dieser Unterredung seine Ideen und Pläne entwickelt, und Herr Dr. Kaas war damit vollständig einverstanden. Kaas versprach sogar Dr. Dorten, er wolle die Aachener Versammlung am Himmelfahrtstage mit ihm besuchen, in welcher die rheinische Republik proklamiert werden sollte. Dr. Dorten war damals mit der unseligen Militärpolitik des Generals Mangin schon offen belastet, was aber Kaas nicht hinderte, mit ihm den Pakt einzugehen. Schon damals war — nach den Akten bei hohen Besatzungsstellen — die Rede davon, daß Kaas mit einem Bischofsitz im Rheinland belohnt würde, es kämen neue Bistümer zustande, um den deutschen Katholizismus im Westen (mit französischer Hilfe) zu festigen gegen die bolschewistische Welle im unbesetzten Deutschland. Als neue Bistümer sind in den Akten Aachen, Saarbrücken usw. genannt. Kaas machte damals — immer nach der vorbezeichneten Aktenauskunft — mit, weil die Kölner Abgeordneten Oberpfarrer Kastert, Studienrat Kuckhoff, Redakteur Dr. Froberger, wie ja alle damaligen Zentrumsführer und katholischen Geistlichen im Rheinlande mitmachten. Immer Hand in Hand mit der maßgebenden Besatzungsmacht. (General Mangin, Colonel Denvigne, Capitaine Rostand u. a. m.) Als aber am 28. Mai die Reichsregierung öffentlich drohte, sie werde die Dortenschen Bestrebungen (Losreißung der Rheinlande vom preußischen Staat) als Hochverrat unter den § 81 des R. St. G. B. fallen lassen, was mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft würde usw., und infolgedessen 48 Stunden später Kastert und Kuckhoff ihre Mandate niederlegten, zog sich Herr Abgeordneter Kaas zurück und wurde ein Gegner Dr. Dortens. Wie z. B. Herr Dr. Adenauer-Köln, der erst ein Hauptstreiter gegen Preußen unter der Devise „Los von Berlin" war, um darnach rasch zum preußischen Staatsratspräsidenten entwickelt zu werden."

*

Klingelschmitt äußert sich am 1. 7. 1933 wie folgt:

„Ueber den Besuch des damaligen Professors Kaas bei Dr. Dorten kann ich heute nach 14 Jahren nur noch Folgendes sagen:

Ueber die Vorbereitung des Besuches weiß ich nichts. Mir kam er jedenfalls unerwartet, und ich glaube, daß er auch für Dr. Dorten unerwartet gekommen ist; denn ich kann mir nicht denken, daß er sonst auf jede Heranziehung seiner Mitarbeiter aus dem nassauischen Bezirk verzichtet und sich mit meiner zufälligen Anwesenheit begnügt hätte!

An den Vorgang selber erinnere ich mich genau. Die Unterredung fand statt im Wintergarten der Dorten'schen Villa in Wiesbaden. Ich saß Kaas gegenüber, der bequem in eine Sofaecke gelehnt, sich die Dorten'schen Ausführungen anhörte.

Die längere Unterredung verlief in ruhigen Bahnen. Dr. Dorten legte seine Ziele dar: Schaffung eines rheinischen Bundesstaates im Verbande des Deutschen Reiches. (So wie er ja auch am 1. Juli 1919 proklamiert wurde). Der neue Bundesstaat solle ausgerufen werden mit der Forderung, daß eine sofort folgende Volksabstimmung seine Bildung vornehme. Dorten legte dar, warum die Ausrufung dringend sei. Es müsse der Versailler Versammlung der Wille der Rheinländer, nicht einfach über ihre Köpfe hinweg die Bestimmung ihres Zukunftsschicksals zu dulden, deutlich gemacht werden durch eine Kundgebung, an der niemand vorübergehen könne. Eine solche Kundgebung könne nur eine Proklamation sein. Es bestehe Aussicht, daß bei Bildung eines rheinischen Bundesstaates Erleichterungen der Friedensbedingungen zu erwarten seien.

Professor Kaas war mit allem einverstanden. Er wünschte nur die weitgehende Heranziehung der für die Nationalversammlung in den in Betracht kommenden Gebieten gewählten Abgeordneten. Ihre Mitwirkung war auch Dortens Wunsch, der erklärte, er werde, wenn die Sache einmal stehe, gerne zurücktreten. Professor Kaas machte nun auch auf einige Abgeordnete aufmerksam, deren Mitwirkung man annehmen könne. Ich erinnere mich nur

noch daran, daß der Name Neyses fiel. Von einem Vorschlag Dortens, Professor Kaas solle zu Mangin gehen, ist mir nichts erinnerlich. Ebensowenig von Auseinandersetzungen irgendwelcher Art oder einen überstürzten Abbruch der Unterhaltung. Ich habe im Gegenteil nur die Erinnerung, daß die ganze Besprechung ruhig und schlicht verlief. Sie war überhaupt ganz zwanglos, ein reiner Gedankenaustausch ohne irgendwelchen bindenden Charakter. Ich persönlich hatte damals den Eindruck, daß man völlig einig ginge.

Zu der beabsichtigten Proklamation der Rheinischen Republik im Kaisersaal des Rathauses zu Aachen bin ich gleichfalls hingefahren. Unterwegs schlossen sich noch einige Anhänger der Bewegung aus Bingen und anderen Orten an. Dorten selbst war meiner Erinnerung nach einen Tag vorher, also am 28. Mai 1919, von Wiesbaden nach Aachen gefahren. Ich vermute, daß die Bonner Unterredung Dortens mit Froberger und Kuckhoff an diesem Tage, dem 28. Mai, auf der Durchreise Dortens nach Aachen stattgefunden hat.

In Aachen trafen wir die dortigen Anhänger; ferner Dr. Wülk aus Speyer, während von den Abgeordneten, die wir erwartet hatten, niemand außer Herrn Allekotte erschienen war.

Schon von den Aachener Herren erfuhren wir, daß die Belgier der Ausrufung Schwierigkeiten bereiteten. Dies bestätigte dann auch Dr. Dorten, der sowohl mit den belgischen Besatzungsbehörden stundenlang verhandelt wie auch m. W. sich telephonisch an diesem Tage (29. Mai 1919, Himmelfahrtstag) mit den Mainzer Besatzungsbehörden in Verbindung gesetzt hatte.

Von irgendwelcher Einwirkung des Abgeordneten Allekotte auf Dorten oder die anderen Teilnehmer an der Zusammenkunft, die Ausrufung der Rheinischen Republik zu unterlassen, ist mir nichts bekannt. Wir hatten alle den Eindruck, daß die Sache lediglich

- 3 -

am Widerstand der Belgier gescheitert sei.

Von der Behauptung des Abgeordneten Allekotte, die Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen verhindert oder wenigstens in diesem Sinne auf Dorten eingewirkt zu haben, habe ich zu meiner Ueberraschung erst durch die Schrift von Dr. Köhler : "Deutsches Zentrum - Deutscher Rhein" erfahren.

z.Zt.: Köln, den 1. Juli 1933

Dr. J. Th. Klingelschmitt

Abb. 19. Schluß des Zeugenberichts von Dr. Klingelschmitt, ehem. Minister bei Dorten

Der letzte Zeuge und der wichtigste, **Dr. Dorten,** hat mir am 1. 8. 1933 über den Besuch von Kaas nachstehenden Brief übergeben, der den von Zentrumsseite entstellten Vorgang wie folgt wiedergibt:

Gelegentlich Ihres Besuches bei mir haben wir bei der Rückschau über die Ereignisse der rheinischen Bewegung mehrfach die Persönlichkeit des Prälaten Kaas erwähnt. Sie haben den Wunsch ausgesprochen, von mir eine kurze Feststellung über Herrn Kaas zu erhalten.

Wie Sie wissen, wünsche ich unter keinen Umständen mehr mich politisch zu betätigen, und aus diesem Entschluß heraus ist mein Stillschweigen zu verstehen. Ich habe es auch abgelehnt, mich Dritten gegenüber irgendwie retrospektiv zu äußern, und es mir vorbehalten, im gegebenen Augenblick in meinen Memoiren das zu veröffentlichen, was ich zu sagen habe.

Dagegen haben Sie Recht, daß es im Interesse der internationalen Sauberkeit geboten ist, Herrn Kaas eindeutig zu umschreiben; hierzu gehört allerdings das Kapitel „Kaas und die rheinische Bewegung", wozu ich Ihnen nachstehend das beitrage, was mir in der Erinnerung geblieben ist.

Als Herr Kaas mich am 27. Mai 1919 in Begleitung des Herrn Allekotte in Wiesbaden aufsuchte, war mir seine Persönlichkeit bekannt; er war mir seitens der Kölner Zentrumsherren als der Protagonist der rheinischen Bewegung im Bezirk Trier gekennzeichnet worden. Wenn Kaas damals nicht als Akteur mitwirkte, so war der Grund hierzu seine Nichtzulassung; die Kölner wollten zunächst den Rheinstaat auf den Norden beschränken und die Moselgegend mit Trier herauslassen. Daß der Süden nebst dem Mittelrhein, damit also das gesamte Rheinland sofort dabei sein mußten, war meine persönliche scharfe Forderung, die ich in Köln durchsetzte. Bei der Fühlungnahme mit den Franzosen, die ich auftragsgemäß erstrebte und durchführte, wurde ich als Erster Bevollmächtigter wiederholt davon in Kenntnis gesetzt, daß Herr Kaas gleich zu Beginn der Besatzung mit dem französischen Delegierten engste Fühlung genommen und ihn seiner scharfen rheinischen Orientierung versichert hatte.

Als, soviel ich mich entsinne, Herr Klaus Krämer mich bat, Herrn Kaas zu empfangen, war ich dazu um so mehr bereit, als es Herrn Kaas von französischer Seite nahegelegt worden war, sich mit mir als dem den Besatzungsmächten ordnungsgemäß als Ersten Bevollmächtigten beglaubigten Vertreter der Bewegung zu verständigen.

Ich gewann bei der Unterredung sofort den Eindruck, daß Herr Kaas um die beabsichtigte Proklamation wußte und unter allen Umständen dabei sein wollte. Ich entsinne mich mit aller Bestimmtheit seiner dringenden Bitte, nicht ohne die Abgeordneten zu proklamieren, die ja mit dem Adenauer'schen Ausschuß ebenso unzufrieden wie wir selbst seien und der ersten Aufforderung zu Proklamationsverhandlungen Folge leisten würden.

Als ich ihm vorhielt, daß die Herren Abgeordneten am 1. Februar 1919 in Köln gröblich ihre Pflicht versäumt und die feierlichst unter Eidesstatt anerkannte Vorbedingung ihrer Wahl verletzt und damit ihr Wort gebrochen hätten, gab er das zu, erklärte aber, daß man sich von Adenauer habe überrumpeln lassen, und daß er gerade deshalb zu mir komme, damit wir endlich zum Handeln kämen.

Ich erklärte ihm darauf, daß wir in zwei Tagen in Aachen verhandeln und proklamieren würden und daß ich auf die Herren Abgeordneten nicht mehr warten könne. Darauf bat er mich, doch wenigstens die Herren mit ihm und Allekotte zuzulassen, die sie in der kurzen Frist einladen könnten, und schrieb mir die Namen dieser Herren auf einen Zettel auf, indem er mir die Herren als von ihm und andere aus der Ruhrgegend als von Herrn Allekotte einzuladend bezeichnete. Er gab mir auch eine Telefonnummer in Gonsenheim an, unter der ich ihn erreichen könne, falls irgend eine Abänderung in letzter Minute eintreten werde. Er erklärte mir auch, die Namen mir deshalb aufzuschreiben, damit sie mir für die Vorbereitung der Aachener Versammlung bereits bekannt seien. „Noch einmal, Herr Dorten: nichts ohne die Abgeordneten", so sagte er beim Abschied wörtlich. Allekotte kam dann allein, gab an, daß es menschenunmöglich gewesen sei, die Herren rechtzeitig in der so kurzen Frist zu verständigen, blieb die halbe Nacht an meinem Bett im Aachener Quellenhof sitzen und wußte mich zu bestimmen, eine Verschiebung zwecks Beteiligung der Abgeordneten in Aussicht zu nehmen.

Ich war mir damals über zwei Punkte klar: Kaas wollte unter allen Umständen dabei sein, um in einem kommenden Staate, falls er gefahrlos gelinge, eine erste Rolle zu spielen.

Zweitens: Kaas, und das ersah ich auch aus seiner Facies: war ein grundsatzloser aber bauernschlauer Opportunist.

Dieser Eindruck ist geblieben. Diesen Eindruck hat er auch bei den Franzosen hinterlassen, denen er mehr Zusicherungen abgegeben hat, als ihm lieb sein dürfte, und die ihn in jedem

Blatt 3:Brief vom 1.8.33 an Herrn E.A.SCHMID.

[illegible] ihnen gut erscheinendem Augenblicke brandmarken könnten.

Interessant ist es vielleicht noch zu wissen, dass Herr KAAS mich den Franzosen gegenüber als unzuverlässig bezeichnete, so lächerlich es ist, so werde ich auch heute noch in Frankreich als deutscher Agent angesehen, wesentlich auf Grund von Berichten, die von KAAS inspiriert worden waren.

Das scheint mir zur Festlegung der Persönlichkeit des Herrn KAAS zu genügen.

Mit bestem Gruss, ergebenst

Abb. 20. Schluß des Zeugenberichts von Dorten

Die Einladung zu Dorten erfolgte durch den Wiesbadener Zentrumsmann Dr. Klaus Krämer, der schon vor Dorten für den Rheinstaat in Wiesbaden gearbeitet hat. Kaas soll (nach Köhler) erst nach längerem Zögern zugesagt haben. Er nennt den Besuch später, am 10. September 1930 in Trier, und in dem nicht protokollierten Teil seiner Aussage vom 11. 7. 1931 einen Patrouillenritt, läßt ihn auch durch Köhler so nennen. Merkwürdig, in der Rede, die er am **30. Mai 1919**, also wenige Tage nach seinem Besuch bei Dorten, vor dem am 1. Februar 1919 gewählten Adenauer-Ausschuß hält, sagt er nichts von Patrouille, nichts von Auskundschaften, nur davon, daß er

„Herrn Dorten persönlich kennen lernen wollte. Der Eindruck von Dorten war günstig, seine Pläne vom deutschen Standpunkt aus absolut einwandfrei."

Nichts von dem wird in dieser Rede gesagt, was mehr als ein Jahrzehnt später Köhler zu erzählen weiß:

„Die Abgeordneten eröffneten Dorten als erstes, daß sie lediglich zur Information kämen!"

Zur Information? Kaas kannte längst die scharfen Ablehnungen jeglicher Loslösungsbestrebungen durch die Reichsregierung vom 11. 12. 1918

und 13. 3. 1919, der preußischen Regierung vom 10. 12. 1918. Kaas wußte alles über Dorten schon seit sechs Tagen durch Loenartz, seit vier Tagen aus dem Beschluß der preußischen Zentrumsfraktion gegen die Mainzer Pilger, seit drei Tagen aus der „Rheinischen Zeitung". Da gab es also nichts mehr zum „sich informieren". Schon Ende Dezember 1918 hatte Dorten zu einer Versammlung im Wiesbadener Kurhaus eingeladen, in der er über die Errichtung einer rheinischen Republik sprach und mitteilte, daß er einen westdeutschen Staat, der von der Pfalz über den Rhein und Ostfriesland bis zur Nordsee reichen sollte, ausrufen wolle (Zeuge Amtsgerichtsrat Freiherr von Stein am 10. 10. 1932 in einem Frankfurter Prozeß). In der Versammlung wimmelte es von Klerikern. In Wiesbaden wußte man, nach Aussage des Zeugen Kaufmann Kraft („Wiesbadener Zeitung" vom 8. 10. 1932) im gleichen Prozeß, von Anfang an, daß Dorten mit den Franzosen in Verbindung stand. Bereits im Februar 1919 wurde, wie nach der „Wiesbadener Zeitung" vom 12. 10. 1932 in einem Urteil der Wiesbadener Kammer für Handelssachen festgestellt ist, das Verhalten Dortens in weitesten Kreisen mit Mißtrauen betrachtet. Schon früher, um die Zeit nach dem 30. Januar 1919, glaubte die Stadtverwaltung von Wiesbaden nicht mehr daran, daß Dorten legale Ziele verfolge. So sagte der Zeuge Gläßing, früher Oberbürgermeister von Wiesbaden, später Präsident des Landesfinanzamtes Darmstadt, laut „Wiesbadener Zeitung" vom 10. 12. 1932 aus.

„Von Februar 1919 ab ist der Name Dorten in einer Form genannt worden, die despektierlich war. In ganz Frankreich ist schon 1917 der Gedanke propagiert worden, jetzt das Testament Richelieus, die Zerstückelung Deutschlands, einzulösen. Langsam wurden meine Freunde und ich unterrichtet von den Vorgängen in Köln. Die „Wiesbadener Zeitung" hat bereits am 1. 12. 1918 auf diese Dinge hingewiesen. Fast täglich wurde schon darüber gesprochen.... Im Februar oder März tauchte der Gedanke auf, daß zwischen Dorten und den Franzosen Beziehungen bestehen." (Hauptschriftleiter Heinz Gorrenz, 1919 „Wiesbadener Zeitung", später „Frankfurter Nachrichten", am 11. 10. 1932 lt. „WbZ." vom 12. 10. 1932.)

„Wir hatten schon im März den Eindruck, daß die Franzosen die Dorten-Bewegung begünstigten." (Direktor Maurer-Wiesbaden am 9. 10. 1932 lt. „WbZ." vom 10. 10. 1932.)

„Es war bekannt, daß Dorten bei den Franzosen ein- und ausging. Im März wußte man das schon." (Stadtrat Holl-Wiesbaden lt. „WbZ." vom 8. 10. 1932.)

„Schon nach der Kölner Proklamation vom 10. März ist bekannt gewesen, daß es sich bei der Bewegung um eine illegale Sache handele." (Zeuge Zeitz lt. „WbZ." vom 10. 10. 1932.)

„Wer im politischen Leben stand, der mußte von dieser Sache (Dorten, d. Vf.) schon vor dem 1. Juni abrücken." (Oberstudienrat Dr. Höfer lt. „WbZ." vom 12. 10. 1932.)

„Ich kann mir nicht denken, daß jemand, der in einer Parteiorganisation tätig war, der im öffentlichen Leben stand, bei der allgemeinen öffentlichen Aufregung .... von all dem nichts wußte." (Gorrenz lt. „WbZ." vom 12. 10. 1932.)

Rechtsanwalt Lehr-Bingen: „Glauben Sie, daß ein im öffentlichen Leben stehender Mann das alles (Dortens Verbindung mit den Franzosen, d. Vf.) nicht gewußt hat?" Zeuge Zeitz: „Dann muß er so beschäftigt gewesen sein, daß er keine Zeit zum Zeitunglesen hatte, und muß verbundene Augen gehabt haben" („WbZ." vom 10. 10. 1932).

„Vom Frühjahr 1919 ab war es mir und meinen Freunden bekannt, daß man von Dorten abrücken mußte." (Gorrenz lt. „Wbz." vom 12. 10. 1932.)

Rechtsanwalt Lehr: „War es im April und Mai 1919 nicht schon bekannt, daß eine Beteiligung an der Bewegung Dr. Dortens zumindest unanständig war?"

Stadtrat Holl: „Unsere Bezeichnung dafür war noch schärfer." („Wbz." vom 8. 10. 1932.)

„Aus Mangin's Antwort ging klar hervor, daß er gar kein Interesse an der Errichtung eines westdeutschen Bundesstaates im Verband des Deutschen Reiches hatte." (Kuckhoff lt. „Wbz." vom 10. 10. 1932.)

Kaas wußte von alle dem nichts, sagt er. In Wahrheit wußte er alles, spätestens seit dem 21. Mai, der Konferenz mit Loenartz. Es kann also nicht wahr sein, daß er und Allekotte als erstes zu Dorten gesagt hätten, sie kämen nur zur Information. Die hier beigebrachten Belege von Matthes, Klingelschmitt und Dorten geben ganz offensichtlich allein den richtigen Sachverhalt wieder. Klingelschmitt ist mit Dorten, Dorten mit Matthes verfeindet, Matthes und Klingelschmitt kennen einander nicht. Alle drei aber geben zu verschiedenen Zeiten fast synoptisch denselben Sachverhalt. Die Unterredung zwischen Dorten und Kaas dauert lange, Kaas ist mit allem einverstanden, verspricht nach Aachen zur Proklamation der Rheinischen Republik zu kommen, ist mit dem Adenauer-Ausschuß (vom 1. 2. 1919) wegen dessen zögernder Haltung unzufrieden, hat ja auch selber unter zahlreichen Drohungen zum Handeln gedrängt und macht nur den einen Vorbehalt, daß die Abgeordneten mit nach Aachen kämen. Parlamentarische Befangenheiten! Die Dorten gleichgültig sind! Kaas schreibt neun Mann auf, die mitmachen werden. Bleibt mehrere Stunden im Wintergarten beim Kaffee, sitzt bequem in der Sofaecke, die Hände über den Leib gefaltet, hört alles lächelnd an und pflichtet allem bei. Keiner der drei Synoptiker erwähnt etwas davon, daß Dorten empfohlen habe, mit zu Mangin zu gehen. Mangin hatte schon die Aachener an Dorten gewiesen, da er mit Dorten allein zu verhandeln gewünscht hatte. Hat freilich am 17. 5. noch eine ganze Kommission empfangen, der sich Dorten, an autokratische Arbeitsweise gewohnt, nur ungern angeschlossen hatte, ist aber von dem für ihn unrühmlichen Erfolg so beeinflußt, daß er alle Kommissionen und Volkstribunen wie die Aachener zum Teufel wünscht. Es ist daher auch vollkommen unwahrscheinlich, daß Dorten auf die Idee gekommen sein sollte, Kaas zu Mangin zu schleppen. Kein Zeuge weiß davon, daß die Abgeordneten plötzlich aufgebrochen seien, weil man gesagt habe, man wolle eben einmal zu Mangin gehen. Im Gegenteil: Nach mehreren Stunden gehen beide mit der landläufigen Erklärung, sie müßten nun aber noch weiter.

Kaas lehnt nichts ab. Warnt nicht vor dem geplanten Hochverrat. Mußte es doch eigentlich tun, da er eine offizielle Persönlichkeit war. Nein! „Der feine Zentrumsdiplomat arbeitet nicht mit so groben Mitteln"[23]).

„Kaas überlegte zunächst, ob er mit noch anderen Abgeordneten hinfahren solle, um zu verhindern, daß Dorten eine Aktion unternehme. Er hielt es schließlich für ausreichend, wenn Abgeordneter Allekotte nach Aachen fahre, und gab ihm die Anweisung mit, dafür zu sorgen, daß Dortens Pläne zer-

---

[23]) Ilges im „Tag" Nr. 181 vom 29. 7. 1932 „Prälat Kaas, Zentrum und Separatismus."

schlagen würden. Wörtlich sagte er zu Allekotte nach dessen Zeugnis: Macht die Geschichte kaputt.“

So wenigstens nach Köhler.

Es scheint zu stimmen, daß Allekotte das getan hat und es ihm gelungen ist. Dorten schreibt in dem obigen Brief vom 1. 8. 1933: „Allekotte wußte mich zu bestimmen, eine Verschiebung zwecks Beteiligung der Abgeordneten“ — nicht, wie Kaas-Köhler gern hören möchten, — vorzunehmen, sondern „in Aussicht zu nehmen“. In Dortens Eingabe an das Reichsgericht vom 12. 11. 1920 in den Akten des Oberreichsanwalts $\frac{\text{C 54/19}}{\text{VIII 2691}}$ heißt es daher:

„Ich besprach die Situation in der Nacht noch mit dem in Aachen anwesenden Abgeordneten Allekotte. Er riet mir, die Angaben des Dr. Wülk zunächst nachzuprüfen und in Aachen noch nicht zu proklamieren. Da nicht festgestellt war, wie sich die belgische Besatzungsbehörde stellen würde, gelang es mir, die Versammlung von der Notwendigkeit des Abwartens zu überzeugen. Es wurde beschlossen, ungesäumt zu proklamieren, sobald feststand, daß die „Freie Pfalz“ am 1. Juni ausgerufen werden sollte.“

Die Proklamierung unterblieb also aus ganz anderen Gründen. Nicht Allekotte brachte Dorten von seinem Plan ab, sondern, nach dessen Ansicht, die Unsicherheit, wie sich die Belgier stellen würden, die Unsicherheit in der Pfalz und endlich, wie allgemein bekannt, das strikte Verbot der Belgier. Den Belgiern war der Hinweis der Reichsregierung vom 28. Mai auf § 81 StGB. bekannt. Sie zogen sich daher von Leuten, die die Regierung eines Landes des Hochverrats bezichtigte, aus Gründen internationalen Anstandes zurück.

Köhler freilich muß ad maiorem gloriam des Zentrums, seines Chefs, des Herrn Kaas, und des Herrn Allekotte die Sache anders darstellen: Allekotte veranlaßt danach die „Kölnische Volkszeitung“ am 29. 5., eine Warnung vor dem Aachener Putsch zu erlassen, fährt dann nach Aachen und weigert sich, an der Besprechung der in Aachen versammelten Separatisten teilzunehmen. Und nachts um 1½ Uhr teilt ihm Dorten denn auch mit, „daß er sich entschlossen habe, von der beabsichtigten Proklamierung abzusehen. Zu dieser Zeit war die Nummer der „K. V.“ mit der Warnung schon seit Stunden in Aachen.“ So hätte denn also Kaas durch die geniale Politik Allekotte's die Tat Dortens am 29. 5. in Aachen vereitelt.

Köhler vergißt anzugeben, daß die plötzlich veränderte Haltung der „K. V.“ einen besonderen Grund hatte. In dieser Nummer vom 29. Mai veröffentlichte das Blatt im Anschluß an seine Warnung vor dem Aachener Putsch nämlich die bekannte Drohung der Reichsregierung mit der Anwendung des § 81 StGB.

Köhler vergißt anzugeben, daß nunmehr auch Kaas in den Zeitungen lesen konnte, wohin er steuerte, nämlich geradenwegs in das Zuchthaus auf Lebenszeit. Freilich, das hätte Kaas auch vorher wissen müssen. Er war ja immerhin Staatsrechtler.

*

Zwei Erinnerungen an alte Zeiten

Kaas hat bis zum 22. 10. 1923, vor allem in Trier, aufs Engste mit Franzosen am Abfall der Rheinlande gearbeitet. „Von einem Verbleiben bei Deutschland war dabei nie

die Rede", sagt ein besonderer Gönner von Kaas, jetzt in Saarbrücken, von dem Kaas nicht gerne mehr etwas hört, weil er ihn aufs Schwerste belastendes Material im Besitz hat. Den ersten französischen Offizier bei der Besatzungsarmee hat der politische Redakteur der „Trierischen Landeszeitung", Mathias Binz, bei Kaas kennen gelernt. Kaas hat, nach diesem Gewährsmann, halbe Nächte bei den Franzosen gesessen, um den Gedanken des Rheinstaates zu fördern, unter vollkommener Lostrennung von Deutschland. In dem nicht protokollierten Teil seiner Aussage vom 11. Juli 1931 gibt Kaas eigene Verhandlungen mit Franzosen vor dem 1. Juni 1919 zu, leugnet aber vor dem weltlichen Gericht alle späteren.

1930, nachdem die nationalsozialistische Presse seine Tätigkeit als Separatistenführer, soweit es damals möglich war, aufgedeckt hatte, konnte er sich in Reden nicht genug darin tun, die von ihm Verführten anzugreifen und jede Gemeinschaft mit ihnen abzustreiten. Man ließ ihn aus Frankreich warnen. Frühere nach Frankreich ausgewanderte Separatisten ließen ihm drohen (die Berichte darüber besitzen wir): Wenn er seine Angriffe nicht einstelle, würden sie das Material gegen ihn veröffentlichen. Auf der Völkerbundstagung im Jahre 1931 postierte sich vor dem Hotel Metropol in Genf, in dem die deutsche Delegation abzusteigen pflegte, ein noch jüngerer Mann mit Brille und großem schwarzen Künstlerhut, wartete stundenlang, ging auf und ab, ließ aber den Eingang nicht aus den Augen. Endlich erschien der Abgeordnete Kaas in der Tür und betrat die Straße. Der junge Mann ging auf ihn zu und begrüßte ihn in aller Devotion. Kaas lächelte freundlich, erstarrte aber im nächsten Moment zu Eis. Denn der Gruß war die letzte Warnung:

„Guten Tag, Herr Kaas, hier übergebe ich Ihnen zwei Erinnerungen an alte Zeiten."

Es waren die Photographien seines Dorten übergebenen Zettels mit den Namen der 9 Zentrums-Männer (Abb. 21) und die des Huldigungsschreibens von Dr. Kriege an Dorten vom 25. 7. 1919. (Abb. 22.) Der Warner war der frühere Pressechef der „Regierung der autonomen Pfalz". Jener Dr. Kriege war für Herrn Dr. Kaas kein Beliebiger. Er war Direktor der Paulinus-Druckerei, des Verlages der „Trierischen Landeszeitung".

Jetzt mußte Kaas befürchten, daß die Drohungen verwirklicht würden, und er veranlaßte daher Köhler zu seiner Verteidigungsschrift, in der er, um seinen Gegnern die Waffe zu nehmen, wenigstens den Zettel mit den Zentrumsnamen zugab. Er ließ auch die Namen nennen. Jedoch nur sieben. In der Köhlerschen Veröffentlichung fehlen Steger und Müller-Prüm. Warum?

Zu spät! Am 21. April 1932 veröffentlichte „L'Action française" in Nr. 112 den Brief von Kriege vom 25. Juli 1919 unter dem herrlichen Titel: **„L'embarras du prélat Kaas."** [24])

Sehen wir uns den Notizblockzettel einmal etwas genauer an: Warum hat Kaas nur begonnen, den Namen Legendre zu schreiben, um ihn dann zu durchstreichen? War Legendre nicht mehr zuverlässig oder war Gefahr, daß Legendre zuviel wußte?

Auf dem Zettel erkennt man im übrigen 3 Gruppen, diejenigen, die Allekotte nach Aachen mitbringen sollte (sie sind mit 2 Strichen gekenn-

---

[24]) Auf deutsch: Prälat Kaas in Verlegenheit.

Astor Berncastel
Nüßes Meckel bei Bitburg
Ollmert Saarbrücken
Heegmann "
Hoffmann Ottweiler
Steger Oberhausen
Bauermann Mülheim (Ruhr)
Müller Prüm
Wieber Duisburg

Photographie eines Zettels den Prof. Kaas-Trier in der Wohnung von Herrn Dr. H. A. Dorten in Wiesbaden – Hildastrasse erhielt und den er Herrn Dr. Dorten übergab. Die auf dem Zettel aufgeführten Herren wollte Herr Dr. Kaas persönlich einladen zu einer in Aachen vorgesehenen eintägigen Ausschusstagung der rheinischen Bewegung. — Das Original befindet sich in meinem Besitze. Schmitz Epper
22. IV 1933.

Abb. 21.
1. Notizblockzettel, den Kaas am 27. Mai 1919 Dorten übergab.
2. Beglaubigung des Kaas'schen Zettels durch Schmitz-Epper 22. 4. 1933.

Dr. W. Kriege
Direktor der Paulinus-Druckerei

Trier, den 25. Juli 19

Als Leiter der „Trierischen Landeszeitung", die etwa 120 000 wahlberechtigte Leser hat und deren Verbreitungsgebiet ungefähr 400 000 (v i e r h u n d e r t tausend) wahlberechtigte Einwohner zählt, kann ich aufgrund zahlreicher und freiwillig zugegangener Zuschriften aus allen Schichten der Bevölkerung, sowie aufgrund persönlicher Besprechungen mit Geistlichen und anderen führenden Persönlichkeiten jeglichen Standes, die über die Stimmung im Volke genau unterrichtet sind, die Versicherung abgeben, dass die weit überwiegende Mehrheit des Volkes und die Landbevölkerung fast ausnahmslos ein freies Rheinland mit Anschluss an das deutsche Reich stürmisch wünscht und eine Volksabstimmung zur Errichtung desselben energisch fordert.

Die Richtigkeit der Unterschrift beglaubigt
[illegible]

Dr. W. Kriege, Direktor

Mosel 120 000
Centrum

Das Original-Schreiben der „Trierischen Landeszeitung" vom 25. Juli 1919 an Herrn Dr. H. A. Dorten befindet sich in meinem Besitze.

Schmitz-Epper
22. IV. 1933

P.S. Der Bleistiftvermerk: „Mosel 120 000 Centrum" stammt von der Hand Dr. Dorten.

Abb. 22.

1. Brief von Dr. Kriege, Direktor der Paulinus-Druckerei in Trier, an Dorten, vom 25. 7. 1919.
2. Beglaubigung des Kaas'schen Zettels durch Schmitz-Epper, 22. 4. 1933.

zeichnet), diejenigen, von denen Kaas absolut sicher war, daß sie nach Aachen kämen (mit einem Haken versehen), und endlich solche, die erst noch bearbeitet werden mußten (ohne Zeichen).

Dabei verschlägt es nichts, wenn Köhler — der aus Sauermann den Namen Schauermann macht — betont, Wieber sei eher ein Gegner des rheinischen Bundesstaates gewesen, und das besage genug. Wieber war vermutlich ein Gegner der Proklamation. Aber wer, außer Kaas selbst, vermag zu sagen, welche Vorsichtsmaßregel in der Nennung dieses Namens für Kaas und Allekotte steckte? Konzessionsschulze?

Köhler meint, die Tatsache, daß von den Herren drei — Steegmann (Köhler, der offenbar ein merkwürdiges Mißgeschick in der Orthographie von Eigennamen hat, schreibt Stegemann) Koßmann und Ollmert — aus dem Saargebiet waren, beweise, daß auf dem Weg über einen rheinischen Bundesstaat das Saargebiet dem Deutschen Reich erhalten bleibe. Man beachte die Ideengemeinschaft zwischen Kaas, Köhler und dem „Eclaireur", dessen Artikel wir im Vorwort gebracht haben.

Kein vernünftiger Politiker mit Geschichtskenntnissen konnte glauben, daß ein Rheinstaat irgendwie die Friedensbedingungen beeinflussen würde. Immerhin: die Saar war im Jahre 1919 einmal sehr gefährdet. Am 27. Juni 1919 richten Vertreter der Katholiken des Saarbeckens ein Schreiben an Tardieu, in dem sie (nach der „Saarpost" vom 27. 6. 1919) bitten, daß der Geh. Justizrat Mouth (der eigentlich Muth hieß, sich erst seit der Besatzung französierend schrieb und schon im Jahre 1870 als Referendar vom Kommandanten der Festung Saarlouis wegen seiner politischen Haltung ausgewiesen worden war) zum Mitglied der Regierungskommission ernannt werde. Dieser Mouth hat am 27. Juni 1919, einen Tag vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, in einer Denkschrift von den

> „zahlreichen Wohltaten, die den Saarbewohnern von der französischen Regierung erwiesen worden sind . . . und von den edelmütigen Anstrengungen der französischen Regierung, die Lage unsrer (d. h. der katholischen d. Vf.) Religion in der ehemaligen Grafschaft Nassau-Saarbrücken zu verbessern"

geschrieben. In der durch die „Vertreter der Katholiken des Saarbeckens" an Tardieu etwa gleichzeitig eingereichten Denkschrift hatte man von dem „unglücklichen Krieg von 1870" gesprochen. In der Eingabe wurde ferner gebeten, den französischen General Andlauer „in seinen Funktionen im neuen Saarland" zu belassen. Das klingt scheinbar bedeutungslos, harmlos für den Zeitungsleser, dem Andlauer Hekuba ist. Aber Andlauers Adjutant, der Franzose Christin, war Direktor der Saarbrücker Filiale des Trierischen Bauernvereins, und der Verein war damals rein separatistisch.

Die Denkschrift der Katholiken und die Petition an Tardieu, aus der eine genaue Kenntnis der Muth'schen Vorgeschichte ersichtlich ist, sind **mitunterzeichnet** von — Steegmann und **„gebilligt** durch Koßmann". Die Eingabe an Tardieu trägt zum Schluß den Vermerk: „Für gleichlautende Abschriften: Dr. Notton, Sekretär der Zentrumspartei".

Leicht schlägt das Zentrum, das als Partei des Internationalismus keine Landesgrenzen kennt, seine Brücken: Trierer Bauernverein in Trier

separatistisch, in Saarbrücken unter französischer Leitung! Männer aus dem damals gefährdeten Saargebiet, die in Aachen mit dabei sein sollen, darunter gleich zwei, für die der Krieg Wilhelms I., so wie für Mouth, unglücklich ist, deren Glück es aber bedeutet, wenn die Zweigniederlassung eines Separatistenbundes gleich unter der richtigen, nicht erst getarnten Leitung, also der eines Franzosen bleibt!

Hören wir, was Kaas selber, bevor sein Verteidiger Köhler aufstand. über seinen Dorten-Besuch gesagt hat. In Band II der bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannten Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung" S. 263 u. 268 ff. findet sich der Bericht, den er dem Adenauer-Ausschuß vom 1. 2. 1919 am 30. 5. 1919 in Gegenwart von Falk, Adenauer, Heß, Sollmann, Abgeordneten Geheimrat Weidtman-Aachen, Hauptmann Schwink, der Abgeordneten Teusch (als Zuhörerin) erstattet hat. Da liest man:

> „Ich bekam ein Telegramm von Loenartz, ich möchte nach Koblenz kommen in einer hochwichtigen Sache. In Koblenz wurde uns mitgeteilt, am Tag vorher sei ein Herr Nagel (gemeint ist wohl Dahlen, d. Vf.) und ein Herr Salm aus Aachen dort gewesen, und zwar auf der Durchreise von Wiesbaden. Sie hätten dort Mitteilungen über die Unterredung mit General Mangin gemacht. Nun haben wir sofort unseren Standpunkt dahin formuliert, daß unter keinen Umständen auf diesem Wege etwas getan werden dürfe. Ich betonte noch besonders, daß nach meiner Ueberzeugung die Regierung in Kenntnis gesetzt werden müsse[25]) und daß nach meiner Ansicht, wenn die Reichsregierung sich nach der Richtung einverstanden erkläre, die Grundform in dem Friedensvertrag festgelegt werden müsse.[26]) Ich machte weiter Mitteilung über unseren Beschluß, der darin gipfelte, daß wir nur für eine Gründung der Rheinisch-Westfälischen Republik als Gliedstaat des deutschen Reiches zu haben seien.[27]) Ich fuhr dann zurück nach Trier. Es hatte anfangs die Absicht bestanden, zu dieser Koblenzer Sitzung einige der Wiesbadener Herren einzuladen; sie konnten aber nicht kommen. Am folgenden Tag wurde ich nun von einem dieser Herren besucht. Der betreffende Herr (Dr. Klaus Krämer, d. Vf.) verdient die Zensur, die ihm die „Rheinische Zeitung" hat zuteil werden lassen („Rheinische Zeitung" Nr. 119 vom 27. 5. 1919 spricht von „wirren politischen Gedanken" der Herren aus Aachen und Wiesbaden, d. Vf.). Da ich jedoch nicht klar genug sah, besprach ich mit einem Freunde in Trier, Herrn Allekotte, die Sache, und wir beschlossen, nach Wiesbaden zu fahren, um Herrn Dorten persönlich kennen zu lernen. Der Eindruck, den Dorten auf mich machte, war ein günstigerer, als der, den seine beiden Assistenten, ein Herr Krämer und ein gewisser Herr Klingelschmitt, Kunsthistoriker in Mainz, der sicher auch nicht ernst zu nehmen ist,[28]) machten. Wenn ich nun auf das komme, was Sie soeben gesagt

---

[25]) Merkwürdigerweise war Kuckhoff, S. 103, nach der Rückkehr von Mangin der Meinung — wegen der Ergebnislosigkeit der Unterredung —, daß es vorläufig zwecklos sei, die Regierung in Berlin persönlich zu verständigen und zu Verhandlungen zu drängen. Dilettantismus oder —? Die wichtige Konferenz mit dem Feind soll der Regierung verschwiegen werden???

[26]) Am 21. 5. 1919, also dem Tag der Unterredung mit Loenartz, lief die von Clemenceau dem deutschen Reich gesetzte Frist zu etwaigen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen ab. Das mußte ein Politiker wissen! Und da bildet sich Kaas ein, seine Ideen könnten noch im Friedensdiktat untergebracht werden.

[27]) Diese Linie hat er später in seinen Verhandlungen mit den Franzosen verlassen; in seinen drei Telegrammen fehlt diese Einschränkung schon immer!

[28]) Das Urteil ist hart und ungerecht. Klingelschmitt gehört zu den in unserem Vorwort bezeichneten Dilettanten. In unglücklicher Jugend aufgewachsen, politisch absolut unerfahren, Kunsthistoriker, beachtenswerter Kenner der deutschen Kulturgeschichte, ging er mit seraphisch-verstiegenen Ideen

haben, so muß auch ich betonen, daß die Abmachung, die die Herren mir vorlegten,[29]) vom deutschen Standpunkt aus absolut einwandfrei ist. Mit aller Klarheit war darin ausgesprochen, daß die Rheinische Republik im Verbande des deutschen Reiches bleiben müsse. Es war ferner darin ausgesprochen, daß die Grenzen der zu errichtenden Republik die alten sein sollen. Damit war von selbst gegeben, daß das Saargebiet nicht von Deutschland getrennt würde und Eupen und Malmedy bei ihm bleiben sollen. Nur war die Möglichkeit vorgesehen, auf dem Weg der Volksabstimmung einige Grenzregulierungen vorzunehmen. Wir hätten dann einige Wallonen verloren, sonst nichts. Nun erklärte Herr Dorten, es sei ein großer Erfolg, daß nur eine im Verbande des deutschen Reiches bleibende westdeutsche Republik in Betracht kommen könnte. Ich muß sagen, daß ich damals angenehm enttäuscht war. Ich hatte auch in der Beziehung viel weitergehende Befürchtungen. In diesem Zusammenhang sagte Dorten, sie hätten ein Schreiben von Dr. Froberger erhalten, worin er mitteilt, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, ganz auf ihrem Standpunkt ständen, und bat, das begründen zu dürfen.

Herr Oberbürgermeister Adenauer: Ich glaube nicht, daß Herr Froberger das von mir geschrieben hat."

Man sieht: ein sehr merkwürdiger Bericht. Kein Wort davon, daß er (Herr Kaas) zu General Mangin eingeladen sei, die Einladung aber abgelehnt habe; kein Wort davon, daß Dorten am 29. Juni in Aachen habe proklamieren wollen, und daß er seine Mitwirkung zugesagt habe mit der alleinigen Einschränkung, daß die Abgeordneten dabei sein müßten; kein Wort davon; daß er ihm neun Männer, die mittun würden, aufgeschrieben habe. Das war keine kluge Vorbereitung der Verteidigung für künftige Angriffe. Allerdings, wie konnte Herr Kaas ahnen, daß dies Protokoll seiner Rede eines Tages, wie es nun hier geschieht, der Oeffentlichkeit übergeben werden könne?

Fest steht jedenfalls das Eine: Kaas wollte in Aachen am 29. Juni 1919 mit proklamieren. Damit kann nur ein Mann wie Kaas es auf einen Nenner bringen, wenn er — wohl bemerkt, nachdem die Dortenrepublik in drei Tagen ihr Ende erreicht hatte — erst am 6. Juni 1919 einer Entschließung des Trierer Zentrums zustimmt, wonach „landesverräterische Umtriebe, wie die letzten Wochen sie gezeitigt haben, mögen sie auch von einzelnen unverantwortlichen Mitgliedern oder von Presseorganen der Zentrumspartei unterstützt werden, jederzeit unsere schärfste Verurteilung und Ablehnung finden."

Es steht nicht im Widerspruch zu den Aachener Absichten, wenn Herr Kaas erst am 13. Juni 1919, als wirklich nicht mehr entfernt zu hoffen war, Dorten, mit dem er ja proklamieren wollte, werde noch reüssieren, in Nr. 131 der „Trierischen Landeszeitung" einen Artikel unter der Ueberschrift „Rheinisch und Deutsch" erscheinen läßt, in dem er von einem

„Häuflein aufgeregter Aktivisten spricht, deren Schritt in seiner Wirkung vaterlandsfeindlich war.[30]) „Ihm" — dem Wiesbadener Putsch —

---

in die Bewegung, erträumte, da man im Kreis um Dorten einen deutschen Bundesfürsten an die Spitze des Rheinstaates rufen wollte, einen „Kaiser der Zukunft". Er ist 1920 abgeschwenkt.

[29]) Dorten und Klingelschmitt erwähnen davon nichts.

[30]) Wie? Wäre denn dann die Proklamation in Aachen, die Kaas mitmachen wollte, etwas anderes gewesen?

mit aller Schärfe entgegenzutreten, war Pflicht der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften, war auch gern geübte Pflicht der Zentrumspartei. Für den gegenwärtigen Augenblick sollte es daher im deutschen und rheinischen Interesse für die öffentliche Behandlung der außenpolitischen Seite der rheinischen Frage nur eine Parole geben: Das Ganze Halt!"

Es ist nach dem Gesagten klar: Weil Dorten Mißerfolg gehabt hat und Kaas nur mitmachen wollte, wenn es ohne Gefahr möglich war, erscheint der Artikel, als prophylaktische Verteidigung. Und: Das Ganze Halt? Das Ganze? Also war Dorten nur ein Teil davon? Klingt das nicht ganz nach dem, was am 17. Juli 1919 die „Kölnische Volkszeitung" schreibt:

„Unsere Stellungnahme gegenüber der von Dorten geleiteten Bewegung mag durch die Richtlinie gekennzeichnet werden: getrennt marschieren, vereint schlagen!"??

Bis September 1919 schweigt Kaas. Erst auf dem Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei, und zwar in der Nachmittagssitzung vom 16. 9. 1919 tritt er erneut hervor (siehe S. 201 ff. des Protokolls), bringt eine Entschließung ein, deren Wortlaut wir oben S. 91 im Auszug veröffentlicht haben, und tritt in eine Kommission ein, der der von ihm als unverantwortlich bezeichnete Oberpfarrer Kastert angehört und — natürlich auch Dr. Karl Müller, der spätere Eintagsminister. Seine Entschließung geht nicht in allen Teilen durch. Die endgültige Fassung ist auf S. 222/3 des Berichts über die Verhandlungen des Parteitages der Rheinischen Zentrumspartei abgedruckt, des Berichtes, den das Zentrum übrigens wegen der seine Politik schwer belastenden Rheinlanddebatte später aus dem Buchhandel hat verschwinden lassen. Der Bericht ist in unserem Besitz.

Kaas hat sich aber auch nach dem ersten Mißerfolg Dortens keineswegs endgültig von diesem zurückgezogen. Er hielt sich alle Türen offen. Das ergibt sich aus einer Mitteilung des Düsseldorfer Separatistenführers J. F. Matthes an den Verleger dieser Schrift, datiert Meudon près Paris, 6. 6. 1933, in der es u. a. heißt:

„Herr Kaas hatte nach Dortens Angaben 1923 und nach französischen Akten (Rheinlandkommission, Ministerium usw.) auch nach dem 1. Juni 1919 — indirekte — Verbindungen mit dem Erstgenannten. Gegen Ende 1919 brachen diese aber ganz ab. ... Um die Monatsmitte November 1923 waren es noch belgische, klerikale Kreise, Politiker und Geistliche von Rang, die in ihren Reden und Schriften an die Kaas'sche Politik von 1919 anknüpfen wollten, indem sie an die bekannten Vorgänge von 1919 erinnerten. ... Seine „Wandlung" kam von Rom und nicht von Berlin her, wie die spätere des Herrn Adenauer nur via London. ... Herr Köhler hat natürlich in bewußtem Vertrauen auf die delikate Diskretion der ehemaligen Besatzungsmächte so ziemlich alles „frisiert", was einigermaßen noch frisiert werden konnte...."

Das ganze Halt? Ach nein! So hieß es nur zum Schein.

*

„Es lebe das autonome rheinische Stammesland!"

Am 22. 9. 1919, also sogleich nach dem Parteitag, hören wir Kaas wieder in Trier: [31])

„Ich bin von Anfang an ein Freund dieser Bestrebungen gewesen [32]). Ich habe nie zu denen gehört, die am lautesten nach dem rheinischen Freistaat gerufen haben [33]), wohl aber zu denjenigen, die am eifrigsten für eine Verwirklichung der rheinischen Wünsche gearbeitet haben. Allerdings immer in unbedingt legaler [34]), nationaler Form [35]). Die bundesstaatliche Form der Verwirklichung der rheinischen Selbständigkeitswünsche ist heute so gut wie aussichtslos. Damit ändert sich auch für viele das Ziel der rheinischen Bestrebungen. Der rheinische Bundesstaat ist tot; es lebe das autonome rheinische Stammesland [36]).

*

Verleumdungen oder Wahrheiten?

Am 24. August 1929 eröffnete Vitus Heller zu Würzburg in Nr. 34 seiner Zeitschrift „Das neue Volk" einen Kampf gegen Kaas durch Veröffentlichung 4 verschiedener sehr merkwürdiger Aeußerungen von ihm und über ihn. Die Nuancen schwanken; es ist daher gleichgültig, welche Fassung wir übernehmen, da sie sachlich übereinstimmen.

1. Kaas 1920 zu Legendre, Marx, Dr. Theis:
   „Macht was Ihr wollt, ich bleibe nicht preußisch, lieber wandre ich aus."
2. Kaas zu dem französischen Bezirksdelegierten, dem Obersten — jetzigen General — Cochet:
   „Wann werfen Sie endlich das preußische Gesindel heraus!"
3. Kaas zu Tirard:
   „Wenn ich Bischof von Trier werde, trete ich dafür ein, daß das Rheinland selbständig wird."
4. Der politische vertraute Berater von Cochet, Griner, hat zu Vertretern der Rheinlandbewegung gesagt:
   „Wenn ich alles aussprechen kann, wird man mit Staunen erfahren, welche Angebote uns Prälat Kaas gemacht hat. Diese Angebote gehen weit über das hinaus, was die Separatisten jemals gewollt oder angeboten haben."

---

[31]) Die Rede ist in der Presse vielfach falsch zitiert worden; sie wird deshalb in den entscheidenden Teilen wörtlich wiedergegeben. Das nicht ganz korrekte Zitat im „Alkohol-König" S. 44 beruht auf einer gedruckten Notiz, die den Verfassern von einem nationalen Verleger zugesandt worden war; sie übernahmen sie besten Glaubens an die Richtigkeit.

[32]) Er verschweigt, daß sie, wie nachgewiesen, von ihm überhaupt geradezu ins Leben gerufen worden waren.

[33]) Ungewöhnlich zutreffend! Wohl aber telegraphiert und unter Drohungen nahezu ertrotzt.

[34]) Und als es noch keinen Art. 18 RV. gab, wo war da die lex, auf die sich der Staatsrechtler Kaas berufen konnte?

[35]) „Wie er sie auffaßte."

[36]) Autonome Stammesländer wünscht er schon am 22. 7. 1919 in der Nat.-Verf., vgl. StenBer. S. 1802.

Kaas hat gegen Vitus Heller niemals geklagt [37]). Er hat niemals gegen diejenigen Klage erhoben, die jene vier Aeußerungen in der Presse und sonst wiederholt haben. Er versucht durch Köhler eine Widerlegung. Diese Widerlegung ist aber für denjenigen, der zu lesen versteht, in allen Punkten eine einzige große Bestätigung.

Wir sind im Besitz weiterer ähnlicher Aeußerungen von Kaas aus Zeiten des Spartakistenaufstandes an der Ruhr, aus einer Wahlrede in Prüm, aus Unterhaltungen mit Griner, aus Besprechungen, die er, der Prälat und deutsche Abgeordnete, mit Franzosen über die Errichtung einer Rheinischen Republik in den Jahren 1920 bis 1923 gehabt hat. In allen bildet ein maßloser Preußenhaß die entscheidende Linie, derselbe Preußenhaß, der auch Adenauer zur Abfallbewegung trieb. Dieser Preußenhaß, das muß einmal deutlich gesagt werden, ist Zentrumssache. Daher die jahrelange Verbindung von Zentrum und Sozialdemokratie. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Giesberts, Kaas' Parteifreund und Freund des Alkohol-Königs (sein Konto in den Büchern des Sprit-schieber-Konzerns Schwartz in Photographie im Alkohol-König S. 62), hat einmal erklärt: „man müsse sich schämen, ein Preuße zu sein". (So Adolph Hoffmann, Pr. Landesvers. vom 24. 3. 1919 Sten. Ber. Sp. 589).

Scheidemann nannte am 15. Mai 1912 unter großem Gelächter des Zentrums die Einverleibung eines Landes in Preußen (gemeint war Elsaß-Lothringen) „eine Strafe, die gewissermaßen gleich neben dem Zuchthaus steht". (Sten. Ber. des Reichstages 1912 S. 2054 ff.).

Es hat lange gedauert, bis Kaas seine „Drohung" auszuwandern, wahr gemacht hat. Er ist erstmalig im Frühjahr 1932 unter dem Druck der nationalsozialistischen Presse und der Schrift „Alkohol-König und Prälat" nach der Schweiz, wie die ihm nahestehenden Zeitungen meldeten, aus „Gesundheitsrücksichten", dann aber endgültig unter dem Druck seiner Mitwirkung beim 12-Millionenkredit an die Stadt Köln (Adenauer!) und der Görreshausaffäre im Frühjahr 1933 nach Italien ausgewandert. Er lebt „in Rom in freiwilliger Verbannung" [38]).

Kaas, der hohe geistliche Würdenträger, den das Volk in Trier immer wieder in Gesellschaft von Franzosen sah, Kaas, den Cochet zu der aus der nationalsozialistischen Presse der Kampfjahre bekannten berüchtigten Separatistenkonferenz im Gartenhaus bei Waldrach **im französischen Dienstwagen** holen ließ, Kaas, der sich mit dem in Kapitänsuniform nach Trier entsandten Jesuiten Dupont sogleich anfreundete, Kaas war es, dessen Auftreten für die Zentrumsanhänger in Trier und in der Eifel die rheinische Republik zu einer Sache des Zentrums machte. „Ich warb hier", schreibt am 29. August 1929 an Vitus Heller Edmund Hansen aus Prüm, „für die Dortensache, das war für mich

[37]) Für denjenigen unserer Leser, der sich für die politischen Prozesse des Herrn Kaas interessiert, für denjenigen, der wissen möchte, wie sich Kaas gegen die Fülle jener Angriffe verhalten hat, ist im Anhang unter der Ueberschrift „Kaasprozesse" das Erforderliche gesagt.

[38]) Sonntag, Grüne Briefe für Politik und Wirtschaft Nr. 171 vom 25. 7. 1933. — Matthes an den Verleger unter dem 8. 6. 1933: „... daß Herr Kaas nach Rom gerufen und dort festgesetzt wurde, weil seine Person auf Grund seiner früheren Rheinlandpolitik ihn — für Rom — nicht mehr tragbar in Deutschland erscheinen läßt."

Zentrumsrichtung, und im Kreis Prüm hatten wir allein 12800 Mitgliederunterschriften. Auch hatte Kaas in unsrem Sinn hier in Prüm vor den Vertrauensmännern des Zentrums offen gesprochen".

Ist das ein Wunder?

Hatte doch Kaas in einer Wahlrede des Jahres 1921 zu Prüm, wie uns glaubhaft versichert worden ist, bedauert, daß nicht schon längst auf dem Bayenturm in Köln und auf dem Gangolfsturm in Trier die Fahne des Rheinlandes wehte!

Ist es ein Wunder?

Hat er doch in einer Separatistenversammlung in der uns schon bekannten „Krim" ein Jahr später die Notwendigkeit verkündet, möglichst im Jahre 1923 die Rheinische Republik zu proklamieren.

Zentrumssache und Zentrumsmache war das alles. Aus demselben Grund wie Hansen trat der Präsident, der jetzige Ehrenpräsident des Trierer Bauernvereins Broich auf Schloß Niederweis in der Eifel in die Dortenpartei ein, zog seine Unterschrift freilich später zurück. Aus demselben Grund ging Binz, den wir zuerst in der „Trierischen Landeszeitung" gesehen haben, zu Dorten und blieb bei ihm bis zum Schluß. Der Trierer Bauernverein als solcher und ungezählte Einzelpersonen folgten. Auf Anraten des Architekten Marx zu Trier, der auch zu jenem Kreise gehörte und in dem Dorten den Verbindungsmann des Bistums zum Separatismus vermutet hat, trat Hansen, wie er am 23. 7. 1933 in Metz erzählt hat, in die provisorische Regierung der Rheinischen Republik in Koblenz ein. Und der Anlaß? Marx hatte ihm versichert, daß auch Kaas von der Partie sei.

Das ist das Ergebnis einer geistigen und politischen Führung im Trierer Bezirk, die unbestritten in den Händen des Prälaten Kaas gelegen hat.

Wie aber ist es mit der Zusicherung, für die Selbständigkeit der Rheinlande einzutreten, falls er Bischof von Trier würde? Also für die Selbständigkeit, nicht mehr für den angeblichen Bundesstaat! Kaas muß das nicht nur einmal, sondern mehrfach geäußert haben. Sein Sekretär Köhler entrüstet sich auf S. 58 seiner Schrift, zu Tirard könne es der Kirchen- und Staatsrechtler Kaas nicht gesagt haben, weil Tirard „nicht zuständig" gewesen sei. Nun, bei Verrat fragt man nicht nach Zuständigkeiten! Jedenfalls steht fest: Tirard hat es Cochet, Cochet Marzen weitergegeben. Marzen schleudert das Wort am 22. Oktober 1923 aus dem Gebäude der Rheinlanddelegation zu Trier in die unten harrende Volksmenge. Marx, Graf Spee, damals im Kloster St. Matthias, und andere wissen darum. Wenn sich Köhler, um Kaas rein zu waschen, auf einen Brief des Trierer Generalvikars Tilmann vom 1. Dezember 1931 beruft, so mag, wen es interessiert, den ausweichenden, deshalb bedeutungslosen Brief bei Köhler S. 59 nachlesen. Wir wissen jedenfalls absolut zuverlässig um sonderbare Zusammenhänge. Ein unverdächtiger Zeuge, der Bescheid weiß und dessen Integrität und Zuverlässigkeit keine Zweifel aufkommen lassen, hat uns mitgeteilt, Generalvikar Tilmann habe einmal den französischen Oberst Cochet besucht, aber scheinbar, ohne irgendetwas zu wollen. Einige Zeit danach habe Tilmann einen zweiten Besuch bei Cochet gemacht. Danach habe sich der französische Oberst verwundert zu seinem

politischen Berater und Vertrauten Griner geäußert, daß Tilmann keinerlei Wünsche ausgesprochen habe. Griner habe dazu nur gesagt, die Wünsche würden schon noch kommen. Bei einem dritten Besuch habe Tilmann den Obersten gebeten, der von der preußischen Regierung beabsichtigten Ernennung seines Neffen Bender zum Landrat von Wittlich zuzustimmen; diese Zustimmung sei um so unbedenklicher, als sein Neffe durchaus auf dem Boden der Rheinischen Republik stünde. Cochet sei daraufhin einverstanden gewesen.

Herrn Tilmanns Entlastungsbrief zu Gunsten von Kaas interessiert uns also nicht.

Ueber all diese Dinge gibt es Akten im Ministerium des Auswärtigen in Paris. Sie sind noch nicht geöffnet, Tirard schweigt. Aber andere reden, Männer, die es wissen müssen.

Zu der Bischofsidee paßt vortrefflich der oben bereits von Ilges mitgeteilte Vorschlag des Prälaten an Colonel Cochet, die alte Trierer Jesuitenuniversität sollte wieder aufleben, die Lehrkräfte sollten zur Hälfte aus französischen, zur anderen Hälfte aus deutschen Jesuitenkreisen berufen werden, und die Finanzierung der Universität solle Sache des kommenden Rheinstaates sein.

Kaas wurde so der beste Bundesgenosse der Franzosen, den sie so lange hielten, bis die Saat aufging. Mit allen übrigen Führern konnten sie im Ernst nicht rechnen. Smeets war seit dem Attentat von Hannes Miebach Todeskandidat. Matthes, der so lebhaft betont hatte „wir sind deutsche Rheinfranken", begegnete man in Paris mit Mißtrauen, da er bezahlt war. Dorten warfen die Franzosen vor „er ist nichts desto trotz ein Deutscher (Bericht von Lillers vom 16. 4. 1932, bei Springer, Loslösungsbestrebungen am Rhein 1918 bis 1924 S. 157). Adenauer mißtrauten die Franzosen, weil er 1919 abgeschwenkt war, und er galt ihnen „als zweideutiges Individuum" (Lillers, bei Springer S. 164).

Nur einer war ein wirklich unverdächtiger Freund der Lostrennung, der allmächtige Herr Kaas! Für ihn und Frankreich war selbstverständliche Grundlage, daß der Rheinstaat ohne jede Verbindung mit Deutschland entstehen sollte. Vielleicht sogar, diese Deutung läßt die oben unter Nr. 4 übermittelte Aeußerung von Griner zu, als Teil des französischen Staates. Köhler, der genau weiß, welche Gefahr seinem Herrn und Meister von jenem Manne droht, der zahlreiche Dokumente gegen Kaas im Besitz hat, sucht vorzubauen, schreibt einen ganzen Abschnitt „Wer ist Monsieur Griner?", macht ihn schlecht, um sein späteres Zeugnis zu entkräften. Griner hat demgegenüber mitgeteilt, daß Köhler allen Grund zum Schweigen habe, da auch gegen ihn Material mit Köhlers eigener Handschrift vorliege.

> „Es wird der schönste Tag meines Lebens sein, an dem mir von meiner vorgesetzten Behörde erlaubt wird, vor einem deutschen Gericht über Kaas eidlich auszusagen", offenbart Griner gegenüber Binz.

Wir lassen nun ohne Kommentar Abschrift dreier Briefe folgen, die für sich selbst sprechen:

J. F. Matthes schreibt am 30. 8. 1929 aus Bois-Colombes an Vitus Heller:

„Ich kenne Kaas nur aus den Informationsakten einer Besatzungsmacht. Man stellte mir diese Akten von 1919 im Jahre 1923 zur Verfügung für Studienzwecke und riet mir, an die große katholische Bewegung von damals wieder anzuknüpfen. ... Schon damals (z. Zt. seines Besuches bei Dorten vom 27. 5. 1919, d. Vf.) war — nach den Akten bei hohen Besatzungsstellen — die Rede davon, daß Kaas mit einem Bischofssitz im Rheinland belohnt würde, es kämen neue Bistümer zustande, um den deutschen Katholizismus im Westen (mit französischer Hilfe) zu befestigen gegen die bolschewistische Welle im unbesetzten Deutschland. Als neue Bistümer sind in den Akten Aachen[39]), Saarbrücken usw. genannt.... 1920 taucht der Name Kaas noch einmal in englischen und französischen Besatzungsakten auf. Kardinal Hartmann war gestorben, die Antiberliner wollten Oberpfarrer Kastert kandidieren lassen. Er lehnte ab, worauf manche Rheinländer für Bertram eintraten, wogegen Dorten intrigierte. Er war für Schulte. Dr. Kaas wurde damals noch einmal als kommender Bischofskandidat bezeichnet."

Im Jahre 1930 schreibt Griner folgenden Brief (Sperrungen und Fettdruck vom Verfasser veranlaßt):

„Was Sie mir vom Prälaten Kaas schreiben, wundert mich nicht mehr, da ich mich ja seit mehreren Jahren an seine hochpatriotischen Reden und Erklärungen nach und nach gewöhnt habe. Und trotzdem bäumt sich manchmal doch alles in mir auf, wenn ich seine jetzigen Ergüsse mit seiner früheren Haltung vergleiche. Ich weiß noch genau, als ich Januar 1920[40]) nach Trier kam und bald Fühlung mit maßgebenden Trierer Persönlichkeiten und auch mit verschiedenen Herren der Rheinlandkommission bekam, wurde mir überall übereinstimmend bedeutet, Kaas sei der **spiritus rector und promotor der Gründung einer rheinischen Republik.** So sagte mir Dr. Willems, der damals an das Gymnasium in Malmedy berufen worden war, Kaas wäre von ihm und seinen Freunden die Kandidatur zum Abgeordneten der Nationalversammlung angeboten worden, damit ihm dort die Möglichkeit gegeben werde, für die Verwirklichung der rheinischen Republik zu arbeiten. Kaas hätte mit Freuden angenommen und sagte, er werde die Erreichung dieses Zieles als seine heiligste Aufgabe betrachten.

Wie oft erzählte mir Oberst Cochet (früher Bezirksdelegierter in Trier, d. V.) von den **häufigen Besuchen des Dr. Kaas** auf seinem Büro in der neuen Regierung! Kaas habe ihm ganz bestimmte Vorschläge für die Gründung einer rheinischen Republik gemacht. **„Wir wollen keine rheinische Republik im Rahmen des Deutschen Reiches, wir wollen sie ganz unabhängig, vollständig losgelöst vom Reich und nach Westen orientiert.** Wir werden in Trier eine Universität gründen, an die wir zum äußeren Zeichen unserer Gesinnung auch französische Professur berufen werden. Man braucht auch nicht zu befürchten, daß wir eine „Pfaffenrepublik" wollen, nein, alle Parteien, auch die Arbeiter sollen in ihr mitzureden haben etc...." Auf die Frage des Colonel Cochet, ob denn die öffentliche Meinung im Rheinland, speziell im Bezirk Trier mit ihm übereinstimme, antwortete Kaas: „es gibt keine öffentliche Meinung in Deutschland, die wird gemacht, ich verpflichte mich, in 14 Tagen die ganze Eifel und den ganzen Hunsrück und Hochwald glatt dafür zu gewinnen." Das war also nach der Zeit des 10-Gebote-Hoffmanns! Ich weiß genau, daß Cochet mir sagte: **„Im Vergleich zu dem, was Kaas präcisiert, ist der größte Separatist ein Waisenknabe!"** Ich kam ja auch bald in Fühlung mit Kaas und hatte mehrere Unterredungen mit ihm. Weiß er denn nicht mehr, daß Cochet und ich einmal — es muß Anfang 1921 oder 1922 gewesen sein —

---

[39]) Daß dies richtig ist, ergibt die oben von Ilges mitgeteilte Denkschrift Moenikes und Nr. 6 der Aachener Punktationen v. 1. und 5. Mai 1919.

[40]) G. kam am 15. 1. 1920, die französische Besatzung begann 5 Tage früher.

eine ganze Nacht mit ihm bei Baden unterhandelten (bis morgens 4 oder 5 Uhr) und daß er bei dieser Gelegenheit mehrmals erklärte: „Kinder, Ihr wißt doch, daß ich im Innern überzeugter Separatist bin und bleiben werde. Nur muß ich nach außen einstweilen vorsichtig sein [41]). Ihr wißt ja, daß ich es war, der dem Atrikel 18 der Weimarer Verfassung die jetzige Gestalt gab, damit, wenn eine direkte Aktion nicht möglich ist, die Sache wenigstens mit Hilfe des Art. 18 als Zwischenlösung gemacht werden kann." Weiß Kaas auch nichts mehr von der Besprechung, die er später im Gartenhäuschen des Herrn Baden in Ruwer mit Baden und Marx hatte und der Cochet und ich beiwohnten, und wo zwischen den drei deutschen Herren nur von der Gründung einer rheinischen Republik gesprochen wurde? Weiß er nichts mehr von einer Besprechung, die ich mit ihm auf seinem Zimmer in der Weberbacherstraße hatte? Weiß er nichts mehr von den unzähligen Besprechungen, die Kapitän Dupont (Jesuit) in hochpolitischen Angelegenheiten mit ihm hatte? Herr Marx hat Ihnen doch sicher auch erzählt, daß ihm Graf Spee vom Kloster St. Matthias anvertraut hatte: „Kaas wäre bei Tirard gewesen und hätte ihm gesagt: wenn man ihm hilft, Bischof von Trier zu werden, würde er die Gründung einer rheinischen Republik garantieren"? Worauf Graf Spee seine Behauptung gründet, ist mir unbekannt.

Komisch auch, daß Kaas am Morgen des Tages, als 1923 die Rheinische Republik ausgerufen wurde, pünktlich zur Stelle war und bei Colonel Cochet allein vorsprach. Cochet erzählte mir nachher, Kaas habe ihm eine Stunde lang seine Pläne zur Gründung der Rheinischen Republik vorgetragen. Cochet habe ihm in bezeichnender Weise gesagt: „Ich habe bestimmt gefühlt, daß Sie heute zu mir kommen würden; aber ich mische mich nicht in Angelegenheiten, die die Bevölkerung angehen". Weiß er nicht mehr, daß, nachdem er durch Marzen ausgewiesen worden war (zweimal), er zweimal heimlich wieder zurückkam und durch Herrn Doudain **Colonel Cochet sagen ließ, er stelle sich ihm zur Verfügung** und bitte um eine Unterredung, die ihm jedoch auf meinen Rat nicht gewährt wurde?

Und nach all dem geht nun dieser Herr hin und hält hochpolitische Reden usw. und verdächtigt die „Separatisten!"

Das ist doch die Höhe. Weshalb Kaas damals umgeschwenkt ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß eines Tages (1923 oder 1924) der Präsident des Trierer Bauernvereins Broich, sein Freund, ein Zahnarzt und Herr Nossem bei mir waren; Broich verlangte, wir sollten Kaas, Legendre, Meinen ausweisen, und Nossem, der in den Sparkassen und Banken der dem Bauernverein angegliederten Genossenschaften genau Bescheid wußte, sagte, er wisse genau, daß Kaas 5—6 Millionen Franken in saarländischen Banken besitze. Kontrollieren konnte ich dies natürlich nicht, und es ist mir auch gleichgültig gewesen."

Das Bild, das hier Griner von Kaas, den er durch und durch kannte, entwirft, wird klassisch ergänzt durch einen denkbar deutlichen Brief, den der Separatistenführer Matthes an Köhler nach Erscheinen von dessen Buch sandte. (Den Wortlaut teilte Matthes dem Verleger dieser Schrift am 8. 6. 1933 mit). Es heißt darin:

„Eine zufällige, aufmerksamere Lesung Ihrer Broschüre „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein" veranlaßt mich zur Frage, ob Sie folgende „feststehende Tatsachen" nicht auch kennen:

I. Daß alle wirklichen oder nachgesagten Rheinlandwünsche französischer Politiker seit dem Weltkrieg sich auf die „katholische" Politik gründen, die seit 1917 Sonderfriedenswünsche betrieben — besonders von rheinischer, bayerischer und österreichischer Seite! — und die nur an der antiklerikalen Grundsätzlichkeit Frankreichs scheiterten.

II. Daß 1923 die Rheinische Bewegung nur aufgrund der rheinischen Zentrumspolitik von 1918/19 aufgebaut werden konnte, die uns die Zehntausende Anhänger aus Zentrumskreisen bewahrte, und daß Herr Kaas

---

[41]) Das deckt sich fast wörtlich mit dem, was Kaas bei der oben S. 145 mitgeteilten Zusammenkunft in der Krim vom Jahr 1922 gesagt hatte.

bis Ende 1919 über die Trierer Parteifreunde auch mit Herrn Dorten noch Fühlung hielt. Herr Kaas war natürlich so klug, nur eine gute „zweite Garnitur" damit zu betrauen, um jederzeit mit seinen „wenn und aber" und „als ob" auf die stärkste Seite zu fallen.

III. Daß aufgrund der Haltung von Zentrumsleuten und katholischen Geistlichen der streng katholische Coblenzer Oberdelegierte Colonel Philippe mich und meine Vorläufige Regierung fast täglich und immer hartnäckiger bat, mit namentlich genannten Zentrumsleuten Fühlung zu nehmen, und daß von belgischer und französischer nichtamtlicher, aber politisch höchst einflußreicher Seite mit deutschen Katholikenführern verhandelt wurde: Matthes tritt zurück, geht in einer Mission ins Ausland, weil seine antiultramontane Vergangenheit im Wege steht. (Nebenbei: Der „vielvorbestrafte Matthes" hatte nur Pressevergehen — §§ 185, 186, nie 187 — auf dem Kerbholz bei 25 jähriger Redaktionstätigkeit.)

IV. Daß die Wandlung von Kaas nur römischen Einflüssen zu danken ist. Rom versuchte sein „Rheinlandgeschäft" 1918/19 erst mit Frankreich, wurde zurückgestoßen, wandte sich dann nach Berlin, erhielt seine Wünsche in Deutschland erfüllt und unterstützte dann erst Berlin. Sie kennen die de Testa-Politik 1923, die den Abschluß dieser Entwicklung bildete, sicher ebensogut, als ich.

V. Daß Herr Kaas nach Rom gerufen und dort festgesetzt wurde, weil seine Person aufgrund seiner früheren „Rheinlandpolitik" ihn — für Rom! — nicht mehr tragbar in Deutschland erscheinen läßt, daß der Kölner Diktator Vogt, der wirkliche Kirchenfürst am Rhein, in diesem Sinne arbeitete, und daß nur über die politische Leiche von Kaas der Weg einer deutsch-römischen Verständigung möglich war bezw. ist.

Diese fünf Punkte zeigen den wirklichen „Willen zu unbedingter Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit", den Sie in Ihrem Dauerwellen-Frisierversuch „Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein" plakatieren.

Sie meinen, wir Leute von 1923 wollten uns an Euch rächen wegen der Kaas-Haltung gegenüber unserer Bewegung? Mit nichten, denn Herr Kaas war unser Wegbereiter für unseren Kampf, er wurde sich und seinen Freunden auf Kommando Roms untreu, frühere Anhänger von ihm insultierten ihn ohne unser Wissen und zu unserem Bedauern, nicht wir, sondern ausländische Politiker rechneten noch sehr lange mit ihm für eine Rheinlandpolitik, die nicht mehr unsere sein konnte. Wir waren fast alle katholisch, ich auch, aber nicht „ultra montes". Ueber Euer Deutschtum zu richten, liegt mir nicht ob, der Begriff ist deutungsreich wie die Bibel, aber daß Ihr richtig beurteilt werdet, ist nackteste Pflicht eines jeden, der Bescheid weiß. Und daß ich einer von denen bin, wissen Sie, Herr Köhler, aus allen „Dokumenten und Tatsachen", die Sie so kunstvoll, aber doch zu künstlich in Ihrer Broschüre zerarbeiten.

Hochachtend

gez. J. F. Matthes.

„Ich habe gewußt, daß Sie kommen"

Wir kommen zum Ende der historia arcana des Prälaten Kaas.

Kaas wäre niemals in die Politik gekommen, sondern noch heute Lehrer am Priesterseminar in Trier, wenn er nicht Separatist gewesen wäre, erzählte am 7. September 1933 Binz in Straßburg. Der ausschlaggebende Teil des Klerus in Trier hatte nur darum Interesse an ihm, weil er Separatist war. Für ihn wäre die von den rheinischen Zentrumskandidaten verlangte Verpflichtung für die Loslösungsbestrebungen nicht notwendig gewesen. Er war ja selbst der Drahtzieher.

„Die große fast krankhafte Furcht von Kaas", so äußerte sich Dorten am 20. 5. 1933, „war die, bei den kommenden Ereignissen nicht eine führende Rolle zu spielen."

So erklärt es sich, daß Kaas, nachdem am 21. Oktober 1923 die Separatisten die Republik in Trier ausgerufen hatten, am folgenden Tag dem Obersten Cochet erklärte, er sei bereit, die Regierung zu übernehmen. Und so erklärt sich auch, daß Cochet erwiderte: „Ich habe gewußt, daß Sie kommen". Cochet lehnte ab [42]), weil bekanntlich auf Anweisung Tirards die bereits konstituierten separatistischen Regierungen anerkannt werden mußten, da es sich nach seiner Meinung um eine innerdeutsche Revolution handelte und zwecks Verschleierung der Zusammenarbeit mit den Separatisten handeln mußte. „Poincaré", schreibt der in Beurteilung der Ultramontanen trefffichere Matthes an Vitus Heller am 28. August 1929, „wollte nie und nimmer die Pfaffengasse am Rhein, ebensowenig wie Clemenceau". Freilich, am 19. März 1919 hatte im Verfassungsausschuß auch Kaas gesagt: „Wir planen kein „Pfaffenstäätchen", keine Vorherrschaft der katholischen Konfession". Indes: Poincaré war konsequent! Und er war mißtrauisch!

Am 22. Oktober 1923 verhaftete Marzen Kaas und die Beigeordneten Reese und Loosen. Darauf Kaas, nach Marzen, wörtlich:

> „Herr Marzen, Sie verhaften mich in einem Augenblick, in dem ich mich Ihnen und Ihrer Bewegung zur Verfügung stellen wollte; ich bin schon seit 1918 eifriger Förderer des freien Rheinlandes gewesen."

Marzen verhaftete ihn, weil er eifersüchtig auf ihn war und verhindern wollte, daß Kaas doch die Macht bekam. Den Paß nahm er ihm nicht ab, ließ ihn im Auto abtransportieren, gab aber den Chauffeuren Befehl, unterwegs eine Panne zu inszenieren. damit Kaas entwischen könnte. Kaas kam am selben Abend nach Trier zurück, suchte Marzen auf und machte ihm wegen der Verhaftung Vorwürfe, da er ihm, wie er berichtet hat, doch sofort mehrere hunderttausend Zentrumswähler zugeführt hätte. Wenn Köhler S. 24 aus der Verhaftung folgern will, daß Kaas kein Separatist gewesen sei, so übersieht er bei seiner „Mohrenwäsche", [43]) daß dergleichen Dinge bei Revolutionen niederen Ranges vorkommen. Die Novemberrevolte des Jahres 1918 zeigt hierfür nicht wenige Beispiele, zum Teil von fast grotesker Komik.

---

[42]) Nur so erklärt sich die Szene bei Stöck S. 117. Kaas begibt sich mit Stöck und den Stadtverordneten Rautenstrauch, Rendenbach, Dr. Brandenburg, Loeb vom Rathaus zum Haus der Rheinlanddelegation, um Cochet zu sprechen. „Im Vorraum angekommen, bat uns Herr Kaas, ihn allein zu dem Delegierten gehen zu lassen." Stöck muß dabei etwas gefunden haben, weil er diese mehr als auffallende Tatsache, zuerst eine Kommission zusammenzustellen und dann doch allein zu verhandeln, in Sperrdruck bringt. Als getreuer Zentrumsmann mußte er sich natürlich einer Kritik enthalten. Für uns ist es freilich klar, was Kaas ohne Zeugen, wenigstens ohne deutsche Zeugen, wollte. Er bleibt bei Cochet 45 Minuten, wie der vor der Tür wartende Marzen mit der Uhr in der Hand feststellt. Dann kommt er heraus mit dem Ruf: „Es ist alles verloren." „Alles", das war **die Regierung des Herrn Kaas,** und sie war für ihn natürlich „alles". Aber die geschickte Formulierung erweckt den Eindruck, als sei das Deutsche Reich verloren, als stürze eine Welt zusammen.

[43]) Ilges im „Tag" Nr. 181 v. 29. 7. 1932 aaO.

Auch den Ehrenpräsidenten des Trierer Bauernvereins Broich wollten Separatisten auf seinem Schloß Niederweis verhaften; und er war doch Mitglied der Dortenpartei! Was will also die Verhaftung von Kaas durch Marzen besagen? Die Revolution vom 9. November 1918 war genau so minderwertig wie die am Rhein in den Jahren 1918 bis 1924. Was will es da besagen, wenn Kaas am 10. September 1930 (lt. „Saarzeitung" Nr. 212 vom 12. 9. 1930) sentimental ausruft, Separatisten hätten seine Ermordung geplant! Auch Adenauer meinte mehrfach, daß seinem Leben durch Separatisten Gefahr drohe. Es ist lächerlich für Männer, sich solcher Mittel zu bedienen.

Kaas war Rivale Marzens. Darum mußte er in den kritischen Stunden verschwinden. Eine zweite Verhaftung am folgenden Tag nebst Abtransport ins unbesetzte Gebiet geschah gegen den Willen von Marzen durch übereifrige Polizisten. Würde man nicht lachen, wollte Marzen seinen Separatismus leugnen, weil er wiederum seinerseits einmal von Cochet verhaftet werden sollte?

Es war eine schmutzige Revolte. Es war die Frucht aus der Saat des Prälaten Kaas.

*

Epilog

„Die Diplomatie der Kirche, einst vornehm von oben her und über Jahrzehnte hin die Dinge taktisch beurteilend, hat in weiten Gebieten den gemeinen Methoden der Tagespolitik Platz gemacht, der parteimäßig demokratischen Agitation von unten mit ihren nichtswürdigen Kniffen und verlogenen Argumenten. Man denkt und handelt auf dem Niveau der großstädtischen Unterwelt. Man hat das überlieferte Streben nach weltlicher Macht auf den kleinen Ehrgeiz von Wahlerfolgen und Bündnissen mit anderen Pöbelparteien zum Zweck materieller Erfolge reduziert. Der Mob in der Priesterschaft, einst streng gezügelt, führt heute mit seinem proletarischen Denken die Herrschaft über den wertvollen Teil des Klerus, welcher die Seele des Menschen für wichtiger hält als seine Wahlstimme und metaphysische Fragen ernster nimmt als demagogische Eingriffe in das Wirtschaftsleben. .... seit dem Ende des Weltkrieges sank vor allem in Deutschland die Kirche, die eine alte Macht mit alten und starren Traditionen ist und als solche das Niedersteigen zur Gasse mit dem Ansehen unter den eignen Gläubigen teuer bezahlen muß, durch die Agitation minderwärtiger Anhänger zum Klassenkampf und zur Gemeinschaft mit dem Marxismus herab. Es gibt in Deutschland einen katholischen Bolschewismus, der gefährlicher ist als der antichristliche, weil er sich hinter der Maske seiner Religion versteckt."

(Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung S. 92.)

Exitus

Zeitungsnotiz: Rom, den 15. März 1934. „Der Osservatore Romano" gibt bekannt, daß Prälat Kaas von Pius XI. zum Wirklichen Apostolischen Protonotar ernannt worden ist.

Kaas, der bisher den Titel eines Ehrenprotonotars führte, weilt bekanntlich seit fast einem Jahr in Rom. Seine Berufung in das Kollegium der neun Protonotare, deren Vorsitz der deutsche Prälat Wilpert führt, läßt darauf schließen, daß Prälat Kaas endgültig in Rom verbleiben wird."

IV. Teil

Separatismus

Von Rechtsanwalt Dr. Hermann Schmid

*

I. Begriff

Separatismus heißt **Loslösung** und umfaßt alle Bestrebungen nach dem 9. 11. 1918 in Deutschland, Bundesstaaten oder selbständige Staaten durch Abtrennung von Gebietsteilen vom Reich oder von einem Bundesstaat zu gründen [44]. Territorial betreffen sie nur Bayern, Hannover, Oldenburg [45], Schlesien [46], Schleswig-Holstein [47], die Pfalz [48], die Rheinlande [49] mit Birkenfeld.

Separatismus ist ein wissenschaftlicher Begriff des Staatsrechts geworden [50]. Eine wissenschaftliche Beurteilung fehlt jedoch bisher. Das Wenige, was darüber Rechtsprechung und Literatur gebracht haben, ist wissenschaftlich unhaltbar.

1. Legaler und illegaler Separatismus

Mit keinem Wort ist so viel Unfug getrieben worden wie mit dem Wort vom legalen Separatismus. Das Zentrum und — ihm folgend — in der Zeit gefesselter Justiz manche Gerichte haben zu dem ausschließlichen Zweck, die Zentrums-Exponenten Adenauer, Kaas, Dr. Müller u. a. zu schützen, den Begriff des legalen Separatismus erfunden und ihn dem illegalen, auch verbrecherischen Separatismus genannt, gegenüber gestellt. Nur bei dem letzteren erkannte man den Begriff des Separatismus als gegeben an. Alles übrige nannte man legal oder, um den begrifflichen Unsinn zu vollenden, Autonomismus. Separatismus waren für jene nur die Los-

---

[44]) Soweit zu ermitteln war, gebraucht der Staatssekretär des Aeußeren Dr. **Solf** als Erster das Wort Separatismus und zwar auf der Reichskonferenz der deutschen einzelstaatlichen Regierungen in Berlin am 25. 11. 1918 (vgl. Zarnow, Der 9. November 1918 S. 132) und nach ihm die Entschließung der Protestversammlung der SPD. in Köln v. 6. 12. 1918 (vgl. Kuckhoff S. 55). — Vielfach wird der Separatismus als Sonderbündelei bezeichnet. Hans Fuchs im Staatslexikon der Görresgesellschaft, hrsg. von Hermann Sacher, 5. Aufl. 1931 Art. Separatismus S. 1493, nimmt an, das Wort sei wohl von dem Sonderbund, den die katholischen Kantone der schweizer Eidgenossenschaft im 19. Jahrhundert schlossen, entlehnt. Der Ausdruck „Sonderbündelei" wird erstmalig von der „Kölnischen Zeitung" verwandt und von ihr konsequent durchgeführt. Diese Terminologie, die die Separatisten immer in Wut bringt, ist abwegig. Sie läßt unklar, ob sie die Menschen, die sich gesondert verbinden, meint oder mehrere Territorien, die sich zusammenschließen sollen.

[45]) In den ersten Tagen der Novemberrevolution tat sich wirklich unter der Herrschaft wilder Arbeiter- und Soldatenräte eine Republik Oldenburg-Ostfriesland auf. Die Behörden haben dieses bedeutungslose Zwischenspiel nie beachtet.

[46]) Wenig bekannt; vgl. Kuckhoff S. 34.

[47]) vgl. Kuckhoff aaO.

[48]) Es gab zwei verschiedene Vorgänge, die „Freie Pfalz" unter Haas und Eichhorn 1919, die „Autonome Pfalz" unter Heinz aus Orbis 1923.

[49]) Fuchs aaO. kennt Separatismus fälschlich nur im Rheinland.

[50]) Anschütz, die Verf. d. D. Reichs, 13. Aufl. 1930, verwendet ihn in Anm. 1 zu Art. 18, S. 136.

lösungsbestrebungen am Rhein [51]) nach dem 1. Juni 1919, der Proklamierung der rheinischen Republik durch Dr. Dorten.

Das ist falsch.

Legaler Separatismus ist Loslösung, die auf einer lex, einem Gesetz beruht. Dieses Gesetz war in Deutschland allein der Artikel 18 der am 11. 8. 1919 verkündeten, am 14. 8. 1919 in Kraft getretenen Reichsverfassung.

Jede Abtrennungsbestrebung, die sich nicht auf den Artikel 18 stützte, war illegal, gesetzwidrig.

Den Rechtszustand vom 9. November 1918 bis zum 14. August 1919 mußte unter den Separatisten keiner so gut kennen wie der Staatsrechtler Kaas.

War, so fragt es sich, das Reich am 9. November 1918 zerfallen, galten keine Gesetze mehr, hatte es keine Verfassung?

Man kann keine allgemeinen Sätze über die Wirkungen von Revolutionen aufstellen. Sie entstehen und verlaufen verschieden. Wesentlich ist aber allen, daß irgendwie die bestehende Verfassung beeinflußt wird; denn gegen sie wenden sich die Revolutionen ja an erster Stelle.

Bei der Revolution vom 9. November 1918 handelte es sich um eine „tiefgreifende Verfassungsänderung, aber schließlich doch um nichts anderes als eine Verfassungsänderung. [52]) Der Staat ging nicht unter, sondern dauerte mit veränderter Verfassung fort; „die Staatsverfassung ist nur nicht mehr identisch“ [53]). Die Reichsverfassung vom 16. 4. 1871, die preußische vom 31. 1. 1850 blieben nach dem 9. November 1918 in Kraft, soweit sie nicht bis zur Verkündigung neuer Verfassungen durch Anordnungen der Gewalthaber aufgehoben wurden. Im Reich lag die „Aufhebung des Reichstages, des Kaisertums [54]) und Bundesrates in der Uebernahme der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt durch die revolutionären Machthaber“ [55]). „Die Revolution zerstörte also nur diejenigen Stücke der alten Reichsverfassung, die ihr im Weg standen — so die Bestimmungen über den Kaiser, den Reichstag, den Reichskanzler“ [56]).

Genau dasselbe gilt für Preußen. Hier beseitigte die Revolution selbstverständlich die Bestimmungen über den König und die Kammern, nicht das Gebiet.

Unverändert blieben die Bestimmungen der Verfassungen über das Gebiet, also Art. 1 der RV. v. 16. 4. 1871, der das Reichsgebiet — mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen — durch Aufzählung derjenigen Staaten festlegt, die dem Reich angehören, und die Artt. 1 und 2 der preußischen

---

[51]) Bayern, Hannover vergaß man in der Eile, obwohl, wie Ilges in seiner „Aufteilung Deutschlands“ gezeigt hat, dort ab 1920 unter Heim u. a. wildeste Abtrennungsbestrebungen betrieben wurden.

[52]) Preuß-Anschütz, Reich und Länder, S. 6.

[53]) Otto Mayer: Archiv des öffentlichen Rechts 1919, Bd. 39, S. 102.

[54]) Irreführende Ausdrucksweise. Beseitigt wurde das Präsidium des Reiches, das dem König von Preußen zustand, der den Namen Deutscher Kaiser führte.

[55]) Schwalb, Das Gesetzgebungsrecht der revolutionären Reichsregierung, Deutsche Juristenzeitung 1919, Sp. 284.

[56]) Anschütz aaO. Anm. 6, S. 4, Anm. 1 zu Art 178, S. 658.

Verfassung vom 31. 1. 1850 [57]), und darum ist es wissenschaftlich richtig, daß die alte Reichsverfassung erst durch Art. 178 I der neuen, die alte preußische Verfassung erst durch Art. 81 I der vom 30. 12. 20 aufgehoben worden sind.

Erhalten blieben alle bürgerlichen Gesetze, alle Steuergesetze, das Strafgesetzbuch.

Wer also Handlungen unternahm, die den Bestand des Gebietes, die Grenzen berührten, handelte rechtswidrig, wenn kein Gesetz solche Handlung gestattete. Ein solches Gesetz war aber nicht vorhanden. Am 10. 2. 1919 gebot das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt [58]) im § 4 II dem Separatismus ein energisches Halt: „Es kann der Gebietsstand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden" [59]).

2. **Föderalismus**

Die Führer der Bewegung nennen sich „besorgt", „gutgläubig", „treudeutsch", „stammesbewußt" [60]), „Gegner der verslavten Deutschen in Berlin und im Osten davon" [61]). Preußenhaß leitete Adenauer, Dorten, Kaas. Den unleugbaren Partikularismus verbarg man in dem Namen des Föderalismus [62]). Seine destruktive Tendenz hielt sich weit über die Zeit des Separatismus hinaus unter Prof. Dr. Benedikt Schmittmann-Köln, in dessen Halbmonatsschrift „Heimat und Volk", bis ins Jahr 1933 hinein. Um die Identität von Föderalismus und Partikularismus noch weiter zu vertuschen, erzählt Kaas in der oft erwähnten Sitzung des Verfassungsausschusses, klug kommenden Angriffen vorbeugend:

> „Im übrigen hat niemand [63]) daran gedacht, die Grenzen der rheinisch-westfälischen Republik von vornherein festzulegen."

---

[57]) Art. 1: Alle Landesteile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfang bilden das preußische Staatsgebiet. — Art. 2: Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.

[58]) Das preußische Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt vom 20. 3. 1919 enthält daher keine Bestimmung über die im Reichsgesetz geregelte Frage.

[59]) Es ist geradezu selbstverständlich, daß sich auch dagegen **Kaas** mit seinem Trierer Anhang wendet. Freilich mit einem „patriotischen" Anner, den zu finden niemand so geschickt ist wie ein Zentrumspolitiker. Kaas, Legendre, Astor u. a. veröffentlichen am 10. 2. 1919 folgende Erklärung, deren Wortlaut wir Kuckhoff S. 89 entnehmen: „In dem Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt ist die Loslösung der Rheinlande von Preußen bis zur endgültigen Verfassung von der Zustimmung der preußischen Landesversammlung abhängig gemacht. Alle linksrheinischen Abgeordneten der Zentrumspartei haben energisch die Ausmerzung des in Frage kommenden Paragraphen im Entwurf verlangt. Einigungsverhandlungen, die mit den anderen Parteien geführt worden sind, hatten auch den Erfolg als sicher erscheinen lassen. In letzter Stunde indes haben die Einzelstaaten die Beibehaltung erzwungen. Da im Hinblick auf die politische Lage die sofortige Verabschiedung des Gesetzes unaufschiebbar war, gebot nationale Pflicht, dem Gesetzentwurf über die vorläufige Verfassung zuzustimmen."

[60]) Worauf auch Grimm, Der Separatismus VI a. S. 13, mit feiner Ironie hinweist.

[61]) Kuckhoff.

[62]) Anschütz, Kommentar S. 16; Grimm aaO.; Abg. Linz, pr. Landesverf. v. 21. 3. 1919, StenBer. Sp. 434.

[63]) Im zweiten Separatistentelegramm von Kaas v. 29. 1. 1919 las mans anders.

Und aus Rheinland-Westfalen macht er ein halbes Jahr später in seiner Trierer Rede vom 22. 9. 1919 ein autonomes „Stammes"land. Die Verwirrung ist nicht mehr zu überbieten.

Dem Partikularismus ist der häßliche Begriff eines „unheiligen" Egoismus immanent. Ein Unterzeichner der Kölner Kasinokundgebung v. 10. 3. 1919 (im höheren Staatsdienst befindlich) hat sich zynisch dahin geäußert, daß man sich wegen der Schulden von Preußen trennen müsse[64]), und Rathenau hat zynisch den gleichen Grund bei Loslösungsbestrebungen festgestellt[65]).

3. Autonomismus

Autonomismus heißt Selbstgesetzgebung. Sie kann also nur ausüben, wer „ein rechtliches Selbst besitzt"[66]). Autonomie hat der rechtsfähige Verein, die Gemeinde, die Provinz auf den Gebieten, die ihnen der Staat durch Gesetz zuweist.

Eine bloße, auch noch so starke Provinzialautonomie lehnen die Männer der Abfallbewegung (von denen sich nur Mathias Binz offen und ehrlich als Separatisten bekennt, während sich die anderen als Autonomisten titulieren) schärfstens ab, da sie den rheinischen Wünschen nicht entspreche.

„Wenn wir", sagt die „Triersche Landeszeitung" am 17. 7. 1919, „jetzt den Augenblick verpassen, ... ist es mit der rheinischen Republik vorbei[67]). Dagegen werden wir die Republik haben, wenn wir sie nachdrücklich fordern[68]). Nur die rheinische Republik hilft uns, nicht aber eine Provinzialautonomie."

Das „Echo der Gegenwart" in Aachen schreibt fast um dieselbe Zeit, am 19. 7. 1919:

> „Die in Aussicht genommene Verleihung erweiterter Selbständigkeitsrechte an die Provinzen kann unmöglich als ausreichend für die besonders gearteten Verhältnisse des besetzten Gebietes angesehen werden".

Da alle Provinzen bereits Autonomie besaßen, eine erweiterte aber nicht gesetzlich zugebilligt wurde, bedeutet also die hier gemeinte Autonomie, auch Stammesautonomie genannt, nur die Errichtung eines neuen Staates. Die Errichtung ist nur möglich durch Abtrennung.

Also ist hier Autonomismus und Separatismus das Gleiche[69]).

Um das Rheinland auch nur zum Bundesstaat zu machen, mußte man es von Preußen lösen. Es ist staats- wie strafrechtlich vollkommen belanglos, ob man die Rheinlande vom Reich oder „nur" von Preußen abtrennen wollte. Lächerlich ist dabei die immer auftretende, allmählich senil werdende Phrase „im Rahmen des Deutschen Reiches" oder auch „im Verbande des Deutschen Reiches". Die drei berüchtigten Drahtungen des Abgeordneten Kaas

---

[64]) Lt. WbZ. v. 9. 10. 1932 S. 4; v. 10. 10. 1932 S. 5.

[65]) Unterredung mit General H. T. Allan v. 15. 6. 1922 (Allan, Mein Rheinlandtagebuch, 2. Aufl., S. 238.).

[66]) Anschütz, Deutsches Staatsrecht in der Enzyklopädie der Rechtswissenschaft hrsg. von Holtzendorff-Kohler, Bd. IV, 7. Aufl., S. 144.

[67]) Seltsam! Einen Monat vorher, am 13. 6. hatte der unumschränkte Herrscher des Zentrums in derselben Zeitung, Kaas, „Das Ganze Halt!" kommandiert.

[68]) Und deshalb schickte der Direktor Dr. Kriege am 25. 7. 1919, also genau 8 Tage später, seine Zustimmungserklärung an Dr. Dorten. Kriege war katholischer Geistlicher, den Brief beglaubigt ein zweiter Kleriker, Dr. Schifferings, Pfarrer in Euren bei Trier.

[69]) Vgl. auch Abg. Schäfer, pr. Landesvers. v. 28. 5. 1919. StenBer. Sp. 1920.

enthalten diesen Vorbehalt nirgends.[70]) Und es ist daher nur noch festzustellen, ob im Einzelfall Hochverrat oder Landesverrat begangen wurde.[71])

II. Die verbrecherischen Tatbestände

(Hochverrat — Landesverrat)

Das deutsche Strafgesetzbuch vom 15. 5. 1871 hat die Begriffe Hochverrat und Landesverrat nicht sonderlich klar herausgearbeitet. Wissenschaftlich ist Hochverrat der gewaltsame Angriff auf die innere staatliche Ordnung, Landesverrat der gewaltsame Angriff auf die äußere Sicherheit. Der wirkliche Begriff lebt in der Vorstellung des natürlich empfindenden nationalbewußten Menschen[72]).

Das Zentrum, seine Prominenz und die meisten Gerichte der vergangenen Zeit, die sich mit Separatismus zu beschäftigen hatten, haben darzulegen versucht, daß der Separatismus von Kaas, Adenauer, Dr. Karl Müller, des katholischen Klerus und anderer weder Hoochverrat noch Landesverrat gewesen sei. Eine positivrechtliche Untersuchung wird das Gegenteil zeigen. Denn es kommt in dieser Schrift darauf an, unangreifbar wissenschaftlich nachzuweisen, daß die Beschuldigten Verräter waren.

Da das Staatsgebiet in den Verfassungen geschützt ist, liegt in der Abtrennung eine Verfassungsänderung (nach § 81 Nr. 2 StGB.) § 81 Nr. 3 StGB. stellt ferner unter Strafe die gewaltsame Einverleibung eines Teiles des Bundesgebietes in einen fremden Staat oder die Loslösung eines Teils vom Ganzen, endlich Nr. 4 die gewaltsame Einverleibung des Gebietes eines Bundesstaates, ganz oder zum Teil, in einen anderen Bundesstaat oder die Loslösung eines Teils vom Ganzen. Man will Rheinland von Preußen (Kaas sogar, wie Smeets, vom Reich) abtrennen, es mit Birkenfeld, der Pfalz, Westfalen, Ostfriesland vereinigen. Es trifft also immer einer der obigen drei Fälle zu, und es bleibt nur noch das Merkmal der Gewalt nachzuweisen.

Dorten schreibt hierzu[73]):

„Im übrigen könnte ihr (sc. der Reichsregierung) jeder Staatsanwalt sagen, daß infolge Fehlens des Tatbestandsmerkmales des

---

[70]) Er hat gelegentlich erklärt, das sei so selbstverständlich gewesen, daß sich der Zusatz erübrigt hätte. Nicht glaubhaft. Bei so wichtigen Dingen muß man sich klar, nicht mehrdeutig ausdrücken.

[71]) Wurde! Denn Amnestien machen Strafverfolgung fast unmöglich.

[72]) Einige Beispiele aus dem oft erwähnten Frankfurter Prozeß beweisen das: Direktor Maurer-Wiesbaden lt. „WbZ." v. 10. 10. 1932: „Die Ausrufung der rheinischen Republik stand schon Anfang Februar 1919 vor der Tür... Wir hatten schon im März den Eindruck, daß die Franzosen die Dortenbewegung begünstigten." Rechtsanwalt Lehr: „Hat man in Wiesbaden die Erklärung vom 10. März (Kölner Kasinoversammlung) nicht als Hochverrat bezeichnet?" Maurer: „Wir haben das so empfunden." Lehr, lt. „WbZ." vom 14. 10. 1932, zu Amtsgerichtsrat Carnuth-Wiesbaden: „War es nicht klar, daß schon im März 1919 die Auffassung bestand, daß die Dortenbewegung mit den Franzosen paktierte?" Carnuth: „Ich hatte nie eine andere Auffassung. Ich war mir klar, daß das Hochverrat war"... Zum 10. 3. 1919 (Kölner Kasino-Versammlung) sagt derselbe Zeuge: „Ein Staat im Verband des Deutschen Reichs,.. wäre doch nur eine französische Provinz geworden."

[73]) Die Rheinische Republik, S. 42/43.

gewaltsamen Losreißens von der Anwendbarkeit des § 81 StGB. keine Rede sein konnte."

Nun, eine Staatengründung kann, wenn sie nicht durch Gesetz geschieht, nur durchgeführt werden, wenn der neue Staat oder seine Gründer auch die Machtmittel besitzen, sich durchzusetzen.

Da die Einwohner im Rheinland von einer Republik nichts wissen wollten, sondern in sehr gesunder Abwehr jedes derartigen Versuchs demonstrierend auf die Straße gingen, mußte man also mit Gewaltanwendung rechnen. Irgendwo im Hintergrund saß immer die Gewalt. Kaas drohte ja nicht weniger als dreimal! Und die Drohung mit Gewalt genügt, um das Verbrechen des hochverräterischen Unternehmens zu vollenden [74]). Durchführung physischer Gewalt stellen auch die Teilnehmer an der Kölner Sitzung vom 7. 1. 1919 (Adenauer, Ahn, Graf Beissel, Eckert, Hoeber, Freiherr v. Schorlemer, von Stein) in Aussicht. Denn sie waren nach dem Protokoll der Meinung, daß die rheinisch-westfälische Republik kommen müsse, daß aber, um sie ins Leben zu rufen, eine militärische Macht notwendig sei, die — das sprach man offen aus — nur mit Zustimmung der Entente aufgestellt werden konnte. Deutlicher braucht man nicht zu werden. Eigner Staat mit eignem Herr, los von Preußen, genau wie in der „Krim" zu Trier!

Des nachmaligen Kammerdirektors Dr. Karl Müller (Bonn, Zentrumsmitglied) „Sturmlauf" vom 4. August 1919 ist ohne Gewalt Operette. Weshalb läßt er sich durch Dr. Dorten bei Mangin einführen? Nachdem er Dorten am 4. August 1919 in Köln durch Frau Else Zacherl kennen gelernt und die Entschließung vom 4. August durch Dorten wörtlich vorgeschrieben bekommen hat? Um sich einen französischen General einmal aus der Nähe anzusehen? Patrouillenritt nach dem System Kaas? Weshalb leugnet er nach seiner eintägigen Ministerherrlichkeit im Kabinett Cuno kühnlich im Dezember 1922 gegenüber seinem Vorgesetzten, dem Vorstand der Landwirtschaftskammer, jenen Besuch? Jenen Besuch, den uns drei Zeugen einwandfrei bestätigt und geschildert haben? Weil er wußte, daß an dem Tatbestand des hochverräterischen Unternehmens bei ihm kein Zweifel möglich war [75]), eines Tatbestandes, der fristlose Kündigung seines für ihn so vorteilhaften Vertrages mit der Kammer zur Folge haben mußte. Sein Mut zum Hochverrat war rasch dahin!

---

[74]) Ebermayer—Lobe—Rosenberg, Reichsstrafgesetzbuch 4. Aufl. 1929 Anm. 4 zu § 81 S. 371; Frank, Das Strafgesetzbuch 8./10. Aufl. 1912 Anm. I 2 zu § 81 S. 192.

[75]) Die im Vorwort als „merkwürdig" charakterisierte Rechtspflege der vergangenen Zeit kann zu solch selbstverständlichem Schluß nicht gelangen. Im Prozeß des Weinhändlers Wilhelm Haenlein aus Hochheim gegen den Spediteur Fritz Ballmann (Akt. Z. 2a B. 12/30 des Amtsgerichts in Hochheim/Main) kennt das Gericht nur eine „Verwandtschaft des Begriffes Separatismus und der im § 81 Ziff. 4 enthaltenen Formulierung des Hochverrates." Wir werden uns mit diesem seltsamen Urteil noch zu beschäftigen haben. Wenn das Urteil trotzdem zu der Feststellung kommt, daß Haenlein zu Recht von Ballmann des Separatismus beschuldigt worden war, so nur deshalb, weil es, ausgehend von der falschen Lehre vom Stichtag, festgestellt hatte, daß sich Haenlein noch nach dem 1. Juni 1919 separatistisch betätigt hatte. — Durch ihn hatte übrigens, das muß festgehalten werden, Dorten den Zentrumsabgeordneten Heß kennen gelernt, und Heß hatte Dorten empfohlen, die Sache an das Zentrum abzugeben, weil nur dann Aussicht gegeben sei, daß der Rheinstaat kommen werde.

Wer hochverräterisches Unternehmen verneint, muß, da niemand allein marschierte, sondern immer ganze Gruppen auftraten, das Verbrechen des hochverräterischen Komplotts zugeben.

„Haben mehrere die Ausführung eines hochverräterischen Unternehmens verabredet, ohne daß es zum Beginn einer nach § 82 StGB. strafbaren Handlung gekommen ist, so werden dieselben mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft" (§ 83 StGB.).

„Als ein Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverrats vollendet wird, ist jede Handlung anzusehen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll." (§ 82 StGB).

Verhandlungen mit Oberkommandos des Feindes und später der interalliierten Oberkommission über den Rheinstaat waren, da sie die feindlichen Regierungen vertreten und ihre Organe waren [76]).

„Sicheinlassen mit einer auswärtigen Regierung zur Vorbereitung des Hochverrates",

sog. hochverräterische Konspiration nach § 84 StGB.

Bis zum Friedensschluß war Deutschland im Kriegszustand [77]). Wer in jener Zeit den Rheinstaat protegierte, hat damit „einer feindlichen Macht Vorschub geleistet" [78]), sich daher des Landesverrates nach § 89 StGB. schuldig gemacht; denn keinem der Führer ist das jahrhundertelange Streben Frankreichs zum Rhein unbekannt [79]). Die Rheinlandrepublik wäre unweigerlich Frankreich zugefallen. Das mußten die Drahtzieher wissen, sie mußten wissen, daß sie dem alten Wunsch Frankreichs zur Erfüllung verhalfen. Darum durften sie ihre verderbliche Tätigkeit nie beginnen, und taten sie es doch, so hatten sie zumindest den sog. eventuellen Vorsatz, dem Feind Vorschub zu leisten.

Das berühmte spätere „Abrücken" (wie sich Dr. Karl Müller und

---

[76]) Die Oberkommission ist nach Art. 2 des Rheinlandabkommens die oberste Vertreterin der alliierten und assoziierten Mächte, also auswärtiger Regierungen, und ihre Vorläufer sind bis zum Rheinlandabkommen nach V 3 des Waffenstillstandes eindeutig die Spitzen der Besatzungstruppen, da sie die Tätigkeit der deutschen Behörden zu beaufsichtigen hatten.

[77]) „Solange der Feind im Land ist, war eine Auseinandersetzung über die Struktur des Landes nicht möglich"; so Gorrenz unter dem Beifall der Zuhörer im Frankfurter Prozeß lt. „Wb. Zt." vom 12. 10. 1932, S. 6.

[78]) „Ich habe . . . die Empfindung, daß das Ausland, daß unsre Feinde jubeln werden über das, was sie heute gehört haben. (Sehr richtig!) Ich habe die Empfindung, meine Herren, daß Sie unseren Feinden keinen größeren Gefallen tun können, als mit einer derartigen Auseinandersetzung (sehr richtig!)." (Unterstaatssekretär Dr. Freund, Pr. Landesvers. am 22. März 1919, Sp. 528.

[79]) Aber selbst solche Kenntnis wird von der Justiz der vergangenen Epoche entschuldigt. Man glaubt seinen Augen nicht zu trauen, wenn man liest, was ein Gerichtsassessor in dem oben in Anm. 75 erwähnten Hochheimer Prozeß fertig bringt. Er schreibt in den Gründen:

„Auch wenn man aus geschichtlicher Erfahrung heraus annimmt, daß eine solche Bewegung zugleich eine Förderung der französischen Rheinlandpolitik bedeutet, ist sie aus diesem Grund allein noch nicht als verächtlich anzusehen, da sie ja nur eine Anwendung von in der Reichsverfassung gegebenen Möglichkeiten darstellt."

Ueberflüssig zu bemerken, daß diese „Begründung" das Nationalgefühl und jedes natürliche Rechtsempfinden, ohne das eine Rechtspflege unmöglich ist, auf das Tiefste verletzt.

andere verteidigten) hilft ihnen nichts. Denn „ein später erfolgender Rücktritt befreit nicht von der Strafe" [80]).

Kaas wollte immer, auch am 27. Mai 1919, gelegentlich seines Besuches bei Dr. Dorten, den neuen Staat. Er wollte ihn; denn er versprach, wie schon Klingelschmitt vor Jahren unwidersprochen für die Geschichte festgelegt [81]) hat, zur gesetzlosen Proklamation nach Aachen zu kommen und eine Reihe von Männern, gleich neun auf einmal, zur Teilnahme zu verleiten. Und wenn er nach Jahren, erst am 10. September 1930 in einer Trierer Wahlrede, nachdem sein Kölner Hymnus über Dorten vom 30. Mai 1919 längst verklungen, sich verteidigt, so rekonstruiert er die Dinge in seiner Weise. Diese Rekonstruktion sei hier festgelegt, nicht nur, weil sie klug mit seelischen Wirkungen auf seine Schäflein, auf Menschen ohne Gedächtnis, rechnete, sondern vor allem, weil sie so über alle Maßen wissentlich unwahr ist:

> „Ich gebe zu: Wenn man im Minenkrieg steht, muß man selbst auch gelegentlich nicht davor zurückschrecken, einen Minengang zu durchkriechen. Wenn man den Patrouillengang macht, muß man den Mut haben, auch einmal feindliches Gebiet zu betreten. Wenn ich die nötigen Informationen haben wollte, die ich brauchte als Inspirator des Abwehrkampfes gegen den separatistischen Illegalismus, dann konnte ich nicht auf Informationsquellen verzichten, die mir sonst nicht zur Verfügung gestanden hätten."

Wir wiederholen: Seit dem 21. Mai 1919 wußte Kaas durch Loenartz, daß am 17. Mai 1919 Froberger, Kastert und Kuckhoff mit Dr. Dorten bei Mangin gewesen waren. Er wußte auch, daß am 21. Mai Clemenceaus Frist für Gegenvorschläge zum Friedensdiktat abgelaufen war. Seit dem 23. Mai wußte er, daß Kastert und Kuckhoff von seiner eignen Partei zurechtgewiesen worden waren. Er wußte, daß daher bei Dr. Dorten nichts mehr zu erfahren war. Da er selber auf dem dogmatischen Standpunkt des Zentrums steht, daß erst ab 1. Juni 1919 die Absichten Dortens als „unlauter" zu erkennen gewesen seien, konnte er am 27. Mai, als er zu Dorten ging, weder ahnen noch wissen, daß es sich in der Hildastraße 14 zu Wiesbaden um „feindliches Gebiet" handelte. Daß er aber mit jenem sentimentalen Ausflug in den Minenkrieg und seinem Patrouillenritt nur den Besuch bei Dr. Dorten gemeint hat, ergibt sich daraus, daß er in dem nicht protokollierten Teil seiner Zeugenaussage vom 11. Juli 1931 in Trier und später auch durch Köhler die Idee vom „Patrouillenritt" wiederholt. Im übrigen meldet, wenn man schon einmal in diesem Bild bleiben will, der Führer einer Patrouille — die nicht ohne Befehl gemacht werden darf — seinem Vorgesetzten und schickt nicht seinen Untergebenen. Wenn sich die Dinge also wirklich so, wie er sie Jahre post festum schildert und schildern läßt, zugetragen haben sollten, mußte er selber und nicht Allekotte der Reichsregierung melden. Daß im übrigen der Reichsfinanzminister Erzberger nicht allein die zuständige Stelle war, sondern neben ihm, als dem Vorsitzenden der Waffenstillstandkommission, die Minister des Inneren und Aeußeren hätten informiert werden müssen, versteht sich von selbst. Der es hätte wissen müssen, ist der Staatsrechtler Kaas. Er tat nichts. Dabei wollen wir garnicht ausführlich reden von dem, was man von einem Geistlichen halten muß, der als Kundschafter auszieht, dem Mann seines Be-

[80]) Frank aaO. Anm. II zu § 82 S. 192.
[81]) Bei Rhenanus S. 32.

kenntnisses — Dr. Dorten ist Katholik *) — in allem zustimmt und ihn durch das Versprechen der Teilnahme an der Aachener Proklamation noch zur Tat ermuntert. Das Strafrecht hat hierfür einen ganz bestimmten Begriff, den des agent provocateur. Dorten war vor dem Besuch von Kaas noch nicht auf jeden Fall zur Tat entschlossen.

Wenn sich Kaas in der Rede vom 10. 9. 1930 in der Rolle eines „Inspirators des Abwehrkampfes" gefällt, wenn Köhler das begierig aufgreift und S. 35/6 seiner Schrift dem ein ganzes — übrigens dürftiges — Kapitel widmet, so ist dem entgegenzuhalten, daß denn doch ganz andere Männer die „Inspiratoren des Abwehrkampfes" gewesen sind, wie der Regierungsrat a. D. Schneider-Darmstadt, bei den Separatisten und Franzosen gefürchtet als „Kapitän" Schneider, Amtsgerichtsrat Dr. Freiherr von Stein in Wiesbaden, Direktor Maurer, daselbst, Landesrat Witte und Detektiv Franz Scharff, ebenfalls in Wiesbaden, der geniale Dr. Ritter von Eberlein in Heidelberg, jetzt in Neckargemünd, an anderen Orten Ernst von Salomon, Rechtsanwalt Dr. Jung-München, der unlängst verstorbene Flieger Hannes Miebach, Oberstudiendirektor Dr. Höfer-Wiesbaden, der unübertreffliche Chefredakteur Heinz Gorrenz, früher Wiesbaden, jetzt Frankfurt/Main, Regierungs- und Kriminalrat Dr. Schulze, Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes Darmstadt, Kriminalrat Baumann, Chef der Kriminalpolizei Wiesbaden, Männer, deren Namen, so wie die der jungen Kämpfer aus der Organisation Ehrhardts, mit dem Sieg über den Separatismus ewig verbunden sind und die hiermit ein für alle Mal der Vergessenheit entrissen seien.

Das Zentrum, das **Kaas** leitete, war nicht für die Abwehr zu gewinnen [82]).

III. Die Verteidigung der Beschuldigten

1. „Die Meuterer in Berlin"

„Was gingen mich die Meuterer in Berlin an! Ich lehne es ab, einem Staat weiter zu dienen, in dem die Gerichte Gesetze von Meuterern anwenden!" So hat Dorten wiederholt gesagt.

Der Gedanke, hier besonders temperamentvoll gefaßt, ist der Staatslehre nicht fremd. Es handelt sich einfach um die Frage nach der Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit einer Revolution.

Die vom 9. November 1918 war selbstverständlich echter Rechtsbruch. Sie wollte das bestehende „Staatsrecht im engeren Sinn, das Verfassungsrecht" [83]) brechen und neues schaffen. Sie glückte, wenn es den Usurpatoren gelang, ihren Willen durchzusetzen [84]). Die Revolutionäre von 1918, der Rat der Volksbeauftragten im Reich, die preußische Regierung in Preußen

*) Da dies zu „peinlich", macht ihn die Legende zum Buddhisten.

[82]) Frhr. von Stein im Frankfurter Prozeß lt. „Wb. 3." v. 11. 10. 1932, S. 3; Witte ebenda lt. „Wb. 3." v. 12. 10. 1932, S. 5. Dieselbe Tatsache stellt das Amtsgericht Hochheim im Prozeß Haenlein/Ballmann fest.

[83]) Anschütz aaO. S. 4, Anm. 6.

[84]) Anschütz aaO. S. 3.

und alle anderen, hatten das Glück, daß die Behörden sämtlich sofort ihren Anordnungen folgten und sich um den Berliner Vollzugsrat mit seinen dem Volk unbekannten Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte nicht kümmerten [85]). Der Rat der Volksbeauftragten war damit sofort im Besitz der ganzen ihm gehorchenden Staatsmaschine, und so verfügte er über die tatsächliche Gewalt. Hatte er sie, so hatte er auch das Gesetzgebungsrecht und damit den Staat. Rechtswissenschaftlich ist daher nicht zu untersuchen, ob die Verfassung von Weimar mit einem Makel [86]) behaftet ist; denn dieses — zutreffende politische Urteil — gibt weder der Verfassung von Weimar noch irgend einer Verordnung oder einem sonstigen Ausdruck der Staatsgewalt den Charakter eines Fehlers, der die Ungültigkeit oder Anfechtbarkeit ihrer Anordnungen zur Folge hätte [87]). Rechtswissenschaftlich ist allein festzustellen, daß um den 9. November 1918 die persönlichen Inhaber der bisherigen Staatsgewalt durch andere abgelöst wurden, die sofort die gleiche Gewalt ausübten. Der Uebergang der aus 22 Monarchien, 3 Republiken und 1 Reichsland bestehenden deutschen Republik [88]) auf die nur aus Freistaaten bestehende Novemberrepublik vollzog sich „ohne jeden rechtlichen Hiatus [89]).

Weder Reich noch Einzelstaaten waren zerfallen, und ihr Gebiet blieb, wie oben bewiesen, ihr eigenes Reichs- und Staatsgebiet. Blieb es, soweit nicht das zu erwartende Friedensdiktat Aenderungen bringen würde. Ueber diese Aenderungen zu befinden, oblag allein dem Reich.

Es ist nun zwar nicht für den Kenner der Dinge, aber für den bisher durch die öffentliche Meinung irre geführten Laien merkwürdig, daß jene Dortenschen Ideen gerade vom Zentrum angeführt werden, wenn man ihm Hochverrat vorwirft.

Dorten sagt, [90])

„daß es in Berlin und anderswo sehr einflußreiche und hochgeehrte Herren gibt, die längst vor den rheinischen „Hochverrätern" ins Zuchthaus gehörten, aber trotzdem immer noch auf goldenen Stühlen sitzen."

Kuckhoff schreibt: [91])

„Aber was war denn in jenen Tagen ein solcher Begriff (des Hochverrates d. Vf.), wo doch die ganze revolutionäre Regierung sich auf „Hochverrat" aufbaute? Später war die Sache eine ganz andere, sobald die deutsche und preußische Regierung auf Grund der Wahlen zur National- und Landesversammlung gebildet worden waren."

---

[85]) Die beste Darstellung hierzu von W. Jellinek, Jahrbuch für öffentliches Recht 1920 S. 20 ff.

[86]) Von Graf zu Dohna, Die Revolution als Rechtsbruch und Rechtsschöpfung 1923 S. 16, ausgesprochen.

[87]) G. Jellinek, Allgemeine Staatslehre 2. Auflage 1905 S. 350: „die Tatsachen gewaltsamer Staatsumwälzung durch die Herrscher oder die Beherrschten lassen sich aber mit Maßstäben einer Rechtsordnung überhaupt nicht messen, andernfalls man die Geschichte nach Strafrechts-Paragraphen beurteilen müßte."

[88]) Die Verfassung vom 16. 4. 1871 hatte keine Monarchie geschaffen, weil Träger der Souveränität nicht der Kaiser, sondern die Gesamtheit der im Bundesrat zusammengefaßten Staaten war.

[89]) G. Jellinek, Allgemeine Staatslehre 3. Aufl. 1914 S. 353 (in anderem Zusammenhang).

[90]) Die rheinische Republik, 1919, S. 24.

[91]) S. 38.

Loenartz, Rechtsanwalt in Koblenz, Führer der dortigen Zentrumspartei, sagt lt. Nr. 352 der „Koblenzer Volkszeitung" v. 22. 8. 1919 voll Zynismus:

„Und wenn wir von der Regierungs- und anderer Seite als Landesverräter bezeichnet worden sind, und wenn uns mit dem Hochverratsparagraphen gedroht worden ist, so hat noch niemals eine Beschuldigung lächerlicher gewirkt als im Munde der Leute, die durch Hoch- und Landesverrat die Revolution heraufbeschworen."

2. Die „damalige Situation". Entwürfe

Die Führer der Bewegung verteidigen sich damit, man müsse die „damalige Situation" bedenken. Die katholische Konfession im Rheinland sei durch die religionsfeindlichen Erlasse — die erst am 30. November 1918 bekannt wurden!! — des preuß. Kultusministers, des als „10-Gebote-Hoffmann" bekannten unabhängigen Sozialdemokraten Adolph Hoffmann, bedroht gewesen. Nun: **Hoffmann ist schon am 29. 12. 1918 aus seiner Tätigkeit als Kultusminister ausgeschieden.** Damit ist es also nichts.

Aber, für das Zentrum macht das nichts aus. Die „Trierische Landeszeitung" bringt in ihrer mehrfach erwähnten Festschrift (auf S. 35), ihre eigne separatistische Vergangenheit übergehend, folgendes fertig:

„Sein Nachfolger, der Sozialdemokrat Haenisch, erklärte Hoffmanns Erlaß über die geistlichen Ortsschulinspektionen für ungültig. Aber, die rheinische Bewegung war schon so mächtig geworden, daß sie durch einige vermittelnde Maßnahmen Berlins nicht mehr aufgehalten werden konnte. Diese ging nun ihre eignen Wege."

Die „Trierische Landeszeitung" gibt damit in erfreulicher Offenheit zu, daß man ja nun eigentlich seit Hoffmanns Rücktritt keinen richtigen Grund mehr zum Separatismus gehabt habe, ist also im Grunde genommen ihrem eignen Separatismus aus den Jahren 1918 und 1919 noch bis zur Befreiung der Rheinlande treu geblieben.

Adenauer schreibt in seiner Denkschrift S. 5,[92]) nachdem er sich über die Besprechung vom 13. Dezember 1918 in Elberfeld ausgelassen hat:

„In der Zwischenzeit war der Entwurf des Staatssekretärs Preuß über die zukünftige bundesstaatliche Gliederung des Reiches, insbesondere über die Aufteilung Preußens, bekanntgeworden. Dadurch erhielt die ganze Bewegung nunmehr auch innerpolitisches Gepräge. Eines Tages erschien bei mir der Professor Briefs aus Berlin, der zu dem Zweck eigens nach Köln gekommen war. Er erklärte, er komme im Auftrage des Staatssekretärs Preuß; dieser lasse mir mitteilen, daß Preußen aufgeteilt werde und daß die Reichsregierung durchaus mit der Aufteilung Preußens und der Bildung einer westdeutschen Republik einverstanden sei. Ich habe Herrn Professor Briefs gebeten, mir eine schriftliche Erklärung des Staatssekretärs Preuß darüber zu bringen. Er fuhr nach Berlin zurück, telefonierte mir dann von Berlin, daß der Staatssekretär eine amtliche Erklärung nicht geben könne, daß aber im übrigen das, was er mir von Preuß mündlich überbracht habe, richtig sei."

Daß Adenauer hier die Unwahrheit sagt, ist oben S. 23/24 von Ilges bewiesen. Briefs hat das nicht bestätigt. Preuß hat ihm nur gesagt, daß er der Meinung sei und sie auch schon publizistisch vertreten habe, daß Preußen in eine Reihe selbständiger Bundesstaaten aufzuteilen sei, daß aber der

---

[92]) Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung", Bd. II, Nr. 143.

Rat der Volksbeauftragten dem Vorschlag nicht zugestimmt habe. Unwahr ist aber auch, daß „in der Zwischenzeit", also um den 13. 12. 1918, der Entwurf von Preuß bekanntgeworden sei. Denn: der Vorentwurf zur Verfassung des Deutschen Reiches datiert erst vom 3. 1. 1919. Zwar sagt er im § 1, daß das Deutsche Reich aus seinen bisherigen Gebietsstaaten bestehe, teilt aber in einer „Skizze", wie es Preuß selber nennt, das Reich (mit Oesterreich und Wien, deren Aufnahme § 1 vorsieht) in 16 Gebiete, darunter die Rheinprovinz mit Birkenfeld und der bayr. Pfalz. Der Vorentwurf ist erst 1922 veröffentlicht worden,[93]) und wurde 1919 „nur in wenigen als vertraulich bezeichneten Exemplaren für den inneren Gebrauch bei den Konferenzen mit den Volksbeauftragten und den beteiligten Ressortchefs gedruckt."[94]) Bei diesen Konferenzen weist Preuß auf die „Möglichkeit einer Mißdeutung hin, wenn der noch wenig vorbereiteten öffentlichen Meinung gleich in dem ersten amtlich zu veröffentlichenden Entwurf eine solche Skizze vorgelegt werde. Nach kurzer Besprechung war man allseitig darüber einig, vorläufig mit diesen Einzelheiten noch nicht an die Oeffentlichkeit zu treten."[95])

Adenauer kann den Vorentwurf, der erst am 3. 1. 1919 fertig geworden ist,[96]) also unmöglich um den 13. 12. 1918 gehabt haben.

Seine Berufung auf Preuß ist danach unberechtigt.

Der erste, am 20. 1. 1919 im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 15, erste Beilage, veröffentlichte amtliche Entwurf sieht im § 11 Bildung neuer Freistaaten innerhalb des Reiches vor.[97]) Preuß bereitet damit die Zerschlagung Preußens vor, wendet sich freilich gegen den Vorwurf mit dem dialektischen Kunststück, daß mit der republikanischen Staatsform Deutschlands ein Einheitsstaat Preußen nicht vereinbar sei und daß eine Zerschlagung Preußens um deswillen nicht in Betracht komme, weil man nicht von oben her in die Karte Deutschlands neue Grenzen der Territorien mit dem Rotstift ziehe. „Wir stehen auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung nicht nur der Völker, sondern auch der Volksteile."[98]) Aus dem § 11 wird dann in endlosen Verhandlungen schließlich der Art. 18. Diese Entwicklung gehört nicht hierher.

Die Zerschlagung Preußens war also nunmehr eindeutig geplant. Zerschlagung jedoch nur durch Bestimmung der Reichsverfassung, über die nach dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt allein die Nationalversammlung zu entscheiden hat. Oberbürgermeister, Geistliche, Volksversammlungen, spontane Entschließungen, Kundgebungen, Generalsekretäre haben also nicht die leiseste Legitimation, irgendwie zu handeln oder mit fremden Offizieren zu konferieren. Weshalb, fragt man sich, sind denn die Abgeordneten zur Nationalversammlung gewählt worden, wenn die Entscheidung außerhalb, z. B. beim französischen General Mangin fallen soll?!

---

[93]) Bei Triepel, Quellensammlung zum deutschen Reichsstaatsrecht; wir zitieren nach der 5. Aufl. 1931 S. 6 Nr. 7.

[94]) Preuß, Artikel 18 der RV. Berlin 1922, S. 7.

[95]) Preuß aaO. S. 7.

[96]) Triepel aaO. Fußnote. Daß der Entwurf schon 1916 im Schreibtisch von Preuß gelegen habe, ist Legende.

[97]) Triepel aaO. S. 10, Nr. 10.

[98]) Preuß aaO. S. 8.

3. Selbstbestimmungsrecht der Völker

Immer taucht in der Verteidigung des Separatismus das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf. Man wirft es in die Debatte, und die „Kölnische Volkszeitung" greift es in der Morgenausgabe vom 4. 12. 1918 gierig auf:

„Gebrauchen wir das anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker!"

Niemand läßt das irregeleitete Volk wissen, daß das schon im 19. Jahrhundert im Nationalitätsprinzip ausgedrückte Recht in der neuen Formulierung erst während des Krieges von Feindesseite in das deutsche Volk geworfen worden ist, um Zwietracht und Zerfall zu schaffen[99]). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat auch nicht das leiseste mit den rheinischen Loslösungsbestrebungen zu tun. Denn das Selbstbestimmungsrecht strebt nach dem Volksganzen, der Separatismus aus dem Volksganzen hinaus. Es ist also eine Lüge, eine bewußte Irreführung der Massen gewesen, als man ihnen erzählte, sie könnten nach dem „anerkannten" Selbstbestimmungsrecht über ihr Geschick und ihre Staatszugehörigkeit selber entscheiden. Und das noch ohne jedes Gesetz. Wir verweisen auf die „Kölnische Volkszeitung" schon vom 10. 11. 1918, ferner vom 4. und 11. 12. 1918; „Trierische Landeszeitung" vom 24. 1. 1919 (sie erfindet zu dem Zweck sogar ein „erweitertes" Selbstbestimmungsrecht), vom 26. 5. 1919. Die Entschließung der Kölner Kasinoversammlung vom 10. 3. 1919 spricht nicht weniger als dreimal von diesem Recht. Preuß, der im Vorentwurf nur das Selbstbestimmungsrecht kennt, um Völker mit Deutschland zu vereinen, kennt im ersten veröffentlichten Entwurf nach seinen oben abgedruckten Worten ein Selbstbestimmungsrecht der Volksteile, um das deutsche Volk zu trennen. Das von der „Trierischen Landeszeitung" vom 24. 1. 1919 mit Behagen aufgenommene „erweiterte" Selbstbestimmungsrecht trägt herrliche Früchte: Die dem Zentrum nahestehenden Blätter „Rhein. Volksstimme" und „Reichszeitung" am 7. 3. 1919: **„Los von Deutschland, ehe es zu spät ist"**; das Zentrumsblatt „Rhein. Volkswacht" in Speyer (lt. „KV." v. 2. 4. 1919, die es, sicher voll Zufriedenheit, abdruckt):

> „Es ist ein Unsinn, zu betonen, die Republik müsse unter allen Umständen im Reichsverband bleiben. Das käme ja nach der weiteren Entwicklung im Reich dem Selbstmord der Rheinlande gleich."

Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt es nur, wenn ein Volk da ist. Da man am Rhein kein „Volk" hat, muß man eins erfinden. Man entdeckt daher einen Stamm und macht, damit es schöner klingt, auch gelegentlich aus allem die Lehre von den „autonomen Stammesländern", so z. B. Kaas im Verfassungsausschuß v. 19. März 1919, in Trier am 22. 9. 1919. „Wir sind deutsche Rheinfranken", sagt Matthes 1923 (der es selber nicht ist, sondern aus Würzburg, das etwas entfernt vom Rhein liegt, stammt.) Man erfindet — oder entdeckt — die Rheinfranken. Es ist heut nicht mehr nötig, zu untersuchen, wer von den deutschen Stämmen aus der Zeit vor und nach der Völkerwanderung am Rhein wohnt, ob die Usipeter, die Tencterer, die Ripuarier. Man braucht nur den Rhein hinauf oder herunter zu fahren, sagen wir von Mainz bis Krefeld—Uerdingen, um festzustellen, daß dort mehrere Stämme leben. Die Sprachgrenze ist — und sie ist untrüglich für die Verschiedenheit der Stämme — der Vinxtbach auf der linken und der Beginn der limes Hadrianus auf der rechten Seite. Aber: man wollte sich ja garnicht auf den Rhein und die Mosel, sowie die Lahn, wenn's ging, beschränken: man wollte ja einen Zugang zum Meer. Eckert hatte eine Grenze parallel zum Rhein über den Kamm des Rothaargebirges, vorgeschlagen. Von Dorten bei Adenauer befragt, wie er auf die Grenze käme, erwiderte er, es schiene ihm eine schöne ethnische und politische Grenze (??). Im Rothaargebirge wohnt zweifelsfrei kein „rheinisches Volk".

---

[99]) Iswolski am 13. 10. 1914 an Sassonow; Wilson in Punkt 9 und 10 seiner berüchtigten 14 Punkte; Wilson in der Kongreßrede v. 11. 2. 1918, in der Mount-Vernon-Rede v. 4. 7. 1918; wahre Triumphe feiert das Schlagwort auf der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk in den Brandreden der Russen.

Und in Westfalen, das man auch haben wollte? In Ostfriesland, das man ja, da man zum Meer wollte, mit einsacken mußte, wohnen Friesen, nach Meinung der prominenten Befürworter des autonomen „Stammeslandes" also Rheinländer. Dorten wollte scharf die Grenze gegen die Sachsen. Friesen sind keine Sachsen, sagte er; richtig, aber deshalb sind sie doch noch lange keine Rheinländer [100]).

Das Zentrum blieb sich treu. Wie die „Kölnische Volkszeitung" in Nr. 104 am 14. 5. 1919 an die rheinischen Abgeordneten die Mahnung richtet:

„nur die Zukunft der Länder am Rhein im Auge zu behalten,"
so ruft noch am 9. 2. 1933 der Koblenzer Zentrumsführer, der Rechtsanwalt Loenartz, in bedenklicher Erinnerung an seine Eskapaden aus dem Jahr 1919:

> „Die kommenden Wahlen entscheiden über das Recht und den Einfluß des katholischen Volksteils. Es geht darum festzustellen, ob auch in Zukunft ein freies Volk am freien Rhein, ein katholisches Volk am katholischen Rhein, die gleiche Geltung habe wie bisher." [101])

Der Separatismus war noch immer nicht tot, und die Brandfackel des Kulturkampfes wurde mitten unter das Volk geworfen. Den Redner interessierte nur die Zukunft der Länder am Rhein, nicht mehr die Zukunft Deutschlands.

„Erhebende Stunde" nannte das der „Koblenzer Stadtanzeiger".

Erhebende Stunden waren es wohl auch, als Loenartz, unter dessen Vorsitz das Koblenzer Zentrum am 13. März 1919 Dorten zum Ersten Bevollmächtigten ernannt hatte, am 1. 9. 1930 in Gegenwart von Kaas seinen Zentrumswählern voll Emphase zurief:

> „Man behauptet, daß ich Beziehungen zu Dorten gehabt habe. Ich habe Dorten niemals gesehen, ich habe mit ihm weder mündlich noch schriftlich in irgendwelchen Beziehungen gestanden, bin niemals mit ihm in irgendeine Verbindung gekommen." [102])

Erhebend zu sehen, wie ein Zentrumsführer geschickt die Vergeßlichkeit seiner Getreuen ausnutzt. Uns will es etwas anders erscheinen.

Aber freilich, die Bewegung des Zentrums — das vergaßen wir wohl leider soeben — aus den Jahren 1918/19 ist ja, wie es Kaas in seiner Trierer Rede vom 10. September 1930 nennt, „absolut lauter". Erst, als „überraschend" die Rheinische Republik am 1. Juni 1919 von Dr. Dorten proklamiert wurde und — das ist die Hauptsache — sich nicht halten konnte, wird das Bild geändert. Jetzt wird jeder, der mit Dorten arbeitet, ja nur en passant mit ihm zusammenkommt, zum „Separatisten", wird geächtet und es entsteht

---

[100]) Abg. Dr. Ablaß im Verf.-Ausschuß v. 19. 3. 1919 nachmittags: „Wenn Sie sagen, Sie wollen durch Schaffung einer rheinisch-westfälischen Republik die Vereinigung eines deutschen Stammes herbeiführen, so übersehen Sie dabei, daß die Bevölkerung Kölns und Aachens vom westfälischen Bauern erheblich verschiedener ist, als z. B. wir Schlesier vom Hannoveraner.

[101]) „Koblenzer Stadtanzeiger" 1933 Nr. 35.

[102]) „Koblenzer Volkszeitung" Nr. 203 v. 2. 9. 1930.

4. Die Legende vom Stichtag.

Selten ist mehr gelogen worden als in Sachen des sogen. Stichtags. Als Kronzeuge gilt Jarres. Aber von Jarres wurde niemals ein Stichtag angegeben, der absolute Geltung beanspruchen könnte. Denn der Tag der Dortenproklamation, der 1. Juni 1919, galt nach seiner Aussage überhaupt nur für Leute, die „lose mit dem politischen Leben verbunden waren", also nicht für andere. (s. o. S. 133/134, zahlreiche Beispiele aus einem anderen Prozeß). „Aber" — und darauf kommt es an — „in eingeweihten Kreisen war die Klarheit schon früher da. Die große Generalstreikbewegung im Mai zeigte das". Der 1. Juni 1919 ist für ihn nur der letzte Termin, „von dem an jeder Mensch im Rheinland, der auch nur einigermaßen die Dinge verfolgte, über die Bewegung von Dorten klar sein mußte".

Die durch Jarres gemachte Unterscheidung ist also eindeutig: er stellt dem politisch Unwissenden ebenso wie dem politisch Gleichgültigen den in die Politik Eingeweihten gegenüber. Die gesamte Zentrumsprominenz, überhaupt das gesamte Zentrum, der rheinische katholische Klerus sind zweifelfrei Wissende. Schon in der Kurhausversammlung in Wiesbaden vom Dezember 1918 wimmelte es von Klerikern. Also irren Gerichte und Politiker in seltener Vollkommenheit, wenn sie die Lehre vom Stichtag auf Jarres zurückführen und hinter diesem Politiker eigner Prägung Deckung suchen. Freilich, den Zentrumsherren paßte das ausgezeichnet. Konnten sie doch so alle Schande auf Dorten werfen, allen Glanz edelster Vaterlandsliebe aber auf sich selber lenken. Jeder Zentrumsmann und jeder Kleriker aus der rheinischen Abfallbewegung wandelte sich nun mühelos um in einen tumben Parsifal der Politik, und so gelang es, die deutsche Oeffentlichkeit über Kaas, Adenauer und die anderen irre zu führen. Die prekären nach dem sog. Stichtag liegenden Daten von Dr. Karl Müller, der Dorten erst am 4. August 1919 kennen gelernt und sich ihm von da an auf einige Zeit angeschlossen hatte, überantwortete man geschickt der Vergessenheit, indem man ihn aus der Tagespolitik an eine Stelle versetzte, die ihn für die große von ihm erhoffte Rolle, schadlos hielt. Er konnte hier, wie im „Alkohol-König" gezeigt, privatkapitalistisch Politik und Geschäft vermischen, ohne der Partei, um derentwillen das alles geschah, nennenswert zu schaden.

Kölner Richter aber — und damit beginnt ein trauriges Kapitel in der Geschichte politischer Prozesse der Vergangenheit — hörten in der Aussage von Jarres nur den 1. Juni 1919 und zogen mit einer Leidenschaft, die nicht erst heut unverständlich geworden, sondern jedem nationalbewußten Deutschen immer unverständlich gewesen ist, um die Prominenten des Zentrums einen Ringwall, und diesen Wall reißen wir auf diesen Blättern nunmehr endgültig nieder.

Hören wir die Kölner Richter!

Erste Definition vor der Aussage von Jarres.
Zweiter Verhandlungstag im Kölner Prozeß, 19. Januar 1928:

> „Unter Sonderbündelei wird eine Tätigkeit verstanden, die auf Trennung des Rheinlandes von dem übrigen Reich und Preußen gerichtet ist, wobei insbesondere für den vorliegenden Fall man sich der Hilfe Dortens bedient hat zu einer Zeit, wo für die Allgemeinheit be-

kannt war, daß Dorten sich bei seinen Bestrebungen der Hilfe des Feindes bediente, weil daraus zu schließen war, daß nichts Ersprießliches für das deutsche Reich aus dieser Bewegung hervorgehen würde."

Wir bringen diese Definition nicht etwa, um ihre prachtvolle Sprache festzuhalten, sondern um zu beweisen, wie wenig ihre Urheber vom Separatismus wußten. Denn es kommt auf Dorten überhaupt nicht, auf die Arbeit mit dem Feind nur in den Fällen der §§ 84, 89 StGB. an, und der Separatismus bedrohte nicht allein das Rheinland, sondern Westfalen, Ostfriesland, Hannover, Bayern, Schlesien, Schleswig und andere Gebiete. Aber am 19. Januar 1928 erkennen jene Kölner Richter das eine doch wenigstens noch richtig, daß auch die Loslösung von Preußen Separatismus ist.

Zweite Definition nach der Aussage von Jarres. Fünfter Verhandlungstag, 23. Januar 1928:

„. . . . . Unterhaltung von Beziehungen zu Dr. Dorten ab 1. Juni 1919 als verwerflich anzusehen; es hätte tatsächlich für jeden . . am 1. Juni 1919 klar sein müssen, daß ein weiteres Verhandeln mit Dr. Dorten mit dem vaterländischen Interesse nicht im Einklang stehe und als verbrecherisch anzusehen sei."

Am sechsten Verhandlungstag, 24. Januar 1928, aber ist Preußen vergessen.

Dritte Definition:

„Es ist keine verächtliche Sonderbündelei, wenn die rheinische Bevölkerung nach den schweren Drangsalen des Krieges, die angesichts der Nähe des Kriegsschauplatzes ungleich größer waren als im übrigen Deutschland, ferner angesichts der Tatsache, daß die Verhältnisse in der Reichshauptstadt sehr unsicher waren, Ende 1918 und Anfang 1919 den Gedanken eines Rheinstaates, natürlich im Rahmen des Reiches, erwogen hat. Ferner war es durchaus in der Ordnung, wenn um die genannte Zeit führende Männer des Volkes angesichts des Bekanntwerdens der maßlosen Annektionspläne Frankreichs die Möglichkeit beraten haben, diese Pläne zu durchkreuzen, unter Umständen auch durch Bildung eines Bundesstaates."

Kein Wunder, wenn Köhler S. 34 aufjubelt: „Ein Gericht stellt fest . . ."

Wir wollen von den Tatsachen, die diese Erklärung einiger Kölner Richter als wahr annimmt, möglichst absehen[103]) und uns auf folgende Dinge beschränken: Die „Feststellung" geschah, nachdem die Berufung zurückgenommen war. Sie war daher prozessual unzulässig und völlig bedeutungslos. Sie ist in keinem Urteil, keinem Gerichtsbeschluß, also keinem Staatsakt getroffen worden. Sie hat keine Rechtskraft, nicht einmal für den durch Rücknahme der Berufung beendeten Prozeß. Es handelte sich daher auch gar nicht um eine Aeußerung eines Gerichts, sondern nur um die private Meinungsäußerung einiger richterlicher Beamten.

Sie adoptierten vorgebliche Gedankengänge des Zentrums, wonach die Unsicherheit in Berlin in der Bevölkerung den Plan eines Rheinstaats erwägen ließ. Den Gedanken erwogen! Die Möglichkeit beraten! Nun, und die Flugschriften, die Versammlungen, die Presse? Ist § 85 StGB.

---

[103]) Wir glauben nicht, daß man beispielsweise in Ostpreußen sehr erbaut gelesen haben wird, daß die „Drangsale des Krieges" dort geringer gewesen seien. In Ostpreußen hat man auch heut noch nicht den Einfall der Russen, besonders den zweiten nicht, vergessen.

(Aufforderung zum hochverräterischen Unternehmen öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag von Schriften oder anderen Darstellungen) in Köln unbekannt gewesen? Galt das Gesetz oder galt es nicht? — Die Bevölkerung? Wir haben mehrfach dargetan, was das Volk getan hat: es ging auf die Straße. — Die maßlosen Annektionspläne? Wo stand davon geschrieben? Die Friedensvorschläge vom 7. 5. 1919, ungleich furchtbarer als das Diktat selber, enthalten kein Wort über die Annektion der Rheinlande. Daß selbst Adenauer nie an jene Annektionspläne geglaubt hat, ergibt sein oben S. 160 mitgeteilter, von Eckert, v. Schorlemer, v. Stein u. a. aufgenommener Wunsch, eine Rheinarmee mit Zustimmung der Entente aufzustellen, also derjenigen Mächte, deren angebliche Annektionsgelüste man bekämpfen zu wollen vorgibt!! Das zeigt zugleich, wie unsagbar verlogen alle Argumente der rheinischen „Patrioten" gewesen sind und wie sie mit weiten Volksteilen Schindluder getrieben haben.

Weiter aber: Wer annektieren will, will Land und Leute. Glaubt denn wirklich ein Mensch, daß der französische Eroberer, wenn er an der Grenze an Stelle der preußischen grün-weiß-rote Grenzpfähle gefunden, wenn man ihm gesagt hätte, das Land hieße jetzt Rheinstaat und nicht mehr Preußen, die Hand zum Kappenschirm geführt, höflichst das Derangement zu excüsieren gebeten hätte und retiriert wäre, falls er wirklich annektieren wollte?[104])

Und schließlich das Erschütterndste: Bildung eines Rheinstaates ganz in der Ordnung! Jawohl, preußische richterliche Beamte im Amt haben es fertiggebracht, so etwas auszusprechen. So erklärten sich preußische Richter gegen den Staat, dem sie Treue zu halten geschworen hatten! Kannte man in Köln Art. 1 und 2 der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850, kannte man das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, kannte man das Strafgesetzbuch nicht?

Die Legende vom Stichtag ist bei den Gerichten erstmalig vom Landgericht Wiesbaden am 30. Oktober 1931 zerstört worden auf Grund der für Politik, Geschichte und Recht gleich bedeutungsvollen Arbeiten, die Franz Scharff in Wiesbaden für den Angeklagten geleistet hatte. Das Gericht lehnt den Stichtag mit durchaus zutreffender Begründung ab, wenn es sich auch leider die Mär von „den Männern, die in banger Sorge für das Wohl der Rheinlande auf die Gründung einer Rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches hinstrebten", zu eigen macht und ihnen, trotz allem, was damals schon bekannt war,[105]) „guten Glauben und das Bewußtsein lauterer Absicht" nicht glaubt absprechen zu können.

Rücksichtsloser räumt mit der Legende vom Stichtag das Amtsgericht Duisburg durch Urteil vom 8. 8. 1932 in den Akten 14 G 59/32 auf. Der Name des mutigen Richters muß der Vergessenheit entrissen werden: es ist der Gerichtsassessor Dr. Schacke. Er stellt durch Urteil

---

[104]) Vgl. auch Runge am 21. 3. 1919 in der pr. Landesversammlung. StenBer. Sp. 457.

[105]) Die Schilderung bei Stöck S. 105 durfte einem Gericht nicht ent-entgehen. Nicht entgehen durfte ihm das damals bereits öffentlich bekannte Streben nach Ministerposten in der rheinischen Republik. Nicht unbekannt sein durften ihm die Anwärter auf solche Posten.

fest, daß in der Pfalz Teilnahme an der sog. Notabelnversammlung vom 22. 2. 1919 in Landau Landesverrat gewesen ist. Er kümmert sich nicht mehr um den Stichtag und zerschlägt die alberne Redensart vom „Rahmen des deutschen Reiches"; denn damit ist „der zur Durchführung des Planes gewählte Weg (Errichtung einer autonomen, genauer: der „Freien Pfalz", d. Vf.), sich unter Umgehung aller Reichs- und Landesbehörden durch den Oberkommandierenden der französischen Besatzungstruppen an die in Paris tagende Friedenskonferenz zu wenden, nicht in Einklang zu bringen."

Leider dringt dieser allein richtige Gedanke in der Justiz nicht durch. Landgericht Frankfurt im oft angeführten Prozeß 5 P 25/32 verbleibt im Urteil vom 17. Oktober 1932 beim Stichtag. „Bei der Mehrzahl der Bevölkerung wird man für dieses Urteil kein Verständnis haben", schreibt die „Wiesbadener Zeitung" vier Tage später, und der Angeklagte ruft am Ende seines Kampfes in seinem — inzwischen eingegangenen — Wochenblatt „Junges Deutschland" (Nr. 43 vom 22. 10. 1932) verzweifelt aus: „Gab es überhaupt Separatisten?"

IV. Das Urteil

Die meisten des Separatismus Beschuldigten berufen sich auf ihren „guten Glauben", und alle Gerichte (selbst Landgericht Wiesbaden), mit der alleinigen rühmenswerten Ausnahme des Amtsgerichts Duisburg, sind dem gefolgt. „Guter Glaube" ist ein volkstümlicher Ausdruck, den das Strafrecht nicht kennt, der sich aber trotzdem wieder und wieder in gerichtlichen Urteilen findet. Gemeint ist — das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden — Irrtum über ein Recht, ein Rechtsverhältnis oder eine sonstige rechtliche Beziehung, die außerhalb des Strafrechts liegen. Ein solcher Irrtum schließt nach der Rechtsprechung zu § 59 StGB. den Vorsatz aus, entschuldigt also den Täter. Beim Separatismus kann nur Irrtum über „Verfassung" und „Staatsgebiet" zur Diskussion stehen.

Niemand, der auch nur einigermaßen nachgedacht hat — und das muß man von einem Politiker, noch dazu, wenn er führen will, verlangen —, konnte im Zweifel darüber sein, daß zu jener Zeit die Verfassungen mit Ausnahme derjenigen Einrichtungen, die der Revolution vom November 1918 hindernd im Weg standen, bestehen geblieben waren.

Kein Politiker, der auch nur einen Augenblick einmal nicht an sich oder seine Partei, sondern an den Boden, auf dem er stand, somit an das große Ganze gedacht hat, konnte im Zweifel darüber sein, daß das Gebiet des Reiches und Preußens geblieben war. Das Gebiet ist heilig. Die Novemberrevolution hat gewiß vielen die Staatsgesinnung genommen und Zügellosigkeit an ihre Stelle gesetzt. Aber sie hat keinem Staatsangehörigen das Recht verliehen, sich staatliche Funktionen anzueignen, selbst wenn er die eminente Stufe eines Abgeordneten erklommen hatte. Der Staat war geblieben, seine Behörden, seine Gerichte arbeiteten weiter. Straßenkämpfe, „Schüsse in der Nacht", Gefechte von den Dächern änderten daran nichts; sie waren in Deutschland seiner Art nach vorübergehender Natur.

Daher ist die Verteidigung mit dem „guten Glauben“ nicht nur falsch, sie ist feige und absolut minderwertig.

Ebenso feige und minderwertig ist die Beteuerung der in diesem Buch gezeichneten „Patrioten“, „das Beste gewollt zu haben“. Freilich haben auch hier manche Gerichte die Zentrumsprominenz durch derartige Sentiments als entschuldigt angesehen, ohne zu bedenken, daß die Justiz hiermit den Boden des Rechts verließ und die Verbrechen des Hochverrats und Landesverrats nicht beseitigte. In der Politik — wie überhaupt im Leben des Mannes — entscheidet nie der gute Wille, sondern allein der Erfolg. Darum hängt die Seele des Volkes nicht an jenem, der Gutes oder Bestes gewollt, aber nicht erreicht hat, sondern nur an dem, der die große Tat vollbracht hat.

Weshalb Kaas, der Vorsitzende der Zentrumspartei, der bis ins Jahr 1932 hinein der „Inspirator“ der Reichspolitik gewesen ist, restlos des Separatismus schuldig ist, haben wir bewiesen.

Fanatischer Preußenhaß einte Kaas und Adenauer. Im Januar 1919 äußerte sich Adenauer zu dem französischen Major Daniel Berger, der Kriegsberichterstatter war, wie folgt:

> „Die Waffenstillstandsbedingungen sind schrecklich. Verspricht man uns Rheinländern Milderung, so sind wir bereit, das verhaßte preußische Joch abzuschütteln; denn nur Preußen hat uns durch seine verbrecherischen Methoden ruiniert, sich selbst aber auf unsre Kosten bereichert. Ich bin beauftragt, Vorschläge zu erbitten, und kann unsre völlige Bereitwilligkeit zu einer Einigung mit Frankreich versichern.“

Adenauer war sich vom ersten Tag an, da er in der rheinischen Abfallbewegung tätig wurde, klar über das Ungesetzliche und Verbrecherische seines Verhaltens. Sein Briefwechsel mit Professor Briefs, oben von Ilges mitgeteilt und gewürdigt, überführt ihn.

Ebenso unwahrhaftig wie im Fall Briefs ist das Bestreiten von Adenauer, er habe, getreu seiner Zusage an Dorten, den Rheinstaat am 1. Februar 1919 mit Hilfe von Dorten proklamieren wollen. Kastert hatte am 12. Januar 1919 in einer Wahlversammlung angedeutet:

> „Die Rheinisch-Westfälische Republik ist näher, als wir denken.“

Und der Zentrumsabgeordnete Joos, der es wissen mußte, verkündete lt. „Echo der Gegenwart“ vom 21. Januar 1919:

> „daß in noch nicht 14 Tagen von einem aus allen Parteien zusammengesetzten Komitee die Republik Rheinland und Westfalen proklamiert sein werde.“

Dieses Komitee, das waren die 65 Männer, die unter dem Vorsitz von Adenauer am 1. Februar 1919 in Köln zusammentraten. Zu ihnen sollte vereinbarungsgemäß Dorten mit seinen Vollmachten stoßen, um dort mit diesen Vollmachten Widerstrebende mitzureißen und zur Adenauerrepublik zu führen. Sie wählten schließlich einen Ausschuß mit Adenauer, Kaas und Heß, um

> „die Pläne auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Verband des deutschen Reiches weiter zu bearbeiten.“

Die Aushändigung der Rede vom 1. Februar 1919 durch Adenauer an General Clive, Oberst Ryan und Oberst Ménial, also Offiziere der

englischen und französischen Besatzung, die oben Ilges festgestellt hat, ist hochverräterische Konspiration und Landesverrat.

Der Eintagsminister Dr. Karl Müller-Bonn ist als Separatist erst seit dem 4. August 1919 bekannt geworden. Sorgfältig hat er, nachdem die deutsche Oeffentlichkeit in der ruhmlosen Sitzung des Reichstags vom 24. November 1922 auf seine hochverräterische Tätigkeit aufmerksam geworden und seine Herrlichkeit als Reichsminister von „morgens bis Mitternacht" gedauert hatte, verschwiegen, daß er, wie Ilges festgestellt, lt. Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung", Bd. II Bl. 70, schon am 9. November 1918 mit den anderen rheinischen „Patrioten" Adenauer besucht und zum Abfall ermuntert hatte. An seine Ministertätigkeit schloß sich ein Disziplinarverfahren gegen ihn an, und wieder verschwieg er sorgfältig dem Vorstand der Landwirtschaftskammer Bonn, daß er Dr. Dorten erst am 4. August 1919 kennen gelernt, daß Dorten in jener Versammlung als Regisseur zugegen war und er aus seinen (Dortens) Händen die Resolution, die am Abend in der Versammlung der Bürgergesellschaft gefaßt werden sollte, empfangen hatte. Das war zu einer Zeit, als seit der Proklamierung der Rhein. Republik durch Dorten bereits 65 Tage verflossen waren. Mit der gleichen Sorgfalt hat er dem Vorstand seiner Kammer gegenüber abgeleugnet, mit Dorten bei Mangin gewesen zu sein, obwohl er es sofort nach der Audienz bei dem französischen General Herrn Dr. Zacherl im D-Zug von Wiesbaden nach Köln als „Neuestes, Allerneuestes" anvertraut hat. Und mit jener Gerissenheit, wie sie nur in der Partei der „antinationalen Arroganz", dem Zentrum, Sitte war, bringt er es fertig, unter dem für den Eingeweihten sehr deutlichen, für die Masse indes unerkennbaren Hinweis auf Dorten im Reichstag am 24. 11. 1922 zu erzählen:

> „Als sich in diese legale Bewegung Persönlichkeiten einschoben, mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben kann, habe ich die daraus gebotenen Folgerungen gezogen und nicht gezögert, mich von der Bewegung zu trennen."

Die Auguren lächelten, als er diesen pathetischen Satz im Reichstag hersagte, und der Zentrumsabgeordnete Marx, mehrfach Reichskanzler und sogar einmal Anwärter auf das höchste Amt in Deutschland, schlug dem Nationalgefühl an jenem Tag mitten ins Gesicht, als er, statt Müllers Separatistentätigkeit zu verurteilen und vom Separatismus des Zentrums abzurücken, die für Zentrum und Parteiherrschaft charakteristischen Sätze sprach:

> „Wir haben keinen Anteil irgendwie an der Zusammensetzung des Kabinetts, und darum scheidet für mich die Frage „Dr. Müller" zur Zeit vollständig aus." (StenBer. S. 9117.)

Noch im Januar 1924 galt Müller dem französischen Oberkommissar Tirard als so zuverlässig, daß er ihn besonders auf einer Liste kenntlich machte, die Adenauer mit nach Berlin nahm. Auf dieser Liste standen die Namen derjenigen Personen, die in den damals von Adenauer, Tirard und anderen geplanten rheinischen Beirat berufen oder gewählt werden sollten. Wie Müller in der Landwirtschaftskammer und im Spritschieberkonzern des Peter Schwartz seinen Geldinteressen lebte (das Bild seines, wie er behauptet, ohne sein Wissen eingerichteten Darlehnskontos bei einer dieser Konzernfirmen ist auf S. 63 im „Alkohol-König"

der Oeffentlichkeit übergeben worden), so war für ihn in der rheinischen Republik die willkommene Gelegenheit, sich einen Ministersessel, also hohes Gehalt, zu erobern. Am 18. Dezember 1922 schrieb der Oberpräsident der Rheinprovinz an die Landwirtschaftskammer Bonn, daß man, nach einem Bericht des Landrates von Kreuznach, als Müller seine Wohnung in Köln im Haus eines Herrn Peters verlassen habe, tausende von Stimmzetteln für die Rheinische Republik und eine Ministerliste gefunden habe, auf der der Name des Dr. Karl Müller gestanden habe. (Bd. I Bl. 91 seiner Personalakten.)

Sehnsucht nach einem Ministersitz bewegte auch Kuckhoff. Kuckhoff ist freilich — genau wie der „Dortenminister" Adolf Krämer — ein Opfer der Zentrumspolitik geworden. Man ließ ihn brav vorstoßen, und als sein Besuch bei Mangin mißlang, wandte man sich von ihm ab. Dabei war er doch nur die „Tat von den Gedanken" der anderen. Aber er selbst hat ungewöhnlich früh am Abfall der Rheinlande gearbeitet (vgl. seine Artikel in der „Trierischen Landeszeitung" vom 16. 11., 22. 12., 31. 12. 1918, der „Kölnischen Volkszeitung" vom 28. 12. 1918, 29. 1. 1919). Unwidersprochen heißt es bei Klingelschmitt (Rhenanus S. 30): „Kuckhoff bestand darauf, Kultusminister zu werden." Und ergötzlich schildert Dorten, wie er am Vorabend des 17. Mai 1919, als Kuckhoff mit seinen anderen Gästen zur Ruhe gegangen war, plötzlich in seinem Arbeitszimmer durch ein leises Geräusch in seinem Rücken bei der Arbeit gestört wurde; als er sich umwandte, erblickte er Kuckhoff, der gerade durch die Tür Einlaß suchte und dann leise meinte, „es sei vielleicht bei der heutigen Besprechung nicht ganz deutlich geworden, welche Rolle denn nun ihm im neuen Staat zufallen sollte; er möchte bitten, ihm die Stelle des Kultusministers zu übertragen". Darauf Dorten: darüber hätte nicht er, sondern die künftige Regierung zu entscheiden. Und das deckt sich wiederum damit, daß Kuckhoff schon in den Aachener Vereinbarungen vom 1. und 5. Mai 1919 an erster Stelle als besonders befähigter Verwaltungsbeamter für ein Ministerium ausersehen und von Dorten in der Niederschrift mit einem Kreuz versehen worden war.

Man sieht an den Beispielen Kuckhoffs und Müllers, daß diese braven Zentrumsleute von der durch sie so heftig bekämpften Novemberrepublik wenigstens die Aemterfreude bereits angenommen hatten. Aemter wollten beide aus den Händen des Feindes im neuen Staat. Mit deshalb fuhren sie zu einem französischen General.

Das Urteil über Dorten steht fest. An dem Verbrechen des Hochverrates und des Landesverrates, an all den oben unter II erörterten verbrecherischen Tatbeständen ist bei ihm nicht zu zweifeln. Er betrieb den Hochverrat offen — nicht versteckt, nicht getarnt — fast 5 Jahre lang, aber nicht, wie es Müller in seiner Denkschrift sagt, mit einer gewissen Zivilcourage, sondern mit unablässigem Vorsatz. Von allen Führern im Separatismus ist er mit Binz (s. o. S. 158) der Einzige, der jede eigene Rechtfertigung von sich weist. Früher hat er einmal gesagt, er habe durch die Proklamation vom 1. Juni nur „einen Formalakt setzen", nur, wie mit Mangin verabredet, proklamieren wollen, und die Entscheidung über Bestehenbleiben der Republik selbst sollte das Volk in einer Abstimmung treffen. Diese Einlassung ist formal und beseitigt nicht die Tatsache, daß er am 1. Juni eine vorläufige Regierung der Rheinischen Republik gebildet hat. Aber jene Pro-

klamation — und fast 9 Jahre später die falsch verstandene Aussage von Jarres — kamen dem Zentrum sehr gelegen. Gelegen kam ihm daß Dorten nichts über die Hintergründe in der Abfallbewegung, nichts über den Anfang seiner eigenen Tätigkeit veröffentlichte und noch heute schweigt. Seine Rolle gerade aus jenen Tagen ist unbekannt und wird erstmalig in diesen Blättern dargestellt.

Der Gedanke, Rheinland zum Bundesstaat zu machen, stammt nicht von ihm. Er hörte ihn erstmalig von Dr. Hoeber, dem politischen Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung", und kurze Zeit darauf in Einzelheiten von Adenauer. Er verwarf des Letzteren Gedanken, den Rheinstaat auf die englische Zone zu beschränken, verlangte mit großer Schärfe, den Süden und den Mittelrhein hinzuzunehmen und damit begann seine hochverräterische Tätigkeit. Die Idee, mit den Franzosen zu verhandeln, stammte von Adenauer. Von Adenauer erhielt er den Auftrag, im Süden der Rheinlande Anhänger zu sammeln und sich von ihnen Vollmachten geben zu lassen. Von Adenauer stammte die Idee, daß Dorten mit diesen Vollmachten in die Versammlung vom 1. Februar 1919 kommen und dort durch den Nachweis, daß er den Süden hinter sich habe, die ganze Versammlung zum Entschluß der Proklamation herüberreißen sollte. Das entschuldigt Dorten nicht. Aber es beweist, daß er, wenn er in Wiesbaden zu Gläßing von Aufträgen Adenauers sprach und sich in Köln als den Bevollmächtigten des Südens bezeichnete, die Wahrheit sagte. Gorrenz war also, als er dies unter dem Pseudonym „Rhenanus" in den „Drahtziehern" S. 22 Anm. 7 und S. 53/55 bezweifelte, falsch unterrichtet. Als er seine lesenswerte Schrift der Oeffentlichkeit übergab, lagen die Vollmachten Dortens schon seit 5 Jahren, und als er Teile daraus im Jahre 1930 unter dem Titel „Die Franzosenzeit in Nassau und Frankfurt am Main 1919/1930" wiederholte, seit mehr als 11 Jahren im ersten Band der Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung". Das Material, auf dem er aufbaute, stammte aus dem Reichsministerium des Innern (Severing), und sorglich verschwieg die mit dem Zentrum liierte Sozialdemokratie die Wahrheit. Man verschwieg insbesondere, daß Dorten bei seinem Zusammenstoß mit Eckert in Gegenwart von Gläßing (bekannt als sog. „Entlarvung" Dortens, „Drahtzieher" S. 53 ff., Franzosenzeit S. 23 ff.) in der Tat zahlreiche Vollmachten aus Nassau an Adenauer ausgehändigt hatte, daß er mit dem Bischof von Limburg (dem verstorbenen Dr. Damian, nicht dem jetzt amtierenden Dr. Hilfrich) und seinem Generalvikar Dr. Höhler im Januar 1919 an der Errichtung des Rheinstaates gearbeitet und den Auftrag dazu von Adenauer erhalten, daß schließlich Adenauer seinen Kollegen Gläßing in einem Brief vom 6. Februar 1919 (Bd. I Bl. 115 der Kölner Akten; s. o. Abb. Nr. 8 S. 53) über die Aussöhnung von Dorten mit Eckert unterrichtet hatte, einem Brief, den Gläßing offenbar nicht erhalten hat. Sorgfältig ließ man den mutigen Kämpfer Gorrenz im Ungewissen über Auftrag und Vollmachten, über die in Köln durch Kommerzienrat Ahn, Franz Xaver Bachem und andere Prominente erfolgte, durch Rechtsanwalt Loenartz in Koblenz bestätigte Ernennung Dortens zum ersten Bevollmächtigten (vgl. „Drahtzieher" S. 23 Anm. 9). Gewann man doch hierdurch eine vortreffliche Gelegenheit zur Täuschung der Oeffentlichkeit. Mit derselben Sorgfalt verschwieg man, daß die Redereien von der maßlosen

Annektionslust Frankreich, mit der man ja die Notwendigkeit der Errichtung des Rheinstaates als im deutschen Interesse liegend, also zur Abwehr der Annektion dienend, so überaus lächerlich begründen wollte, nicht von Dorten, wie Gorrenz in den „Drahtziehern" S. 20 Anm. 4 auf Grund seiner Kenntnisse behaupten mußte, sondern von Adenauer herrührten.

Auf diese Weise dichtete das Zentrum Dorten eine „fabelhafte Schwindelkunst" („Drahtzieher" S. 37 Anm. 23; Köhler S. 28) an, über die seine Prominenten, wie in diesen Blättern gezeigt, in so reichem Maß verfügten, machte ihn unglaubwürdig und konnte nun, da man ihn als Zeugen nicht mehr fürchten zu müssen glaubte, munter darauf los lügen.

Man mußte ihn unglaubwürdig machen; denn er besaß schon damals „in seinen Archiven alle diese Unterschriften, und am Tag, wo er davon Gebrauch machen wollte, könnte er auf viele Leute einen starken Druck ausüben" (Lillers). Es sind dies jene Dokumente, die sich zum Teil in den Kölner Akten (Dorten hatte sich alle Vollmachten, Resolutionen usw. stets in mehreren Originalen geben lassen), zum Teil in der Hoover War Library bei der Stanford Universität in den Vereinigten Staaten befinden und die erstmalig im Frankfurter Prozeß den Zentrumsspuk im Separatismus enthüllten (vgl. „Wiesbadener Zeitung" vom 12. 10. 1932 S. 5). Diese Dorten-Akten sind es auch, die die Zeugenaussage des jetzt amtierenden Bischofs von Limburg, Dr. Hilfrich, im gleichen Frankfurter Prozeß vom 8. Oktober 1932 eklatant widerlegen, eine Zeugenaussage, wonach die Bewegung keine Zentrumsbewegung gewesen sei, wonach es nicht stimmen könne, daß das nassauische Zentrum noch zehn Tage nach der Proklamierung (vom 1. Juni 1919) erklärt habe, es werde die rheinische Republik fördern (vgl. „Wiesbadener Zeitung" vom 10. 10. 1932 S. 5).

Man mußte Dorten unglaubwürdig machen; denn man wußte, daß Adenauer jene Vollmachten niemals veröffentlichen, wie das Grab von ihnen schweigen würde. Hätten sie doch seine intime Zusammenarbeit mit dem Mann enthüllt, den man, um den Volkszorn von sich selber abzulenken, künstlich zum Exponenten des Abfalls der Rheinlande gemacht hatte. Hätten diese Vollmachten doch gezeigt, wer die Täter und Mittäter, die „Drahtzieher", gewesen sind. Hätten sie doch zugleich bewiesen, welchen Zweck der „Patrouillenritt" von Kaas zu Dorten am 27. Mai 1919 gehabt hat. Denn daran, daß Kaas die Vollmachten und die gemeinsame Arbeit von Dorten und Adenauer kannte, kann kein Zweifel bestehen. Wendet er sich doch noch in der Zeit zwischen dem 20. September und 5. Oktober 1932 an Adenauer mit der Bitte um Hilfe im Koblenzer Prozeß gegen den u. a. von mir verteidigten nationalsozialistischen Redakteur Hildebrandt!

Dorten erleichterte den Drahtziehern diese Methode. Er schwieg Jahre hindurch, wies jeden, der etwas erfahren wollte, ab. Er schwieg den Drahtziehern sehr gelegen. Er muß noch heut schweigen, weil er in Frankreich seine Memoiren nicht veröffentlichen darf. „Der Historiker wird das bedauern"[106]), er muß es sogar. Ermöglichte doch das Schweigen Dortens, das er erstmalig mir gegenüber gebrochen hat, bisher **die größte und gröbste Irreführung der Oeffentlichkeit über die wichtigsten Vorgänge in Deutschland nach dem verlorenen Krieg,** jene Irreführung, die eben jene **Leute begangen haben, die ganz genau dasselbe gewollt und vorbereitet**

[106]) Wentzke, Ruhrkampf II S. 452, Anm. zu S. 153.

haben, was Dorten getan hat, die sich nur deshalb, nach listigem Abwarten, von ihm abgewandt haben, weil sein Versuch mißlungen war, die sich dann insgeheim, ohne ihn, mit anderen an einen Tisch setzten und ihren Patriotismus mit Tirard, Cochet und anderen exerzierten.

Dorten hat in allen Verhandlungen mit den Franzosen stets den Gedanken eines deutschen Bundesstaates, nie den eines selbständigen, eines neutralen, eines Pufferstaates vertreten. Den Franzosen war er daher suspekt. Und im Jahr 1923 — wir greifen diesen einen interessanten Vorfall heraus, weil er ein grelles Licht auf den nach seinem Tod in den höchsten Tönen von der „Kölnischen Zeitung"[107]) und allen Blättern verwandter Richtung gelobten Geldmann Louis Hagen-Köln wirft — schreit der Oberkommissar Tirard Dorten, als er bei der Verhandlung über die Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank die Vorherrschaft der deutschen Beteiligung gegen die ausländische verlangt, an: „Das wagen Sie mir zu bieten, nachdem mich soeben Herr Louis Hagen verlassen hat"?

Zum Hochverrat schritt Dorten sehr früh. Schon als er im Dezember 1918 **bei seiner zweiten Anwesenheit in Köln Adenauer** mit großer Schärfe vorschlug, den Süden hinzuzunehmen und von ihm den Auftrag annahm, den Süden zu gewinnen, Vollmachten und Zustimmungserklärungen zu sammeln, begann sein Verbrechen.

Er wußte, daß er damit Hochverrat beging. Aber es war und ist ihm — noch heut — gleichgültig. Das wußten alle, und der rechtsgelehrte Koblenzer Zentrumsführer, Rechtsanwalt Loenartz, machte darüber süffisante Bemerkungen (s. o. S. 165).

Daß die ganze Bewegung von Anfang an gesetzwidrig war, ist von uns bewiesen. Dorten, der als Staatsanwalt das Gesetz kannte, war sich nie im Unklaren über seinen Rechtsbruch. Adenauer bewußt ironisierend, nennt er daher den ersten Teil seiner Memoiren den „quasi-legalen Versuch zur Errichtung eines Rheinstaates". Quasilegal, so hatte sich Adenauer zu ihm bei seinem ersten Besuch geäußert: „Wir müssen uns natürlich darüber klar sein, daß wir so quasi den gesetzmäßigen Weg erst noch suchen müssen." Der Weg war also nicht gefunden, Die gesetzlichen Grundlagen fehlten. Das wußten alle. **Es war alles illegal.** Man wollte sogar illegal sein; denn bei der Entschließung vom 1. Februar 1919 haben

> „die Zentrumsleute konsequent den Standpunkt vertreten, sie wollten keine Fassung der Resolution, die auf den legalen Weg verweist"[108]).

Ilges hatte also Recht, als er in seiner im Jahr 1932 im „Tag" ab Nr. 156 v. 30. 6. erschienenen Aufsatzfolge „Zentrum und Separatismus"

---

[107]) In Nr. 544 und 545 v. 4. und 5. 10. 1932. „Dem Andenken Louis Hagens. Trauersitzung in der Kölner Handelskammer. Eine Weihestunde." überschreibt die „Kölnische Zeitung" ihren Bericht vom 4. Oktober. Und dabei kannte die „Kölnische Zeitung" doch ganz genau die verderbliche Tätigkeit Hagens im Separatismus der Jahre 1919 und 1923, wußte genau, wie er in einem Momente, da der Glaube an die Rentenmark Gebot der Stunde war, bewußt den Untergang der Rentenmark predigte (vgl. Ilges, Separatistenputsch Herbst 1923, im „Mittag" 1932 Nr. 69 ff.; Wentzke, Separatismus, südd. Monatsheft 1933, Heft 1, S. 6 ff.). Nun ja: erhebende Stunden waren ja auch bald für den „Koblenzer Stadtanzeiger" die seltsamen Ausführungen des Zentrumsführers Loenartz, die wir oben S. 168 gebracht haben.

[108]) So Abg. Limbertz in der pr. Landesvers. vom 22. 3. 1919. StenBer. Sp. 534.

jeden Separatismus illegal nannte und die Beweihräucherung der im Separatismus führend gewesenen „Trierischen Landeszeitung" in ihrer mehrfach erwähnten Festschrift als Unverschämtheit bezeichnete.

Und trotzdem brachte es die Parteiherrschaft fertig, nur um der Partei willen, dem deutschen Volk das nur schwer zu tilgende Mal der Schande aufzudrücken, es habe geduldet, daß seine Machthaber die Drahtzieher mit Ehren überhäuften, daß Separatisten bis zum Jahr 1932 seine Politik bestimmen durften, daß aus Unrecht Recht gemacht wurde und daß sogar seine Gerichte — außer Wiesbaden[109]) und Duisburg — jene Leute schützten.

Aber manchmal verriet sich in der Heftigkeit des Kampfes selbst ein so berechnender Kopf wie Kaas. Genau wissend, daß sein Handeln gesetzwidrig war, rief er im Verfassungsausschuß am 19. März 1919 nach der

> „Verschaffung der legalen Möglichkeit für die Verwirklichung der rheinischen Wünsche",

und im Plenum am 22. Juli 1919 gingen ihm die Gedanken völlig durch. Da stellte er die Regierung und die Abgeordneten vor die Wahl:

> Entweder Sie bieten die Hand zu einer legalen Verwirklichung der rheinischen Wünsche, oder Sie schaffen die unmittelbare Gefahr explosiver Entladungen des Volkswillens.

Er ließ sein Bedauern darüber durchblicken, daß man am Regierungstisch und im Parlament sich nicht den Entschluß abzuringen gewußt habe:

> die illegale Bewegung dadurch auf ein totes Gleis zu schieben, daß man einen legalen Weg für die Verwirklichung berechtigter Wünsche schuf.

Halten wir uns vor Augen: am 17. Juli 1919 fürchtete die „Trierische Landeszeitung", das Organ des Prälaten Professor Dr. Ludwig Kaas, den Augenblick der Rheinischen Republik zu verpassen; am 22. Juli 1919 bestätigte Kaas in aller Oeffentlichkeit die Illegalität seiner Tätigkeit, und am 25. Juli 1919 schrieb der Direktor der Paulinusdruckerei, des Verlages der „Trierischen Landeszeitung", der Geistliche Dr. Kriege, seine Ergebenheits- und Huldigungsadresse an Dr. Dorten!

Alle Führer handelten illegal und wußten alle was sie taten!

[109]) Mit der oben erwähnten Einschränkung.

Anhang

Kaas-Prozesse

Von

Rechtsanwalt Dr. Hermann Schmid

Seit Kaas am 22. Oktober 1923 von General Cochet endgültige Absage erhalten hatte, wurde er, wie Griners Brief andeutet, sehr patriotisch. Schon am 4. Dezember 1923 hatte er im Reichstag

> „jeder Regierung und jedem Regierungsmitglied schärfsten und unerbittlichsten Kampf angekündigt, wenn sie jemals den Grundsatz der unbedingten Schicksalverbundenheit zwischen Rhein und Reich irgendwie preisgeben wollen."

Und seine drei Separatistentelegramme aus den Jahren 1918 und 1919? Und seine Freundschaft mit Griner, Baden & Co? Niemand von den vergeßlichen Zuhörern im Reichstag dachte daran, und die stretta des Prälaten mußte wirken. „Schicksalverbundenheit", das klang! Hätte er sich das nur einmal in den Jahren der Drangsal 1918/1919 vorgehalten, viel Elend und Schmach hätte er dem Rhein und dem deutschen Volk erspart!

Doppelt und dreifach peinlich für einen solch „patriotischen" Mann, wenn ihm nach Jahren seine Sünden aus der Separatistenzeit vorgehalten werden. Wie verteidigt er sich nun dagegen? Jeder Möglichkeit zur exakten Widerlegung weicht er aus. Er klagt nicht gegen das „Koblenzer Nationalblatt" vom 8. Juni 1930 („Der Gipfel der Heuchelei. Kaas leugnet separatistische Umtriebe"), nicht gegen dasselbe Blatt Nr. 82 vom 8. September 1930 („Der Landesverrat des Zentrums erwiesen. Die rheinische Republik ein Kind des Zentrums"), nicht gegen die Veröffentlichung des Märztelegramms in Nr. 85 derselben Zeitung vom 10. September 1930 („Zentrums-Kaas gratuliert der rheinischen Republik"), nicht gegen Nr. 86 vom folgenden Tag („Nieder mit dem Separatisten-Kaas"), nicht gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" Nr. 469 vom 13. September 1930 (Art. Kaas), nicht gegen das „Schwarzwälder Tageblatt" Nr. 144 vom 2. Dezember 1930 („Die „begeisterten" Grüße des Herrn Dr. Kaas), nicht gegen das „Kobl. Nationalbl." Nr. 62 vom 16. März 1932 („Politische Fragen an Professor Dr. Kaas", wo ihm, übrigens zu Unrecht, Meineid vorgeworfen wird), nicht gegen den „Völkischen Beobachter" vom 23. April 1932 („Ich bleibe nicht preußisch usw."), nicht gegen den „Bergischen Beobachter", „Volksparole", „Wuppertaler Zeitung" Nr. 144 vom 27. Juni 1932 („Kaas und Adenauer von einem französischen Schriftsteller als Separatisten bezeichnet"), nicht gegen die „Nationalpost" (Ersatz des damals verbotenen „Angriffs") vom 21 Juli 1932 („Teilnahme an Versammlungen, die in Fühlung mit dem französischen Generalstab standen, Separatistenrepublik, wann werfen Sie endlich das preußische Gesindel heraus"), nicht gegen das „Koblenzer Nationalblatt" Nr. 166 vom 23. Juli 1932 („Der Landesverräter und Separatist"), das seinen Verkehr mit Griner, Cochet, Baden usw. eingehend behandelt, nicht gegen den „Tag" Nr. 181 vom 29. Juli 1932 („Prälat Kaas, Zentrum und Separatismus, mißglückte „Rechtfertigung" des Zentrumsführers"), nicht gegen den „Westdeutschen Beobachter" vom 30./31. Juli 1932 („Landesverräter und Separatist"), nicht gegen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", Morgenausgabe vom 18. August 1932 („Was unbestreitbar feststeht, Der Fall Kaas," vom Verleger dieser Schrift.), nicht gegen den Landtagsabgeordneten Eltz von Rübenach, von dem behauptet wird, er habe Kaas Separatismus und den Handel mit dem Bischofsitz von Trier vorgeworfen. Weshalb klagt

der Abgeordnete Kaas nicht? Weil seine Zeugen in Frankreich sind! In den Akten 5 M. N. 35/31 der Staatsanwaltschaft Bonn kann man diese Begründung nachlesen. Entgegenkommend wie das „System" gegenüber Zentrumsabgeordneten war, fertigt der Staatsanwalt für Kaas den Entwurf einer Strafanzeige und schickt einen Polizisten zur Einholung der Unterschrift zu ihm. Er lehnt ab, wird darauf hingewiesen, daß sein Antragsrecht in drei Monaten erlösche; lehnt erneut ab. Weil seine Zeugen in Frankreich sind.

Wie? Entlastungszeugen des Führers des **deutschen** Zentrums in Frankreich?

Wen mag er meinen: Cochet? General Cochet hat sich mit allem, was er gegen Kaas weiß, schon immer dem Regierungsrat Schneider, dem bekannten Leiter der Abwehr in Darmstadt zur Verfügung gestellt.

Oder Dorten? Dessen Republik er in Nr. 131 der „Trierischen Landeszeitung" vom 13. Juni 1919 Mißgeburt, deren Ende er operettenhaft nennt?

Oder vielleicht gar Griner, den nächt'gen Freund und Zechgenossen? Vielleicht, weil der nicht nur über den famosen Abend in der „Krim" eine eidesstattliche Versicherung von 4 Seiten gegen Kaas, sondern, weil er sogar eine solche von 12 Seiten mit allen politischen Sünden des Herrn Kaas hat?

Im März und April 1932 aber überkommt ihn die Wut. Klagewut. Ernste Politiker haben behauptet, Brüning habe ihn zur Klage gezwungen. Er verschwindet dann aber schleunigst im Mai „krankheitshalber", wie die Zentrumspresse berichtet, auf einige Monate zunächst nach der Schweiz (Tessin). Er klagt gegen zwei nationalsozialistische Redakteure O. P. Hildebrandt-Koblenz und Graf Reischach-Berlin. Die zwar sehr jung sind, jünger als Herr Kaas zur Zeit seines ersten Verrates und seines Patrouillenrittes, aber nach seiner Meinung doch alt genug, um eingesperrt zu werden. Klagt, weil ihm in Nr. 55 das „Koblenzer Nationalblatt" vom 5. März bescheinigt hat: „Kaas will kein Separatist sein". Strafantrag in den Akten 2 K. M. 1/32 LG. Koblenz.

Im April 1932 wird Herr Kaas der Oeffentlichkeit im „Alkohol-König" auf bisher unbekannten Wegen gezeigt. Man findet in den Büchern einer der Gesellschaften, die dem Spritschieber Peter Schwartz gehörte, ein Konto Kaas. Unwiderlegbar im Bild festgehalten. Das Konto selbst aus den Büchern von mir photographiert[110]). Das war zu viel. Zu viel auch, weil man in demselben Konzern noch andre prominente

---

[110]) Das Konto auf S. 68/69 im Alkoholkönig; eine sehr merkwürdige Quittung auf S. 71 ebenda. Ausweislich des Kontos hatte der deutsche Reichstagsabgeordnete Kaas ein Guthaben von 35 012,50 RM. in Holland bei einer Firma des Spritschiebers Schwartz!! — Ueberhaupt ist seine finanzielle Tätigkeit recht eigenartig. Griner berichtet, unter Berufung auf Nossem, von Guthaben des Prälaten bei saarländischen Banken in Höhe von 5—6 Millionen. Peter Nossem, 1921/22 Revisor beim Trierer Revisionsverband, hat uns am 6. 4. 1933 von eigentümlichen Frankengeschäften auf einem bei der Altenkesseler Sparkasse geführten Konto „Altenkessel II" erzählt, dessen auf fingierten Geschäften beruhende Gewinne die Triumvirn Faust, Legendre und Kaas erhalten haben. Kaas habe sich dahin geäußert, er habe das Geld zwar genommen, aber nicht gewußt, woher es stamme. — Beim 12-Millionenkredit zu Gunsten der damals noch von Adenauer geleiteten Stadt Köln ersuchte Kaas am 31. 7. 1931 den Reichsbankpräsidenten Dr.

Herren vom Zentrum findet: Giesberts, Heß, Dr. Karl Müller, den Monarchisten Staatssekretär Busch, der sich so rasch in der Novemberrepublik zurecht fand. Also: Strafantrag in den Akten 1 pol. J. 1111/StA. I Berlin. Beschlagnahme für ganz Preußen in den Akten 125 G 1310/32 AG. Mitte Berlin.

Die Schicksale der Prozesse sind merkwürdig genug. Zunächst sollte in Koblenz gegen Hildebrandt und Graf Reischach im Schnellverfahren verhandelt werden — so eilig hatte es mit einem Mal der Prälat —. Ging nicht, Thema zu kompliziert. Dann wählt Hildebrandt u. a. mich, den in dem Berliner Verfahren verfolgten Mitverfasser des „Alkohol-Königs" zum Verteidiger vor dem ersten Termin vom 26. 9. 1932. Der Termin wird aufgehoben. Auf Rückfrage nach den Gründen antwortet das Greicht, die Sache habe einen erheblich größeren Umfange angenommen, als von vornherein vorauszusehen war; zudem hätten außer dieser noch vier andre politische Strafsachen angestanden. Nach Angabe von Hildebrandt aber waren diese andren Sachen schon seit Wochen auf jenen Termin gegen ihn angesetzt! Immerhin merkwürdig.

Am 1. 11. 1932 werden einige für Kaas und Adenauer recht unangenehme Beweisanträge zu den Gerichtsakten eingereicht. Inzwischen „rennt" dem Grafen Reischach, wie er im November 1932 nach Koblenz telephoniert, der Vertreter von Kaas „die Bude ein", er möchte sich doch vergleichen. In der Tat hatte auch am 20. 9. 1932 nach den Akten der Stadt Köln „Rheinlandbewegung" Bd. V Bl. 132/142 eine anderthalbstündige Konferenz stattgefunden. Der Vertreter von Kaas beruft sich darin auf ein Schreiben des — inzwischen im Görreshausprozeß zu Gefängnis verurteilten — Rechtsanwalt Stocky in Köln vom 14. Juni 1932, aus dem sich ergebe, daß Kaas stets nur im deutschen Interesse gehandelt und nicht nach der Bischofstiara von Trier gestrebt habe. Nun war aber Stocky selber nichts weiter als Kölner Prozeßvertreter für eine einstweilige Verfügung von Kaas gegen den Verlag des „Alkohol-Königs", also ja ein geradezu überwältigend klassischer Zeuge.

Der weitere Verlauf erregt dieselbe Heiterkeit wie die Berufung auf diesen Zeugen. Auch der zweite Koblenzer Termin vom 28. 11. 1932 verfällt. Gründe sind niemals bekannt geworden. Der wahre Grund war: Der Prozeß durfte nie geführt werden, weil Kaas wußte, daß er unterliegen werde.

Das Berliner Verfahren kommt über die Vernehmung der Beschuldigten im Vorverfahren nicht hinaus; sie erklären kühl, in der Hauptverhandlung werde sich alles finden. Die Beschlagnahme der Broschüre „Alkohol-König und Prälat" verpufft. Man hatte sie mit besonderen Vorsichtsmaßnahmen in den Handel gebracht, weil man mit einer Beschlagnahme nach der Brüningschen Notverordnung vom 8. Dezember 1931, nicht jedoch nach der Strafprozeßordnung rechnete. Obwohl der Polizeifunk überall in Deutschland nach dem verbrecherischen Buch fahndet, faßt die Polizei im Buchhandel

---

Luther, das Geschäft anders als sonstige Kreditgeschäfte zu behandeln (so „Düsseldorfer Nachrichten" v. 15. 10. 1932 Nr. 526). — Und sein Wirken in der Görreshaus A. G.? Es wäre nützlich, wenn die Akten darüber mit den Briefen von Kaas der Oeffentlichkeit zugängig gemacht werden könnten.

etwa ganze 7 Stück. Nur in Köln machte sie in einer Versammlung einen Fischzug von 180. Tausende lagen inzwischen an unbekannten Stellen, und kein Mensch weiß so recht, wie sie in der Verbotzeit in den Verkehr gelangt sind.

Inzwischen wurde es Ende November. In Berlin kommt keine Hauptverhandlung. Berlin gibt die Akten zuständigkeitshaber nach Düsseldorf ab, weil Opladen (mein Wohnsitz) zu Düsseldorf gehört. Aber der andere Verfasser, Bacmeister, wohnte in Berlin. Es erfolgte nichts. Oder doch? Nun ersucht der Berliner Rechtsvertreter von Kaas den Rechtsvertreter von Bacmeister um Vermittlung einer persönlichen Unterhaltung. Sie findet statt und endet mit dem sinnigen Vorschlag Bacmeisters an den Rechtsvertreter von Kaas, der Herr Prälat möge ihm die angeblich bei den Schiebern Schwartz verloren gegangene Summe zedieren; da diese Schieber noch Millionen hätten, werde er (Bacmeister) sie für Herrn Kaas hereinholen. Die persönlichen Vermittlungsversuche werden dann von Kaas'scher Seite eingestellt. Begreiflich!

Ende November 1932 spricht man von Amnestie. Das Zentrum setzt sich lebhaft dafür ein. Wohl, weil unter dem System von Weimar so viele Zentrumsredakteure verurteilt, so viele Zentrumsredner bestraft waren und die Gefängnisse füllten? Das Zentrum setzt sich dafür ein, weil seine Prominenten Kaas und Dr. Karl Müller-Bonn[111]) nicht unterliegen durften. Und nach außen konnte man dann von Christenliebe, „Entgiftung" der politischen Atmosphäre sprechen!!

Man muß einmal lesen, wie sich Kaas ausdrückte, wenn er, nach der peinlichen Veröffentlichung seines dritten Separatistentelegramms vom März 1919 vor Gericht erschien. In einem Bernkasteler Prozeß — 6 B. 3/31 — sagt er am 11. Juli 1931 — wir zitieren nunmehr den protokollierten Teil, soweit er hier von Interesse ist:

„Ich kann mich nicht erinnern, daß ich jemals etwas davon gehört habe, daß der Privatkläger ein Separatist sei und daß er für ein höheres Amt in der Rheinischen Republik in Aussicht genommen sei oder angestrebt habe. Ich kann mich nicht erinnern, von irgend einer Seite Aeußerungen darüber gehört zu haben, die darauf schließen ließen, daß der Privatkläger der separatistischen Bewegung nahesteht."

Auf Befragen des Vertreters des Angeklagten, ob der Zeuge mit der Aeußerung, er könne sich nicht erinnern, sagen will, daß er jede Möglichkeit ausschließe und mit „Nein" beantworte, erklärte der Zeuge:

„Jedes nein ist ein Erinnern; ich bin nicht berechtigt, mein eigenes Gedächtnis zu qualifizieren. Auf Grund meiner ehrlichen Ueberzeugung ist es jedoch ausgeschlossen, daß Herr (folgt der Name des Privatklägers) sich separatistisch betätigt hat".

Im nicht protokollierten Teil heißt es:

Auf das Befragen des (folgt Name des Angeklagten), weshalb er sich denn gerade auf diese wesentlichen Punkte nicht entsinnen könnte, erklärte Kaas:

---

[111]) Gegen die Verfasser des „Alkohol-Königs" in den Akten 16 a pol. J. 658/32 StA. Düsseldorf (= 1 pol. 1819/32 StA. I Berlin).

„Ich kann mein Gedächtnis nicht qualifizieren".

Nein, Sie durften Ihr Gedächtnis wirklich nicht qualifizieren. Denn sonst hätten Sie, Herr Prälat, alles dasjenige aussagen und zugeben müssen, was die vorstehenden 187 Seiten füllt. Sie durften das nicht, und konnten es vor dem weltlichen Gericht nach Ihrer Lehre wagen, es nicht zu tun; ansonsten Ihre Partei einige Jahre früher als geschehen aus der deutschen Politik zum Segen Deutschlands verschwunden wäre!

Und das

von Rechts wegen!



La poussée allemande de tous les temps, vers l'Ouest

Illustration zu einem Vortrag Dortens
(„L'Animateur des Temps Nouveaux". Paris Nr. 400 vom 3. 11. 33)

F. Walther Ilges

Die geplante Aufteilung Deutschlands



und

Was vom Deutschen Reich übrigbleiben sollte

Diese Kartenskizze zeigt das Gebiet des durch das Versailler Diktat zerstückelten Deutschlands in **der** staatlichen Einteilung, wie sie sich der **Geheimrat Dr. Heim,** der „Bauerndoktor“ und wahre Führer der Bayerischen Volkspartei, dachte und wie er sie mit Hilfe der Franzosen, des Wiesbadener Hochverräters Dorten, der Pfälzer und Kölner Separatisten, der Welfen und einer schlesischen Gruppe von Preußenfeinden beinahe durchgesetzt hätte.

F. W. Ilges hat in seinem Buch **„Die geplante Aufteilung Deutschlands“** den ungeheuerlichen bayerisch-französischen Versuch, das Reich zu zerreißen, in allen Einzelheiten aufgedeckt und mit zahlreichen Geheim-Dokumenten unwiderleglich bewiesen.

Dieses Buch ist für den Leser der Schrift „Hochverrat des Zentrums am Rhein“, der sich über die tiefsten Zusammenhänge unterrichten will, unentbehrlich. — 1.80 RM. (Postscheckkonto Berlin 34 204).

Walter Bacmeisters Nationalverlag · Berlin-Charlottenburg 9

Fernruf: Berlin Heerstraße (J 9) 1470

Christlich und Völkisch

Ein Wort zur Besinnung

Von Dietrich Holtz.
Doctor der Staatswissenschaften.
Evangelisch-kirchlicher Gemeindeverordneter.

Eine „Schrift von einem beispielhaften Wert".

„Dem Verlag Walter Bacmeister gebührt hohes Lob, daß er die Schrift übernommen hat und sie einfügt in eine Reihe von Kampfschriften, die, hoffnungsvoll begonnen mit den Veröffentlichungen über das hochverräterische Treiben römisch-katholischer Kreise nach dem Kriege, den Hauptzweck haben, das deutsche Volk über die Gefahren der siegenden römischen Weltmacht aufzuklären. Was der Verlag in seinem Vorwort zu vorliegender Schrift darüber ausspricht, das sind Sätze von einer Hellsichtigkeit, einem Ernst und Verantwortungsgefühl, die wir leider selten in deutschen Landen hören. „Der Totalitätsanspruch Roms, der ecclesia militans, bedingt ein unaufhörliches Streben nach Eroberung der niederdeutschen Tiefebene, der letzten mitteleuropäischen Festung des Protestantismus." „Rom ist in seiner Organisation als imperialistische Weltkirche, ebenso wie früher als Weltstaat, eine irdische politische Macht ersten Ranges." „Rom wird aus der Seelennot des norddeutschen Menschen seine Ernte heimbringen, wenn nicht der Bruderkampf beendet wird. Die Wiederherstellung des Friedens im evangelischen Volk Deutschlands ist zu einer nationalpolitischen Forderung ersten Ranges geworden".

...... man kann die wichtigsten Fragen nicht leidenschaftsloser behandeln, man kann kaum aus einem Borne tieferen tatsächlichen Wissens schöpfen und kaum größeres Verständnis und größere Ehrfurcht vor des anderen Meinung und Gefühl aufbringen, als es hier geschieht. Genau so sollten alle Auseinandersetzungen auf religiösem Gebiet erfolgen, sollten alle Schroffheiten, Verstiegenheiten und Orthodoxien aller Lager und Richtungen vermieden und verurteilt werden. So ist die Schrift von einem beispielhaften Wert. Man kann zudem sehr viel Tatsächliches aus ihr lernen, man sieht die Fronten, man sieht die verschiedenen Gefühls- und Wissenswelten, man bekommt Gelegenheit, zu verstehen, abzuwägen und nachzudenken, während es doch heute meistens so ist, daß jeder nur blindlings um sich und auf den anderen losschlägt und in verhängnisvoller Weise der strategische Grundsatz von der Vernichtung des Gegners auf das religiöse Gebiet übertragen wird."

Dr. Karl Bösch im Informationsbrief 268 von Reinhold Wulle.

Die Schrift trägt den Untertitel **„Ein Wort zur Besinnung"**. Die Jesuitenhand auf dem Umschlagbild, die gierig nach der norddeutschen Tiefebene greift, sagt, worauf man sich in Deutschland besinnen muß.

Gegen Einsendung von 1.30 RM. auf Postscheckkonto 34204 frei ins Haus.

Walter Bacmeisters Nationalverlag · Berlin-Charlottenburg 9

Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei 1918–1933

Die geplante

Aufteilung Deutschlands



Enthüllungen

über die französisch-bayerischen Pläne zur Aufteilung des Deutschen Reiches und Errichtung eines Donaustaaten-Bundes

Mit einer Karte und Urkunden in Photographie

von F. Walther Ilges

Walter Bacmeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenburg 9